Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Verwaltungs- und Rechenschafts-Bericht

(1930) Jahrgang

urn:nbn:de:bsz:31-221106

Visual Library

# Verwaltungsbericht
## der Landeshauptstadt Karlsruhe

für das

## Wirtschaftsjahr
## 1 9 3 0

(1. April 1930 – 31. März 1931)

OZ
B 630, 1930

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

OZB 630, 1930

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# Verwaltungsbericht
## der Landeshauptstadt Karlsruhe

für das

## Wirtschaftsjahr
## 1 9 3 0

(1. April 1930 – 31. März 1931)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

1944 B 3297

OZ B 630, 1930

Landesbibliothek
Karlsruhe

8

# Inhaltsangabe.


Seite

**I. Allgemeines** . . . . . 5

1. Stadtgebiet . . . . . 5
2. Bevölkerungsbewegung . . . . . 5

**II. Allgemeine Verwaltung** . . . . . 7

A. Stadtverwaltung . . . . . 7

1. Hauptverwaltung . . . . . 7
2. Personal . . . . . 8
   a. Beamte und Angestellte . . . . . 8
   b. Arbeiter . . . . . 11
   c. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung . 12
   d. Sonstiges . . . . . 13
3. Verkehr, Feierlichkeiten, Besuche, Tagungen 13
   a. Fremdenverkehr . . . . . 13
   b. Luftverkehr . . . . . 14
   c. Feste, Feierlichkeiten, Besuche, Tagungen 15

B. Auftragsverwaltungen . . . . . 15

1. Grundbuchamt mit Gebäudeversicherungsstelle . . . . . 15
2. Gerichtsbarkeit . . . . . 16
   a. Gemeindegericht . . . . . 16
   b. Schiedsmann . . . . . 17
   c. Mieteinigungsamt . . . . . 17
3. Standesamt . . . . . 17
4. Statistisches Amt . . . . . 17
5. Ortsgericht . . . . . 20
6. Sozialversicherung . . . . . 20
7. Innungswesen . . . . . 20

**III. Polizei** . . . . . 21

1. Ordnungspolizei . . . . . 21
2. Bau-, Wohnungs- und Feuerpolizei . . 21
3. Feldpolizei . . . . . 23

**IV. Bauverwaltung** . . . . . 24

1. Hochbauamt . . . . . 24
   a. Bauabteilung . . . . . 24
   b. Bauberatung . . . . . 25
   c. Bauwirtschaftsabteilung . . . . . 25
   d. Bauverwaltungsabteilung . . . . . 25
2. Tiefbauamt . . . . . 25
   a. Vorstandsabteilung . . . . . 25
   b. Abteilung Stadterweiterung . . . . 25
   c. Entwurfs- und Bauabteilung . . . . 26
   d. Betriebsabteilung I . . . . . 28
   e. Betriebsabteilung II . . . . . 33
   f. Vermessungsabteilung . . . . . 37

**V. Betriebe und Unternehmungen** . . . . . 40

1. Gaswerk mit Maschinenbauamt . . . . . 40
   a. Gaswerk . . . . . 40
   b. Maschinenbauamt . . . . . 45
2. Wasserwerk . . . . . 45
3. Elektrizitätswerk . . . . . 50
4. Straßenbahn und Autobusbetrieb . . . . 53
5. Kleinbahn Karlsruhe-Durmersheim . . . 57
6. Rheinhafen . . . . . 58
7. Schlacht- und Viehhof . . . . . 62
8. Märkte, Messen, Waagen . . . . . 69
9. Milchzentrale . . . . . 69
10. Gartenverwaltung . . . . . 70
    a. Gartenamt . . . . . 70
    b. Stadtgärtnerei . . . . . 71
    c. Stadtgarten . . . . . 71
    d. Öffentliche Anlagen . . . . . 73
    e. Kleingärten . . . . . 73
11. Rheinpark Rappenwört mit Vogelwarte 73
12. Festhalle . . . . . 74
13. Konzerthaus . . . . . 75
14. Ausstellungshalle . . . . . 75
15. Badeanstalten . . . . . 76
    a. Vierordtbad . . . . . 76
    b. Friedrichsbad . . . . . 77
    c. Schwimm- und Sonnenbad am Rheinhafen . . . . . 77
    d. Rheinstrandbad Rappenwört . . . . 78
    e. Volksbad Beiertheim . . . . . 78
    f. Rheinbad Maxau . . . . . 78
    g. Sonstige Bäder . . . . . 78
16. Feuerlösch- und Rettungswesen, Krankentransport- und Dienstkraftwagen . . . . 79
    a. Berufsfeuerwehr . . . . . 79
    b. Freiwillige Feuerwehr . . . . . 82
17. Bestattungswesen und Friedhöfe . . . 83
18. Rebgut Istein . . . . . 83
19. Waldwirtschaft . . . . . 84
20. Jagd und Fischerei . . . . . 84

**VI. Schulen** . . . . . 85

A. Volksschulen . . . . . 85

1. Schulbetrieb . . . . . 85
2. Schulgesundheitspflege . . . . . 86
   a. Stadtschularztstelle . . . . . 86
   b. Schulzahnklinik . . . . . 88

B. Höhere Lehranstalten . . . . . 88

1. Goetheschule . . . . . 88
2. Humboldtschule . . . . . 89
3. Helmholtzschule . . . . . 89
4. Kantschule . . . . . 89
5. Lessingschule . . . . . 90
6. Fichteschule . . . . . 90
7. Freiligrathschule . . . . . 90

C. Fachschulen . . . . . 91

1. Gewerbeschulen . . . . . 91
2. Handelsschulen . . . . . 92

**VII. Kunst, Wissenschaft, Stadtgeschichte, Volksbildung** 94

1. Verwaltungsbücherei und Archiv . . . . 94
2. Volksbücherei und Lesehalle . . . . . 94
3. Badisches Landestheater . . . . . 95
4. Badische Hochschule und Konservatorium für Musik . . . . . 96




BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Seite

VIII. Wohlfahrtspflege . . . . . 97

1. Fürsorgeamt einschließlich Altersheim, Kriegsfolgenfürsorge, Jugendfürsorge (Jugendamt), Kinder- und Säuglingsheim . . 97

a. Allgemeines . . . . . 97
b. Zentralaufgaben . . . . . 98
c. Allgemeine Fürsorge (Fürsorgeamt A) . 102
d. Kriegsfolgenfürsorge (Fürsorgeamt K) . 104
e. Jugendfürsorge (Jugendamt) . . . . 107

2. Tuberkulosefürsorgestelle . . . . . 111

3. Krankenhaus einschließlich Desinfektionsanstalt . . . . . 113

4. Erholungsheim Baden-Baden . . . . . 116

5. Förderung der Leibesübungen und Jugendpflege . . . . . 117

Seite

6. Wohnungswesen . . . . . 117

a. Förderung des Wohnungsbaues . . . 117
b. Wohnungsmangelbekämpfung . . . . 119

7. Gesundheitsbehörde . . . . . 119
8. Betriebskrankenkasse . . . . . 119

IX. Finanzverwaltung . . . . . 121

1. Finanzwesen . . . . . 121

a. Voranschlag und Rechnung . . . . . 121
b. Steuern . . . . . 122
c. Vermögen und Schulden . . . . . 125

2. Rechnungsamt . . . . . 126
3. Stadthauptkasse . . . . . 127
4. Steueramt . . . . . 128
5. Rechnungsabhörbehörde der Stadtverordneten (Revision) . . . . . 129

X. Sparkasse . . . . . 130

# I. Allgemeines.

## 1. Stadtgebiet.

Hatte die Gemarkung der Landeshauptstadt Karlsruhe auf 1. April 1929 im Süden durch die Eingemeindung von Bulach eine Ausdehnung von rd. 529 ha erfahren, so sollte auf 1. April 1930 die langersehnte Erweiterung nach Norden durch Aufteilung der abgesonderten Gemarkung Hardtwald und nach Westen durch Auflösung der abgesonderten Gemarkung Kastenwört eintreten. Das der Stadt Karlsruhe durch Aufteilung der Gemarkung Hardtwald zugefallene Gelände wird im Norden begrenzt durch den Kreisweg Hagsfeld—Eggenstein und hat eine Fläche von rd. 1270 ha; von der Gemarkung Kastenwört erhielt die Stadt Karlsruhe eine südlich an den Rheinpark Rappenwört sich anschließende Fläche von 184 ha, die im Westen auf eine Länge von 800 m an den Rhein grenzt. Beide Gebiete sind fast ausschließlich mit Wald bedeckt, der sich im Eigentum des Badischen Staates befindet. Durch diese Eingemeindungen hat der Waldbestand auf der Karlsruher Gemarkung einen Zuwachs um 1307 ha 90 a 78 qm erfahren; am 31. Dezember 1930 waren 2212 ha 69 a 87 qm = 33,95 v. H. der gesamten Gemarkungsfläche mit Wald bedeckt. Das Gemarkungsgebiet der Stadt Karlsruhe umfaßte am 31. Dezember 1929 5062 ha 44 a 75 qm, am 31. Dezember 1930 6516 ha 92 a 97 qm. Die Erweiterung der Gemarkung kam überwiegend dem Waldbestand zugute, auch die öffentlichen Plätze, Straßen, Wege, Bahnen fanden eine bedeutende Ausdehnung, und zwar von 698 ha 49 a 99 qm auf 816 ha 69 a 82 qm, während die übrigen Kulturarten nur unbeträchtliche Veränderungen aufzuweisen haben.

## 2. Bevölkerungsbewegung.

Die Stadt Karlsruhe zählte am 1. Januar 1930 156 050, am 31. Dezember 1930 156 800 Einwohner. Die Bevölkerungszunahme im Laufe des Jahres 1930 bezifferte sich auf 750 Personen = 0,48 v. H. gegenüber 3630 Personen = 2,38 v. H. im Jahre 1929. Die Zunahme ist zurückzuführen auf einen Geburtenüberschuß von 1101 (1929: 846) abzüglich eines Wanderungsverlusts von 351 (1929: Wanderungsüberschuß von 296) Personen. Im ganzen sind im Jahre 1930 in der Stadt Karlsruhe 18 373 Personen zugezogen, 18 724 weggezogen.

Letztmals war in hiesiger Stadt ein Wanderungsverlust im Jahre 1921 zu verzeichnen, nachdem auch die vorhergehenden Kriegs- oder unter dem Einfluß des Krieges stehenden Jahre einen stärkeren Wegzug als Zuzug von Personen gebracht hatten. Auch die Jahre 1907 und 1908 hatten Wanderungsverluste aufzuweisen. Abwanderungen werden für die letzte Zeit auch aus anderen Großstädten berichtet. Sie dürften als Folge der schlechten Wirtschaftslage zu betrachten sein, auch in früheren Krisenzeiten sind ähnliche Erscheinungen festgestellt worden.

Geboren wurden im Jahre 1930 2983 (1929: 2938) Kinder, davon lebend geboren 2898 (1929: 2860). Gestorben sind 1797 (1929: 2014) Personen. Auf 1000 Einwohner entfielen 18,56 (1929: 18,52) Lebendgeborene, 11,51 (1929: 13,04) Gestorbene. Die Säuglingssterblichkeit, d. s. die Sterbefälle der Kinder bis unter 1 Jahr, umfaßte 219 (1929: 267) Kinder oder von je 100 Lebendgeborenen 7,6 (1929: 9,37). Unter den Lebendgeborenen befanden sich 589 uneheliche Kinder, unter den Gestorbenen unter 1 Jahr 45. Der Geburtenüberschuß betrug auf 1000 Einwohner 7,05 (1929: 5,48). Der auf 1000 Einwohner im Jahre 1930 entfallende, um 1,57 höhere Geburtenüberschuß gegenüber 1929 ist nur zu 0,04 auf eine höhere Geburtenzahl, zu 1,53 auf eine verringerte Sterblichkeit zurückzuführen.

Vor den Karlsruher Standesämtern wurden im Jahre 1930 1253 (1929: 1404) Ehen geschlossen oder auf 1000 Einwohner 8,03 (1929: 9,1). Auch der Rückgang der Heiratsziffer dürfte auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen sein.

Von den Todesursachen stand, wie im Vorjahr, der Krebs mit 233 (1929: 238) Opfern an erster Stelle. Trotz des geringen Rückgangs der absoluten Zahl erhöhte sich der relative Anteil der im Krebs zu suchenden Todesursachen von 11,72 v.H. auf 12,97 v. H. sämtlicher Todesfälle. Dann folgte Tuberkulose der Lungen mit 119 (1929: 110) Todesfällen. Sie brachte ein Anwachsen der absoluten Zahl



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

um 9, ihr relativer Anteil stieg von 5,46 v. H. im Jahre 1929 auf 6,62 v. H. sämtlicher Todesfälle im Jahre 1930. An Tuberkulose insgesamt verstarben 145 Personen im Jahre 1930 (1929: 147) oder 8,07 (1929: 7,25) v. H. aller Gestorbenen. An dritter Stelle ist angeborene Lebensschwäche mit 118 (1929: 127) Todesfällen festzustellen, sodann folgen organische Herzkrankheiten mit 113 (1929: 128), Arterienverkalkung mit 110 (1929: 83), Gehirnschlag mit 98 (1929: 113), Lungenentzündung mit 97 (1929: 170) Todesopfern. Durch Unglücksfälle und andere gewaltsame Einwirkungen schieden 61 (1929: 69) Personen aus dem Leben. Während der Lungenentzündung im Vorjahre 8,44 v. H. sämtlicher Gestorbenen erlagen, verminderten sich deren Opfer auf 5,40 v. H., dagegen wuchs der Anteil der Arterienverkalkung als Todesursache von 4,12 v. H. auf 6,12 v. H. sämtlicher Todesfälle. Der relative Anteil der gewaltsamen Einwirkungen als Todesursache blieb bei rückgängiger absoluter Zahl gegenüber dem Vorjahr annähernd gleich (3,39 v. H. gegen 3,42 v. H.).



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# II. Allgemeine Verwaltung.

## A. Stadtverwaltung.

### 1. Hauptverwaltung.

In das Wirtschaftsjahr 1930 fiel die Neuwahl der Stadtverordneten und Stadträte. Am 16. November 1930 fanden die Wahlhandlungen für den Bürgerausschuß, verbunden mit den Wahlen der Bezirksräte und Kreisabgeordneten statt. Gewählt wurden 84 Stadtverordnete, von denen 28 auf die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung), 18 auf die Sozialdemokratische Partei, 16 auf die Zentrumspartei, 8 auf die Kommunistische Partei, 3 auf den Evangelischen Volksdienst, 3 auf die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) und Konservative Volkspartei, 3 auf die Deutsche Staatspartei, 3 auf die Deutsche Volkspartei und 2 auf die Deutschnationale Volkspartei entfielen. Die Neuwahl der Stadträte wurde am 8. Dezember 1930 von den Stadtverordneten vorgenommen. Hierbei erhielten die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 8 Sitze im Stadtrat, die Sozialdemokratische Partei 5 Sitze, die Zentrumspartei 5 Sitze, die Kommunistische Partei 2 Sitze, der Evangelische Volksdienst 1 Sitz, die Wirtschaftspartei 1 Sitz, die Deutsche Staatspartei 1 Sitz und die Deutsche Volkspartei 1 Sitz. Die Deutschnationale Volkspartei fand keine Vertretung im Stadtrat. Unterm 16. Dezember 1930 fand die Wahl des Stadtverordnetenvorstandes statt, der aus 10 Stadtverordneten besteht. Diese wählen alsdann ihren Obmann und seinen Stellvertreter. Im Stadtverordnetenvorstand erhielten die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 3 Sitze, die Kommunistische Partei 1 Sitz, die übrigen 7 Parteien (Sozialdemokratische Partei, Zentrumspartei, Evangelischer Volksdienst, Deutsche Volkspartei, Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) und Konservative Volkspartei, Deutsche Staatspartei und Deutschnationale Volkspartei) zusammen 6 Sitze. Für die Wahl des Obmanns und seines Stellvertreters wurde nur je eine Vorschlagsliste eingereicht, sodaß sich eine Wahl erübrigte. Der Obmann fiel der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu, der Stellvertreter der Sozialdemokratischen Partei.

Durch die Neuwahlen verminderte sich die Zahl der Stadtverordneten, die durch die Eingemeindung Bulachs vorübergehend auf 87 erhöht worden war, wieder auf 84 und die Zahl der Stadträte, die aus dem gleichen Anlaß auf 25 vermehrt worden war, wieder auf 24. Der Bürgerausschuß umfaßt nun wieder einschließlich der 4 Bürgermeister 112 Mitglieder gegen 116 vor den Neuwahlen.

Anläßlich der Neuwahlen wurden sämtliche Kommissionen und Ausschüsse neu gebildet.

Im Laufe des Berichtsjahrs schied Stadtrat Eugen Geck nach 23-jähriger Zugehörigkeit aus dem Stadtratskollegium infolge Todes aus. Als Ersatzmann rückte Stadtverordneter August Philipp zum Stadtrat und als Nachfolger für diesen Reichsbahnoberinspektor Otto Beetz zum Stadtverordneten auf.

Die Organisation der Hauptverwaltung war gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert. Die Einteilung in Abteilungen war dieselbe, lediglich die Straßenbenennungskommission, die Stadtratskommission beim Wohnungsbüro, der Wohnungspolitische Ausschuß und die Feuerschutzkommission wurden durch Stadtratsbeschluß vom 5. Februar 1931 mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Im Laufe des Wirtschaftsjahres 1930 fanden 59 Stadtratssitzungen statt, in denen insgesamt 4467 Gegenstände behandelt wurden. Hiervon wurden 566 durch Vortrag, 3901 durch Offenlage erledigt. Der Bürgerausschuß trat zu 5 Sitzungen zusammen, in denen 33 Vorlagen beraten wurden. Die verschiedenen städtischen Ausschüsse bzw. Kommissionen hielten zusammen 229 Sitzungen ab, wobei 2383 Gegenstände ihre Erledigung fanden.

Bei der Hauptverwaltung und Stadtkanzlei waren am 31. März 1931 69 Beamte, 8 Anwärter, 1 Lehrling und 2 Arbeiter beschäftigt. Im Laufe des Wirtschaftsjahres wurde der Personalstand der Stadtkanzlei um 14 Beamte, 2 Aushilfsangestellte und 1 Lehrling vermindert, die Zahl der Anwärter wurde von 4 auf 8 erhöht. Die Personalverminderung wurde ermöglicht durch Einsparungen bei verschiedenen Abteilungen der Stadtkanzlei.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## 2. Personal.

Die Erledigung der Personalangelegenheiten der Stadt Karlsruhe als Arbeitgeberin oblag, wie bisher, der Abteilung II der Stadtverwaltung und dem dieser unterstellten Personalamt. Dessen Aufgabenkreis wurde im Berichtsjahr dadurch erweitert, daß die bisher zur Stadthauptkasse gehörige städt. Betriebskrankenkasse durch Stadtratsbeschluß vom 18. September 1930 zum Zwecke der Geschäftsvereinfachung als besondere Abteilung dem Personalamt angegliedert wurde. Eine weitere Ausdehnung des Geschäftskreises des Personalamts brachte die vom Stadtrat unterm 9. Oktober 1930 beschlossene Einführung des zentralen Lohnabrechnungsverfahrens. Hierdurch fanden die bereits seit längerer Zeit mit dem Ziele der Erreichung von Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit im Lohnabrechnungswesen ergriffenen Maßnahmen einen gewissen Abschluß. Die Anweisung von Lohnvorschüssen und deren monatliche Abrechnung wird nun nicht mehr seitens der einzelnen Dienststellen sondern vom Personalamt vorgenommen, dem zu diesem Zweck von den einzelnen Ämtern die entsprechenden Unterlagen über die Art und Dauer der Beschäftigung zugeleitet werden. Soweit sich heute schon ein Urteil bilden läßt, hat sich das neue Verfahren bewährt. Dies trifft insbesondere zu hinsichtlich des reibungslosen Verkehrs mit der Arbeiterschaft und der glatten Erledigung aller Anstände im Benehmen mit den Betrieben. Auch hinsichtlich der Erzielung von Ersparnissen am sachlichen und persönlichen Aufwand sind die Ergebnisse befriedigend, obwohl von der beabsichtigten Anschaffung von Buchungsmaschinen vorläufig mangels Verfügbarkeit der erforderlichen Mittel Abstand genommen werden mußte.

Der Personalstand des Amtes betrug am 31.März 1931 29 Beamte, 2 Angestellte, 3 Anwärter und 3 Lehrlinge. Die Personalvermehrung um 15 Köpfe war durch die Ausdehnung des Aufgabenbereiches bedingt.

### a. Beamte und Angestellte.

Die Wirtschaftslage der Stadt nötigte auch auf dem Gebiete der Personalausgaben zu einschneidenden Sparmaßnahmen. Nicht nur die im Spätjahr 1929 angeordnete Personaleinstellungssperre — abgesehen von der Einstellung weniger Ersatzkräfte mit besonderer Fachvorbildung und einiger Aushilfskräfte zu ganz vorübergehender Beschäftigung — mußte auch für das Wirtschaftsjahr 1930 restlos durchgeführt, sondern darüber hinaus als Folge von Betriebseinschränkungen sogar einzelne unvermeidbare Entlassungen vorgenommen werden. Aus Sparsamkeitsgründen mußte auch auf die von den einzelnen Dienststellen und den Beamtenvertretungen in größerem Umfang erbetene Änderung des Beamtenstellenplans (§ 71 Abs. 1 Gemeindeordnung) verzichtet werden. Ebenso war es nötig, den Nachwuchs an jungen Beamten einzuschränken und nur eine kleine Zahl junger Leute als Beamtenanwärter (Mittelschüler mit mindestens Obersekunda-Reife) und Beamtenlehrlinge (Volksschüler) in den städtischen Dienst einzustellen.

Der im Spätjahr 1929 aufgenommene Beamtenaustausch mit anderen Städten wurde fortgesetzt. Die Stadtverwaltung Karlsruhe entsandte 2 weitere junge Beamte auf die Dauer eines und eines halben Jahres zum Magistrat der Stadt Kiel und übernahm dafür von dort für die gleiche Zeit 2 Beamtenanwärter. In Übereinstimmung mit dem Urteil der Städte Freiburg und Kiel, bei denen bis jetzt hiesige Beamten austauschweise beschäftigt waren, kann festgestellt werden, daß der Austausch der jungen Beamten die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllt. Neben der dienstlichen Weiterbildung durch Kennenlernen der Verhältnisse anderer Stadtverwaltungen ist auch eine Förderung der persönlichen Entwicklung zu verzeichnen. Auf Grund dieser günstigen Erfolge ist beabsichtigt, den Beamtenaustausch von hier aus weiter fortzusetzen, soweit die wirtschaftlichen Verhältnisse dies gestatten.

Im Februar/März 1931 wurde nach vorhergehender Durchführung von Vorbereitungskursen eine Sekretärprüfung gemäß den Bestimmungen der Prüfungsordnung für die badischen Gemeindebeamten abgehalten, der sich 35 Teilnehmer aus der hiesigen Stadtverwaltung, darunter 15 Anwärter, unterzogen. Die Zahl der Bestandenen betrug 30, von denen 1 das Prüfungsergebnis „sehr gut", 2 das Prüfungsergebnis „gut" und 27 das Prüfungsergebnis „genügend" erlangten. Unter den 5 Nichtbestandenen befanden sich 2 Anwärter. Die Vorbereitungskurse und die Prüfung verursachten der Stadt Karlsruhe einen durch die Prüfungsgebühren und die Ersatzleistung auswärtiger Gemeinden für auswärtige Prüfungsteilnehmer nicht gedeckten Aufwand von restlich 1368 *RM*.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Am Ende des Wirtschaftsjahres 1930 (31. März 1931) waren im Dienste der Stadt Karlsruhe beschäftigt: 1391 planmäßige Beamte, 65 außerplanmäßige Beamte, zusammen 1456 Beamte, 21 probeweise Beschäftigte, 48 Anwärter, 13 Lehrlinge, 78 vorübergehend im Fahrdienst Beschäftigte, 67 Angestellte im Sinne der Angestelltensatzung, 73 Aushelfer, 92 Sonstige, insgesamt 1848 Personen. Hiervon entfielen auf die Allgemeine Verwaltung 166, Polizei 11, Bauverwaltung (ohne Maschinenbauamt, das den Betrieben zugerechnet ist) 111, Betriebe und Unternehmungen 1037, Schulen 87, Kunst, Wissenschaft, Stadtgeschichte, Volksbildung 9, Wohlfahrtspflege 198, Finanzverwaltung 151, Sparkasse 78 *). Nach Abzug der bei der Sparkasse und dem Konservatorium beschäftigten 79 Beamten und Angestellten verblieb für die eigentliche Stadtverwaltung ein Personalstand von 1769. Der Besoldungsaufwand betrug einschließlich der bei Sparkasse und Konservatorium verwendeten städt. Beamten und Angestellten 7 518 022 *RM*, ohne Einrechnung von Sparkasse und Konservatorium 7 262 347 *RM*. Gegenüber dem Vorjahre verminderte sich die Zahl der bei der Stadtverwaltung ohne Sparkasse und Konservatorium Beschäftigten von 1796 auf 1769, also um 27 Personen = 1,50 v. H., der Besoldungsaufwand von 7 337 694 *RM* auf 7 262 347 *RM*, somit um 75 347 *RM* = 1,03 v. H. Die Personalverminderung erklärt sich durch Abgänge an Beamten und Angestellten infolge Ablebens mit 12, Versetzung in den Ruhestand mit 22, Kündigung durch die Stadt mit 40, freiwilligen Dienstaustritts mit 20, Überführung in das Arbeiterverhältnis mit 2, zusammen mit 96, abzüglich der Zugänge an Beamtenanwärtern und Volontären mit 14, an Ersatz für ausgeschiedene Beamte und Angestellte mit 13, infolge Übernahme aus dem Arbeiterverhältnis mit 2, an vorübergehend eingestellten Aushelfern mit 40, zusammen mit 69. Ohne die erst gegen Ende des Berichtsjahres eingestellte größere Zahl von Aushilfskräften, mit deren baldiger Wiederentlassung gerechnet werden kann, würde die im Laufe des Wirtschaftsjahres 1930 durchgeführte Personalverminderung wesentlich stärker in Erscheinung treten. Die Verminderung des Besoldungsaufwandes ist in erster Linie durch den Rückgang der Zahl der Beschäftigten bedingt. In geringerem Ausmaße hat sich die vom 1. Februar 1931 an in Kraft getretene, 6 v. H. betragende Gehaltskürzung für das Wirtschaftsjahr 1930 ausgewirkt. Sie dürfte eine Ersparnis von 0,93 v. H. des ganzjährigen Besoldungsaufwandes gebracht haben. Eine weitere Einsparung war dadurch möglich, daß sich gegenüber dem Vorjahr die Kinderzahl, für die Kinderzuschläge bezahlt werden mußte, von 1508 auf 1364, somit um 144, verminderte.

Die Gesamtzahl der plan- und außerplanmäßigen Beamten ohne Angestellten aller Art, aber einschließlich Anwärtern und Lehrlingen betrug 1517. Die Unwiderruflichkeit des Dienstverhältnisses gemäß § 3 der städtischen Beamtensatzung war durch den Stadtrat an 1171 Beamte = 77,2 v. H. verliehen. Im widerruflichen (kündbaren) Dienstverhältnis befandensich 346 Beamte und Anwärter = 22,8 v. H. Hiervon kam der Kündigungsschutz des § 71 Ziffer 6 der Gemeindeordnung und des § 4 Abs. 2 der Beamtensatzung 188 Beamten und Anwärtern = 12,4 v. H. zu, während 158 Beamte und Anwärter = 10,4 v. H. unbeschränkt kündbar waren.

Angestellte und Aushelfer waren insgesamt 331 beschäftigt. Von diesen fielen 67 = 20,3 v. H. unter die Bestimmungen der Angestelltensatzung. Anspruch auf ergänzende Versorgung bei Eintritt des Versorgungsfalles hatten 34 Angestellte = 10,3 v. H., der Kündigungsschutz des § 73 Ziff. 3 der Gemeindeordnung stand 67 Angestellten und Aushelfern = 20,3 v. H. zu, unbeschränkt kündbar waren 230 Angestellte und Aushelfer = 69,4 v. H.

Die bei der Stadtverwaltung (ohne Sparkasse und Konservatorium) beschäftigten 1419 planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten verteilten sich auf Besoldungsgruppe III mit 250 = 17,6 v. H., Besoldungsgruppe IV mit 322 = 22,7 v. H., Besoldungsgruppe V mit 262 = 18,5 v. H., Besoldungsgruppe VI mit 158 = 11,1 v. H., Besoldungsgruppe VII mit 161 = 11,3 v. H., Besoldungsgruppe VIII mit 118 = 8,3 v. H., Besoldungsgruppe IX mit 58 = 4,1 v. H., Besoldungsgruppe X mit 46 = 3,3 v. H., Besoldungsgruppe XI mit 24 = 1,7 v. H., Besoldungsgruppe XII mit 16 = 1,1 v. H., Besoldungsgruppe XIII mit 4 = 0,3 v. H., zusammen 1419 = 100 v. H.

Im Berichtsjahr wurden 48 Beamte in Anerkennung 25-jähriger und 1 Beamter in Anerkennung 40-jähriger treugeleisteter Dienste durch Übergabe einer Radierung vom Marktplatz von Kunstmaler Kupferschmid oder eines Geldgeschenks geehrt.

*) Bei diesen 78 Personen handelt es sich um Beamte und Angestellte, die seitens der Stadtverwaltung angestellt und der Sparkasse zur Dienstleistung überlassen wurden. Die nach Inkrafttreten des Sparkassengesetzes vom 28. VI. 1923, das die Sparkasse mit eigener Rechtspersönlichkeit ausstattet, von der Sparkasse unmittelbar angestellten Beschäftigten sind in dieser Zahl nicht inbegriffen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die durchschnittliche Dienstzeit für Beamte und Angestellte, berechnet aus 5-jährigen Intervallen, betrug am 31. März 1931 14,830 Jahre, diejenige für Beamte allein 17,015 Jahre, diejenige für Angestellte allein 4,810 Jahre.

In dem Altersaufbau der städtischen Beamten und Angestellten trat im Berichtsjahr eine weitere Verschiebung nach oben ein. Während am 31. März 1930 das Durchschnittsalter eines Beamten bzw. Angestellten bei 41,385 Lebensjahren lag (berechnet aus Altersgruppen mit 5-jährigen Intervallen), hatte es sich bis zum 31. März 1931 auf 42,008 Lebensjahre erhöht. Das mittlere Lebensalter der Beamten des oberen und mittleren Dienstes (einschließlich Anwärtern und Lehrlingen) betrug 43,035 Jahre, dasjenige der Beamten des unteren Dienstes 44,260 Jahre, der Beamten überhaupt 43,733 Lebensjahre, während sich hinsichtlich der Angestellten und Aushelfer nur ein durchschnittliches Lebensalter von 34,105 Jahren ergab.

Zieht man von dem durchschnittlichen Lebensalter eines Beamten bzw. Angestellten mit 42,008 Jahren seine durchschnittliche Dienstzeit mit 14,830 Jahren ab, so erhält man das durchschnittliche Eintrittsalter in den städtischen Dienst, das für Beamte und Angestellte zusammen bei 27,178 Lebensjahren liegt. Für Beamte allein ergibt sich ein durchschnittliches Lebensalter beim Eintritt in städtische Dienste von 26,718 Lebensjahren, für Angestellte von 29,295 Lebensjahren. Berücksichtigt man, daß in jungen Lebensjahren die Arbeitskraft eine gesteigerte, die Auffassungsgabe eine erhöhte ist, die Bezahlung dagegen nur einen Bruchteil derjenigen im späteren Alter ausmacht, ferner, daß die Stadt auf eine gründliche Ausbildung ihrer Beamten in jungen Lebensjahren unbedingt Wert legen muß, so dürfte das durchschnittliche Eintrittsalter mit 26,718 Lebensjahren für Beamte als sehr hoch zu bezeichnen sein, dessen nachteilige Auswirkungen sich in einem vorzeitigen bedeutenden Ansteigen des Ruheversorgungsaufwandes bemerkbar machen werden.

Von der Gesamtzahl von 1848 Beschäftigten (Beamten, Anwärtern, Lehrlingen, Angestellten und Aushelfern) waren 1462 = 79,11 v. H. verheiratet, 36 = 1,95 v. H. verwitwet, 5 = 0,27 v. H. geschieden und 345 = 18,67 v. H. ledig. In der relativen Zahl der Verheirateten und Verwitweten ist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 1,03 bzw. 0,08 v. H., in der relativen Zahl der Geschiedenen und Ledigen eine Abnahme von 0,05 bzw. 1,06 v. H. eingetreten.

Kinderzuschlag wurde für 1364 Kinder mit einem Jahresaufwand von 327 360 *RM* gegen 1508 Kinder mit einem Jahresbetrag von 361 920 *RM* im Vorjahre bezahlt.

Zur Förderung von Kurzschrift und Maschinenschreiben veranstaltete die Stadt im Berichtsjahre wiederum Unterrichtskurse, Prüfungen und Wettschreiben. In der Zeit vom 24. Oktober 1930 bis 5. März 1931 wurde ein Anfängerkurs in Kurzschrift durchgeführt, der von 12 Teilnehmern besucht wurde. Bei 10 Teilnehmern war der Erfolg sehr gut, 2 Teilnehmer brachen den Kursbesuch ab. An dem Redeschriftkurs, der vom 30. September 1930 bis 12. Januar 1931 dauerte, nahmen ebenfalls 12 Personen teil, von denen 10 einen guten, 1 einen ziemlich gut bis guten Erfolg aufzuweisen hatten. Ein Teilnehmer schied vorzeitig aus dem Kurs aus.

Bei der Kurzschriftprüfung am 21. Juli 1930 bestand je 1 Teilnehmer mit der Durchschnittsnote gut und genügend, 6 Teilnehmer bestanden nicht.

23 Beamtenanwärter und -lehrlinge wurden auf Grund erfolgreicher Teilnahme an Vereinskurzschriftwettschreiben, 1 Beamtenlehrling auf Grund eines beim städt. stenographischen Wettschreiben errungenen ersten Preises von der Ablegung der städtischen Kurzschriftprüfung befreit.

Das Kurzschriftwettschreiben am 12. Mai 1930 hatte in der I. Abteilung mit 120 Silben 23 Teilnehmer aufzuweisen; 15 Arbeiten konnten mit einem Preis bedacht werden. In der II. Abteilung mit 150 Silben nahmen 6 Personen teil, von denen 3 einen Preis erhielten; in der III. Abteilung mit 180 Silben fanden sich 3 Teilnehmer ein, deren Arbeiten sämtliche preiswürdig waren; in der IV. Abteilung mit 220 Silben nahm 1 Beamter teil, der einen ersten Preis errang.

Die Gesamtausgabe für die Preise belief sich auf 1480 *RM*.

In der Zeit vom 16. Juni bis 27. Oktober 1930 wurde ein Maschinenschreibkurs (Zehnfingerschreibmethode) abgehalten, an dem 29 Personen teilnahmen. Der Erfolg des Besuchs war bei 9 Teilnehmern sehr gut, bei 18 Teilnehmern gut, bei 1 Teilnehmer ziemlich gut; ein Teilnehmer schied vorzeitig aus.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

### Urlaub und Erkrankungen.

In der Regelung des Urlaubs der Beamten, Angestellten und Aushelfer wurde im Berichtsjahr 1930 in Verbindung mit den allgemeinen Sparmaßnahmen eine nach Sachlage gebotene und vertretbare Kürzung vorgenommen. Im ganzen wurden 1835 Beamten (einschl. Anwärtern und Lehrlingen), Angestellten und Aushelfern insgesamt 42 809 Urlaubstage gewährt, was einem Durchschnittsurlaub von rund 23 Tagen entspricht.

Krankheits- und außerordentlichen Urlaub erhielten 43 Beamte und Angestellte bewilligt.

Von den Beamten waren im Berichtsjahr 786, von den Angestellten und Aushelfern 64 erkrankt und dienstunfähig. Die Gesamtzahl der Krankheitstage betrug 24 159½. Bei 1848 Beschäftigten am Ende des Berichtsjahres ergibt sich somit eine Durchschnittszahl von rund 13 Krankheitstagen. 1929 betrug die Durchschnittszahl 13,8 Krankheitstage; demnach liegt eine kleine Besserung gegenüber dem Vorjahre vor.

28 Beamte und 3 Angestellte waren im Berichtsjahr länger als 3 Monate krank. Von den 28 Beamten mußte einer, da er den Dienst nicht mehr aufnehmen konnte, in den Ruhestand versetzt werden; 2 Beamte sind gestorben.

Nach der Unfallstatistik erlitten insgesamt 30 Beamte Dienstunfälle, von denen fast alle vorübergehende Dienstunfähigkeit zur Folge hatten. Von diesen Dienstunfällen sind 3 auf Verschulden eines Dritten zurückzuführen, ohne daß allerdings ein Schadensersatzanspruch geltend gemacht werden konnte, weil die Täter nicht zu ermitteln waren.

Bei einem von 5 außerdienstlichen Unfällen, der ebenfalls durch Verschulden eines Dritten verursacht wurde, konnte der Schadensersatzanspruch (Ersatz des Diensteinkommens für die Dauer der Dienstunfähigkeit) auf Grund des § 23 Ziff. 1 Abs. 2 der Beamtensatzung mit Erfolg geltend gemacht werden.

### Versorgungsanwärter.

Am 31. März 1931 betrug die Gesamtzahl der Vormerkungen auf Grund der reichsrechtlichen Anstellungsgrundsätze für die Inhaber eines Versorgungsscheins 137, darunter befanden sich 25 Inhaber des Beamtenscheins (Schwerkriegsbeschädigte). Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Vormerkungen um 24 erhöht. Von den Vormerkungen entfielen 66 auf Stellen des einfacheren und mittleren Bürodienstes, 71 auf Stelle des unteren Beamtendienstes. Die Aufnahme in die Bewerberliste mußte wegen Ungeeignetheit oder wegen ungenügender Bewerbungsunterlagen in 80 Fällen abgelehnt werden.

Am 31. März 1931 wurden 119 Versorgungsanwärter bei der Stadtverwaltung Karlsruhe beschäftigt.

## b. Arbeiter.

Die für die Rechtsverhältnisse der städt. Arbeiter maßgeblichen tarifvertraglichen und satzungsmäßigen Bestimmungen haben sich gegenüber den Vorjahren im allgemeinen nicht geändert. Dagegen trat in den Löhnen der Tarifarbeiter insofern eine Änderung ein, als auf Grund des Schiedsspruchs der Bezirksstelle für Tarifsachen der bad. Gemeindearbeiter in Karlsruhe vom 16. Januar 1931 der Ecklohn ab 1. Februar 1931 um 2 *Rpf* pro Stunde herabgesetzt wurde.

Die Durchschnittszahl der bei der Stadtverwaltung Karlsruhe im Wirtschaftsjahr 1930 beschäftigten Arbeiter betrug 1603. Beschäftigt waren bei der Allgemeinen Verwaltung 2 Arbeiter mit 573 Arbeitstagen, bei der Bauverwaltung (ohne Maschinenbauamt, das den Betrieben zugerechnet ist) 379 Arbeiter mit 115 197 Arbeitstagen, bei den Betrieben und Unternehmungen (einschl. Maschinenbauamt) 1119 Arbeiter mit 335 024 Arbeitstagen, bei der Wohlfahrtspflege 103 Arbeiter mit 33 671 Arbeitstagen, insgesamt 1603 Arbeiter mit 484 465 Arbeitstagen gegen 1640 Arbeiter mit 491 537 Arbeitstagen im Vorjahr. An Krankentagen fielen 20 123, an Urlaubstagen 16 721 an. Der Gesamtlohnaufwand betrug 4 775 553 *RM* gegen 4 954 889 *RM* im Vorjahr. In der Durchschnittszahl der Arbeiter trat ein Rückgang um 37 = 2,26 v. H., in der Zahl der Arbeitstage um 7072 = 1,44 v. H., in der Zahl der Krankentage um 1888 = 8,58 v. H., in der Zahl der Urlaubstage um 456 = 2,66 v. H., im Lohnaufwand um 179 336 *RM* = 3,62 v. H. ein. Die Senkung der Arbeiterlöhne ab 1. Februar 1931 um 2 *Rpf* beim Ecklohn erbrachte für das Wirtschaftsjahr 1930 eine Ersparnis von 0,30 v. H. des gesamten Lohn-



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

aufwandes. Neben der Verringerung der Zahl der Arbeitstage und der ab 1. Februar 1931 durchgeführten Lohnsenkung ist die Verminderung des Lohnaufwandes auf eine Einschränkung in der Zahl der geleisteten Überstunden zurückzuführen.

Am 31. März 1931 standen 1535 Arbeiter im Dienst der Stadt Karlsruhe gegen 1604 am 31. März 1931. Von ihnen waren 657 = 42,80 v. H. ruhelohnberechtigt, 465 = 30,29 v. H. kam der Kündigungsschutz des § 73 Abs. 3 der Gemeindeordnung zu, ohne Kündigungsschutz kündbar waren 413 Arbeiter = 26,91 v. H.

Von der Gesamtzahl der am 31. März 1931 beschäftigten Arbeiter waren 100 Vorarbeiter und 398 sonstige männliche Arbeiter gelernte Handwerker mit Handwerkerzulage, eingereiht in Lohngruppe I a, 3 Vorarbeiter und 157 sonstige männliche Arbeiter angelernte Handwerker und Facharbeiter ohne Handwerkerzulage, eingereiht in Lohngruppe I b, 59 Vorarbeiter und 595 sonstige männliche Arbeiter angelernte Arbeiter und ungelernte Arbeiter mit schwerer oder schwieriger Arbeit, eingereiht in Lohngruppe II, 2 Vorarbeiter, 90 sonstige männliche Arbeiter und 10 Arbeiterinnen ungelernt, eingereiht in Lohngruppe III, 50 ungelernte Arbeiterinnen (einschl. 2 Vorarbeiterinnen), eingereiht in Lohngruppe IV. 1 Vorarbeiter, 4 sonstige männliche Arbeiter und 66 Arbeiterinnen waren nach Sondertarifen entlohnt (Hauspersonal in den Anstalten).

Das durchschnittliche Lebensalter eines Arbeiters lag am 31. März 1931 bei 40,344 Jahren, am 31. März 1930 bei 39,495 Jahren.

Von der Gesamtzahl von 1535 Arbeitern waren am 31. März 1931 1283 = 81,63 v. H. verheiratet, verwitwet und geschieden gegen 81,55 v. H. im Vorjahr, 252 = 18,37 v. H. ledig gegen 18,45 v. H. im Vorjahr. Der Anteil der verheirateten, verwitweten und geschiedenen Arbeiter an der gesamten Arbeiterschaft hat sich somit im Laufe des Wirtschaftsjahres 1930 um 0,08 v. H. erhöht.

Kinderzulage wurde am 31. März 1931 für 1546 Kinder städtischer Arbeiter gezahlt gegen 1608 Kinder am 31. März 1930.

### c. Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung.

Im Wirtschaftsjahr 1930 mußte Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung seitens der Stadt Karlsruhe in 658 Fällen mit einem Aufwand von 1 214 611 *RM* gezahlt werden. 173 Fälle betrafen satzungsmäßige Ruhegehalte von Beamten mit 565 980 *RM*, 178 Fälle satzungsmäßige Witwen- und Waisengelder für Beamtenhinterbliebene mit 319 626 *RM*, 4 Fälle Ergänzungsrenten gemäß § 6 der Angestelltensatzung mit 2755 *RM*, 139 Fälle satzungsmäßige Ruhelöhne von Arbeitern mit 204 302 *RM*, 136 Fälle satzungsmäßige Witwen- und Waisengelder für Hinterbliebene von Arbeitern mit 99 152 *RM*, 14 Fälle guttatsweise gewährte Unterstützungsgehalte für ehemalige Beamte mit 14 248 *RM*, 11 Fälle guttatsweise gewährte Witwen- und Waisengelder für Beamtenhinterbliebene mit 7216 *RM*, ein Fall guttatsweise gewährten Unterstützungsgehalt für einen ehemaligen Arbeiter mit 948 *RM*, 2 Fälle guttatsweise gewährte Witwen- und Waisengelder für Hinterbliebene von Arbeitern mit 384 *RM*, zusammen 658 Fälle mit 1 214 611 *RM*. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Fälle um 34, der Versorgungsaufwand um 11 623 *RM*. Die geringe Steigerung des Aufwandes im Verhältnis zur Erhöhung der Zahl der Fälle ist darauf zurückzuführen, daß deren Vermehrung in der Hauptsache auf Schluß des Wirtschaftsjahres eintrat und daher erst im Laufe des nächsten Jahres zur vollen Auswirkung kommt.

Versetzt wurden in den Ruhestand im Laufe des Berichtsjahres 2 Beamte im Alter unter 40 Jahren, 8 Beamte zwischen 51 und 60 Jahren, 12 Beamte zwischen 61 und 65 Jahren, 1 Angestellter zwischen 61 und 65 Jahren, 2 Arbeiter zwischen 40 und 50 Jahren, 6 Arbeiter zwischen 51 und 60 Jahren, 3 Arbeiter zwischen 61 und 65 Jahren, insgesamt 34 Personen. Ein im Ruhestand befindlicher Beamter und 2 Arbeiter wurden in den aktiven Dienst zurückberufen.

Infolge Todesfalls schieden aus dem Dienst aus: 1 Beamter unter 40 Jahren, 2 Beamte zwischen 40 und 50 Jahren, 4 Beamte zwischen 51 und 60 Jahren, 2 Beamte zwischen 61 und 65 Jahren, 1 Beamter zwischen 66 und 70 Jahren, zusammen 10 aktive Beamte; 1 Arbeiter unter 40 Jahren, 1 Arbeiter zwischen 40 und 50 Jahren, 2 Arbeiter zwischen 51 und 60 Jahren, 1 Arbeiter zwischen 61 und 65 Jahren, zusammen 5 Arbeiter. Ferner verstarben 4 im Ruhestand befindliche Beamte und 5 Beamtenwitwen, 12 im Ruhestand befindliche Arbeiter und 3 Arbeiterwitwen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

### d. Sonstiges.

#### Schwerbeschädigte.

Bei einer Gesamtzahl von 3383 Arbeitsplätzen (1848 Beamte und Angestellte und 1535 Arbeiter) waren nach dem Stande vom 1. Januar 1931 59 schwerbeschädigte Beamte und Angestellte und 30 schwerbeschädigte Arbeiter, zusammen 89 Schwerbeschädigte, beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Erhöhung um 2 Schwerbeschädigte eingetreten. Der Hundertsatz der mit Schwerbeschädigten besetzten Arbeitsplätze ist nach wie vor höher, als er nach dem Reichsgesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vorgesehen ist. Nach diesem Gesetz sind mindestens 2 v. H. der Arbeitsplätze mit Schwerbeschädigten zu besetzen; der Prozentsatz beträgt bei der Stadt Karlsruhe aber 2,85.

#### Abfindungen.

Im Berichtsjahr 1930 wurden zur Vermeidung unbilliger Härten an 14 ausgeschiedene Beamte und Angestellte und an 13 ausgeschiedene Arbeiter, denen beim Ausscheiden eine Versorgung nicht zustand, Abfindungen oder Übergangsbeihilfen bewilligt. Der Gesamtaufwand betrug für die Beamten, Angestellten und Arbeiter zusammen 17 712 *RM*.

#### Beihilfen in Notfällen.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden 57 Gesuche um Beihilfen von Beamten und 61 Gesuche von Arbeitern eingereicht. 26 Gesuche von Beamten = 45,61 v. H. und 39 Gesuche von Arbeitern = 63,93 v. H. wurden bewilligt, 24 Gesuche von Beamten = 42,11 v. H. und 19 Gesuche von Arbeitern = 31,15 v. H. abgelehnt. Zurückgezogen wurden 7 Anträge von Beamten = 12,28 v. H., 3 Anträge von Arbeitern = 4,92 v. H. Unter den Beihilfeempfängern befanden sich 18 im Dienst befindliche Beamte, 3 zur Ruhe gesetzte Beamte, 5 Hinterbliebene von Beamten, 30 im Dienst befindliche Arbeiter, 6 zur Ruhe gesetzte Arbeiter und 3 Hinterbliebene von Arbeitern. Der Grund der Beihilfebewilligung war eine Heil- oder Erholungskur bei 6 Beamten und 10 Arbeitern, Zahnersatz bei einem Beamten und 5 Arbeitern, Beschaffung künstlicher Gliedmaßen bei 2 Beamten, außerordentliche wirtschaftliche Notlage infolge einer Geburt, einer Erkrankung, eines Todesfalles oder sonstiger Ereignisse in der Familie bei 17 Beamten und 24 Arbeitern. Die Gesamtsumme der gewährten Beihilfen betrug 3164 *RM* bei den Beamten, 2685 *RM* bei den Arbeitern, zusammen 5849 *RM*.

#### Gesamtaufwand an Besoldung, Arbeiterlöhnen und Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung.

Der Besoldungsaufwand für die Beamten, Beamtenanwärter, Lehrlinge, Angestellten und Aushelfer belief sich im Wirtschaftsjahr 1930 auf 7 262 347 *RM*, der Lohnaufwand für die Arbeiter auf 4 775 553 *RM*, zusammen auf 12 037 900 *RM*.

An Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung für Beamte wurden 907 071 *RM*, für Angestellte 2755 *RM*, für Arbeiter 304 785 *RM*, zusammen 1 214 611 *RM* bezahlt. Der Gehalts-, Lohn- und Versorgungsaufwand zusammen ergab 13 252 511 *RM*.

Die Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung für Beamte und Angestellte machte 12,53 v. H. des Gehaltsaufwands der aktiven Beamten, Anwärter, Lehrlinge und Angestellten aus, der Ruhelohn- und der Hinterbliebenenversorgungsaufwand der Arbeiter 6,38 v. H. des für die im Dienst befindlichen Arbeiter erforderlichen Lohnaufwands. Die Versorgung für Beamte, Angestellte und Arbeiter zusammen kostete 10,09 v. H. des für Gehälter und Löhne erforderlichen Betrages gegen 9,79 v. H. im Vorjahre.

## 3. Verkehr, Feierlichkeiten, Besuche, Tagungen.

### a. Fremdenverkehr.

Die Stadtverwaltung (Verwaltung des städtischen Verkehrswesens) war auch im Berichtsjahr in Verbindung mit dem Karlsruher Verkehrsverein unablässig bemüht, durch möglichst zahlreiche und zugkräftige verkehrsbelebende Veranstaltungen den Fremdenverkehr in der badischen Landeshauptstadt zu



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

steigern. Ebenso wie in den Vorjahren waren diese Bestrebungen auch im Berichtsjahr von Erfolg begleitet. Das Jahr 1930 brachte 140 507 Fremde nach Karlsruhe. Die seit 1924 festgestellte Aufwärtsbewegung im Fremdenverkehr setzte sich auch im Berichtsjahr weiter fort und zwar um 12,71 v. H. gegenüber dem Vorjahr, während die Steigerung von 1928 auf 1929 nur 7,74 v. H. betragen hatte. Die im Jahre 1930 eingetretene Vermehrung des Fremdenverkehrs ist die größte innerhalb der letzten 5 Jahre. Zum ersten Male wurde der Fremdenbesuch der Vorkriegszeit übertroffen, und zwar um 7,9 v. H., dagegen hatte das Jahr 1929 nur 95,7 v. H. der Fremdenzahl der Vorkriegszeit aufzuweisen.

Trotz der Steigerung des Fremdenbesuchs hat die Zahl der Hotelfremden um 830, auf 96 560, abgenommen. 42 179 Fremde übernachteten in Herbergen und einfachsten Gasthöfen, 1768 Personen in Pensionen usw. Der relative Anteil der Hotelfremden betrug 68,72 v. H. gegen 78,6 v. H. im Vorjahre, derjenige der Herbergsfremden usw. 30,02 v. H. gegen 21,4 v. H. im Jahre 1929. Die Zunahme des Herbergsverkehrs von 1929 auf 1930 um 15 479 Personen = 57,97 v. H. ist größer wie je zuvor. Trotzdem blieb der Anteil der Herbergsfremden am gesamten Fremdenverkehr noch hinter der Friedenszeit zurück, wo er 36 v. H. betragen hatte.

Der beste Fremdenmonat war, wie im Vorjahre, wieder der August mit 15 800 Fremden, in geringem Abstand mit 15 000 Fremden folgte der Juli. Die Sommermonate Mai bis September umfaßten 50,6 v. H. des gesamten Fremdenverkehrs. In früheren Jahren blieb deren Anteil stets unter 50 v. H.

Der reichsdeutsche Verkehr umfaßte 127 315 Personen = 90,61 v. H. des Gesamtverkehrs gegen 112 700 Personen = 90,40 v. H. im Vorjahr, der Ausländerverkehr 13 192 Fremde = 9,39 v. H. gegen 11 970 Fremde = 9,60 v. H. im Vorjahr. Die relative Steigerung des innerdeutschen Verkehrs war somit stärker wie die des Auslandverkehrs.

Von den Ausländern kamen 3096 aus Österreich, 2139 aus der Schweiz, 1424 aus Holland, 1397 aus den Vereinigten Staaten, 917 aus England und 869 aus Frankreich. Das übrige Ausland brachte 3350 Fremde nach Karlsruhe. Gegenüber dem Vorjahr war die Besucherzahl aus Österreich um 674, aus England um 200 ,aus den Vereinigten Staaten um 450 gestiegen; der Verkehr aus Holland hielt sich im gleichen Umfang, dagegen zeigte der Besuch aus der Schweiz einen Rückgang um 419 Personen, aus Frankreich um 334 Personen. Der Besuch aus dem übrigen Ausland war um 662 Personen höher als im Jahre 1929.

Erstmals seit 1923 wurde wieder die Aufenthaltsdauer der Fremden ermittelt. Auf einen Fremden ergab sich ein Verweilen in hiesiger Stadt von durchschnittlich 1,68 Tagen. Die Aufenthaltsdauer in den einzelnen Monaten des Jahres 1930 schwankte zwischen 1,45 Tagen im August und 1,93 Tagen im Januar. Im Gesamtjahresdurchschnitt blieben die Herbergsfremden 1,76 Tage hier, die Hotelfremden nur 1,62 Tage.

In Anbetracht des Darniederliegens der deutschen Wirtschaft kann der Fremdenverkehr in hiesiger Stadt im Jahre 1930 als befriedigend bezeichnet werden.

Für verkehrswerbende Zwecke zahlte die Stadt Karlsruhe an den Karlsruher Verkehrsverein einen Beitrag von 20 000 *RM*, an den Badischen Verkehrsverband einen solchen von 550 *RM*, an den Verein zur Vorbereitung der Autostraße Hamburg—Frankfurt—Basel 1450 *RM* und an die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau von 300 *RM*.

### b. Luftverkehr.

Der Luftverkehr begann im Jahr 1930 am 1. Mai und endete am 31. Oktober. Karlsruhe verfügte wieder über 3 Linien: Frankfurt—Darmstadt—Mannheim—Karlsruhe—Baden-Baden—Villingen—Konstanz (Schwarzwaldlinie, Strecke Nr. 49), München—Stuttgart—Karlsruhe—Saarbrücken (Ost-Westlinie, Strecke Nr. 52), Baden-Baden—Karlsruhe—Mannheim—Wiesbaden—Köln—Düsseldorf (Bäder-Linie, Strecke Nr. 350).

Die Anschlüsse an diese Linien waren mit wenigen Ausnahmen die gleichen wie im Jahre 1929. Die Frequenz der Schwarzwaldlinie lag etwas über dem Reichsdurchschnitt; diejenige der Ost-Westlinie war überaus gut. Sie war die beste planmäßig beflogene innerdeutsche Linie. Die Frequenz der Bäderlinie war mäßig.

Für den Luftverkehr mußte die Stadt Karlsruhe im Wirtschaftsjahr 1930 einen Zuschuß von 53 295 *RM* leisten.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

### c. Feste, Feierlichkeiten, Besuche, Tagungen.

Im Berichtsjahr gelang es, 44 Tagungen und Kongresse bedeutsamer Reichs- und Landesorganisationen, einschließlich zweier Regimentstage, ferner acht ausländische Reisegesellschaften, darunter sieben deutsch-amerikanische, nach Karlsruhe zu ziehen. Die Gesamtteilnehmerzahl betrug 130 000 Personen. Außerdem wurden sechs große kulturelle Veranstaltungen, 19 große sportliche Veranstaltungen, davon 8 im Rheinstrandbad Rappenwört, und 7 große musikalische Veranstaltungen mit gutem Erfolg hier durchgeführt. Von besonderer Bedeutung waren das von der Landeshauptstadt Karlsruhe, dem Landesverein Badische Heimat und dem Verkehrsverein Karlsruhe unter dem Ehrenvorsitz des Badischen Staatspräsidenten in der Zeit vom 11. bis 14. Juli 1930 veranstaltete Welttreffen der Badener, „Der Badische Heimattag", und der zu gleicher Zeit abgehaltene „Kongreß der führenden Badener in Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft". Aus allen Teilen Deutschlands, aus Österreich, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, Ungarn, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Brasilien, ja sogar aus Tsingtau traf sich eine große Zahl von Badenern, um dieses Fest in der alten Heimat zu verleben.

Anläßlich der Wiederkehr des Tages der Verkündung der Verfassung des Deutschen Reiches veranstaltete die Stadtverwaltung in Verbindung mit dem Staatsministerium am 11. August 1930 die Verfassungsfeier; am 11. März 1931 fand die Feier des Volkstrauertages statt.

Im Bürgersaal des Rathauses wurden im Berichtsjahr 17 Vorträge, 22 Versammlungen, Sitzungen oder Tagungen, 13 Konzerte, Liederabende und Feiern und 1 Ehrung abgehalten, die insgesamt von 8930 Personen besucht waren.

## B. Auftragsverwaltungen.

### 1. Grundbuchamt mit Gebäudeversicherungsstelle.

Im Wirtschaftsjahr 1930 belief sich der Grundstücksumsatz auf 690 Grundstücke im Gesamtwert von 10 224 597 *RM* gegen 811 Grundstücke im Werte von 13 922 812 *RM* im Vorjahr. Auf bebaute Grundstücke entfielen 280 (1929: 284) Fälle mit 8 839 815 *RM* (1929: 11 697 569 *RM*), auf unbebaute Grundstücke 410 (1929: 527) Fälle mit 1 384 782 *RM* (1929: 2 225 243 *RM*).

Die rückläufige Bewegung der Wirtschaftslage drückt sich in diesen Zahlen deutlich aus. Die Grundstückspreise waren, besonders bei den wieder erheblich an Zahl gewachsenen Zwangsversteigerungen, weiter gedrückt. Trotzdem ist der Erwerb von Grundstücken als Kapitalanlage nicht mehr begehrt, weil sie keine oder nur ungenügende Renten abwerfen. Die Bautätigkeit hat sich im Laufe des Berichtsjahres stark verringert, da einerseits die zu ihrer Förderung bereitgestellten öffentlichen Mittel vermindert werden mußten, andererseits die Zahl der Mieter, deren wirtschaftliche Lage die Tragung der höheren Mietzinsen für Neubauwohnungen gestattet, ständig kleiner wird.

Erbbaurechte wurden 72 gegen 39 im Vorjahr begründet.

Auch im Hypothekenverkehr machte sich ein starker Rückgang bemerkbar. Pfandrechte an Grundstücken wurden in 1986 (1929: 2461) Fällen im Gesamtbetrag von 28 738 509 *RM* bzw. G.*M* (1929: 33 990 701 *RM* bzw. G.*M*) bestellt, und zwar Hypotheken 22 313 849 *RM* bzw. G.*M* (1929: 26 569 178 *RM* bzw. G.*M*), Grundschulden 6 424 660 *RM* bzw. G.*M* (1929: 7 421 523 *RM* bzw. G.*M*). Die Zahl der Briefrechte betrug 1046 (1929: 980).

Der Rückgang ist auf die verminderte Bautätigkeit und auf die wachsenden Schwierigkeiten der Beschaffung von Hypothekengeldern zurückzuführen.

Die Aufwertungsgeschäfte nahmen gegen Ende des Rechnungsjahres, besonders im März wegen des Fristablaufes für Eintragung von Aufwertungshypotheken, stark zu. Die Aufwertungsschlußgesetze — Grundbuchbereinigungs- und Fälligkeitsgesetz — haben doch zahlreiche Gläubiger, welche seither den alten Zustand im Grundbuch beruhen ließen, veranlaßt, die Berichtigung des Grundbuchs in letzter Stunde vorzunehmen. Bei vielen Gläubigern hatte sich infolge unrichtiger Rechtsbelehrung die Meinung festgesetzt, daß eine Berichtigung des Grundbuchs durch Eintragung des Aufwertungsbetrages von 25 v. H. ihren Ansprüchen schädlich sei.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Löschungen wurden in 1304 (1929: 1289) Fällen im Gesamtbetrag von 13 392 218 *RM* bzw. G.*M* (1929: 10 430 510 *RM* bzw. G.*M*) vollzogen, wovon 10 344 272 *RM* bzw. G.*M* (1929: 8 142 741 *RM* bzw. G.*M*) Hypotheken und 3 047 946 *RM* bzw. G.*M* (1929: 2 287 769 *RM* bzw. G.*M*) Grundschulden betrafen.

Grundbuchzeugnisse und Abschriften wurden 2876 (1929: 2971) ausgefertigt, Grundbucheinsicht in 3783 (1929: 4447) Fällen erteilt.

Unterschriftsbeglaubigungen wurden 1678 (1929: 1584) vorgenommen. Das Geschäftstagebuch A umfaßte 16 183 (1929: 16 151), das Geschäftstagebuch B 1698 (1929: 1613) Geschäftsnummern, beweist also, daß die Zahl der Geschäfte trotz niedrigerer Wertsummen nicht abgenommen hat.

An Grundbuchkosten wurden 166 824 *RM* gegen 196 827 *RM* im Vorjahr festgesetzt. Der Rückgang ist in der Hauptsache auf die Verminderung der Geschäfte mit größeren Werten zurückzuführen. Der nach § 19 Ziff. 6 Abs. 3 des Landesjustizkostengesetzes durch ganze oder teilweise Befreiung von gemeinnützigen Baugenossenschaften entstandene Ausfall an Grundbuchkosten belief sich im Berichtsjahr auf 11 667,15 *RM*, im Vorjahr auf 20 861,20 *RM*. Der wesentlich verringerte Ausfall läßt die stark verminderte Bautätigkeit erkennen. Die Summe der Abgänge und des Rückersatzes von Grundbuchgebühren betrug 2 265,18 *RM* (1929: 3 121,65 *RM*). Hierfür kamen vorwiegend Schwerkriegsbeschädigte in Betracht.

Die Ablieferung von 75 v.H. des Reinertrags der Einnahmen des Grundbuchamts an die Staatskasse betrug für das Rechnungsjahr 1930 im ganzen 19 578,41 *RM* gegen 28 105,33 *RM* im Wirtschaftsjahr 1929.

Die Minderung gründet sich auf den starken Gebührenausfall, dem aber Ersparnisse am Personalaufwand mit rund 13 000 *RM* gegenüberstehen.

Der Personalbestand einschließlich der Grundbuchamtskasse belief sich auf 20 Beamte und 2 Anwärter. Ein Beamter wurde mit Rücksicht auf die ab 1. April 1931 vom Steueramt zu übernehmende Bearbeitung der Wertzuwachssteuer schon im Dezember 1930 vorzeitig ohne Ersatz abgegeben.

Von der Gebäudeversicherungsstelle wurden im Laufe des Wirtschaftsjahres 1930 516 Schätzungen für die staatliche Gebäudeversicherung mit augenblicklicher Wirkung und 854 Schätzungen im regelmäßigen Umgang vorgenommen. Im Veränderungsverzeichnis für das Tiefbauamt fanden 636 Einträge statt. Einsicht in das Feuerversicherungsbuch wurde in 171 Fällen gebührenpflichtig, in 3139 Fällen gebührenfrei für Staatsbehörden, städt. Stellen usw. gewährt. Abschriften von Einschätzungsverzeichnissen wurden 126 gefertigt. Anläßlich von Brandfällen wurden 95 Auszüge aus dem Feuerversicherungsbuch für das Bezirksamt hergestellt. Sturmschäden wurden in 34 Fällen behandelt.

Das Beitragsverzeichnis zur Gebäudeversicherungsumlage umfaßte 11 433 Einträge mit einer Versicherungssumme von 546 366 050 *RM* und einem Umlagebetrag von 707 195 *RM*.

Für die Versicherung der städtischen Fahrnisse im Versicherungswert von 33 151 364 *RM*, über die 52 Versicherungsscheine ausgestellt waren, mußte eine Prämie von 30 956 *RM* bezahlt werden.

Die Gebäudeversicherungsstelle war mit 3 Beamten besetzt. An Gebühren für Einsicht, Abschriften und Bescheinigungen wurden 459 *RM* vereinnahmt.

## 2. Gerichtsbarkeit.

### a. Gemeindegericht.

Im Wirtschaftsjahr 1930 fanden 55 Sitzungen des Gemeindegerichts statt. Klagen waren insgesamt 2360 anhängig, von denen 136 aus dem Vorjahr übernommen worden waren. Im Laufe des Jahres wurden 1288 Klagen durch Urteil, 254 durch Vergleich, 136 durch Zurücknahme, 525 durch Beruhen erledigt, 157 in das nächste Jahr übertragen. Gegen die Entscheidungen des Gemeindegerichts wurde in 210 Fällen Berufung auf den ordentlichen Rechtsweg eingelegt. Das Amtsgericht hat die Entscheidungen des Gemeindegerichts in 32 Fällen bestätigt, in 15 Fällen abgeändert, in 95 Fällen durch Vergleich erledigt; in 68 Fällen wurde das Ergebnis nicht mitgeteilt.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zahlungsbefehle wurden 7848 erlassen, Widersprüche hiergegen eingelegt 1643, Vollstreckungsbefehle ergingen 3540. Sowohl in der Zahl der anhängigen Klagen als auch der erlassenen Zahlungsbefehle war gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung zu verzeichnen.

An Gebühren und Strafen wurden 14 854 *RM* vereinnahmt.

### b. Schiedsmann.

Vor dem Schiedsmann wurden im Berichtsjahr 730 Sühnetermine anberaumt, für die 40 Sitzungen erforderlich wurden. Vergleiche wurden 101 abgeschlossen, mißlungen sind 571 Sühneverhandlungen, durch Beruhen erledigt wurden 50, zurückgenommen 8.

Die Tätigkeit der Schiedsstelle war zahlenmäßig gegenüber dem Vorjahre nahezu unverändert.

### c. Mieteinigungsamt.

Sitzungen des Mieteinigungsamts fanden im Berichtsjahr 25 statt. Streitfälle waren 154 anhängig, davon 11, die aus dem Vorjahr übernommen worden waren. Entscheidungen wurden 80 getroffen, 20 Vergleiche abgeschlossen, 32 Streitfälle zurückgenommen. Unerledigt in das nächste Jahr übertragen wurden 22 Fälle.

Gegen die Entscheidungen des Mieteinigungsamts wurde in 11 Fällen Rechtsbeschwerde eingelegt. Hiervon wurden 2 Fälle vom Mieteinigungsamt selbst erledigt, 9 Entscheidungen des Mieteinigungsamtes wurden vom Landgericht bestätigt. Die Einnahmen aus Gebühren und Strafen betrugen 2429 *RM*.

Am 31. März 1931 waren bei der Gerichtsbarkeit 2 Beamte und 2 Beamtenanwärter beschäftigt.

## 3. Standesamt.

Im Wirtschaftsjahre 1930 wurden vor den Karlsruher Standesämtern 1255 Ehen geschlossen. Auf Alt-Karlsruhe entfielen 1135 Eheschließungen, auf Rüppurr 49, auf Grünwinkel 32, auf Daxlanden 39. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug im Standesamtsbezirk Alt-Karlsruhe 2708, Rüppurr 55, Grünwirkel 10, Daxlanden 55, zusammen 2828, die Zahl der Totgeborenen in Alt-Karlsruhe 76, Rüppurr 3, Grünwinkel 1, zusammen 80. Gestorben sind in Alt-Karlsruhe 1725, Rüppurr 36, Grünwinkel 19, Daxlanden 35, zusammen 1815 Personen. Gegenüber dem vorhergehenden Wirtschaftsjahr trat in der Zahl der Eheschließungen ein Rückgang um 7,59 v. H., in der Zahl der Lebendgeborenen um 2,08 v. H. und in der Zahl der Gestorbenen um 2,05 v. H. ein, während die Zahl der Totgeborenen mit 80 die gleiche blieb.

Neben der Registerbeurkundung wurden hauptsächlich folgende Amtshandlungen vorgenommen: 342 Vaterschaftsanerkennungen zu unehelichen Kindern, 216 Legitimationen unehelicher Kinder, 39 Namenserteilungen an uneheliche Kinder, 4 Ehelichkeitserklärungen unehelicher Kinder, 24 Annahmen an Kindesstatt (Adoptionen), 4 Vornamensänderungen durch obrigkeitliche Verfügung, 13 Aberkennungen der Vaterschaft durch gerichtliches Urteil, 8 Familiennamensänderungen durch obrigkeitliche Verfügung, 580 Anzeigen an das Vormundschaftsgericht und das Jugendamt über uneheliche und ehelich nachgeborene Kinder, 41 Anzeigen an das Vormundschaftsgericht und das Jugendamt über Wiederverheiratung von Witwen und geschiedenen Ehefrauen, 1637 Geburtsbescheinigungen zur Erlangung der Wochenhilfe durch Krankenkassen und 188 zur Erlangung der Wochenhilfe durch das Reich, 1211 Aufgebotverhandlungen, 25 Wiederannahmen des früheren Familiennamens geschiedener Ehefrauen, 460 Anfertigungen von Familienstammbüchern, 14 329 Ausfertigungen von gebührenpflichtigen Urkunden und Scheinen, 145 Vermerke über Ehescheidungen im Heiratsregister.

Am 31. März 1931 waren beim Standesamt 8 Beamte und 1 Aushelfer beschäftigt. An Gebühren gingen 22 226 *RM* ein. Der Verwaltungsaufwand nach Abzug der Einnahmen betrug 35 198,59 *RM*.

## 4. Statistisches Amt.

Im Aufgabenkreis des Statistischen Amtes traten im Berichtsjahr keine Änderungen ein. Ihm waren, wie bisher, die Erfassung der Bevölkerungsbewegung sowie sonstiger wirtschaftlicher und sozialer Merkmale, die Durchführung statistischer Erhebungen und Zählungen, die Arbeiten der Wahlgeschäftsstelle und die Ausstellung der Lohnsteuerkarten übertragen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Am 2. Juni, 1. September 1930 und 2. März 1931 fanden auf Anordnung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft drei allgemeine Schweinezählungen (sog. Zwischenzählungen) statt und am 1. Dezember 1930 die allgemeine Viehzählung. Die drei ersten Zählungen ergaben einen Bestand von 2111, 2314 bzw. 2304 Schweinen, die allgemeine Viehzählung einen Bestand von 870 Pferden, 6 Eseln, Mauleseln oder Maultieren, 1183 Stück Rindvieh, 2692 Schweinen, 199 Schafen, 912 Ziegen, 44 286 Stück Federvieh, 1020 Bienenvölkern und 3645 Hunden. Im Besitz der Stadt befanden sich am 1. Dezember 1930: 36 Pferde, 4 Esel, Maulesel oder Maultiere, 7 Stück Rindvieh, 39 Schweine, 13 Ziegen, 314 Stück Federvieh und 8 Hunde. Kaninchen waren nicht zu zählen.

Aus den Erhebungsbogen der Viehzählung vom 1. Dezember wurden zur Feststellung und Erhebung der Beiträge der Tierbesitzer für die Entschädigung bei Seuchenverlusten die Einzugslisten für die Stadthauptkasse gefertigt.

Ende Mai 1930 war die Anbauflächenerhebung durchzuführen. Die Ernteschätzung war nicht vorzunehmen. Hagelmeldung war 1 zu erstatten; nennenswerter Schaden ist — abgesehen vom Hofgut Scheibenhardt — nicht entstanden.

Am 10. Oktober 1930 fand die Personenstandsaufnahme statt. Sie dient nicht nur als Grundlage für die Ausfertigung der Lohnsteuerkarten, sondern auch als Unterlage für sämtliche Steuern, da aus ihr die Zahl der Steuerpflichtigen, ihre persönlichen Verhältnisse und die Lohn oder Gehalt zahlenden Kassen hervorgehen. Sie ist unentbehrlich für die Veranlagung der Einkommens-, Vermögens-, Körperschafts- und Kirchensteuern. Außerdem werden aus ihr sämtliche Überwachungslisten für alle Arten von Steuerpflichtigen ergänzt. Die bei der Personenstandsaufnahme sich ergebenden Erhebungspapiere werden deshalb eingehend geprüft. Alsdann werden sie dem Finanzamt zur Ergänzung der Karteien zeitweise überlassen. Für das Steuerjahr 1931 wurden bei der Massenausstellung der Steuerkarten, mit der Ende Oktober 1930 begonnen wurde, 65 248 Lohnsteuerkarten ausgefertigt. Bis Ende des Wirtschaftsjahres wurden noch nachträglich weitere 9667 Steuerkarten für 1931 ausgegeben, sodaß insgesamt für 1931 74 915 Steuerkarten verabreicht wurden. Für das Steuerjahr 1930 oder frühere Jahre wurden 3696 Steuerkarten ausgehändigt, unter denen sich 689 Doppelfertigungen befanden.

Im Benehmen mit der Stadtschularztstelle wurden die von dieser im Laufe des Schuljahres ausgefüllten Zählblättchen, die sich bei der Reihenuntersuchung der Volksschüler ergaben, bearbeitet. Im ganzen handelte es sich um 13 682 (1929: 13 416) Zählblättchen. Die Ergebnisse sind im Bericht der Stadtschularztstelle veröffentlicht. Für die Reihenuntersuchung der Fortbildungsschüler wurden 718 Zählblättchen zur Bearbeitung eingereicht.

Die vom Unterrichtsministerium jedes Jahr angeforderte Statistik über den Schulaufwand, der für die Volks- und Fortbildungsschule und für jede einzelne der städt. höheren Schulen nach umfangreichen Fragebogen anzugeben ist, wurde auch im Berichtsjahr erstattet.

Für die städt. Tuberkulose-Fürsorgestelle wurden — wie bisher — die Todesfälle an Tuberkulose nach verschiedenen Gesichtspunkten tabellarisch bearbeitet.

Die Stadt Karlsruhe beteiligte sich auch im Wirtschaftsjahr 1930 an der Fortsetzung der vom Statistischen Reichsamt veranstalteten Erhebung von Wirtschaftsrechnungen. Auf Karlsruhe waren für das Wirtschaftsjahr 1930 3 Wirtschaftsrechnungen entfallen. Die Austeilung und Einsammlung sowie die Vorprüfung der Wirtschaftsbücher wurde vom Statistischen Amt vorgenommen. Die Buchführer erhielten von der Stadt die für gute und pünktliche Buchführung versprochene Prämie von je 20 *RM*.

Zum Zwecke der Auskunftserteilung hatte das Statistische Amt zu bearbeiten: 22 Fragebogen für den XXVI. Jahrgang des Statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte, Fragebogen für die vom Deutschen Städtetag herausgegebenen Statistischen Vierteljahreshefte, wöchentliche, monatliche und jährliche Berichte über die Bevölkerungsvorgänge an das Statistische Reichsamt, wöchentliche Mitteilungen über die Preise auf dem Wochenmarkt und über die Tendenz der Märkte an sämtliche Zeitungen, an die Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat, Berlin, an den Reichsausschuß für Geflügel- und Eierverwertung, Berlin, und an den Verlag der Zeitschrift „Der Früchtehandel" in Düsseldorf; wöchentliche Mitteilungen der Wochenmarktpreise an das Wolff-Büro, wöchentliche Mitteilungen an den Kleintierzucht-Verlag Vaihingen-Enz für die Süddeutsche Tier-Börse und Deutsche Geflügelzeitung über die Wochenmarkt-Kleinhandelspreise für Eier und Geflügel, monatliche Mitteilungen an den Badischen Fischereiverein, Karlsruhe, und an den Deutschen Fischereiverein, Berlin, über die Fischkleinhandelspreise



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

auf jedem Donnerstag-Wochenmarkt, monatlich zweimalige Preismitteilungen an das Statistische Reichsamt und an das Bad. Statistische Landesamt auf vorgeschriebenen Vordrucken, wozu die Unterlagen, wie seit Jahren, durch Erhebung bei Geschäften usw. beschafft wurden, verschiedene Gutachten über Vieh- und Fleischpreise sowie über Mehl- und Brotpreise an das Finanzamt Karlsruhe-Stadt auf besonderen Antrag.

Am 14. September 1930 fand die infolge der Auflösung des Reichstags notwendig gewordene Reichstagswahl statt. Die Kartei enthielt 115 181 Wahlberechtigte (mit und ohne Vermerk „Stimmschein"). Als amtliche Ziffer der Wahlberechtigten galten die in die Kartei ohne Vermerk „St." (Stimmschein) Eingetragenen mit 109 695, zuzüglich der Abstimmungen auf Stimmschein mit 3071, zusammen 112 766, von denen 89 372 = 79,25 v. H. gewählt haben. Von den abgegebenen Stimmen erhielten die Sozialdemokratische Partei 21 423 = 23,98 v. H., die Deutschnationale Volkspartei 2378 = 2,66 v. H., die Bad. Zentrumspartei 14 670 = 16,41 v. H., die Kommunistische Partei 8611 = 9,64 v. H., die Einheitsliste Deutsche Volkspartei — Deutsche Staatspartei 9513 = 10,64 v. H., die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) 2731 = 3,06 v. H., die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) 23 014 = 25,75 v. H., die Badische Bauernpartei (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei) 48 = 0,05 v. H., die Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) und Christlich-Soziale Reichspartei 995 = 1,11 v. H., die Deutsche Bauernpartei 21 = 0,02 v. H., die Konservative Volkspartei 703 = 0,79 v. H., der Evangelische Volksdienst (Landesgruppe Baden des Christlich-sozialen Volksdienstes) 4463 = 4,99 v. H., die Polenpartei 11 = 0,01 v. H., Haus- und Grundbesitzer 93 = 0,11 v. H. Ungültig waren 698 Stimmen = 0,78 v. H. Bei den am 16. November 1930 abgehaltenen Wahlen der Stadtverordneten, Bezirksrats- und Kreisabgeordneten waren 111 288 Einwohner wahlberechtigt, von denen 59 745 = 53,69 v. H. für die Stadtverordnetenwahl, 59 671 = 53,62 v. H. für die Bezirksratswahl und 59 603 = 53,63 v. H. für die Kreisabgeordnetenwahl abgestimmt haben. Hierbei erhielten die Kommunistische Partei 5789 Stimmen = 9,69 v. H. für die Stadtverordnetenwahl, 5747 = 9,63 v. H. für die Bezirksratswahl, 5758 = 9,66 v. H. für die Kreisabgeordnetenwahl, die Sozialdemokratische Partei 12 719 Stimmen = 21,29 v. H. für die Stadtverordnetenwahl, 12 651 = 21,20 v. H. für die Bezirksratswahl, 12 633 = 21,20 v. H. für die Kreisabgeordnetenwahl, die Deutsche Staatspartei 2032 Stimmen = 3,40 v. H. für die Stadtverordnetenwahl, 1997 = 3,35 v. H. für die Bezirksratswahl, 2022 = 3,39 v. H. für die Kreisabgeordnetenwahl, die Deutsche Volkspartei 2512 Stimmen = 4,20 v. H. für die Stadtverordnetenwahl, 2565 = 4,30 v. H. für die Bezirksratswahl, 2496 = 4,19 v. H. für die Kreisabgeordnetenwahl, die Zentrumspartei 11 040 Stimmen = 18,48 v. H. für die Stadtverordnetenwahl, 11 004 = 18,44 v. H. für die Bezirksratswahl, 11 039 = 18,52 v. H. für die Kreisabgeordnetenwahl, die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) und Konservative Volkspartei 2120 Stimmen = 3,55 v. H. für die Stadtverordnetenwahl, 2041 = 3,42 v. H. für die Bezirksratswahl, 2032 = 3,41 v. H. für die Kreisabgeordnetenwahl, der Evangelische Volksdienst 2688 Stimmen = 4,50 v. H. für die Stadtverordnetenwahl, 2738 = 4,59 v. H. für die Bezirksratswahl, 2723 = 4,57 v. H. für die Kreisabgeordnetenwahl, die Deutschnationale Volkspartei 1530 Stimmen = 2,56 v. H. für die Stadtverordnetenwahl, 1504 = 2,52 v. H. für die Bezirksratswahl, 1506 = 2,53 v. H. für die Kreisabgeordnetenwahl, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) 18 889 Stimmen = 31,62 v. H. für die Stadtverordnetenwahl, 18 814 = 31,53 v. H. für die Bezirksratswahl, 18 801 = 31,54 v. H. für die Kreisabgeordnetenwahl, die Freie Bürgervereinigung Durlach 12 Stimmen = 0,02 v. H. für die Bezirksrats- und 8 Stimmen = 0,01 v. H. für die Kreisabgeordnetenwahl, die Freie Bürgervereinigung Durlach-Aue 6 Stimmen = 0,01 v. H. für die Bezirksrats- und 5 Stimmen = 0,01 v. H. für die Kreisabgeordnetenwahl. Ungültig waren 426 = 0,71 v. H. der abgegebenen Stimmen für die Stadtverordnetenwahl, 592 = 0,99 v. H. für die Bezirksratswahl, 580 = 0,97 v. H. für die Kreisabgeordnetenwahl.

Über die Verteilung der Stadtverordneten- und Stadtratssitze geben die Ausführungen unter II A 1 — Hauptverwaltung — Aufschluß.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden seitens des Statistischen Amts veröffentlicht: 2 Zeitungsartikel über die Bevölkerungsbewegung, 5 Zeitungsartikel über den Fremdenverkehr, 4 Zeitungsartikel über die Bautätigkeit, 4 Zeitungsartikel über Grundbesitzwechsel und Hypothekenverkehr, ein Bericht über die Viehzählung vom 1. Dezember 1930, eine größere Abhandlung über „Die endgültigen Ergebnisse der Gemeindewahl vom 16. November 1930", ein größerer Bericht über den Fremdenverkehr im Jahre 1930,



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

mehrere Zeitungsartikel über Vieh- und Fleischpreise, Gefrierfleischversorgung usw. Für das Karlsruher Adreßbuch 1931 wurden aus einer Reihe statistischer Gebiete mehrere Tabellen aufgestellt.

Das Statistische Amt war am 31. März 1931 mit 9 Beamten, 5 Angestellten und 4 Aushelfern besetzt. Bei der Durchführung von Wahlen, größeren statistischen Erhebungen usw. werden besondere Aushilfen vorübergehend eingestellt. Der Verwaltungsaufwand betrug 123 698,31 *RM*; als Ersatzleistungen wurden 14 614,25 *RM* vereinnahmt.

## 5. Ortsgericht.

Das Ortsgericht für Karlsruhe, Beiertheim, Mühlburg und Grünwinkel wurde im Wirtschaftsjahr 1930 in 1980 Fällen, das Ortsgericht für den Stadtteil Rintheim in 18 Fällen, das Ortsgericht für den Stadtteil Daxlanden in 45 Fällen, das Ortsgericht für den Stadtteil Rüppurr in 50 Fällen, das Ortsgericht für den Stadtteil Bulach in 14 Fällen tätig.

Die Ausgaben für die Ortsgerichte betrugen 6 219,75 *RM*, an Gebühren wurden 2 862,95 *RM* vereinnahmt.

## 6. Sozialversicherung.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden für die Alters- und Hinterbliebenenversicherung 1708 Quittungskarten Nr. 1 ausgestellt, 30 784 Karten umgetauscht, 144 Karten erneuert, 700 sonstige Karten ausgestellt, zusammen 33 336 Karten bearbeitet. Für die Angestelltenversicherung wurden 1400 Karten Nr. 1 ausgefertigt, 5132 Karten umgetauscht, 7 Karten erneuert, zusammen für 6539 Karten Amtshandlungen vorgenommen.

Wegen verspäteter Beitragsentrichtung mußten 501 Anzeigen an die Kontrollämter, wegen Feststellung der Versicherungspflicht bzw. Beitragsnacherhebung 89 Anzeigen an das Versicherungsamt erstattet werden. 42 Anträge auf Einleitung von Heilverfahren wurden entgegengenommen und 24 Anträge auf Aufhebung der Befreiung von der eigenen Beitragsleistung zur Angestelltenversicherung bearbeitet.

Zur land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung wurden in Karlsruhe-Stadt einschließlich Mühlburg 270 Betriebe mit 86 100 Arbeitstagen, in den Stadtteilen Beiertheim 77 Betriebe mit 11 250 Arbeitstagen, Bulach 129 Betriebe mit 13 200 Arbeitstagen, Daxlanden 376 Betriebe mit 29 350 Arbeitstagen, Grünwinkel 71 Betriebe mit 6100 Arbeitstagen, Rintheim 265 Betriebe mit 17 500 Arbeitstagen, Rüppurr 299 Betriebe mit 35 600 Arbeitstagen, insgesamt 1487 Betriebe mit 199 100 Arbeitstagen eingeschätzt.

An Gebühren gelangten 994,60 *RM* zur Erhebung. Die Geschäfte wurden durch 3 Beamte erledigt.

## 7. Innungswesen.

Die Zahl der Innungen hat sich im Berichtsjahr um 2 vermehrt und zwar um die Freie Innung für das Korbmacherhandwerk und die Freie Innung für das Glasreinigungsgewerbe. Beide Innungen wurden für den Handwerkskammerbezirk Karlsruhe gebildet. Insgesamt unterstehen der Aufsicht des Oberbürgermeisters nunmehr 26 Innungen, darunter 16 freie und 10 Zwangsinnungen. Davon umfassen 13 den Stadtbezirk, 5 den Amtsbezirk und 8 den Handwerkskammerbezirk.

Die Tätigkeit des Oberbürgermeisters als Aufsichtsbehörde ist nach Art und Umfang die gleiche gewesen wie in den früheren Jahren.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# III. Polizei.

## 1. Ordnungspolizei.

Der von der Stadt Karlsruhe gemäß § 7 des Polizeigesetzes zu leistende Beitrag zu den Kosten der lebenslänglich angestellten Polizei wurde für das Wirtschaftsjahr 1930 aus einer Iststärke von 220 Beamten mit 511 755 *RM* gegen 223 Mann mit 522 439 *RM* im Vorjahr berechnet. Für die 45 auf Zeit angestellten Beamten der Schutzpolizei, die regelmäßig zur Erhöhung der allgemein bestimmten Polizeistärke herangezogen wurden, mußte ein Beitrag von 63 863 *RM* an die Staatskasse bezahlt werden gegen 64 485 *RM* im Vorjahr.

## 2. Bau-, Wohnungs- und Feuerpolizei.

Die ständig zunehmende Verschlechterung der Wirtschaftslage während des Berichtsjahres wirkte sich, wie bereits erwähnt, auch auf dem Gebiete der Bautätigkeit aus. Die Vorlage von Baugesuchen aller Art ging gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1929 um rund 36 v. H. zurück. Während im Jahre 1929 noch 1028 Baugesuche zur Behandlung gelangten, so waren es im abgelaufenen Wirtschaftsjahr nur noch 765. Die Gesuche umfaßten Neubauten von Wohnhäusern, Fabrikanlagen, Lagerhallen, großen und kleinen Schuppen, Garagen, Tankanlagen, Einfriedigungen, Umbauten, Bauveränderungen und Abbrüche. Die Ortsbaukommission bearbeitete in 26 Sitzungen 836 Fälle (davon die infolge der Gemeindewahlen neugebildete Kommission in 3 Sitzungen 95 Fälle), d. s. durchschnittlich 32 Fälle in der Sitzung.

Von den eingereichten 765 Baugesuchen wurden 686 = 89,6 v. H. genehmigt, 16 = 2,1 v. H. abgelehnt, 12 = 1,6 v. H. zurückgezogen; bis zum 31. März 1931 waren 28 Gesuche = 3,7 v. H. noch nicht verbeschieden. 23 = 3 v. H. Reichs- und Staatsbauten betreffende Fälle wurden befürwortet.

Baugesuche für Wohnhausneubauten wurden 101 eingereicht. Genehmigt wurden 73, abgelehnt 7, zurückgezogen 4; bis 31. März 1931 waren 17 noch nicht verbeschieden. Von den eingereichten Gesuchen entfielen 83 = 82 v. H. auf einzelne Bauherren, 10 = 10 v. H. auf Baugenossenschaften, 8 = 8 v. H. auf Baugesellschaften, die für den Einzelfall gebildet wurden. Gegenüber dem Vorjahr ist auffallend ein starker Rückgang in der Zahl der von Baugenossenschaften vorgelegten Gesuche, und zwar von 24,7 v. H. auf 10 v. H. Zugenommen hat der Anteil der einzelnen Bauherren von 68,7 v. H. auf 82 v. H., der Baugesellschaften von 6,6 v. H. auf 8 v. H.

In das Wirtschaftsjahr 1930 fallen die Erstellung des Wohnhausbaublocks auf dem ehemaligen Gottesauer Exerzierplatz durch den Mieter- und Bauverein mit insgesamt 273 Wohnungen und einem Zentralwaschhaus, ein Erweiterungsbau des St. Vinzentius-Krankenhauses in der Südendstraße, die Erstellung einer Gummireifenfabrik auf dem Gelände an der Ecke Vogesen- und Darlanderstraße durch die Deutsche Michelin Pneumatik-A.G., die Erstellung einer Großtankstelle mit Verkaufsländen und unterirdischer Bedürfnisanstalt am Ludwigsplatz durch die Rhenania-Ossag-A.G. und einer Großtankstelle durch die Firma Raab Karcher, G.m.b.H., auf dem Karlsplatz. Ein gegen Ende des Wirtschaftsjahres eingereichtes Gesuch um Erstellung eines Geschäfts- und Lichtspielhauses auf dem Anwesen Kaiserstraße 138/140 konnte noch nicht endgültig verbeschieden werden, da die umfangreichen Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen waren.

Die Tätigkeit der Wohnungs- und Feuerpolizei war, wie in den Vorjahren, gleich umfangreich.

Der seit Kriegsende bestehende Wohnungsmangel kann Dank der seitens der Stadt mit allen Kräften geförderten Wohnungsneubautätigkeit im allgemeinen als behoben bezeichnet werden. Der so entstandene ungefähre Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ist aber nicht gleichbedeutend mit Behebung des Wohnungselends. Ein solches bestand auch in der Vorkriegszeit und hatte seinen Grund in verschuldeten und unverschuldeten wirtschaftlichen Verhältnissen der Betroffenen. Infolge der immer weiter zunehmenden Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen äußersten Wirtschaftsnot haben aber die Fälle zugenommen, bei denen sich in alten Häusern die Wohnverhältnisse ver-



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

schlechtert haben. Hier mußte in vielen Fällen die Wohnungskontrolle eingreifen; es gelang auch, im Wege polizeilicher Maßnahmen teilweise Abhilfe zu schaffen.

Die auf Grund der Landesbauordnung im Vorjahre angeordnete allgemeine Feuerschau, die sich zunächst auf das Gebiet erstreckte, das von der Karl-Friedrich-Straße (westliche Seite), Kaiserstraße (nördliche Seite), Karlstraße (östliche Seite), Stefanienstraße (südliche Seite), Hans-Thoma-Straße (westliche Seite) und Schloßplatz (südliche Seite) begrenzt ist, wurde fortgesetzt. Die dabei durchgeführte Kontrolle gab zu wesentlichen Beanstandungen keinen Anlaß. Daneben waren wieder auf Grund von Anzeigen über Rauch- und Rußbeläftigungen sowie feuergefährliche Anlagen usw. sehr viele Kontrollen und polizeiliche Maßnahmen erforderlich.

Hinsichtlich der Nachprüfung statischer Berechnungen hat sich gegenüber den Vorjahren nichts geändert. In schwierigeren Fällen wurde die Nachprüfung durch einen amtlich zugelassenen, privaten Sachverständigen verlangt, im übrigen nahm ein hierzu befähigter Beamter der Baupolizei die Prüfungen vor.

Die Lichtspieltheater und ihre Einrichtungen wurden wieder unter Zuziehung der staatlichen Stellen (Gewerbeaufsichtsamt, Bad. Revisionsverein und Bezirksamt — Polizeidirektion —) einer Besichtigung unterzogen. Auf Grund der gegenüber früher verschärften Vorschriften wurden in zwei Fällen (Palast-Lichtspiele und U.T.-Lichtspiele) wesentliche Verbesserungen durch Erweiterung der Vorführungsräume geschaffen, sodaß nunmehr die Verhältnisse in den hiesigen Lichtspieltheatern für den Fall eines Brandes keine besonderen Gefahrenquellen mehr bilden.

Die Tätigkeit auf dem Gebiete des Reklamewesens hat zwar im Hinblick auf die Wirtschaftsnot gleichfalls etwas nachgelassen. Immerhin hat die Geschäftswelt die bevorzugte Anwendung der Lichtreklame, die dem Straßenbild immer mehr das Gepräge einer Großstadt verleiht, weiter verfolgt. Auch im letzten Jahre ist es erfreulicher Weise wieder gelungen, so gut wie immer einen Ausgleich zwischen den Wünschen der Geschäftswelt und dem Interesse an der Vermeidung wirklicher Verunstaltungen des Stadtbildes zu erzielen, sodaß Beschwerden an den Stadtrat bzw. das Ministerium des Innern nicht eingereicht wurden.

Wegen Nichtbeachtung der bestehenden Vorschriften zum Schutze von Menschenleben mußte — abgesehen von zahlreichen an Ort und Stelle getroffenen Anordnungen — in 94 Fällen durch Erlaß besonderer schriftlichen Verfügungen eingeschritten werden. Eine Besserung der Verhältnisse läßt sich leider nicht feststellen.

In 21 Fällen mußten Strafen, in 8 Fällen Verwarnungen ausgesprochen werden. Gegen eine solche Strafe wurde in einem Falle amtsgerichtliche Entscheidung beantragt, die als unzulässig verworfen wurde. In einem anderen Falle wurde eine an die höhere Polizeibehörde eingereichte Beschwerde als unbegründet abschlägig verbeschieden.

Die staatlichen Verwaltungsbehörden haben bei Behandlung von Bauvorhaben der Reichs- und Landesbehörden, bei denen die Zuständigkeit der Stadt nicht gegeben ist, ferner auf dem Gebiete der Gesundheitspolizei, die entgegen dem Polizeigesetze vom 31. Januar 1923 immer noch vom Bezirksamt verwaltet wird, sowie bei Entscheidungen, die auf Grund der Gewerbeordnung und des Ortsstraßengesetzes zu treffen sind, die städt. Bau-, Wohnungs- und Feuerpolizei zur Mitwirkung herangezogen. So wurden u. a. im letzten Jahre 23 Bauvorhaben der Reichs- und Landesbehörden seitens der städt. Baupolizei technisch behandelt.

Von dem Recht der Beschwerde gegen Entscheidungen in baupolizeilichen Angelegenheiten an die höheren Instanzen (Stadtrat, Ministerium des Innern bzw. Verwaltungsgerichtshof) wurde nur in 2 Fällen Gebrauch gemacht. Diese Fälle wurden in einer Sitzung des Beschwerdeausschusses in dessen Zusammensetzung vor der Gemeindewahl behandelt. Die eine Beschwerde hat der Stadtrat als unbegründet abschlägig verbeschieden, der anderen hat er stattgegeben. Das Ministerium des Innern hat aber diese letztere Entscheidung des Stadtrats wieder aufgehoben und die Entscheidung des Oberbürgermeisters als Inhaber der Baupolizei wieder hergestellt. Der Verwaltungsgerichtshof wurde in keinem Falle in Anspruch genommen.

Die Gebühren, die für die Tätigkeit der Baukontrolle erhoben werden, haben sich nicht verändert. Sie betragen bei Baugesuchen 3 v. T. von der geschätzten Bausumme. Die Ausgaben betrugen im Wirtschaftsjahr 1930 79 372,97 *RM*, die Einnahmen nur 44 680,15 *RM*, d. h. die Einnahmen erbrachten nur



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

56,3 v. H. der Ausgaben, während bei Aufstellung des Voranschlags mit einem Gebühreneingang in Höhe von 70,5 v. H. der Ausgaben gerechnet wurde. Der Gesamtbetrag, aus dem im Berichtsjahr 1930 Baukontrollgebühren berechnet werden konnten, betrug 14 579 000 *RM* gegenüber 19 663 000 *RM* im Vorjahr.

Bei der Bau-, Wohnungs- und Feuerpolizei waren am 31. März 1931 9 Beamte, 1 Aushelfer und 1 (nicht unter die Angestelltensatzung fallender) Angestellter beschäftigt.

Eine zu Schreibarbeiten verwendete Hilfskraft mußte im Laufe des Berichtsjahres aus Sparsamkeitsgründen entlassen werden.

## 3. Feldpolizei.

Die der Stadt Karlsruhe auf dem Gebiet der Gemarkungspolizei zustehende Feldhut wurde auch im Berichtsjahr durch das Tiefbauamt ausgeübt. Der Sommerdienst war, wie bereits im Vorjahr, in 6, der Winterdienst in 2 Bezirke eingeteilt. Der Dienst der Feldhut ist in einem genauen Dienstplan geregelt. Vier Feldhüter wurden im Winter im Obst- und Wiesenbau verwendet. An der Dienstzeit trat keine Änderung ein. Der Aufwand für die Feldhut belief sich im Wirtschaftsjahr 1930 auf 23 544 *RM*. Polizeistrafen wurden durch den Oberbürgermeister in 278 Fällen, von denen 55 durch die Polizei und 223 durch die Feldhut gemeldet worden waren, in Höhe von insgesamt 870,90 *RM* verhängt.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# IV. Bauverwaltung.

## 1. Hochbauamt.

Während des Wirtschaftsjahres 1930 war der durchschnittliche Personalstand des Hochbauamts: 22 Beamte, 2 Angestellte, 2 Anwärter und 2 Aushelfer; ferner unterstanden dem Hochbauamt 17 Arbeiter, deren Zahl sich zu Ende des Jahres auf 15 verringerte, und außerdem 7 ständig und 13 teilweise beschäftigte Putzfrauen. In den Monaten August, September und Oktober fanden 4 Werkstudenten bzw. Volontäre sowie 4—6 Mann (Fürsorgeempfänger) für Arbeiten auf der Messe Beschäftigung.

Die allgemein schlechte Wirtschaftslage wirkte sich dahin aus, daß nur die wichtigsten Bauausführungen und diese in vereinfachter Form durchgeführt wurden. Auch der Personalstand hat sich im Berichtsjahr durch Kündigung von 2 Angestellten und Versetzung von 1 Beamten und 1 Angestellten zu anderen Ämtern, also um 4, verringert.

In dem Aufgabenkreis und der Organisation des Hochbauamts trat gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung ein.

### a. Bauabteilung.

Von der Bauabteilung waren im Wirtschaftsjahr 1930 die Ausführungszeichnungen und die Bauleitung für folgende Arbeiten zu erledigen:

Den Erweiterungsbau der städt. Sparkasse, die Abortanbauten in der Uhlandschule, das Pumpenhaus vom neuen Wasserwerk im Mörscher Wald, das Kriegerdenkmal auf dem Hauptfriedhof, die unterirdische Abortanlage mit Laden und Groß-Tankstelle auf dem Stephansplatz, die Platzeinfriedigung am Kindersolbad in Donaueschingen, die Herstellung eines Sportrasens in der Kant-Oberrealschule.

Entwurfsarbeiten wurden vorgenommen für:

Den neuen Hauptmarkt am alten Bahnhof mit Organisation und Wirtschaftsberechnungen für Lösungen mit und ohne Markthalle einschl. Planbearbeitung der künftigen Markthalle und Vorbereitung der baulichen Instandsetzung und des teilweisen Ausbaues des ehemaligen Empfangsgebäudes sowie Vorbereitung der Wiederinstandsetzung des zu Wohnungen umgebauten, ehemaligen Werkstättengebäudes in der Baumeisterstraße; das Altersheim auf dem Lutherplatz mit Aufstellung eines ausführungsreifen Projekts einschl. Kostenvoranschlags; das Arbeitsamt auf dem Gelände des alten Bahnhofs; das Projekt mit Kostenvoranschlag ist im Benehmen mit dem Vorstand des Arbeitsamtes und unter Berücksichtigung der neuesten Erfahrungen an ausgeführten Arbeitsämtern aufgestellt worden; die Volksschule auf dem Seldeneck'schen Feld; das Verwaltungsgebäude für das Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt; das Tierhaus im Stadtgarten als Ersatz des abgebrochenen Affenhauses.

Ferner wurden Pläne entworfen für ein Polizei- und Postgebäude am Rheinhafen, den Umbau der Appenmühle zu einer Volksschule, eine Straßenbahnwagenhalle in Durmersheim, eine künstliche Freilufteisbahn am Schlachthof resp. im Stadtgarten, ein Unterkunftshaus auf dem Sportplatz der Kant- und Humboldtschule, ein Sporthaus für den Männerturnverein Karlsruhe im Sportpark Hardtwald, ein Sporthaus für den Karlsruher Turnverein 1846 im Sportpark Hardtwald, ein Kinderwaldheim für den Verein Arbeiter-Wohlfahrt im Hardtwald, einen Küchenbau für den Verein Arbeiter-Wohlfahrt auf dem Sportplatz der Freien Turnerschaft im Hardtwald, verschiedene Projekte über Erweiterung der Karl-Friedrich-Leopold- und Sofienstiftung, den Ladenumbau Burchard, Kaiserstraße Nr. 141, eine Straßenbahnwartehalle in Rappenwört.

An sonstigen Arbeiten fielen an: die Vorbereitung und Prüfung des Preisausschreibens für die Bebauung des Geländes vom ehemaligen Gottesauer Exerzierplatz, Vervollständigung des Planmaterials durch Aufnahme von städt. Häusern, dauernde Beaufsichtigung und Überwachung der baulichen Entwicklung des Strandbads Rappenwört und der Dammerstock-Siedlung, Ausarbeitung von Berichten für literarische Veröffentlichungen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

### b. Bauberatung.

Die dauernde Beratung im privaten Bauen über Hausanstrich, Reklame, Verkehr usw., ausgeübt für die Baukontrolle, Bauunternehmer und private Bauherren, veranlaßte eine große Zahl von Bearbeitungen, von denen besonders genannt seien: Bebauungspläne für die Hoffmannstraße, die Bahnhofstraße, den Karlsplatz, den ehemaligen Gottesauer Exerzierplatz, den Dammerstock, die Albsiedlung u. a. m.; Aufstellung einer großen Anzahl Fernsprechhäuschen durch das Telegrafenbauamt; Neu-Aufstellung von Plakatsäulen; Einrichtung von Tankstellen usw.

### c. Bauwirtschaftsabteilung.

Für die Ausführung von Neu- und Umbauten sowie des Kriegerdenkmals auf dem Hauptfriedhof hat das Hochbauamt während des Berichtsjahres rund 272 000 *RM* angewiesen.

Die größeren Bauarbeiten wurden in engerer Submission ausgeschrieben und erforderten 30 Submissionen mit rund 115 000 *RM*. Die kleineren Arbeiten sind auf Grund von etwa 50 eingeholten Angeboten mit einer Gesamtsumme von rund 160 000 *RM* vergeben worden.

Während des Wirtschaftsjahres fanden 53 Projekte und Vorprojekte von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten zeichnerische und rechnerische Bearbeitung, die einer gesamten Kostenvoranschlagsumme von rund 15 Millionen entsprechen.

### d. Bauverwaltungsabteilung.

Der stadteigene Hausbesitz, soweit er in Verwaltung des Hochbauamts steht, stellte einen Wert von rund 50¼ Millionen Reichsmark dar. Der erhebliche Zuwachs gegenüber 1929 mit nur 43½ Millionen Reichsmark ist durch die Neufestsetzung der Steuerwerte verursacht, die den wirklichen Werten mehr entspricht.

Die laufenden und einmaligen Ausgaben für die bauliche Unterhaltung der stadteigenen Gebäude einschl. Denkmälern waren im Voranschlag mit der Gesamtsumme von 824 390 *RM* vorgesehen. Von dieser Summe sind durch das Hochbauamt und das Gas-, Wasser- und Elektriztätsamt insgesamt nur 621 243,04 *RM* verausgabt worden. Der Anteil des Hochbauamts an dieser Summe betrug 403 741 *RM*. Außerdem hat das Hochbauamt an ständigen Gebäudelasten 249 526 *RM* angewiesen. Diese Zusammenstellung enthält nicht die Gebäude, die den Verwaltungen des Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamtes sowie des Straßenbahnamtes unterstehen.

Die für die Unterhaltung der stadteigenen Gebäude verausgabten Mittel haben nur für eine sehr notdürftige Instandhaltung ausgereicht.

## 2. Tiefbauamt.

Das Tiefbauamt beschäftigte am 31. März 1931 einschließlich des Fuhrparks 71 Beamte, 2 Anwärter, 1 Angestellten im Sinne der Angestelltensatzung, 5 Aushelfer, 3 sonstige Angestellte und 383 Arbeiter.

### a. Vorstandsabteilung.

Von der Vorstandsabteilung wurden, wie bisher, die das Amt berührenden allgemeinen Aufgaben erledigt und die Dienstaufsicht ausgeübt. An der Organisation des Amtes wurde keine Änderung vorgenommen.

### b. Abteilung Stadterweiterung.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden aus dem aufgestellten Arbeitsprogramm des Stadterweiterungsbüros folgende Baufluchtenpläne und Vorskizzen bearbeitet:

Baufluchtenplan für Bulach und Bannwaldallee, Teilpläne für Teutsch- und Welschneureut (Fortsetzung), Baufluchtenplan Knielingen-Nord, Stuttgarter Straße und Gottesauer Platz.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

An Bebauungsvorschlägen, Lageplan- und Bauklassenskizzen, Perspektiven, Projektbearbeitungen wurden erledigt:

Waldfriedhof II, Projekt (Durcharbeitung), Verkehrsanlagen Karlsruhe—Knielingen, Autostraße im Westen; Projekt Verlegung der Landesturnanstalt (1:2000), elektrische Bahnführung im Weiherfeld und Dammerstock, Badeanlage Dammerstock, Platzgestaltung am Konzerthaus (3 Vorschläge), Bauklassenskizze für den Karlsplatz, vorläufige Platzgestaltung und Verkehrsuntersuchungen am Ettlinger Tor und Stresemannplatz, Skizzen Rappenwört (Walddurchlüftung), Generalplan Karlsruhe-West; Variationen über die Verlegung der Gartenstraße, Bebauungsskizzen zwischen Alb und Pfalzstraße, Bebauungsskizzen Schmiederplatz; erste Perspektive Hafraba, Überführung Durlach mit Skizzen, Platzgestaltung und Bebauungsskizzen für Grünwinkel, Parkplatzskizzen Rappenwört, Sanierungsprojekt der Altstadt, Vorprojekt, Statistik, Berechnungen usw., Skizzen „Schließung der Siemensstraße", Baumpflanzung Ostring, Prüfung von Privatvorschlägen über die Gestaltung des Durlacher und Mühlburger Tores, Rautenbebauung usw., Kirchenanordnungen im Süden; Umbauskizze der Brücke an der Daxlanderstraße; Einsprachenbearbeitung von Baufluchtenfestlegungen; Höhenaufnahmen für Knielingen-Nord; Generalzusammenstellung und Berechnungen der bisherigen Ergebnisse der Windmesserstation (Weltlufthafenprojekt); tägliche Bedienung des Windmessers, Bauprojektprüfungen, Verkehrsuntersuchungen, Baufluchtenberatung für Vororte, Querprofilvorschläge für Straßen, Straßenführungen Weiherfeld, Milchhofanlageskizzen (am Alten Neubruch und Rangierbahnhof); Gleismietenberechnungen und Gleisabsteckungen (Michelin); Plan- und statistisches Material für die Hygieneausstellung Dresden (Sportpark und Rappenwört); laufende Anfragen mit Skizzenfertigungen, Gegenvorschläge, Führung des Neubauergänzungsplanes 1 : 5000.

An Modellen und photographischen Arbeiten wurden durchgeführt:

Modell von Rappenwört, Modell und Diapositive Siedlung Dammerstock für das Deutsche Museum in München; photographische Aufnahmen und Abzüge für das Tiefbauamt, Hochbauamt, Schlacht- und Viehhofamt, Verkehrsverein, Statistisches Amt und Berufsfeuerwehr. Insgesamt wurden ca. 300 Aufnahmen und über 1800 Abzüge gefertigt.

Die Überarbeitung alter Baufluchtengebiete und die Bearbeitung des Oststadt- bzw. Südoststadtgebietes mußte auch in diesem Jahre zurückgestellt werden.

Der Personalstand des Stadterweiterungsbüros hat keine Änderung erfahren.

### c. Entwurfs- und Bauabteilung.

Die im Wirtschaftsjahre 1930 verminderte Bautätigkeit schränkte auch das Bedürfnis der Erstellung neuer Straßen und Kanäle erheblich ein.

Der Bau von Wohnhausgruppen durch Genossenschaften erforderte an drei Stellen der Stadt die Herstellung von insgesamt 360 m neuer Straßen und 340 m Entwässerungskanal, also nur etwa 4—5 v. H. der Längen, die im Jahr vorher ausgeführt wurden. (Buschwiesenweg, Margarethenplatz, Gottesauer Exerzierplatz). Dazu kam eine größere Entwässerungsanlage für die neue Fabrikanlage der „Deutsche Michelin Pneumatik-A.G." an der Vogesenstraße.

Der Aufwand für diese gesamten Neuherstellungen, zu deren Ausführung großenteils Personal der Betriebsabteilungen beigezogen wurde, belief sich auf rund 77 500 *RM* gegen zusammen 1 047 300 *RM*, die im vorhergehenden Jahre für Kanal- und Straßenbauten aufgewendet wurden.

An sonstigen größeren Bauarbeiten wurden vor allem die im vorhergehenden Wirtschaftsjahr in Angriff genommen, aber an dessen Schluß noch nicht vollendeten Bauten, soweit wie möglich unter Einsatz von Fürsorgeempfängern, weitergeführt. Der zunehmende Mangel an Arbeitsgelegenheit und das Anwachsen der Fürsorgelasten gaben während des Jahres Veranlassung, weitere Arbeitsmöglichkeiten zur Beschäftigung von Erwerbslosen zu erschließen.

Zunächst wurden die auf der Rheininsel Rappenwört im Gang befindlichen Arbeiten fortgesetzt. Sie betrafen in der Hauptsache kleinere Erdbewegungen und Verebnungen in der Umgebung des Badegeländes. Ein gegen Ende Mai 1930 über die ganze Insel Rappenwört hinweggehendes Hochwasser, das keinen nennenswerten Schaden anrichtete, aber eine starke Entwicklung der Schnaken zur Folge hatte, gab den letzten Anstoß dazu, die Schnakenplage durch die Anlage von Entwässerungsgräben zu bekämpfen, um der Schnakenbrut keine Existenzbedingungen mehr zu bieten. Daneben wurde zur besseren Durchlüftung des Waldes längs der Zufahrtsstraße ein Waldstreifen von Unterholz befreit und gerodet.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Diese Arbeiten erforderten im Wirtschaftsjahr 1930 rund 8700 Erwerbslosentagschichten. Sie waren am 31. März 1931 noch nicht beendet und wurden daher im neuen Jahr fortgesetzt.

Ferner wurde der Bau der Eckenerbrücke und die Herstellung der Eckenerstraße zwischen Silcher- und Pfalzstraße im abgelaufenen Wirtschaftsjahr ohne Zwischenfall beendigt, nachdem der neue Hauptstrang vom Wasserwerk Mörsch, bestehend aus Schleuderbetonrohren, fertig verlegt war. Die Gesamtkosten der hier durchgeführten Arbeiten beliefen sich auf rund 130 000 *RM*. Die Art der hier auszuführenden Arbeiten gab nur wenig Gelegenheit zur Beschäftigung von Erwerbslosen.

Im November 1930 wurde mit dem Bau der zur Verbindung des Dammerstocks mit dem Weiherfeld geplanten Brücke begonnen. Ihre Ausführung war der Firma Dyckerhoff & Widmann übertragen worden. Die Arbeiten konnten ohne besondere Behinderungen plangemäß bis Ende Mai 1931 beendet werden. Neben dem Bau der Brücke wurde die südliche Fahrbahn der Nürnberger Straße zwischen Dammerstockstraße und Straße Links der Alb hergestellt, jedoch erst im Mai 1931 vollendet.

Die Verlegung der Alb, die durch den Bau der neuen Brücke bedingt wird, konnte erst nach deren Vollendung, also nicht mehr im Berichtsjahre, in Angriff genommen werden. Auch hier bestand nur eine geringe Möglichkeit zur Verwendung von Erwerbslosen.

Als neue Arbeit, bei der weitgehendst Fürsorgeempfänger zu beschäftigen waren, wurde in der sog. „Hohle" bei Daxlanden die beiderseitige Eindämmung der Alb, die Ausfüllung und Verebnung der Niederung und die Anschüttung des Hochufers mit Erdmaterial in Angriff genommen. Das Schüttmaterial konnte dem Hochufer in der Nähe des Daxlander Friedhofs entnommen werden.

Die Arbeiten wurden Ende April 1930 begonnen und waren bis zum Ende des Wirtschaftsjahres noch nicht fertiggestellt. Unternehmer waren hier nicht beigezogen. Die Belegschaft bestand ausschließlich aus Fürsorgeempfängern. Geleistet wurden im Wirtschaftsjahr 1930 rund 12 000 Tagesschichten.

Ein weiteres ähnliches Unternehmen wurde im August 1930 in der Rheinniederung unterhalb der Honsellstraße rechts der Alb in Angriff genommen, wo das dortige, für Industriezwecke erforderliche Gelände so aufzufüllen war, daß es vom Rheinrückstau und Albhochwasser dauernd frei ist. Das Auffüllmaterial war dem dortigen Hochgestade zu entnehmen. Auch hier wurden nur Fürsorgeempfänger verwendet. Die Betriebsführung und Gestellung des Aufsichtspersonals war jedoch auf Grund eines Vertrags der Firma G. Siegrist, hier, übertragen.

Die Arbeiten konnten ohne Behinderung bis etwa Mitte Februar 1931 vollendet werden. Geleistet wurden insgesamt 14 650 Tagschichten; erforderlich war ein Gesamtaufwand von 127 000 *RM*, davon 101 000 *RM* für Löhne der Fürsorgeempfänger, die insgesamt rund 64 000 cbm Erdmaterial bewegten.

Im unmittelbaren Anschluß an diese Arbeit wurde an der gleichen Stelle mit einem Teil der schon im Generalbebauungsplan vorgesehenen Verlegung der Alb begonnen. Hier bestanden nur rund 40 v.H. der Belegschaft aus Fürsorgeempfängern, der Rest setzte sich aus Notstandsarbeitern zusammen. Diese Arbeit wurde von Reich und Land, gefördert. Ihre Durchführung wurde dem Unternehmer G. Siegrist, hier, übertragen. Die Verlegung der Alb erschien notwendig, um das dortige im Entstehen begriffene neue Industriegebiet in unmittelbaren Zusammenhang mit dem Hafengelände zu bringen.

Die Arbeiten begegneten von Anfang an erheblichen technischen Schwierigkeiten, die einesteils von dem ungünstigen, u. a. mit Flugsand stark durchsetzten Untergrund, andererseits von den starken Niederschlägen und mehrfachen Hochwassern der Alb herrührten. Am Ende des Wirtschaftsjahres war erst etwa ein Drittel der gesamten Arbeiten erledigt.

Mitte November 1930 wurde unter Einsatz von nur Fürsorgeempfängern mit umfangreichen Erdarbeiten für neue Straßen im Südostteil von Rüppurr begonnen. Die Arbeiten begegneten keinen besonderen Schwierigkeiten, wenn man von den zeitweise sehr ungünstigen Witterungsverhältnissen absieht. Sie wurden Mitte Mai 1931 beendet.

Eine kleinere Arbeit betraf die Verlegung eines in den Reiherbach mündenden Entwässerungsgrabens, die mit einem Aufwand von 1013 Tagschichten durch Fürsorgeempfänger in der Zeit vom 1. XII. 1930 bis 14. III. 1931 unter Leitung der Betriebsabteilung I — Straßenunterhaltung — durchgeführt wurde. Die Gesamtkosten betrugen rund 8000 *RM*, von denen rund 7100 *RM* auf Löhne entfielen.

Neben der Durchführung dieser umfangreichen Bauarbeiten, denen die Entwurfs- und Vorbereitungsarbeiten vorausgingen, waren Pläne und Entwürfe herzustellen für die Erweiterung des Rhein-



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

hafens, die Federbachumleitung, die Abwasserbeseitigung aus dem Hafengebiet, die Aufdämmung des rechten Ufers des Hauptsammelkanals und der Alb, die neue Rheinbrücke bei Maxau und die zu ihr führenden Rampenanlagen für Straße und Eisenbahn, die Herstellung einer besonderen Autostraße Nord—Süd (Hafraba).

### d. Betriebsabteilung I.

#### Baustoffverwaltung.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden seitens der Baustoffverwaltung Baustoffe im Werte von 278 732 *RM* beschafft gegen eine Anschaffung im Werte von 718 240 *RM* im Vorjahr. Die gesamten Einnahmen der Baustoffverwaltung betrugen 444 444 *RM*, die gesamten Ausgaben 409 719 *RM*; der Umsatz verminderte sich auf ca. die Hälfte des Voranschlags, die Verminderung ist eine Folge der verringerten Bautätigkeit. Die Mehreinnahmen in Höhe von 34 725 *RM* wurden erzielt durch Einschränkungen in der Vorratsergänzung. Der Wert des Vorrats an Baustoffen betrug am 1. April 1930 212 293 *RM*, am 31. März 1931 177 568 *RM*.

Die Baustoffbeschaffungen betrafen 11,36 t Sandsteingroßpflastersteine, 808,94 t Quarzitgroßpflastersteine, 16,30 t Granitkleinpflastersteine, 860,95 t Uferpflastersteine, 4251,28 lfd. m Granitbordsteine (Norm.), 1578,45 lfd. m Granitbordsteine (Siedl.), 6104,29 t Schotter, 2446,49 t Walzgrus, 9071,53 t Teergrus, 1198,27 t Stücksteine, 186,94 t Pflasterkitt, 21016,90 qm Gehwegplatten (Norm.), 759,80 qm Gehwegplatten (Einfahrt), 5680 Sack Zement, 99 Stück Zementwaren, 50 Stück Dingarnituren (Sinkkästen), 35 Schachtdeckel, 50 Scharniere zu Schachtdeckeln.

Die höchste Beschaffungssumme mit 75 885 *RM* fiel, wie im Vorjahr, auf Gehwegplatten, dann folgte Teergrus mit 60 650 *RM*.

Die Lieferungen wurden wiederum durchweg auf Grund engerer Wettbewerbe unter möglichster Berücksichtigung einheimischer Firmen vergeben.

Mit Baustoffen beliefert wurden insgesamt 47 Stellen bzw. Kredite zu einem Gesamtbetrag von 443 789 *RM*. Die Baustoffabgabe war am höchsten im Monat Juni 1930 mit 64 336 *RM*, am niedrigsten im November 1930 mit 23 403 *RM*.

Im Personalbestand der Baustoffverwaltung trat keine Veränderung ein. Neben dem technisch gebildeten Leiter waren ein kaufmännischer Angestellter, ein Aufseher für den Außendienst und 2 Aufseher für die Lagerplätze vorhanden. Die Zahl der Arbeiter betrug unverändert 11 Mann.

#### Geräteverwaltung.

Die Anschaffungen der Geräteverwaltung im Wirtschaftsjahr 1930 ergaben den Betrag von 78 156,63 *RM* gegen 74 273,23 *RM* im Vorjahr. Beschafft wurden Beleuchtungsmaterial, Bleche, Blechwaren, Eisen, Eisenwaren, Arbeitsgeräte, Werkzeuge, Eisenkurzwaren, Farben, Glaswaren, Holzwaren, Kreide, Lederwaren, Leim, Matten, Meßgeräte, Öle, Fette, Pinsel, Putzmittel, Rollbahnmaterial, Normalbahnmaterial, Seilerwaren, Wetzsteine, Schutzkleidung, Teererzeugnisse, Webwaren, ferner Ersatzteile zur Unterhaltung der Feldbahngeräte. Abgegeben wurden Geräte an 139 verschiedene städtische Stellen im Werte von 80 868,90 *RM* gegen 84 656,63 *RM* im Vorjahr. Die Inanspruchnahme der Geräteverwaltung ist am stärksten in den Monaten vor den Schulferien. Im April 1930 wurden Geräte im Werte von 13 455,68 *RM*, im Juli 1930 im Werte von 12 372,18 *RM* benötigt, während im Februar 1931 nur Geräte im Werte von 2 412,32 *RM* abgegeben wurden.

Die starke Inanspruchnahme des Feldbahngeräts machte im Gegensatz zum Vorjahr die Beschaffung von Ersatzteilen wieder notwendig. Auch eine Vermehrung des Feldbahnparks war, um den Anforderungen für die Ausführung der Notstandsarbeiten entsprechen zu können, erforderlich. Der Bestand an Gleis wurde von 4870 m auf 5970 m, die Zahl der Weichen von 36 auf 40, die Zahl der Wagen von 107 auf 137 erhöht. Die Zahl der Drehscheiben wurde mit 19 in gleicher Höhe gehalten.

An Miete erbrachte das Feldbahngerät 9 617,45 *RM*, die Bauhütten 1596 *RM*.

Die Geräteverwaltung besorgte auch die mit der Dienstkleiderversorgung des ganzen Amtes verbundenen Verwaltungsgeschäfte. Eine Änderung im Personalstand ist nicht eingetreten (1 Handwerker im Gerätelager und, soweit erforderlich, Arbeitskräfte der Baustoffverwaltung).



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Gewässer.

Durch die Eingemeindung der abgesonderten Gemarkung Kastenwört kam zu den gemäß Wassergesetz von der Stadt zu unterhaltenden und zu reinigenden Wasserläufen mit einer Länge von 35,15 km noch ein Teil des Federbachs auf eine Strecke von 0,21 km hinzu, sodaß die Gesamtlänge der in Verwaltung der Stadt stehenden Wasserläufe am 31. März 1931 35,36 km betrug.

Bachschauen fanden an der Alb am 10. und 11. April, am Malscher Landgraben am 12. April, an der alten Federbach am 8. Mai statt. Beanstandungen ergaben sich hierbei nicht.

Die Räumungs- und Unterhaltungsarbeiten an den wichtigsten Wasserläufen verursachten einen Aufwand von 33 061,47 *RM*, von denen 298,29 *RM* von der Domänenverwaltung und 4 732,74 *RM* von der Reichsbahn rückersetzt wurden.

An der Alb wurden von 100 m oberhalb bis 150 m unterhalb der Brunnenstückwegbrücke am linken Ufer Befestigungen aus Faschinat mit einem Aufwand von 1 201,20 *RM* ausgeführt, ferner an verschiedenen Stellen zusammen 2784,44 qm Böschungspflaster auf einer Uferstrecke von insgesamt 1306,45 lfd. m. Der Aufwand hierfür betrug 23 378,20 *RM*. Es sind damit 4320 lfd. m Böschung der Alb mit Pflaster befestigt.

Die Instandsetzung des Wehrs bei der unteren Rüppurrer Mühle erforderte 508,71 *RM*, der Wehrbrücke bei der ehem. Schwimmschule 3204 *RM*.

Anläßlich der Ausführung der Uferbefestigungen an der Alb wurde im Anschluß an die Torkretierung der Hardtstraßenbrücke von Regierungsbaumeister a. D. Fr. W. Schmidt, Frankfurt a. M., der Versuch unternommen, mittels Torkretverfahrens die Böschung mit Beton zu befestigen. Soweit bis jetzt geurteilt werden kann, erscheint das Verfahren bei Ausführung größerer Flächen technisch und wirtschaftlich einer gewöhnlichen Pflasterung überlegen.

An der Alb mußte ein Hochwasserdienst vom 17. April 3.30 Uhr bis 19. April 12 Uhr, vom 14. Mai 4.30 Uhr bis 16. Mai 11 Uhr und vom 21. November 3 Uhr bis 23. November 18 Uhr eingerichtet werden. Der Lohnaufwand hierfür betrug 386,50 *RM*.

Am Rhein war eine Wasserwehrbereitschaft, bestehend aus 2 Patrouillen zu je 2 Mann, vom 16. Mai 22.30 Uhr bis 19. Mai 16 Uhr und vom 12. Oktober 21 Uhr bis 13. Oktober 6 Uhr erforderlich. Hierbei waren die Dammscharten in den Dämmen des Stichkanals geschlossen worden. Der Lohnaufwand hierfür betrug 354 *RM*. Für die Behandlung der Gewässer steht kein besonderes Personal zur Verfügung, sondern die Arbeiten werden vom Personal der Straßenunterhaltung mit durchgeführt.

## Fahrbahnen.

Für die Unterhaltung der Fahrbahnen einschließlich der Feldwege und der Radfahrwege standen im Wirtschaftsjahr 1930 lediglich die im Voranschlag vorgesehenen ordentlichen Mittel mit insgesamt 973 820 *RM* zur Verfügung, unter denen jedoch 234 660 *RM* Anteil am Geschäftsaufwand des Tiefbauamts enthalten waren. Gegenüber dem Vorjahre verminderten sich die Mittel um 207 680 *RM* = 17,6 v. H., eine Verringerung, die sich unter Berücksichtigung der Zunahme an Fahrbahnflächen um 8,3 v. H. auf 25,9 v. H. errechnet. Für Umbau von schlechten Fahrbahnen in solche mit Dauerdecken, ebenso für bauliche Verbesserungen an ververkehrswichtigen Punkten, konnten keine Beträge vorgesehen werden.

Straßenumbauten wurden im Berichtsjahr im Ausmaß von 3333,43 qm mit einem Aufwand von 36 257,63 *RM* ausgeführt. In der Hauptsache handelte es sich um Pflasterarbeiten. Eine bituminöse Dauerdecke wurde nur in der Zeppelinstraße eingebaut.

Zur Unterhaltung der übrigen vorhandenen Pflasterdecken wurden die vorhandenen Mittel nicht voll benötigt; es konnte eine Ersparnis von rund 9 v. H. erzielt werden. Der Durchschnittsaufwand für Pflasterunterhaltung betrug darnach 18,3 *Rpf* pro qm.

Die für Unterhaltung der Asphaltfahrbahnen vorgesehenen Mittel mußten um 1300 *RM* erhöht werden, da Sackungen auf dem Bahnhofsplatz unvorhergesehene Arbeiten erforderten.

Die Schotterfahrbahnen erfuhren durch Neubau, Eingemeindung der ehemaligen Gemarkung Hardtwald und Übernahme seitheriger Kreiswege innerhalb der ehemaligen Gemarkung Bulach eine Zunahme von rund 29 000 qm. Die Gesamtschotterfläche beträgt jetzt rund 965 000 qm. Hiervon ist nur ein Rest von rund 54 000 qm noch nicht mit Teer oder Bitumen behandelt, gegenüber rund 105 000 qm im Vorjahre.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Von den am 1. April 1930 vorhandenen 745 030 qm Schotterfläche (ohne Pflasterstreifen) erhielten rund 26 000 qm eine neue Walzdecke, für die die Kosten zwischen 2,06 und 2,73 *RM*/qm schwankten und im Durchschnitt 2,38 *RM*/qm betrugen. Die durchschnittliche Höhe der Decke beträgt hierbei 77 mm Schotter und 23 mm Grus. Die Verringerung der Walzdeckenerneuerung gegenüber dem Vorjahre auf rund 60 v. H., trotz Vermehrung der Fläche der Schotterdecken um etwa 8 v. H., erweist die Wirtschaftlichkeit der seit Jahren systematisch durchgeführten Oberflächenbehandlung der Decken.

Die Verwendung von selbstgefertigtem Teermakadam zum Ausflicken von Schotterdecken hat sich weiterhin bewährt. Es wurden 509 cbm des Materials verschiedener Körnungen für diese Flickarbeiten verarbeitet. Daneben wurde auch mit Rücksicht auf die dauernd nasse Witterung Kaltasphalt zufriedenstellend verwendet.

Die Ausführung von Bitumentränkdecken wurde, da zur Verlegung besonderer Dauerdecken keine Mittel zur Verfügung standen, und im Hinblick auf die guten Erfahrungen mit diesem Verfahren unter Zuziehung des Straßenbaugeschäfts Hugo Schneider auf einer Fläche von 12 121 qm vorgenommen.

Durch eigene Leute und Geräte wurden 264 555 qm Oberflächenteerungen mit einem Aufwand von 141 419 *RM* ausgeführt. Die Kosten betrugen im Durchschnitt 0,53 *RM* je qm.

Neu errichtet bzw. vollendet wurden von der Abteilung die Parkringstrecken zwischen Friedrichstaler und Stutenseer Allee sowie zwischen Lärchen Allee und An der Fasanengartenmauer mit einer geteerten Schotterfahrbahnfläche von 2560 qm. Für diese Arbeiten standen 26 000 *RM* Anlehensmittel zur Verfügung; verbraucht wurden 20 840 *RM*. Zur restlichen Durchführung des Rings fehlt nur noch die Strecke zwischen Stutenseer Allee und An der Fasanengartenmauer, die noch zum Platz des Karlsruher Männerturnvereins gehört.

Um wenigstens den Fußgängern und Radfahrern eine zweckmäßige Verbindung im Parkring ohne allzu großen Umweg zu schaffen, wurde ein Radfahrweg zwischen den Plätzen des Männerturnvereins und des FC. Phönix mit den obengenannten Mitteln angelegt. Damit ist für Radfahrer der gesamte Parkring erschlossen.

Eine weitere Vermehrung um 960 lfd. m erfuhr das Netz der Radfahrwege dadurch, daß der westliche Gehweg der Ettlinger Allee von der Schwarzwaldstraße bis zum Brückenwaaghaus und der östliche Gehweg von der Wirtschaft zum Lauterberg bis zur Unterführung der Ettlinger Straße und ebenso der östliche Gehweg innerhalb dieser zu Radfahrwegen umgewandelt wurden.

Durch Überweisung von seither in Unterhaltung des Kreises befindlicher Straßenstrecken der Kreiswege 34 (Grünwinkler Straße) und 35 (Litzenhardt Straße) kamen 1265 lfd. m Fahrbahn einschließlich der Bulacher Brücke neu in Unterhaltung des Tiefbauamts. Ferner vermehrte sich durch die Eingemeindung eines Teils der ehemaligen Gemarkung Hardtwald die Kreisweglänge innerhalb der Gemarkung, für die Beitrag zu leisten ist, um 2006 lfd. m des Kreiswegs 32 (Hagsfeld—Eggenstein) und ebenso die Landstraßenlänge um 2052,6 lfd. m der Landstraße 19 (Linkenheimer Allee).

Von den vorgesehenen Mitteln für Feldwege mit 40 000 *RM* wurden nur 33 257 *RM* beansprucht.

Zur Befestigung der Feldwege wurden möglichst Alt-Baustoffe, die bei Umbauten frei wurden, auch Ausbauschotter der Reichsbahn, verwendet. Feldwege, denen eine über gewöhnliche Feldwege hinausgehende Bedeutung zukommt, wurden bei Eindecken mit diesem Material gewalzt, wie z. B. die Hardeckstraße.

## Gehwege.

Die für Unterhaltung der Bordsteinanlagen vorgesehenen 27 000 *RM* reichten nur für die Vornahme der dringlichsten Arbeiten aus.

Bei der Unterhaltung der Grusgehwege konnte eine Ersparnis von rund 10 000 *RM* erzielt werden. Es sind aber demgegenüber auch die Einnahmen hinter dem Voranschlag zurückgeblieben, sodaß die berechnete Gebühr von 0,60 *RM* / Frontmeter für beitragspflichtige Gehwege als richtig zu bezeichnen ist.

Teerungen von Gehwegen wurden im Ausmaß von 61 457 qm mit einem Aufwand von 29 543 *RM* ausgeführt.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Herstellung von Plattenbelag ist fast auf die Hälfte des vorjährigen Umfangs zurückgegangen. Es wurden als Neuherstellung rund 8850 qm und als Erneuerung rund 8400 qm verlegt. Auf stadteigener Fläche wurden 193 qm Plattenbelag bei der Tankstelle am Ludwigsplatz hergestellt.

Für besonders befestigte Einfahrten und Verladestellen wurden rund 520 qm verstärkte Platten und rund 108 qm Granitkleinpflaster neu verlegt.

### Maßnahmen im Interesse des Verkehrs.

Da besondere Mittel für bauliche Verbesserungen an verkehrswichtigen Punkten nicht verfügbar waren, so konnten nur im Zusammenhang mit der Straßenunterhaltung kleinere Verbesserungen vorgenommen werden. Die wesentlichste ist die Abflachung der Einmündung der Bannwaldallee in die Hardtstraße. Im übrigen wurden Vorarbeiten für spätere Umbauten vorgenommen.

### Tankstellen.

Im Berichtsjahr wurden 5 Zapfsäulen und 3 Tankhäuser neu auf stadteigenem Grund errichtet; beseitigt wurden 2 Zapfsäulen, sodaß am Ende des Wirtschaftsjahres 6 Tankhäuser und 28 Zapfsäulen auf städtischem Grund und Boden vorhanden waren. Die Gesamtjahresmiete betrug 25 200 *RM*.

### Brücken.

Im Berichtsjahr wurde die Werkkanalbrücke der Appenmühle erneuert. Die Brücke wurde als Rahmenkonstruktion in Eisenbeton unter Verwendung von Traßportlandzement zum Pauschalpreis von 3600 *RM* ausgeführt. Für die Hardtstraßenbrücke über die Alb bestand Gefahr infolge der starken Auswitterung des Gewölbes. Durch eine Spezial-Bauunternehmung wurde eine Torkretierung des Gewölbes vorgenommen, die für 155 qm auf 5923 *RM* zu stehen kam.

31 Die Brückenbauten sind bei der Entwurfs- und Bauabteilung unter c, Seite 27 behandelt.

### Arbeiten für Dritte.

Arbeiten auf Rückersatz durch Dritte mußten für rund 257 000 *RM* geleistet werden. Städtische Betriebe, das Telegrafenbauamt und die Bleag waren daran, in der Hauptsache durch Wiederherstellung von Fahrbahnen und Gehwegen nach Aufgrabungen, mit 190 430 *RM* beteiligt.

Besonders befestigte Einfahrten wurden für 14 300 *RM* hergestellt.

Ferner wurde auf Kosten des Wasserwerks der Feldweg beim Forchheimer Gut, in dem der Hauptwasserrohrstrang liegt, in rund 2 km Länge und einige Zufahrtswege mit einem Aufwand von 8442 *RM* als Schotterfahrstraße hergestellt. Desgleichen wurde für das Wasserwerk nach Verlegen der Leitung der Pulverhaus—Neuhof- und Kanonierweg mit einem Aufwand von 4634 *RM* wieder instandgesetzt.

Auf Rechnung der Gartenstadt Karlsruhe wurden die Straßen am Charlottenplatz mit einem Aufwand von 4 017 *RM* ausgebaut.

### Baumaschinen.

Mit der eigenen Maschine wurden 536,04 cbm Teermakadam hergestellt, aus denen 22 265,62 *RM* Einnahmen erzielt wurden.

Der Kompressor fand 528¼ Stunden Verwendung; Warte- und Transportstunden entstanden 113.

Die normale Arbeitsstunde wurde mit 6 *RM*, die Wartestunde mit 3 *RM* je einschließlich Maschinist und Stellung der Werkzeuge berechnet.

Für die Motorwalze wurde bei einem Stundenpreis von 5 *RM* von städtischen Stellen 2107 *RM* und von Privaten 1370 *RM* eingenommen.

Zur Vervollkommnung der Teergeräte wurden zwei weitere Teer- und Bitumensprengapparate zum Preis von je 1035 *RM* beschafft.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Schuttplätze, Sand- und Kiesgruben.

Da der Schuttplatz an der Durlacher Allee östlich des Weinwegs bald aufgefüllt sein wird, wurde das domäneneigene Gelände westlich des Weinwegs gepachtet mit dem Recht der Entnahme von Auffüllmaterial für Straßenbauten und der Auffüllung mit Schutt. Solange der Platz noch nicht oder noch nicht im ganzen Umfang benötigt wird, bleibt die landwirtschaftliche Verpachtung in Losen entsprechend bestehen. Der Schuttplatz an der Daxlander Hohle wurde geschlossen und hierfür im Hafengelände Ecke Daxlander- und Südliche Uferstraße ein neuer Schuttplatz freigegeben. An den übrigen Schuttplätzen (ehemalige Bulacher Sandgrube, Daxlander Sandgrube und Neugraben) hat sich nichts geändert.

Aus den beiden in Verwaltung des Tiefbauamts stehenden Kiesgruben wurden 4112 cbm Kies zum Preis von 8224 *RM* abgegeben.

## Verkehrszählung.

Um über den Verkehr Zahlen zu erhalten, die dem tatsächlichen Durchschnitt möglichst nahe kommen, wurde neben einer Sommerzählung am 16., 18. und 21. Juli 1930 auch eine Frühjahrszählung am 16., 18. und 19. März 1931 vorgenommen und die beiden Zählungen je mit einer Nachtzählung verbunden. Ein Vergleich der Sommerzählung mit der vorjährigen Zählung ergab eine um rund 5 v. H. im Mittel höhere Gewichtsbelastung der erfaßten Straßenzüge gegenüber 1929, dagegen ergab die Frühjahrszählung im März 1931 eine im Mittel um rund 10 v. H. geringere Gewichtsbelastung gegenüber der Sommerzählung 1930.

Die Nachtzählungen wurden in den Nächten vom 13./14 August 1930 und vom 18./19. März 1931 durchgeführt, und zwar jeweils von 20—6 Uhr. Sie ergaben im Mittel etwa 16 v. H. der Tonnenzahl der Tageszählungen. Die Durchschnittsbelastung pro Stunde wird bei Berücksichtigung der Nachtzählung um 38 v. H. verringert. Zu den Zählungen wurden wieder Mannschaften der Polizei gestellt.

Es wurden in beiden Richtungen Kraftwagen, Fuhrwerke, Motorräder und Fahrräder gezählt. Die Auswertung der Zählungen geschah graphisch und tabellarisch nach der Gesamtzahl der Fahrzeuge, den Gesamtgewichten, den auf 1 m Fahrbahnbreite bezogenen Gewichten (spezifische Verkehrslast).

## Plakatsäulen.

Auf Grund eines Erweiterungsprogramms wurden von dem Plakatinstitut Gust. Donecker 12 große und 13 kleine Zementsäulen aufgestellt und 51 vorhandene Säulen zur Erlangung einheitlicher, für die genormte Plakatgröße passender Abmessungen erhöht. Innerhalb der Gemarkung waren danach am Ende des Wirtschaftsjahres 47 große Zementsäulen, 51 kleine Zementsäulen, 46 Transformatorensäulen, zusammen 144 Plakatsäulen vorhanden.

Das Erweiterungsprogramm ist damit noch nicht ganz durchgeführt.

## Industriegleise.

Die Unterhaltung der stadt- und bahneigenen Gleise im Industriegebiet im Oberfeld erforderte einen Aufwand von 10 006 *RM* einschließlich der Anschlußgebühren der Reichsbahn mit 1 612,80 *RM*. Die Einnahmen durch Rückersatz der Anschließer betrugen 5874 *RM*.

Das zuvor privateigene Gleis der Firma Rausch im Oberfeld wurde mit 336,50 lfd. m Länge am Endes des Jahres zum Preise von 5000 *RM* von der Stadt übernommen.

Für die Unterhaltung des Industriegleises am Westbahnhof wurden 3550 *RM* aufgewendet einschließlich der Anschlußgebühren der Reichsbahn mit 1608 *RM*. Von den Anschließern wurden 4078 *RM* erhoben.

Die vom Tiefbauamt zu unterhaltenden stadteigenen Industriegleise hatten eine Länge von 5531,46 m, hiervon waren 3337 m nutzbare Ladelängen.

## Schulspielplätze.

Für die Unterhaltung der Spielplätze der Helmholtz-, Lessing- und Uhlandschule wurden 2300 *RM* verausgabt. Die Summe wurde in der Hauptsache für den erstgenannten Platz benötigt.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

### Bauhöfe.

Die Bauhöfe bzw. Arbeiterunterkunftsräume der Straßenbezirke und der Gehwegabteilung erfuhren insofern Änderungen, als der Teil des Anwesens Augustastraße Nr. 6, der noch an eine Privatfirma vermietet war, von dieser auf 1. August 1930 geräumt wurde. Damit konnte dem Bedürfnis nach einem günstig gelegenen Unterkunftsraum für die Arbeiter der Bezirke II und III entsprochen werden.

Das vorübergehend als Arbeiterunterkunftsraum benutzte Portierhäuschen der ehemaligen Maschinenbaugesellschaft mußte mit dem Verkauf des Geländes vom Tiefbauamt geräumt werden. Als Ersatz wurde eine Bauhütte im Oberfeld aufgestellt.

Das Personal der Betriebsabteilung I bestand am 31. März 1931 aus 1 Oberbaurat, 1 technischen Inspektor, 1 technischen Sekretär, 4 Inspektoren, 1 Obersekretär, 19 Straßenwarten und 120 Aufsehern und Arbeitern. Gegenüber dem Vorjahr war eine Verminderung um 8 Personen eingetreten.

## e. Betriebsabteilung II.

### Unterhaltung und Reinigung der Straßenkanäle.

Die Tätigkeit der beiden Unterhaltungsbetriebe Ost und West erstreckte sich im Wirtschaftsjahr 1930 auf die Reinigung und Unterhaltung des Kanalnetzes der Stadt in einer Gesamtlänge von rund 206 500 m gegenüber 206 000 m im Vorjahre.

Die hierzu erforderliche Arbeiterzahl betrug im Osten 21, im Westbezirk 26 Mann, für die Reinigungsanstalt Neureut 4 Mann und 3 Mann für Kanalbauaufsicht. Demnach war der Arbeiterstand im Wirtschaftsjahr 1930 54 Mann.

An Spülbezirken waren vorhanden 4 für „Ost" und 6 für „West" zu je 3 Mann. Die restlichen Arbeiter waren, wie im Vorjahre angeführt, zu den sonstigen Arbeiten verwendet.

Als außergewöhnliche Arbeit wurde die seit Jahren in Angriff genommene Einrichtung der elektrischen Beleuchtung des Landgrabens auch in diesem Jahre fortgesetzt und zwar in der Endstrecke von der Wolfartsweierer Straße bis Meßplatz mit einem Kostenaufwand von rund 10 000 *RM*. Die erforderlichen Vorarbeiten wurden von Arbeitern des Ostbetriebes ausgeführt. Die Installation war an eine Privatfirma vergeben.

Die im Voranschlag vorgesehene Weiterführung der Landgrabenunterfangung mußte infolge der notwendig gewordenen Sparmaßnahmen für spätere Zeiten zurückgestellt werden.

Die Reinigung und Unterhaltung der Kanäle erforderte im Wirtschaftsjahr 1930 einen Betrag von 123 525,64 *RM* gegen 158 861,97 *RM* im Vorjahr.

### Unterhaltung und Leerung der Straßensinkkasten.

Die Leerung der Straßensinkkasten im gesamten Stadtgebiet einschließlich der Vororte wurde, wie im Vorjahre, von den beiden Kanalbetrieben mit Hilfe automobiler Kranwagen besorgt. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 1121 cbm Schlamm aus den Sinkkasten abgeführt. Im Eigenbetrieb wurden wiederum 250 Stück Betonsparsinkkasten hergestellt, die als Ersatz für schadhaft gewordene oder bei Straßenumbauten wie auch Neubauten Verwendung finden.

Zur besseren und rascheren Folge der jeweiligen Leerungen wurde ein weiterer 2½ t-Kranwagen eingestellt.

Die Kosten der Unterhaltung und Reinigung der Straßensinkkasten beliefen sich auf 23 713,15 *RM* gegen 27 082,56 *RM* im Vorjahr.

### Hausentwässerung.

Die Reinigung der städtischen Gebäudeentwässerungen erfuhr gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Veränderung.

Die Ausgaben für die Hausentwässerung beliefen sich auf 5755 *RM* gegen 6217,69 *RM* im Vorjahr.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Betrieb und Unterhaltung der Abwasser-Reinigungsanlage in Neureut.

Der Reinigungsbetrieb wurde auch im Berichtsjahr als ununterbrochener Schichtenbetrieb (Tag- und Nachtbetrieb) durchgeführt. Während der Wiesenwässerung der benachbarten Gemeinden, von Anfang Januar bis Ende März 1931, wurden die Maschinen stillgelegt. Diese Zeit wurde dazu verwendet, um die Maschinen vollständig zu überholen.

Als größere Unterhaltungsarbeit wurde der vollständige Anstrich des Maschinengebäudes innen und außen vorgenommen.

Die Arbeiterzahl hat keine Veränderung erfahren; 3 Mann Schichtwechsel und 1 Mann Tagesdienst.

Der Betrieb erforderte einen Aufwand von 27 576,21 *RM* gegen 29 488,04 *RM* im Vorjahr. Die Städte Durlach und Ettlingen leisteten Beiträge von zusammen 4 941,19 *RM*.

## Bedürfnisanstalten.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurde die alte Bedürfnisanstalt am Stephansplatz abgebrochen und eine von der Firma Rhenania-Ossag erstellte, neue unterirdische Anstalt mit weitaus größerem Benutzungsraum eingerichtet.

An größeren Unterhaltungsarbeiten wurde der Neuanstrich der Anstalten Werderplatz, Weinbrennerstraße, Peter- und Paulsplatz und Moltkestraße durchgeführt, der einen Betrag von 600 *RM* erforderte.

Die Ausgaben für die Bedürfnisanstalten betrugen 23 704,30 *RM*, denen 1136 *RM* Einnahmen aus der Platzmiete für Wiegeautomaten gegenüberstanden. Im Vorjahr waren 38 194,77 *RM* Ausgaben und 1266,75 *RM* Einnahmen zu verzeichnen.

## Unterhaltung der Bauhöfe.

Reparaturen wurden erforderlich an Fahrzeugen, Geräten und Maschinen; ihre Ausführung konnte ohne Störung des Betriebes vorgenommen werden. An sonstigen Arbeiten wurden Bachreinigen, Setzen von Straßensinkkasten, Erstellung eines Pegelraumes an der Alb bei Knielingen, Veränderungen an Schacht- und Kanalanlagen vorgenommen.

Die Ausgaben für Bauhöfe beliefen sich auf 8 762,95 *RM* gegen 9332,27 *RM* im Vorjahr.

## Straßenreinigung.

Die Betriebshöfe der Straßenreinigung befanden sich, wie bisher, in der Kriegsstraße Nr. 28 und in der Kaiserallee Nr. 12 (ehemalige Dragonerkaserne).

In der Arbeitsweise trat im Berichtsjahre keine Veränderung ein.

Die Vergrößerung des Stadtgebietes durch Neubauten und die Übernahme der Reinigung der Straßen im Rheinhafengebiet erforderte eine Erhöhung der Arbeiterzahl von 92 im Jahre 1929 auf 98 für das Jahr 1930.

Anstelle der nicht mehr betriebsfähigen Elektrokarren wurden im verflossenen Geschäftsjahre 2 Elektrowagen und 3 Benzinkraftwagen zur Abfuhr des Straßenkehrrichtes verwendet. Die angefallene Kehrrichtmenge betrug etwa 5000 cbm.

Zur Staubbekämpfung während der trockenen Jahreszeit wurden die Straßen durch 6 Gießautos mit Wasser besprengt. Außergewöhnlich staubige Schotterstraßen wurden mit Staubbekämpfungsmitteln (Stradol und Lydtinol) begossen.

Während der Schnee- und Eisperiode wurde der Schnee aus den Straßen entfernt und die Eisflächen durch Sandstreuen abgestumpft. Der Streu- und Schneebezirk, der von der Abteilung „Straßenreinigung" besorgt werden mußte, ist durch die Westend-, Kriegs-, Kapellen-, Kaiser- und Englerstraße, Schloßplatz und Moltkestraße begrenzt. Im übrigen Stadtgebiet oblag diese Arbeit der Abteilung „Straßenunterhaltung". Die im Winter 1930/31 abgefahrene Schneemenge betrug für den Bezirk der Abteilung „Straßenreinigung" etwa 2500 cbm.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

An Fuhrtagen waren erforderlich: 561 Kehrmaschinentage, 764 Elektrowagentage, 816 Benzinkraftwagentage, 224 Autowaschmaschinentage, 208 Pferdewaschmaschinentage, 361 Autogieß- und Spültage.

Die Straßenreinigung einschließlich Begießen der Straßen verursachte im Wirtschaftsjahr 1930 Ausgaben in Höhe von 528 116,46 *RM* gegen 533 824,93 *RM* im Vorjahr.

## Müllabfuhr.

Der Betriebshof der Müllabfuhr ist seit Jahren in der ehemaligen Dragonerkaserne, Kaiserallee Nr. 12, untergebracht. Die Vergrößerung der Stadt durch Neubauten machte auch bei der Müllabfuhr die Einstellung von 2 weiteren Arbeitern erforderlich. Die Gesamtzahl der Arbeiter betrug im verflossenen Wirtschaftsjahre 30. In der Arbeitsweise trat keine Veränderung ein.

Zum Abfahren der im Wirtschaftsjahr 1930 angefallenen Müllmenge von insgesamt 52529 cbm waren während des Sommerhalbjahres 5—6 und während des Winterhalbjahres 6—7 automobile Müllwagen erforderlich.

24 948 cbm Müll wurden in die Stürmlinger Sandgrube beim alten Bahnhof Neureut, 22 465 cbm Müll in die Sandgrube in Daxlanden, 4160 cbm Müll auf den Sportplatz der freien Turnerschaft in Daxlanden, 500 cbm Müll in eine Sandgrube bei Hagsfeld und 456 cbm Müll in eine Sandgrube bei Rintheim abgeführt.

Die Kosten der Müllabfuhr betrugen im Wirtschaftsjahr 1930 273 764,95 *RM* gegen 264 499,32 *RM* im Vorjahre.

## Grubenentleerung.

Die Betriebseinrichtungen der Grubenentleerung sind im Bauhof Kaiserallee Nr. 12 (ehemalige Dragonerkaserne) untergestellt.

Bei Beginn des Geschäftsjahres, am 1. April 1930, waren in 550 Anwesen noch 153 Abortgruben mit Kläranlagen und 527 Abortgruben ohne Kläranlagen vorhanden. Am 31. März 1931 bestanden in 436 Anwesen noch 95 Abortgruben mit Kläranlagen und 421 Abortgruben ohne Kläranlagen. Die abgeführte Fäkalienmenge betrug 2331 cbm.

Die verwertbaren Fäkalien wurden als Dünger an Landwirte verkauft.

Die Grubenentleerung verursachte im Wirtschaftsjahr 1930 Ausgaben in Höhe von 33 152,80 *RM* gegen 42 595,98 *RM* im Vorjahr. Aus dem Verkauf von Dünger und Altmaterial wurden 966 *RM* erlöst, im Vorjahr 1 133,80 *RM*. An Gebühren gingen 53 012,40 *RM* gegen 70 424,69 *RM* im Vorjahr ein.

## Fuhrpark.

Der Zugtierpark wurde auf dem Stand des Vorjahres mit 20 Pferden schweren Schlags im Alter von 5—17 Jahren gehalten. Der Gesundheitszustand der Pferde war außerordentlich gut, es wurden im ganzen Jahr nur 12 Krankheitstage gezählt. Für Schonung wurden 108 Arbeitstage benötigt. Insgesamt entstanden demnach 120 Ausfalltage oder pro Pferd 6 Tage. Im Voranschlag wurde mit 304 Pferdetagen je Pferd gerechnet, erreicht wurden jedoch 306 Pferdetage.

Sämtliche Instandsetzungsarbeiten an Wagen und Geschirren wurden in eigener Werkstätte ausgeführt. Die Ausgaben hierfür betrugen 4877,14 *RM* (im Vorjahre 5673 *RM*).

Beim Zugtierpark waren am 31. März 1931 10 Fuhrleute, 1 Stallknecht, 4 Handwerker, 1 Botengänger (Kriegsbeschädigter), 1 Krankheits- und Urlaubsvertreter, zusammen 17 Mann, beschäftigt.

An Löhnen wurden 52 301,13 *RM* verausgabt.

Die Pferde erhielten täglich 15 Pfund Hafer und 25 Pfund Häcksel. Der Futter-Einkauf für alle städt. Stellen wurde vom Schlacht- und Viehhofamt besorgt. Die Gesamtausgaben für Futter und Streu, Beschlag, Heilkosten u. dergl. betrugen 19 069,97 *RM* gegen 26 227 *RM* im Vorjahr.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden 8668 Pferdearbeitstage benötigt gegen 15 550 im Wirtschaftsjahr 1929. Ohne die geleisteten Überstunden, die 716 Pferdearbeitstage ausmachten, stellte der Fuhrpark 5404 Arbeitstage = 62,34 v. H., während im Vorjahr sein Anteil mit 5388 Arbeitstagen nur 34,65 v. H. betrug. Von Unternehmern gestellt wurden 3264 Pferdearbeitstage = 37,66 v. H. gegen 10 162 = 65,35 v. H. im Vorjahr.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der im Laufe des Jahres sich beträchtlich auswirkende Arbeitsrückgang brachte die Verminderung der Pferdearbeitstage von 15 550 auf 8668 = um 44,26 v. H. Da bei der Arbeitseinteilung die Pferde des städtischen Fuhrparks zuerst berücksichtigt werden, ergibt sich die Verschiebung in der Beteiligung zu Gunsten des Fuhrparks um 27,69 v. H. Die Arbeit war über die Wintermonate so stark eingeschränkt, daß größtenteils nur die Pferde des Fuhrparks beschäftigt werden konnten. Der bestbeschäftigste Monat war der Juni 1930 mit 1032 Pferdearbeitstagen, am niedrigsten war die Beschäftigung im Februar 1931 mit nur 465 Pferdearbeitstagen.

Von den 8668 geleisteten Pferdearbeitstagen entfielen 5738 auf Kanal- und Straßenbau, 828 auf Müllabfuhr, 728 auf Grubenentleerung, 268 auf Brennstoffzufuhr, 1106 auf Sonstiges.

Die Fuhrlöhne für einen Zweispänner mit Wagen und Knecht betrugen 27 *RM*.

Der Zugtierpark erbrachte an Einnahmen 99 044,43 *RM*, an Ausgaben fielen 90 083,35 *RM* an, es ergab sich mithin eine Mehreinnahme von 8961,08 *RM*.

Der Kraftwagenpark bestand am 31. März 1931 aus 8 Müllwagen, davon einer mit auswechselbarer Pritsche und Sprengaufbau, 2 Sprengwagen mit je 10 cbm Inhalt und je einer Ladepritsche, 2 Sprengwagen mit je 5 cbm Inhalt und 1 Ladepritsche, 1 Maffei-Schnellzugmaschine mit einem 7½ t-Lastanhänger und einem 5 cbm Sprenganhänger, 2 zu Sprengwagen umgebauten Grubenentleerungswagen, 3 Kehrmaschinen, 1 Lastwagen zu 5 t, 2 Lastwagen zu 1½ t, 1 Lastwagen zu 2½ t, 1 Asphalt-Waschmaschine, 2 Sinkkastenentleerungswagen, 2 Personenwagen, 1 Motorrad, 2 Elektrowagen für Straßenreinigung, zusammen 30 Fahrzeuge und 5 Anhänger gegenüber 34 Fahrzeugen und 7 Anhängern im Vorjahr.

Im Laufe des Wirtschaftsjahres wurden 1 Lastwagen zu 1½ t und 1 Lastwagen zu 2½ t, 1 Müllauto Kuka und 2 Anhänger mit einem Aufwand von 60 230 *RM* neu beschafft. Außer Dienst gestellt wurden 1 Motorwalze, 6 Elektrokarren und 4 Anhänger.

Das Arbeitspersonal des Kraftwagenparkes bestand aus 26 Mann für Benzinfahrzeuge, 2 Mann für die Werkstätte, 2 Mann für Elektrofahrzeuge, 1 Mann für den Elektroraum (Ladestation) und 1 Mann für die Tankanlage, zusammen 32 Mann. Der Gesamtlohnaufwand betrug 99 653,28 *RM*, die Ausgaben für Treibstoffe, Schmiermittel und elektrische Kraft 70 896,70 *RM*.

Die Benzinfahrzeuge waren insgesamt 4590 Tage beschäftigt, die Elektrofahrzeuge 999 Tage. Auf die Kranwagen entfielen 403, auf die Kehrmaschinen 561, auf die Lastwagen 1379, auf die Müllwagen 1662, auf die Sprengwagen 361, auf die Waschmaschinen 224 Tage. Die Elektrofahrzeuge dienten an 993 Tagen der Straßenreinigung, an 6 Tagen sonstigen Zwecken.

Die Lastwagen waren hauptsächlich mit der Beifuhr von Baumaterialien für Straßen-, Kanal- und Wasserleitungsbauten beschäftigt. Als weitere größere Arbeit ist die Schlammabfuhr aus dem vorderen Stadtgartensee zu erwähnen mit etwa 2000 cbm Schlamm. Aus den Steinbrüchen bei Ettlingen wurden 505,94 t Pflastersteine, 860,95 t Ufersteine, 679,92 t Stücksteine zugeführt. Für die Schneebeseitigung wurden im Winter 1930/31 95 Autotage benötigt.

Infolge der auch im Sommer 1930 anhaltenden Wasserknappheit wurde das Wasser zur Straßenbesprengung aus den Flußläufen entnommen und zwar insgesamt 38 986 000 Liter.

Von den Kraftwagen wurden im Wirtschaftsjahr 1930 zusammen 306 311 km zurückgelegt. Hiervon entfielen auf die Müllautos 96 944 km, auf die schweren Lastwagen 14 779 km, auf die kleinen Lastwagen 78 251 km, auf die Kehrmaschinen 28 370 km, auf die Sprengwagen 50 313 km, auf die Personenwagen 26 989 km, auf die Waschmaschine 10 665 km.

Die Sprengwagen wurden nach Bedarf, soweit möglich, auch als Lastwagen verwendet. Die Zahl der Lastwagentage ging gegenüber dem Vorjahr um 92 = 6,25 v. H. zurück. Auch hier machten sich, wie bei den Pferdetagen, die allgemeinen Sparmaßnahmen geltend.

Die Einnahmen des Kraftwagenparks betrugen 387 678,25 *RM*, die Ausgaben 354 535,08 *RM*, die Mehreinnahmen somit 33 143,17 *RM*.

Aus der Vermittlung von Fahrzeugen wurden 5810,28 *RM* Reineinnahmen erzielt.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## f. Vermessungsabteilung.

### Staatliches Vermessungswerk und Lagerbuch.

Im Wirtschaftsjahre 1930 waren von der Vermessungsabteilung verschiedene einmalige Arbeiten durchzuführen. Zunächst wurde die Neuaufstellung des Lagerbuchs für den am 1. April 1929 eingemeindeten Stadtteil Bulach, das aus den Jahren 1867/72 stammt, erforderlich. Bis zum Ende des Wirtschaftsjahres war die Neuanlage bis auf die Gebäudebeschreibung vorgenommen.

Die seit 1923 ruhenden Arbeiten am Neumessungswerk von Grünwinkel konnten im Berichtsjahr mit der Zeichnung der Pläne wieder aufgenommen werden. Im kommenden Jahr kann mit der Fertigstellung der gesamten Neumessungsarbeit für Grünwinkel gerechnet werden.

Für die durch Aufteilung der Gemarkungen Hardtwald und Kastenwört der Stadt Karlsruhe zugefallenen Gemarkungsteile liegen Vermessungen und Pläne noch nicht vor. Einstweilen wurden Lagerbuch und Vermessungswerk von Karlsruhe, soweit erforderlich, mit vorläufigen Eintragungen fortgeführt. Eine Neuvermessung ist für das nächste Jahr beabsichtigt. Das Lagerbuch der bisherigen Gemarkung Hardtwald wurde nach Abschreibung und Übertragung der Grundstücke in die Lagerbücher der beteiligten Gemeinden geschlossen. Die der Vermessungsabteilung bisher obliegende Dienstaufgabe des Fortführungsbeamten für die abgesonderte Gemarkung Hardtwald ist mit der Aufteilung dieser Gemarkung erloschen.

Auf Ersuchen der Forstbehörde wurden neue Waldpläne im Maßstab 1:5000 angefertigt und die dazu erforderlichen Ergänzungsmessungen durchgeführt.

Die im Jahre 1916 auf Veranlassung der Stadt Karlsruhe von der Wasser- und Straßenbaudirektion herausgegebene topographische Übersichtskarte von Karlsruhe und Umgebung im Maßstab 1:25000 wurde, einer Anregung des Tiefbauamts folgend, nach Ergänzung auf den neuesten Stand neu verlegt.

An laufenden Fortführungsarbeiten waren die in 145 Meßbriefen dargestellten Grenzänderungen und Neueinteilungen von 569 Grundstücken sowie die Vereinigung von 59 Grundstücken in den Plänen und Handrissen nachzutragen. 768 Grundstücke wurden von Bau- und Kulturveränderungen berührt, welche durch örtliche Aufnahmen festgestellt und in den Plänen, Handrissen und im Lagerbuch nachgetragen werden mußten. Im Lagerbuch wurden fernerhin 2119 Rechts- und Eigentumsveränderungen sowie die Vereinigung von 59 Grundstücken eingetragen.

Nach Fortführung aller im Berichtsjahr eingetretenen Veränderungen ergab sich ein Gemarkungsumfang von 22 529 Grundstücken mit einer Fläche von 6516 ha 92 a 97 qm gegen 22 246 Grundstücke mit 5062 ha 44 a 75 qm im Vorjahr.

Im Laufe des Berichtsjahrs wurden 51 unübersichtlich und unverwendbar gewordene Handrisse neu angelegt und der Wasser- und Straßenbaudirektion zur Prüfung und Vervielfältigung vorgelegt.

Das staatliche Vermessungswerk umfaßte am Schlusse des Jahres insgesamt 368 Katasterpläne, 4 Waldpläne, 445 Ergänzungspläne und 1738 Aufnahmshandrisse. Das Lagerbuch bestand am 31. März 1931 aus 77 Hauptbänden und 7 Ergänzungsbänden.

Die Kosten der Fortführung des Vermessungswerks werden vom Staat getragen. Im Wirtschaftsjahr 1930 betrugen die Einnahmen hierfür 19 252,50 *RM*. Die Kosten der Lagerbuchfortführung wurden, weil der Stadt zufallend, nicht verrechnet.

### Städtische Vermessungswerke.

Das städtische Vermessungswerk umfaßte am Schlusse des Wirtschaftsjahres 1930 352 Katasterpläne und 1180 Handrisse und diente in erster Linie städtischen Bedürfnissen (Straßenkataster, Gehweg- und Kanalkostenplänen, Projektunterlagen u. a. m.).

Die im letzten Jahre noch vorhandenen starken Rückstände in der Fortführung der städtischen Handrisse konnten im abgelaufenen Jahr erheblich aufgearbeitet werden; immerhin sind noch die Fortführungsergebnisse von etwa 2 Jahren im Rückstand.

Verschiedene Stadtpläne wurden ergänzt, zum Teil vergrößert und vervielfältigt. Ein in früheren Jahren vom Verkehrsverein herausgegebener farbiger Übersichtsplan von Karlsruhe im Maßstab 1:5000



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wurde neu ausgearbeitet, auf den neuesten Stand gebracht und auf Kosten des Verkehrsvereins in neuer Auflage hergestellt.

Die Feldarbeiten und Berechnungen für die im Jahre 1922 begonnene Anlage eines Höhennetzes wurden im Laufe des Jahres 1930 beendet. Das städtische Höhennetz umfaßt nunmehr 311 Höhepunkte, welche in einem nach dem Stand vom 1. Oktober 1930 aufgestellten „Verzeichnis der Höhenfestpunkte" beschrieben sind. Das Verzeichnis ist im Druck erschienen und durch die Vermessungsabteilung zu beziehen.

### Baufluchtenpläne, Bauplatzumlegungen, Absteckungen.

Planunterlagen wurden geliefert für die Baufluchtenpläne in den Gewannen Unter- und Oberkirchenfeld und an der Bannwaldallee in Bulach, für den Baufluchtenplan an der Wiesenstraße und für einen Baufluchtenplan in Knielingen.

Bauplatzumlegungen wurden 2 durchgeführt, und zwar an der Salierstraße mit einer Einwurfsfläche von 10 302 qm und zwischen Neureuter- und Körnerstraße nördlich der Jahnstraße in Knielingen mit einer Einwurfsfläche von 16 181 qm.

Zur Vorlage an das Bezirksamt fertiggestellt wurde eine Bauplatzumlegung zwischen Welfen- und Hohenzollern-, Hirsch- und Alemannenstraße mit einer Einwurfsfläche von 66 037 qm.

In Bearbeitung waren noch am Ende des Wirtschaftsjahres die Bauplatzumlegungen zwischen Kirchfeld- und Landgrabenstraße südlich der Grünwinkler Straße, zwischen Kirchfeld- und Landgrabenstraße nördlich der Grünwinkler Straße, an der Bannwaldallee, zwischen Pfalzstraße und der Alb, westlich der Eckenerstraße und an der Tullastraße zwischen Rintheimer- und Karl-Wilhelm-Straße.

Bis auf weiteres zurückgestellt wurden die Bauplatzumlegungen zwischen Ernst- und Karl-Wilhelm-Straße, Wackerstraße und Hirtenweg, Ecke Reichs- und Eisenlohrstraße, an der Erzbergerstraße und zwischen Schiller- und Körnerstaße.

Umfangreiche Vermessungen und Absteckungen wurden durchgeführt für die verschiedenen Notstandsarbeiten am Uferweg, für Albverlegungen bei der Eckenerbrücke und Appenmühle sowie nördlich der Honsellstraße. Ferner wurden die beiden Bauplatzumlegungen abgesteckt und vermarkt.

### Baugesuche, Baulasten u. a.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden 657 Baugesuche in Bezug auf die Einhaltung der Vorschriften der Landesbauordnung geprüft und mit den in dem § 137 St.B.O. vorgeschriebenen Angaben versehen. Für sämtliche Neubauten wurde, soweit erforderlich, die Baufluchtangegeben und nachgeprüft. Bezüglich der Kanalkosten wurden 279 Hausentwässerungsgesuche überprüft und zwar 84 Gesuche für Schwemmanschlüsse bestehender Gebäude und 195 Gesuche für Neubauten. 30 Baulasten wurden neu eingetragen. Aus dem öffentlichen Lastenverzeichnis wurden 83 Auszüge gefertigt, wofür 441 *RM* vereinnahmt wurden.

### Arbeiten für Private, Auskünfte.

Durch Private wurden im Wirtschaftsjahr 1930 zusammen 254 Anträge auf Grundstücksvermessungen, Planfertigungen usw. gestellt, wofür einschließlich der von amtswegen vorgenommenen Gebäudeaufnahmen 22 414,85 *RM* erhoben wurden. Gebührenpflichtige Auskünfte über Vermessungswerk und Lagerbuch wurden 241 mit einem Gebührenanfall von 431 *RM* erteilt. Für die Beurkundung von Lageplänen zu Baudarlehensgesuchen, für die Abgabe von sonstigen Lage- und Stadtplänen wurden 1591 *RM* vereinnahmt.

### Liegenschaftsverwaltung.

Der Grundbesitz der Stadt auf Gemarkung Karlsruhe umfaßte Ende 1930 in 2762 Grundstücken 2305 ha 23 a 95 qm gegen 2716 Grundstücke mit 2299 ha 86 a 95 qm im Vorjahr. Rund 35,37 v. H. der Gemarkungsfläche von Karlsruhe stand im Eigentum der Stadt. Ferner hatte die Stadt Karlsruhe auf den Gemarkungen Baden-Baden, Durlach, Eggenstein, Ettlingen, Forchheim, Hagsfeld, Huttingen, Jstein, Knielingen, Mörsch, Teutschneureut und Welschneureut einen Grundbesitz von zusammen 266 Grundstücken mit 102 ha 39 a 65 qm. Der gesamte städtische Grundbesitz umfaßte somit in 3028 Grund-



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

stücken 2407 ha 63 a 60 qm gegen 2984 Grundstücke mit 2392 ha 95 a 50 qm im Vorjahr. Außerdem hat die Stadt vom Domänenärar für die Errichtung der sogenannten Lohfeldsiedlung 78 Grundstücke mit 1 ha 64 a 93 qm bis 1991 in Erbbaurecht gepachtet.

Die Verwaltung des städtischen Grundbesitzes mit Ausnahme der Waldungen, Gebäude, des Rheinhafens mit Industriegelände und der Kleingärten obliegt der Vermessungsabteilung.

### Grundstücksverkehr.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden seitens der Stadt auf Gemarkung Karlsruhe 79 Grundstücke im Ausmaß von zusammen 71603 qm zum Preise von 71877,90 *RM* käuflich erworben; im Tauschwege erworben wurde ein Waldgrundstück von 533792 qm gegen ein solches von 470368 qm und ein Aufgeld von 19 713,25 *RM*. Die Neuerwerbungen verteilen sich mit 1360 qm auf Industriegelände, 1053 qm auf Wohnungsbaugelände, 8898 qm auf Straßengelände, 60 292 qm auf Kulturgelände, 533 792 qm auf Wald.

Veräußert wurden auf Gemarkung Karlsruhe 66 Grundstücke mit 34 781 qm zum Preise von 595 293,65 *RM*.

Für die Anlage des neuen Wasserwerks wurden auf Gemarkung Mörsch 2 Waldgrundstücke mit 120 244 qm zum Preise von 28 460,95 *RM* erworben.

### Landwirtschaftliche Nutzung.

Zur landwirtschaftlichen Nutzung standen insgesamt 965 ha 68 a 20 qm zur Verfügung. Das Rebgut Istein mit 28 ha 04 a 02 qm wurde in eigener Regie betrieben, 178 ha 10 a 99 qm waren an größere Gutsverwaltungen verpachtet, 1 ha 58 a 90 qm wurden vom Gartenamt bewirtschaftet, 50 ha 60 a 42 qm waren als Kleingärten verpachtet. Als Spiel- und Sportplätze fanden 51 ha 09 a 45 qm stadteigenes Gelände Verwendung, weitere 10 ha 79 a 55 qm domänenärarisches Gelände im Hardtwald wurden durch die Stadt an einzelne Vereine als Sportplätze weiterverpachtet.

In 3245 Einzellosen waren 388 ha 84 a 50 qm abgegeben, als Allmend 302 Lose mit 15 ha 04 a 47 qm. Nicht verpachtet werden konnten 4 ha 40 a. Als Wiesen- und Weidegelände standen 222 ha 02 a 97 qm zur Verfügung. Als Schafweide wurden im Sommer rund 112 ha, im Winter rund 157 ha verpachtet. An Einnahmen wurden 65 657,56 *RM* erzielt.

### Obstbau.

Im Berichtsjahre hatte die Stadt einen Obstbaumbestand von 6190 Stück. 996 Obstbäume standen auf Pachtgrundstücken, nicht tragfähig waren 1056 Stück. Der Ertrag von 4138 Obstbäumen wurde versteigert; er brachte infolge ungünstiger Blütezeit und schlechten Fruchtansatzes nur den geringen Erlös von 1206,70 *RM*. 150 Obstbäume wurden nachgepflanzt, 30 Bäume entfernt und 8 Obstbäume veredelt; 908 standen im Schnitt.

Zum Schutze der Vögel wurden 100 weitere Nisthöhlen beschafft, die an Private unentgeltlich abgegeben wurden. Weitere 10 Futterhäuschen wurden aufgestellt, so daß heute 20 Futterplätze vorhanden sind, in denen insgesamt 200 Pfund Vogelfutter ausgestreut wurden. Sehr gut haben sich die versuchsweise aufgehängten Futterampeln bewährt.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# V. Betriebe und Unternehmungen.

## 1. Gaswerk mit Maschinenbauamt.

### a. Gaswerk.

#### Allgemeines.

Das Betriebsjahr 1930 verlief im Zeichen des allgemeinen Tiefstands der deutschen Wirtschaft.

Am deutlichsten zeigte sich dies im Rückgang der Gasabgabe an die Großabnehmer, der auf Betriebseinschränkungen, teilweise sogar Stillegungen bei gewerblichen und industriellen Betrieben zurückzuführen ist. Infolge dieser Minderung der Gasabgabe an die Großabnehmer war auch die Zunahme der Gesamt-Gasabgabe eine geringere als im Vorjahre, trotzdem die Anschlußbewegung noch zunehmend verlaufen war.

Mehr als die Hälfte der Neuanschlüsse entfiel auf die Erschließung des Vororts Bulach.

Die außerordentlich kritischen Wirtschaftsverhältnisse zwangen allenthalben zu strengen Sparmaßnahmen, wovon in besonderem Maße natürlich die Bautätigkeit betroffen wurde. So mußte denn auch beim Gaswerk, sowohl im Erzeugungsbetrieb wie im Verteilungsbetrieb, die Neubautätigkeit an den Betriebseinrichtungen auf das äußerst notwendige Maß beschränkt bleiben.

Im Werk selbst wurde der 1928 begonnene Umbau der Gaserzeugungsöfen fortgesetzt; drei weitere Öfen mit je fünf Kammern wurden fertiggestellt.

Einem dringenden Bedürfnis wurde durch die Erstellung einer Tankanlage für Benzol abgeholfen, die den gefahrlosen Verkauf des erzeugten Benzols ermöglicht. (Die Anlage besteht im Wesentlichen aus zwei Behältern von je 500 Litern Inhalt und einem Zapfschrank.)

Die teilweise vorgenommene Erneuerung der Werkgleise blieb auf das dringend Erforderliche beschränkt.

Entsprechend der allgemeinen schwachen Regsamkeit im Bauleben war auch die Neubautätigkeit beim Verteilungsbetrieb des Gaswerks nur sehr mäßig. Als einziges größeres Bauvorhaben wurde das Ortsnetz im Vorort Bulach verlegt, das den größten Teil der Rohrnetzzunahme im Betriebsjahr überhaupt ausmacht.

#### Betriebsergebnisse.

Technisches.

Für die Erzeugung standen 17 Öfen mit zusammen 79 Kammern und einer Tagesleistung von 150 000 cbm zur Verfügung. Davon waren 33 Kammern während 10½ Monaten, 28 Kammern während 1½ Monaten in Betrieb.

Sämtliche neue Öfen sind für Betrieb mit Einzel- und Zentralgeneratoren eingerichtet, wurden jedoch mit Einzelgeneratoren betrieben. Die normale Ausstehzeit betrug 24 Stunden.

Die zur Gasförderung und Reinigung vorhandenen Einrichtungen teilen sich in zwei Systeme von je 50 000 cbm Tagesleistung. Da die Tagesabgabe schon 80 000 cbm überschritten hat, und eine ausreichende Reserve an Maschinen und Apparaten für einen geordneten Betrieb unerläßlich ist, wurde die Aufstellung eines Kühlers und eines Gassaugers für je 100 000 cbm Tagesleistung vorbereitet.

Am Fassungsvermögen der Vorratsbehälter hat sich im Berichtsjahr nichts geändert. Drei Gasbehälter im Werk Ost können zusammen 87 000 cbm und die beiden Ausgleichsbehälter im Werk West 5600 cbm Gas aufnehmen.

Zur Koksaufbereitung diente auch im Berichtsjahre noch die im Jahre 1917 erstellte Anlage mit einer Stundenleistung von 25 t.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Erzeugt wurden im Wirtschaftsjahr 1930 25 107 100 cbm Gas gegen 24 553 200 cbm im Vorjahr. Die Gasabgabe betrug 25 151 700 cbm; sie verteilt sich auf Privatkleinverbraucher mit 16 459 314 cbm = 65,44 v. H., auf Großabnehmer mit 1 116 406 cbm = 4,44 v. H., auf Reichs- und Staatsbehörden mit 305 231 cbm = 1,21 v. H., auf städtische Gebäude und Betriebe mit 715 525 cbm = 2,84 v. H., auf die öffentliche Beleuchtung mit 3 000 000 cbm = 11,93 v. H., auf die Gemeinde Hagsfeld mit 67 771 cbm = 0,27 v. H., auf die Stadtgemeinde Ettlingen mit 1 156 816 cbm = 4,60 v. H., auf den Eigenverbrauch des Gaswerks mit 331 602 cbm = 1,32 v. H., auf Verlust mit 1999 035 cbm = 7,95 v. H. Auf den Kopf der Bevölkerung entfiel (ohne Ettlingen und Hagsfeld) eine Gasabgabe von 153,2 cbm gegen 150,82 cbm im Vorjahr.

Die Gesamtgasabgabe nahm im Berichtsjahr trotz der widrigen Zeitverhältnisse noch um etwa 2,4 v. H. zu.

Der Verbrauch stieg nur bei den Kleinabnehmern, während er bei den Großabnehmern zurückgegangen ist.

Gestiegen ist weiterhin der Verbrauch der Behörden und städt. Stellen durch vermehrte Anwendung von Heizgas und auch die Abgabe an die Versorgungsgemeinden Ettlingen und Hagsfeld.

Für öffentliche Beleuchtung mußte infolge Zunahme der Laternen- und Flammenzahl ebenfalls mehr Gas abgegeben werden als im Vorjahr. Der Eigenverbrauch nahm ebenfalls etwas zu, während der Verlust etwas zurückging.

Von den einzelnen Monaten des Jahres war die Gasabgabe am höchsten im Januar 1931 mit 2 224 100 cbm, am geringsten im Juni 1930 mit 1 983 000 cbm. Gegenüber dem Vorjahr war die größte Steigerung der Abgabe im Mai 1930, und zwar um 5,4 v. H. zu verzeichnen, die geringste im Februar 1931 mit nur 0,3 v. H. Unter der vorjährigen Abgabe verblieb die diesjährige in keinem Monat.

Die durchschnittliche tägliche Tagesabgabe betrug 68 908,7 cbm gegen 67 270,6 cbm im Vorjahr.

Die größte Tagesabgabe fand am 7. Februar 1931 mit 82 200 cbm statt, sie lag höher als die des Vorjahres, ebenso die geringste Tagesabgabe des Berichtsjahres mit 47 800 cbm am 21. April 1930.

Entgast wurden 67 323 t Steinkohlen gegen 62 199 t Steinkohlen im Wirtschaftsjahr 1929. Die Ausbeute betrug 373 cbm je t entgaster Steinkohlen gegen 394 cbm im Vorjahr.

Die Gesamtsumme der Kammertage betrug 11 795, die Gesamtsumme der Kammerladungen 10 798. Je Kammer und Tag wurden durchschnittlich 2135 cbm Gas erzeugt. Die durchschnittliche Kohlenladung für eine Kammer betrug 6240 kg, die durchschnittlich mit einer Ladung erzeugte Gasmenge 2330 cbm.

An Nebenprodukten wurden 53 288 t Koks, 3010 t Teer, 653 t Sulfat und 145 734 Liter Benzol gewonnen. Zum Verkauf gelangten 39 986 t Koks, 3031 t Teer, 640 t Sulfat und 146 383 Liter Benzol. Die Nebenproduktenerzeugung ist entsprechend der größeren Produktion gestiegen; trotz schlechter Marktlage konnte sie, wenn auch teilweise zu gedrückten Preisen, restlos abgesetzt werden. Der Eigenverbrauch an Koks betrug 11 075 t zur Ofenunterfeuerung, 2645 t zur Dampfheizung und Heizung der Gasbehälter, 82,6 t zu sonstigen Zwecken, zusammen ein Eigenverbrauch von 13 802,6 t Koks, der etwa 25 v.H. der gesamten Kokserzeugung ausmachte.

Aus 100 kg Kohlen wurden 37,3 cbm Gas, 70,4 kg trockener Kocks, 4,48 kg Teer, 0,82 kg Sulfat und 0,385 Liter Benzol gewonnen. Die Gas-, Teer- und Sulfatausbeute ging gegenüber dem Vorjahr etwas zurück, die Benzolausbeute stieg auf rund das Doppelte an. Beim Koks kam erstmals sein trockenes Gewicht gegenüber seinem ursprünglichen Gewicht zur Ermittelung, wodurch die geringere Ausbeute zu erklären ist. Es gelang durch vorteilhafte Mischung von Ruhr-, Saar- und Eschweiler Kohlen neben gleichmäßig gutem Gas einen dem Zechenkoks ebenbürtigen Koks und hochwertige übrige Nebenprodukte zu erzielen. Durch die im Vorjahre eingerichtete Benzolreinigungsanlage wurde die Gewinnung eines Benzols erreicht, das dem Hüttenbenzol vollkommen gleichkommt.

Das Gas hatte bei 0 Grad Celsius 760 mm WS. 4620 WE.; das spezifische Gewicht des Gases betrug 0,511, der Gehalt an Sauerstoff 0,6.

Der Koks setzte sich aus 86,3 v. H. Reinkoks, 6,4 v. H. Gesamtwasser, 7,3 v. H. Asche zusammen. Seine mittlere Verbrennungswärme betrug 6860 WE.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Schwefelsaures Ammoniak hatte einen Ammoniakgehalt von 25,1 v. H., einen Stickstoffgehalt von 20,7 v. H., einen Wassergehalt von 2 v. H. und einen Gehalt an freier Säure von 0,12 v. H. Der Wassergehalt des Teeres betrug 5,1 v. H. (Motoren-)Benzol hatte ein spezifisches Gewicht von 0,868 bei 20 Grad Celsius, die Kennziffer war 97, die Fraktionierungsziffer 23, der Schwefelsäurerest 3.

Die Kohlenuntersuchungen ergaben bei der Ruhrkohle 24,0 v. H. flüchtige Bestandteile, 9,2 v. H. Wassergehalt, 5,8 v. H. Aschengehalt, 61,0 v. H. Reinkoks. Die Koksausbeute betrug 66,8 v. H. Bei der Saarkohle wurden 33,6 v. H. flüchtige Bestandteile, 3,4 v. H. Wassergehalt, 3,5 v. H. Aschengehalt, 59,5 v. H. Reinkoks festgestellt; die Koksausbeute belief sich auf 62,9 v. H. Die Eschweiler Kohle wies 19,0 v. H. flüchtige Bestandteile, 8,8 v. H. Wassergehalt, 6,0 v. H. Aschengehalt und 66,2 v. H. Reinkoks auf. Die Koksausbeute betrug 72,2 v. H.

Die Neubautätigkeit im Verteilungsbetrieb war im Berichtsjahr eine sehr schwache. Der Umfang des Rohrnetzes nahm nur um 2 v. H. zu, während im Vorjahre die Zunahme über das Doppelte ausgemacht hatte, wobei das Jahr 1929 schon unter wirtschaftlich ungünstigeren Verhältnissen als die Vorjahre verlaufen war. Das Rohrnetz hatte am 31. März 1931 eine Länge von 205 613 m und einen Inhalt von 5 121,937 cbm. Am 31. März 1930 betrug die Länge 201 671 m mit 5066,387 cbm Inhalt. Von der Zunahme der Rohrnetzlänge entfiel der größte Teil auf das Ortsnetz Bulach. Niederdruckleitungen waren am 31. März 1931 174 146 m, Hochdruckleitungen 31 467 m vorhanden. Davon waren 156 836 m Gußrohrleitungen, 48 777 m Stahlrohrleitungen.

Die Zahl der Gaszuführungen betrug am 31. März 1931 8784. Von den insgesamt 419 neuen Zuführungen wurden 103 im engeren Stadtgebiet, 70 in den Vororten, 224 in Bulach (neuerschlossen), 14 in den Siedlungen, 8 in der Gemeinde Hagsfeld ausgeführt. Im engeren Stadtgebiet kamen 4 Zuführungen in Wegfall, sodaß ein Zugang von 415 Zuführungen verblieb.

Auch die Mehrzahl der neu hinzugekommenen Gaszuführungen war ebenso wie der größte Teil der Rohrnetzerweiterung auf die Erschließung von Bulach zurückzuführen. Straßenlaternen wurden nur 31 neu aufgestellt; die Flammenzahl dagegen, auch bei einem Teil der schon vorhandenen Laternen, wurde um 326 erhöht. Am 31. März 1931 waren 3187 Gaslaternen für die Straßenbeleuchtung mit 6381 Flammen vorhanden. Fernzündung hatten 3056, Zünd- und Löschuhren 131 Laternen.

Die Zahl der Bezirksdruckregler verminderte sich von 18 auf 17; ein Bezirksdruckleger kam im Berichtsjahr infolge Stillegung der Maschinenbaugesellschaft außer Betrieb.

Hausdruckregler waren am Ende des Berichtsjahres etwa 750 Stück vorhanden, von denen der größte Teil in den Siedlungen und Straßen verwendet ist, in denen eine Hochdruckleitung liegt (z. B. Albsiedlung, Dammerstock und übrige südl. Ettlinger Straße). Der Gasdruck im Niederdrucknetz betrug etwa 60 mm, in den Hochdruck- und Fernleitungen 350 bis 2000 mm/WS.

Rohrschäden waren im Berichtsjahr 6 zu verzeichnen. Gasstörungen bei den Abnehmern (Störungen am Gasmesser, Wasser in der Leitung, in der Zuführung, gelockerter Hahn u. ä. m.) waren erfreulicherweise nur 8546 aufgetreten gegenüber 10 086 im Jahre 1929.

Die Zahl der installierten Gasmesser hat im Berichtsjahr um 1488 = 3,75 v. H. auf 41 282 Stück zugenommen. Davon waren 20 180 Stück gewöhnliche Gasmesser, 2821 Stück gewöhnliche Münzgasmesser, 17 437 Stück Hochleistungsmesser und 844 Stück Hochleistungs-Münzgasmesser. Von den gewöhnlichen Gasmessern sind noch etwa 11 000 Stück nasse Messer vorhanden. Diese werden nach und nach durch trockene Hochleistungsmesser ersetzt, sodaß in wenigen Jahren die nassen Messer restlos aus dem Betrieb ausgeschieden sein werden.

Haushaltungen waren am 31. März 1931 43 690 gegen 42 872 im Vorjahr angeschlossen.

## Wirtschaftliches.

Für den Verkauf des Gases dienten auch im Berichtsjahr der allgemeine oder Zonentarif, (18 *Rpf*-Gas) mit Sonderbestimmungen für Heizgas, der Grundgebührentarif und der Münzgastarif. Für Großabnehmer mit über 6000 cbm Jahresbezug wurde der Gaspreis besonders vereinbart.

Der Grundgebührentarif hat seit seiner Einführung stetig wachsendes Interesse gefunden. Während z. B. am 1. Januar 1928 von 37 284 Abnehmern nur 166 Gas nach dem Grundgebührentarif zu



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

beziehen wünschten, waren es nach Jahresfrist schon 2647 und am 1. April 1931 schließlich betrug deren Zahl 5891. Es ist also erreicht worden, die Vorteile des Gases als Energieträger möglichst vielen Abnehmern in reichem Maße und zu niederem Preise zugute kommen zu lassen. Es liegt im Wesen des Grundgebührentarifs, daß mit steigendem Verbrauch der Durchschnittserlös für den Kubikmeter sinkt. In der Tat sind auch die finanziellen Erfolge des Grundgebührentarifs zum größten Teil auf der Seite des Abnehmers und nicht der des Gaswerks, dessen Gesamterträgnis bei weitem nicht in dem Maße gestiegen ist, als der Gasabsatz seit Einführung des Tarifs.

Auf die gedrückten Preise für die Nebenprodukte wurde bereits hingewiesen, besondere Aufmerksamkeit mußte man dem wichtigsten Nebenerzeugnis, dem Koks widmen. Durch eine Anzahl von Versuchen hat man diejenige Koksqualität erreicht, welche dem hiesigen Publikum am meisten zusagt. Auf diese Weise und durch das zielbewußte Vorgehen der Koksverkaufsstelle, die weder Zeit noch Mittel für die Aufklärung und Belehrung der Koksabnehmer scheute, ist es gelungen, den Kundenkreis ständig zu vergrößern und Koks wieder in reichem Maße am Ort abzusetzen. Dies war um so schwieriger, als sich die Konkurrenz des Zechenkokses, der in Anbetracht der hohen Lagerbestände auf den Zechen vielfach unter Preis verkauft wurde, und das Eindringen der Briketts stark fühlbar machte. Der Ortsvertrag, der zwischen der Stadt Karlsruhe und der wirtschaftlichen Vereinigung für den Koksabsatz abgeschlossen wurde, hat sich also gut bewährt. Das Karlsruher Gaswerk konnte ¾ seiner Jahresproduktion bei angemessenen Preisen zum Verkauf bringen. Die meistgefragte Koksorte war die Sorte II, 40/60 mm, der Zentralheizungskoks für mittlere und kleinere Heizungen, mit 37,65 v. H. Anteil am Gesamtverkauf; es folgte in der Reihe des Kokses die Sorte I, 60/90 mm, (für große Heizungen) mit 29,41 v. H., dann der Hausbrandkoks Sorte III, 20/40 mm, mit 18,94 v. H., schließlich Sorte IV, 10/20 mm, mit 6,02 v. H., die in steigendem Maße auch zu Hausbrandzwecken gerne verwendet wird. Grus war mit 5,83 v. H. und Mischkoks mit 2,15 v. H. am Verkauf beteiligt. Der Koksabsatz war also so groß, daß zusammen mit dem Eigenverbrauch der Konsum im Betriebsjahr die Erzeugung sogar noch etwas übertraf.

Ebenso war es beim Teer- und beim Benzol-Geschäft; auch der Sulfatabsatz erreichte 98 v. H. der Produktion.

Allerdings waren die Erträgnisse aus dem Teergeschäft schlecht, da die Preise für Rohteer auch im Berichtsjahr wieder zurückgegangen sind. Während 1928 die Tonne noch 65,50 *RM* durchschnittlich erbrachte, war der Preis 1929 auf 45,80 *RM* und 1930 auf 40,15 *RM* für die Tonne gesunken. Bestimmend für die Preisbildung sind jeweils die Verhältnisse am englischen Markt; dort aber lagen die Notierungen um etwa 50 v. H. unter den deutschen. Die Ursachen des rückläufigen Marktes sind in einer den Absatz weit übersteigenden Produktion, in abnehmendem Auslandsgeschäft und in der schwachen Kaufkraft der privaten und behördlichen Verbraucher zu suchen. Der Auslandsabsatz wird deshalb immer schlechter, weil das Ausland in zunehmendem Maße eigene Erzeugungs- und Verarbeitungsstätten errichtet.

Ähnlich war es auch um den Stickstoffmarkt bestellt. Durch die Zunahme der synthetischen Stickstoffherstellung war die Welt-Erzeugungsmöglichkeit auf 3,5 Millionen Tonnen Reinstickstoff gestiegen, während die Aufnahmefähigkeit bisher nur 2 Millionen Tonnen betragen hatte und die gedrückten Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie die finanzielle Notlage der Landwirtschaft eine Steigerung des Absatzes kaum erwarten ließen.

So war dann der in das Berichtsjahr fallende Zusammenschluß der Weltstickstoffindustrie (mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, Kanadas und Japans) zur C.I.A. (Convention de l'Industrie de l'Azote), der durch ihre wirtschaftliche Vereinigung auch die deutschen Gaswerke angehören, gerade vom Standpunkt der Gaswerke aus sehr zu begrüßen, weil dadurch internationale Vereinbarungen über planmäßige Produktion (freiwillige Produktionseinschränkungen) entsprechend dem Absatzvolumen angebahnt wurden, denn der freie Konkurrenzkampf hätte für die mit größeren Gestehungskosten als die synthetischen Großanlagen arbeitenden Gaswerksnebenbetriebe den sicheren Untergang bedeutet.

Die Ammoniakwasserverwertung wird indessen, auch wenn sich die internationalen Abmachungen noch etwas verlängern lassen, für die Zukunft bestimmt kein lohnendes Geschäft mehr für die Gaswerke bleiben.

Wie auf den übrigen Märkten war natürlich auch auf dem Betriebsstoffmarkt die Wirkung der Krise zu verspüren, und demzufolge ein scharfer Konkurrenzkampf festzustellen, der sich ungünstig auf die erzielbaren Benzolpreise auswirken mußte.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die trotz der widrigen Zeitumstände erhöhte Gasabgabe an die Kleinabnehmer ist nicht zuletzt auf eine rege Werbetätigkeit zurückzuführen. Sie wurde in erster Linie auf den Haushaltgasabsatz angesetzt, da ihr bei der darniederliegenden Industrie kaum Erfolg beschieden gewesen wäre.

Zum erhöhten Gebrauch des Gases als wirtschaftliche Wärmequelle im Haushalt wurde durch entsprechende Vorträge mit praktischen Vorführungen angeregt, auch wurden die Abnehmer durch persönliche Beratung und Belehrung für die Anwendung des Gases im Haushalt interessiert.

Um bei den Installationsfachleuten die Kenntnis der Konstruktion, Wirkungsweise und richtigen Installation der Gasgeräte zu erweitern und zu ergänzen, wurden Fortbildungskurse für Installateure und Techniker sowie für den Installateur-Nachwuchs veranstaltet und so auch von dieser Seite her die Gaswerbung betrieben.

Zum Beweise des Erfolges der Werbetätigkeit für den Gasbezug sei darauf hingewiesen, daß nahezu 3000 kleinere Anschlüsse, wie Gasbadeöfen, Gasherde, Gasheizöfen, Waschmaschinen und dergl. auf die Werbetätigkeit hin unmittelbar erfolgt sind. Ebenso ist als Erfolg der Werbung eine stattliche Zahl größerer Anschlüsse zu verzeichnen (wie z. B. 3 Großgasküchen, 3 Konditoreibacköfen, 7 Kaffemaschinen, 1 Kaffeeösterei, 2 Gasheizungsanlagen in Kirchen, 1 solche in einem Kaffeehaus und sonstige größere Raumheizungen).

Als eine Stütze der Werbung erwies sich auch in diesem Jahre wieder das Teilzahlungsgeschäft, das für den Abnehmer beim Einkauf seiner Gasverbrauchsgeräte eine große Annehmlichkeit und für das Gaswerk zugleich eine gute Einnahmequelle bedeutet. Im Berichtsjahr wurden allerdings den Zeitverhältnissen entsprechend weniger Anträge gestellt als im Vorjahr.

Das Gaswerk hatte im Wirtschaftsjahr 1930 Gesamteinnahmen von 4 937 599 *RM*. Hiervon wurden 2 893 006 *RM* aus der allgemeinen Gasabgabe, 68 586 *RM* aus der Gasabgabe an städtische Anstalten, 210 000 *RM* aus der Straßenbeleuchtung, 60 910 *RM* aus der Gasfernversorgung erzielt. Der Erlös aus Nebenprodukten erbrachte 1 272 513 *RM*, die sonstigen Einnahmen 432 584 *RM*. Die Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr infolge der größeren Produktion zwar etwas höher, jedoch wegen der schlechten Preise für die Nebenprodukte nicht so, wie man sie entsprechend der erhöhten Gasabgabe hätte erwarten müssen.

Immerhin konnte ein ansehnlicher Betriebsüberschuß erzielt werden, zumal auch die Ausgaben für Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung nach Abzug der Abführungen an die Stadthauptkasse mit 3 553 662 *RM* hinter denen des Vorjahres mit 3 668 492 *RM* um 114 830 *RM* zurückblieben. Der Bruttobetriebsüberschuß betrug 1 383 936 *RM* gegen 1 257 406 *RM* im Vorjahre.

Der Schuldendienst (Verzinsung und Tilgung) hat sich gegenüber dem Vorjahre von 257 910 *RM* auf 289 960 *RM* vermehrt; die ordentlichen Rücklagen in den Erneuerungsfonds wurden von 159 830 *RM* auf 240 400 *RM* erhöht, wenn schon sie auch jetzt nur etwa 31 v. H. der buchmäßigen Abschreibungen ausmachen.

Weitaus der größte Teil des Brutto-Betriebsüberschusses, nämlich 767 884 *RM* wurde an die Stadt abgeführt in Form von Werksmiete, Straßenbenützungsabgabe, Zuschüssen für den Aufwand der Hauptverwaltung, für den Aufwand der Stadt für Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung und schließlich noch als Barüberschuß.

Aus Wirtschaftsmitteln wurden Werkerneuerungen im Betrag von 73 192,82 *RM* ausgeführt. Außerdem wurde Gas teilweise unentgeltlich für öffentliche Zwecke (Straßenbeleuchtung u. a.) im Werte von 137 144,59 *RM* abgegeben.

In Anbetracht der schlechten allgemeinen Wirtschaftslage war der finanzielle Ertrag des Gaswerks gut. Wesentlich für die günstige Beurteilung des Wirtschaftserfolges beim Gaswerk ist die Tatsache, daß das Verhältnis zwischen Anlagewert und Betriebsüberschuß seit Jahren konstant geblieben ist (Betriebsüberschuß jeweils etwa 14 v. H. der Anlagekosten) und daß dabei der Zustand des Werkes — wenigstens was den Erzeugungsbetrieb angeht — immer auf der Höhe gehalten wurde. Von den Installationsbetriebsanlagen kann man allerdings Gleiches nicht behaupten, diese sind vielmehr nach Art und Umfang völlig unzulänglich, sodaß eine baldige Änderung dieses Zustandes mit allen Mitteln angestrebt werden muß.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bei den Werken der Stadt Karlsruhe waren am 31. März 1931 449 Arbeiter und 243 Beamte, zusammen 692 Arbeitskräfte, beschäftigt. Auf den Gaswerksbetrieb entfielen 26 technische und 3 Verwaltungsbeamte, auf den Installationsbetrieb 31 technische und 3 Verwaltungsbeamte, auf den Wasserwerksbetrieb 7 technische und 1 Verwaltungsbeamter, auf das Elektrizitätswerk 47 technische und 5 Verwaltungsbeamte, auf die Verwaltung der drei Werke 120 Verwaltungsbeamte, zusammen 111 technische Beamte und 132 Verwaltungsbeamte.

Arbeiter waren 137 beim Gaswerksbetrieb, 133 beim Installationsbetrieb für Gas und Wasser, 15 beim Wasserwerk, 123 beim Elektrizitätswerk und 41 bei der Verwaltung beschäftigt.

### b. Maschinenbauamt.

Im Wirtschaftsjahr 1930 sind im Bereiche des Maschinenbauamts neben den laufenden Unterhaltungsarbeiten einige größere Umbauten und Neuanschaffungen vorgenommen worden.

Im Rheinhafen erhielt der Lagerplatz der Deutschen Sinclair-A.G. Starkstromanschluß, ferner wurde für das Rheinische Braunkohlensyndikat, welches eine neue Transformatorenstation mit rund 300 KVA Anschlußwert erstellte, ein neues Speisekabel verlegt. Die städtische Rheinhafen-Schaltanlage in Station C wurde dementsprechend ergänzt. Verschiedene Kleinabnehmer erhielten neue elektrische Zuleitungen, auch Änderungen an Zuleitungen mußten vorgenommen werden.

Der Aufzug auf der Westseite der Werfthalle III wurde mit einer neuen Zugwinde und einer elektrischen Druckknopfsteuerung nebst Feineinstellung für den Fahrkorb ausgestattet. Ferner wurde der Aufzug um ein Stockwerk erhöht und der Fahrschacht feuersicher ausgeführt.

Im Schlachthof waren einige elektrische Anlagen, die noch mit Leitungen aus Zink bestanden, durch solche aus Kupfer ersetzt worden. Ein Brühkessel wurde mit Gasheizung versehen, ferner wurde eine Viehwaage vor die Kälberschlachthalle versetzt. An den Zufahrtsgleisen vom Güterbahnhof nach dem Schlachthof fand der Umbau einer weiteren Teilstrecke statt.

Im Krankenhaus, Kinderheim, in der Goetheschule, in der Lessingschule und in der Wandererherberge wurden verschiedene Arbeiten an den Heizungs- und sonstigen maschinellen Anlagen erforderlich; die neu eingerichteten Schulräume der Gutenbergschule III in der Dragonerkaserne wurden mit neuen Öfen ausgestattet.

Für einige geplante Neubauten waren verschiedene Entwürfe der Heizungsanlagen auszuarbeiten. Der Brand des Sägewerks Kraft an der Durlacher Allee brachte umfangreiche Verhandlungen mit der Feuerversicherung.

Für die Heizung der städtischen Gebäude einschließlich des Krematoriums wurden im Wirtschaftsjahr 1930 4 141 085 kg Kohlen und Koks und 401 506 cbm Gas benötigt. Hiervon verbrauchten die 27 Volksschulen 1 903 865 kg Kohlen und Koks und 254 323 cbm Gas, die 11 Mittelschulen 1 040 600 kg Kohlen und Koks und 65 534 cbm Gas, die 37 städtischen Anstalten und Gebäude 1 141 100 kg Kohle und Koks und 65 534 cbm Gas, das Krematorium 55 520 kg Kohlen und Koks. Der gesamte Heizungsaufwand betrug 222 721 *RM* gegenüber 230 607 *RM* im Vorjahr. Beim Maschinenbauamt waren am 31. März 1931 einschließlich der Heizer der Zentralheizungsanlagen 20 Beamte, 1 Anwärter und 14 Arbeiter beschäftigt. Der Geschäftsaufwand des Maschinenbauamts betrug ohne die Heizerlöhne, die unmittelbar auf die Beschäftigungsstellen verrechnet werden, 103 903 *RM*.

## 2. Wasserwerk.

### Allgemeines.

Im ersten Drittel des Berichtsjahres wurde die Stadt nur durch das bisherige Wasserwerk im Durlacher Wald mit Wasser versorgt; Ende August konnte auch das im Mörscher Wald erstellte neue Werk zur Wasserlieferung herangezogen werden.

Das alte Werk im Durlacher Wald umfaßt ein Gelände von 65 000 qm Größe, auf dem außer den zugehörigen Büro- und Wohngebäuden das Maschinenhaus mit Wasserturm, das Kesselhaus sowie



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

14 untereinander verbundene Brunnen (12 Schacht- und 2 Filterbrunnen) für die Wasserfassung erstellt sind. Einer der Brunnen dient als Sammelbrunnen.

Die Förderung geschieht durch 2 Plungerpumpen (Plungerdurchmesser 360 mm, gemeinsamer Hub: 1100 mm), die mit 2 Verbunddampfmaschinen mit Kondensation von je 150 bis 180 PS Leistung direkt gekuppelt sind.

Zur Dampferzeugung für diese Maschinen dienen 2 Zweiflammrohrkessel mit je 90 qm Heizfläche und 1 Einflammrohrkessel mit 80 qm Heizfläche, für jeweils 7 atü-Druck.

Die Förderleistung der zwei vollkommen gleichen Pumpen beträgt 900 cbm/je Stunde.

Außerdem verfügt das alte Werk noch über eine einstufige Hochdruckkreiselpumpe, die durch einen 250 PS-Hochspannungsmotor (4000 Volt) betrieben wird und stündlich 800 cbm Wasser zu fördern vermag.

Die Höchstleistung des Werkes liegt demnach bei einer stündlichen Fördermenge von 2400 cbm, die sich nur durch Zusatz aus der Reserve des Lauterbergbehälters auf 2700 cbm steigern läßt. Dabei müssen jedoch alle Maschinen in Gang sein, sodaß keinerlei Betriebsreserve mehr bleibt.

Weil dieser Zustand höchster Beanspruchung in den letzten Jahren häufig eintrat, wobei sogar zweimal die Behälterreserve restlos erschöpft war, mußte die Möglichkeit erhöhter Abgabe mit allen Mitteln angestrebt werden. Ein Ausbau des bisherigen alten Werkes war aus örtlichen Gründen, teils mit Rücksicht auf die Stadtnähe und die Gefahr der Wasserversorgung, teils mit Rücksicht auf die Stadterweiterung nicht möglich, sodaß man nach umfangreichen gründlichen Untersuchungen und Vorarbeiten im Jahre 1929 den Bau eines neuen zweiten Werkes im Mörscher Wald aufnahm, das nun die Wasserversorgung der Stadt auf Jahrzehnte hinaus sicherstellen soll.

Dieses neue Werk war Ende August 1930 im ersten Ausbau soweit fertiggestellt, daß mit der Wasserlieferung in das Rohrnetz begonnen werden konnte.

Das Wasserwerksgelände im Mörscher Wald umfaßt eine Grundfläche von 120 000 qm und liegt an der Straße Ettlingen—Mörsch. (Entfernung von Karlsruhe Marktplatz in Luftlinie etwa 8,5 km).

Infolge der durch die wirtschaftliche Allgemeinlage nötigen Sparmaßnahmen konnten alle zum jetzigen Betriebsumfang erforderlichen Gebäude zunächst nur provisorisch erstellt werden, nämlich: ein behelfsmäßiges Pumpenhaus, eine behelfsmäßige Transformatorenstation und mehrere für sonstige Zwecke erforderliche Wellblechhütten.

Für die Wasserfassung sind bis jetzt 1 Sammelbrunnen von 7 m lichter Weite und 5 Schachtbrunnen von 5 m lichter Weite ausgebaut.

Die Brunnen sind unter sich durch eine gußeiserne Heberleitung von 1100 mm und 1000 mm mit dem Sammelbrunnen verbunden. Das gewonnene Wasser ist, wie beim alten Werk, chemisch und biologisch reines Grundwasser, das ohne jegliche Vorbehandlung in das städt. Leitungsnetz gefördert werden kann.

Die Maschinenanlage besteht aus einer einstufigen Hochdruckkreiselpumpe, die mit einem 5000 Volt-Hochspannungsmotor direkt gekuppelt ist. Die Pumpe fördert in der Stunde normal 1000 cbm. Der Kraftverbrauch beträgt 250 PS.

Außerdem ist im Sammelbrunnen zur Reserve eine zweite einstufige Kreiselpumpe mit 350 cbm Stundenleistung und 110 PS Kraftbedarf eingebaut.

Mit dem Stadtrohrnetz ist das Werk durch einen Rohrstrang aus Schleuderbetonrohren (System Vianini) von 7410 m Gesamtlänge verbunden. Davon haben 5889 m 800 mm lichte Weite und 1521 m 600 mm lichte Weite.

Der bis jetzt verlegte, erwähnte Rohrstrang führt vom Werk aus zunächst in nördlicher Richtung der Stadt zu, kreuzt bei der Bahnstation Forchheim die Bahnlinie (Karlsruhe—Durmersheim—Rastatt), verläuft von dort in nördlicher Richtung durch das Lehrgut der Landwirtschaftskammer bis zur Verbindungsstraße Grünwinkel—Bulach; dort biegt die Leitung mit 600 m lichte Weite rechtwinklig nach Westen bis zur Kreuzung Pfalz/Eckenerstraße, geht durch die Eckener Straße, um an ihrer Kreuzung mit der Zeppelinstraße an das Stadtrohrnetz anzuschließen. Ein zweiter Rohrstrang soll beim späteren Ausbau im östlichen Teil des Stadtrohrnetzes, beim alten Werk anschließen, damit von beiden Seiten gleichmäßig in das Rohrnetz gedrückt werden kann.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Außerdem wurde vom Werk aus längs der Straße Ettlingen—Mörsch für die Wasserversorgung der Gemeinde Mörsch eine etwa 3 km lange Leitung mit 175 mm lichter Weite verlegt und auch das Ortsnetz ausgebaut, sodaß mit der Wasserabgabe an die Gemeinde Mörsch am 27. Oktober 1930 begonnen werden konnte.

Die Zuleitung und das Ortsnetz Mörsch wurde auf Rechnung der Stadt als Gegenleistung für die Abtretung des Wasserwerksgeländes gebaut. Außerdem ist die Stadt vertragsgemäß zur dauernden Wasserversorgung der Gemeinde Mörsch verpflichtet.

Der in den Jahren 1889/93 auf einem künstlich aufgeschütteten 36 m hohen Hügel im Stadtgarten (Lauterberg) errichtete Hochbehälter hat einen Inhalt von 3200 cbm. Bei der damaligen Jahresabgabe von 4 Millionen cbm und einer Tagesabgabe von höchstens 11 000 cbm bildete der Behälterinhalt eine ausreichende Reserve. Heute kann der Behälter indessen nur noch als Ausgleichsbehälter angesehen werden.

Am alten Werk wurden im Betriebsjahr 1930 keine bemerkenswerten Änderungen vorgenommen.

Dagegen wurde das neue Werk im Berichtsjahr — wenn auch bezüglich der Gebäude nur behelfsmäßig — soweit fertiggestellt, daß es, wie schon erwähnt, zu Ende August in Betrieb genommen werden konnte. Hierzu waren 1930 folgende Arbeiten zu erledigen:

Nachdem im Vorjahr schon die Brunnen mit Heberleitung und Sammelbrunnen in der Hauptsache fertiggestellt und auch mit dem Bau des Druckrohrstranges begonnen war, wurde letzterer im Berichtsjahr zu Ende geführt, ebenso die Zuleitung und das Ortsnetz der Gemeinde Mörsch.

Von den Werksanlagen selbst wurde ein provisorisches Pumpenhaus gebaut und eine Pumpe mit 1000 cbm Stundenleistung darin aufgestellt. Der Einbau der schon erwähnten 2. Pumpe mit 350 cbm stündlicher Förderleistung im Sammelbrunnen fällt ebenso in das Berichtsjahr.

Weiterhin wurde auch die schon erstellte behelfsmäßige Transformatorenstation besser ausgebaut und die übrigen provisorischen Schuppen für sonstige Betriebszwecke erstellt.

## Betriebsergebnisse.

### Technisches.

Die Gesamtwasserförderung oder -Abgabe betrug im Berichtsjahr nur 10 014 474 cbm gegenüber dem Vorjahr mit 10 543 877 cbm, sodaß ein Minderverbrauch von rund 5 v. H. zu verzeichnen war.

Das neue Werk wurde erst in den letzten Augusttagen in Betrieb genommen und war während 213 Betriebstagen mit insgesamt 274 630 cbm an der Jahresförderung beteiligt, also mit etwa 2,7 v. H. Der Hauptteil der Gesamtförderung, nämlich 6 809 912 cbm = 68,0 v. H., wurde durch die Dampfpumpen, und 2 887 612 cbm = 28,9 v. H. wurden durch die Elektropumpen des alten Werkes geleistet. Der Rest mit 42 320 cbm = 0,4 v. H. war Fremdbezug vom ehemaligen Hofwasserwerk.

Von den Maschinen des alten Werkes wiesen im Berichtsjahr die Dampfmaschine I 3856 h, die Dampfmaschine II 4278 h, 50', die Elektromotoren 3478 h, 10', (Betriebsstunden) auf; gegenüber dem Vorjahr zeigte sich eine Verminderung der Betriebsstunden um 9 v. H.

Im Jahresmittel ergab die tägliche Betriebsstundensumme 31 h 49' gegenüber 35 h 52' im Vorjahr. Im neuen Werk waren die Maschinen während der 213 Tage von Inbetriebnahme bis Jahresschluß durchschnittlich 5 h 22' täglich im Betrieb.

Die Gesamtsumme der Kesselbetriebstage war, da immer jeweils 2 Kessel zugleich im Betrieb sein müssen, mit 730 wieder gleich der des Vorjahres; im Einzelnen wiesen aber Kessel I und III mit 264 bzw. 247 Betriebstagen gegenüber von Kessel II mit 219 Betriebstagen mehr Betriebstage auf wie im Vorjahre.

Der Brennstoffverbrauch betrug für die Dampfpumpen 1 414 666 kg Kohle bzw. Koks. Für die Förderung von 100 cbm Wasser wurden 20,7 kg benötigt. Mit 1 kg Kohle wurden 4,83 cbm Wasser gefördert gegen 4,975 cbm im Vorjahr. Für die Förderung durch Elektromotoren wurden im alten Werk 700 810 kWh Strom verbraucht. Auf 100 cbm gefördertes Wasser entfielen 24,25 kWh, mit 1 kWh



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wurden 4,125 cbm Wasser gefördert gegen 4,195 cbm im Vorjahr. Im neuen Werk wurden für die Wasserförderung mittels Elektromotoren 97 773 kWh Strom benötigt. Die Förderung von 100 cbm Wasser erforderte hier 35,6 kWh, mit 1 kWh wurden 2,8 cbm Wasser gefördert.

Der spezifische Brennstoffverbrauch für die Wasserförderung im alten Werk erhöhte sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um etwa 3 v. H., der spezifische Stromverbrauch für die elektrisch betriebene Kreiselpumpe im alten Werk um rund 1,7 v. H.

Dieser kleine Rückgang in der spezifischen Leistung ist in der geringeren Förderung begründet. Daß der Unterschied zwischen der spezifischen Förderleistung der Elektropumpen des alten und neuen Werks sich als so groß ermittelte, kommt daher, daß die Pumpen des neuen Werkes infolge der kühlen Witterung nie auf voller Leistung liefen, sodaß der Wirkungsgrad nur ein mäßiger war. Außerdem entfällt von der Förderung durch das neue Werk ein großer Teil auf die Zeit der Inbetriebnahme und der Probeförderung, sodaß auch aus diesem Grunde die genannte spezifische Förderleistung zu einem Vergleich nicht herangezogen werden kann.

Die durchschnittliche Gesamtförderhöhe des Wassers betrug einschließlich 4 m für Reibung 47,8 m.

Die Temperatur des Wassers betrug im Jahresmittel im Sammelbrunnen 10,5 Grad Celsius gegen 10,4 Grad Celsius in den Vorjahren. Die größten Temperaturdifferenzen bei Monatsmittel ergaben 0,1 Grad Celsius gegen 0,3 Grad bzw. 0,5 Grad Celsius in den Vorjahren. Im Hochbehälter hatte das Wasser im Jahresmittel eine Temperatur von 10,8 Grad Celsius gegen 10,6 Grad Celsius im Jahre 1929 und 10,7 Grad Celsius in den Jahren 1928 und 1927. Die größte Temperaturdifferenz des Wassers im Hochbehälter im Monatsmittel betrug 0,5 Grad Celsius, in den Vorjahren 0,4 Grad Celsius, 0,6 Grad und 0,3 Grad Celsius.

Im Wasserwerk herrschte eine mittlere Lufttemperatur von 10,3 Grad Celsius, 1929 von 9,1 Grad Celsius.

Der Rückgang in der Wasserförderung bzw. Wasserabgabe war zum Teil auf den kühlen, nassen Sommer des Berichtsjahres, zum Teil aber auch auf die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse zurückzuführen.

Die Wasserabgabe mit 10 014 474 cbm verteilte sich mit 7 692 747 cbm auf Private und Behörden, mit 1 641 927 cbm auf städtische Anstalten und Behörden, mit 443 800 cbm auf öffentliche Zwecke (Springbrunnen, Laufbrunnen, Straßengießen usw.), mit 36 000 cbm auf den Selbstverbrauch zur Rohrreinigung, mit 200 000 cbm auf Verlust.

Je Kopf der Bevölkerung ergab sich eine Wasserabgabe von 64,04 cbm gegen 67,9 cbm im Vorjahr.

Der Verbrauch bei Privaten minderte sich um fast 10 v. H., ebenso wurden für öffentliche Zwecke (Springbrunnen, Lauf- und Ventilbrunnen, Straßengießen usf.) fast 12 v. H. weniger abgegeben als im Wirtschaftsjahr 1929. Selbstverbrauch und Verlust entsprachen etwa dem des Vorjahres. Dagegen stieg die Wasserabgabe an städtische Anstalten und Betriebe um etwas über 30 v. H. Dieses Mehr der Abgabe entfällt zum größten Teil auf das Gaswerk-Ost, wo der erhöhte Bedarf infolge stärkerer Gaskühlung eintrat.

Die höchste Tagesabgabe mit 42 310 cbm am 5. Juli 1930 übertraf die des Vorjahres mit 41 132 cbm um nahezu 3 v. H. Umgekehrt unterschritt aber auch die geringste Abgabe am 25. Dezember 1930 mit 18 398 cbm jene des Vorjahres mit 20 391 cbm um fast 10 v. H.

Die Wasseranalyse, die von der Lebensmittel-Prüfstation der Technischen Hochschule wöchentlich mit dem Karlsruher Leitungswasser durchgeführt wurde, ergab, daß es sich um ein biologisch und chemisch einwandfreies Trinkwasser von gutem Geschmack, guter Beschaffenheit und Bekömmlichkeit handelt.

Das Wasserleitungsnetz erfuhr im Betriebsjahr 1930 eine Vergrößerung von 182 615 m auf 191 236 m, d. h. um 4,7 v. H. Zugleich nahm aber auch der kubische Inhalt des Wasserrohrnetzes um 82 v. H. von 4412 cbm auf 8035 cbm zu, und der gemeinsame Rohrdurchschnitt erhöhte sich von 175 mm auf 231 mm leichte Weite.

Von der Längenzunahme des Rohrnetzes um 8621 m entfielen 7774,65 m = 90 v. H. auf den Bau der Druckrohrleitungen für das neue Werk, wie ja auch die außerordentliche Zunahme des kubischen Inhalts des Rohrnetzes und der Anstieg des gemeinschaftlichen Rohrdurchmessers vom Einbau der großen Druckrohre mit 600 mm und 800 mm leichter Weite herrührt.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Nur 846,35 m = 10 v. H. der Gesamtzunahme betreffen das übrige Netz. Diese geringe Erweiterungstätigkeit ist in der allgemeinen schwachen Bautätigkeit als Folge der durch die schlechte Wirtschaftslage bedingten Sparmaßnahmen begründet.

Aus gleichem Grunde ist auch die Zunahme der Zuführungen wesentlich geringer als im Vorjahr. Am 31. März 1931 waren 9358 Zuführungen vorhanden, im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres 9190. Hinzugekommen sind 171 Zuführungen, 3 kamen in Wegfall. Ebenso erfuhr der Bestand an Armaturen und sonstigem Wasserleitungszubehör mit Ausnahme der für den Wasserwerksneubau (Druckrohrstrang) benötigten Schieber u.s.f. keine nennenswerte Änderung. Am 31. März 1931 waren 3083 Schieber, 772 Teilkasten, 137 Teilkugeln, 45 Spundkasten, 734 Teilkastenschächte und 45 Spundkastenschächte vorhanden.

Die Zahl der Rohrschäden mit 18 hielt sich in normalen Grenzen; sie kam ungefähr der des Vorjahres gleich.

Der Bestand an Wassermessern nahm um rund 5,5 v. H. gegenüber dem Vorjahr zu. Am 31. März 1931 betrug ihre Zahl 8716. Ebenso mehrte sich im Berichtsjahr die Zahl der eingebauten Wassermesser von 7960 auf 8329, also ebenfalls um etwa 5 v. H. Ausgewechselt zwecks Prüfung und Reparatur in eigener Werkstätte wurden 1983 Wassermesser. In der Fabrik repariert wurden 8 Wassermesser.

Am 31. März 1931 waren 10 107 Grundstücke an die Wasserversorgung angeschlossen. Gegenüber dem Vorjahre betrug die Vermehrung 2,5 v. H. Die Zahl der Grundstücke, die noch nicht angeschlossen sind, deren Anschluß aber möglich ist, minderte sich von 75 auf 70.

Angeschlossene Grundstücke ohne Wassermesser waren, entsprechend der Steigerung in der Zahl der eingebauten Wassermesser, am 31. März 1931 nur noch 1212 vorhanden gegen 1896 im Vorjahr.

Öffentliche Brunnen waren 81 gegen 83 im Vorjahr, öffentliche Springbrunnen 22 gegen 21 im Vorjahr angeschlossen. Die Zahl der Hydranten betrug 1923, davon waren 1736 Unterflurhydranten, 187 Oberflurhydranten. Ihre Gesamtzahl erhöhte sich im Laufe des Jahres um 7 Stück.

## Wirtschaftliches.

Das Wassergeld wird den Abnehmern entweder nach dem Grundstückssteuerwert oder nach der Wassermesserangabe berechnet. Nur in Sonderfällen, bei Gewerbebetrieben mit großem Verbrauch (einige Fabriken, Brauereien, Badeanstalten u. a.) wird der Verbrauch durch besondere Wassermesser, nach Einzeltaxen oder Mindestverbrauchmengen berechnet.

Bei Berechnung nach dem Steuerwert beträgt das Wassergeld monatlich 2 *Rpf* je 100 *RM* Steuerwert; bei Berechnung nach dem tatsächlichen Verbrauch beträgt es für den Kubikmeter 15 *Rpf*. Diese Berechnung nach dem tatsächlichen Verbrauch ist natürlich nur dort möglich, wo ein Wassermesser gesetzt ist.

In jedem Falle ist für die Wasserversorgung eines Grundstücks eine Mindestgebühr zu entrichten, welche für Grundstücke mit Wassermesser 32 *RM* jährlich, für Grundstücke ohne Wassermesser 16 *RM* jährlich beträgt.

Die vorstehend genannten Wassergeldsätze mit 2 *Rpf* monatlich für 100 *RM* Steuerwert und 15 *Rpf* je cbm sind mit dem Beginn des Wirtschaftsjahres 1930 eingeführt worden, da der durch den Neubau des Wasserwerks im Mörscher Wald gesteigerte Kapitaldienstaufwand eine Erhöhung des Wasserpreises nötig machte.

Die früheren Wassergeldsätze betrugen 1,5 *Rpf* je 100 *RM* Steuerwert monatlich, 12,0 *Rpf* je gemessenen cbm.

Die Wassergelderhöhung brachte trotz Rückganges der Abgabe um etwa 5 v. H. gegenüber dem Vorjahre eine Mehreinnahme von 372 771 *RM*. Die Ausgaben für Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung stiegen infolge der Inbetriebnahme des neuen Wasserwerks von 515 478 *RM* im Vorjahr auf 522 273 *RM* im Berichtsjahr = um 1,32 v. H. an. Infolge der Erhöhung des Wassergeldes steigerte sich der Bruttobetriebsüberschuß um 365 976 *RM*, von 838 117 *RM* im Vorjahr auf 1 204 093 *RM* im Berichtsjahr. Von dem Bruttobetriebsüberschuß wurden 238 600 *RM* zur Zinszahlung, 21 500 *RM* zur Schuldentilgung, 56 660 *RM* zu Zuführungen an den Erneuerungsfonds verwendet. In die Stadthauptkasse flossen 213 720 *RM* als Werksmiete, 175 000 *RM* als Straßenbenützungsabgabe, 15 000 *RM* als Anteil



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

am Hauptverwaltungsaufwand, 20 010 *RM* als Anteil am Ruhe- und Hinterbliebenenversorgungsaufwand, 440 188 *RM* als Reinüberschuß, der Werkerneuerung dienten 23 415 *RM*.

Beim Wasserwerk waren am Ende des Berichtsjahres 7 technische Beamte, 1 Verwaltungsbeamter und 15 Arbeiter beschäftigt. Durch die Fertigstellung des Wasserwerksneubaus war es möglich, den Personalbestand um 1 technischen Beamten und 11 Arbeiter zu verringern.

## 3. Elektrizitätswerk.

### Allgemeines.

Die Verschärfung der Krise der deutschen Wirtschaft und der ganzen Weltwirtschaft im Betriebsjahr 1930 ist auch auf das Elektrizitätswerk nicht ohne Wirkung geblieben. Die in hohem Maße notwendig gewordenen Einschränkungen bei industriellen und gewerblichen Betrieben mußten natürlich einen Rückgang des Stromkonsums im Gefolge haben. Die Anschlußbewegung verlief indessen noch schwach zunehmend. Am Jahresschluß waren 2 Großabnehmer mehr vorhanden als im Vorjahr, die Zahl der Kleinabnehmer hat um 5,7 v. H. zugenommen. Ebenso stieg der Anschlußwert für Beleuchtung um etwa 7,2 v. H., der für Motoren um rund 3 v. H., der für sonstige Zwecke (Wärmegeräte und dergl.) um 14,25 v. H. und der Anschlußwert für öffentliche Beleuchtung um 22,6 v. H. Der gesamte Anschlußwert war um 5,1 v. H. höher als der des Vorjahres.

Die Stromabgabe je Kopf der Bevölkerung, auf die Abgabe an die Kleinabnehmer bezogen, blieb ziemlich konstant, dagegen ging die spezifische Abgabe, auf die gesamte nutzbare Abgabe bezogen, um über 12 v. H. zurück, eben infolge des Minderverbrauchs der Großabnehmer.

Bedeutsame Neubauten wurden beim Elektrizitätswerk im Berichtsjahr nicht vorgenommen. Die Einrichtungen für die Erzeugung und die Übernahme elektrischen Stromes aus der Landessammelschiene in den drei Schalthäusern West, Süd und Ost waren dieselben wie im Vorjahr.

Es standen zur Verfügung: 5 Turboaggregate für Drehstrom 4 kV mit im Einzelnen 1000 kW, 2000 kW, 3000 kW, 3000 kW und 12 120 kW, d. h. zusammen (bei cos = 0,8) 21 100 kW bzw. 26 400 kVA Gesamtleistung. Zur Dampferzeugung für diese Maschinen dienten 8 Sektional-Hochdruckkessel mit einer Gesamtheizfläche von 3900 qm für Steinkohlenfeuerung auf Wanderrosten und zwar: 3 Sektionskessel mit je 800 qm Heizfläche für 35 atü, 425 Grad Celsius, 5 Sektionalkessel mit je 300 qm Heizfläche für 13,5 atü, 325 Grad Celsius jeweils mit Wanderrosten, Überhitzern, Rauchgasvorwärmern und Saugzug.

Für die Übernahme von Fremdstrom aus der Landessammelschiene dienten in den Schalthäusern Westt, Ost und Süd 10 Transformatoren 20/4 kV mit einer Gesamtleistung von 26 000 kVA.

Für den Betrieb der Straßenbahn wurde der Drehstrom durch 10 Quecksilberdampfgleichrichter in 550 Volt-Gleichstrom umgewandelt. Von diesen Gleichrichtern sind 3 im Elektrizitätswerk, 3 im Schalthaus Ost, 1 im Schalthaus Süd und 3 in der Gleichrichterstation Mörsch aufgestellt. Ihre Gesamtleistung beträgt 5100 Amp. bei 550 Volt. Den gleichen Zweck versah ein im Schalthaus Ost vorhandener Gleichrichtergenerator mit 750 kW Leistung, der mit einer Blindstrommaschine gekuppelt ist.

Auch in der Stromverteilung wurden nur Änderungen und Ergänzungen unbedeutender Natur vorgenommen.

### Betriebsergebnisse.

#### Technisches.

Erzeugt wurden im Berichtsjahr im städtischen Elektrizitätswerk 31 314 100 kWh Strom gegen 37 068 700 kWh im Jahre 1929. Vom Badenwerk bezogen wurden 10 052 910 kWh Strom gegen 9 009 517 kWh im Vorjahr, von anderen Werken 867 713 kWh gegen 798 782 kWh im Vorjahr. Eigenerzeugung und Bezug zusammen beliefen sich auf 42 234 723 kWh, während sie im Jahre 1929 46 876 999 kWh betragen hatten.

Eigenerzeugung und Bezug zusammen waren im Berichtsjahr um 9,9 v. H. geringer als im Vorjahr; und zwar betraf dieses Weniger nur die Eigenerzeugung, während Fremdstrom sogar etwas mehr



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

bezogen wurde als im Jahre 1929. Ein Hauptgrund für die gegenüber dem Vorjahre geringere Erzeugung ist darin zu suchen, daß im Berichtsjahr keinerlei Abgabe an das Badenwerk stattfand, das im Berichtsjahr außerordentlich günstige Wasserzuflüsse zu seinen Anlagen zu verzeichnen hatte, während es im vorjährigen Winter infolge Störung in seiner Anlage nahezu 3 Millionen kWh zu beziehen gezwungen war.

Die nutzbare Stromabgabe im eigenen Versorgungsbereich betrug 37 479 000 kWh gegen 38 628 720 kWh im Vorjahr. Auf Kleinabnehmer entfielen 8 833 119 kWh = 20,9 v. H., auf Großabnehmer 14 323 997 kWh = 33,9 v. H., auf die Straßenbahn 5 278 661 kWh = 12,5 v. H., auf den Rheinhafen 3 451 673 kWh = 8,2 v. H., auf sonstige städtische Stellen 2 038 842 kWh = 4,8 v. H., auf die öffentliche Beleuchtung 673 756 kWh = 1,6 v. H., auf den Eigenverbrauch 2 878 952 kWh = 6,8 v. H. Verluste entstanden in Höhe von 4 755 723 kWh = 11,3 v. H.

Auch die Abgabe im eigenen Versorgungsgebiet ging um 4,64 v. H. zurück, und dieser Rückgang ist vor allem auf den geringeren Bezug der Großabnehmer und des Rheinhafens zurückzuführen; die Wirtschaftskrise zwang die industriellen und gewerblichen Betriebe zu Einschränkungen und Stillegungen und lähmte natürlich auch den Verkehr im Karlsruher Rheinhafen. Der Stromverbrauch der Großabnehmer minderte sich um 7,5 v. H., der des Rheinhafens sogar um 16,5 v. H. gegenüber dem Vorjahr.

Dagegen nahm die Abgabe an die Kleinabnehmer trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse immer noch etwas zu; ebenso stieg gegenüber 1929 auch die Abgabe von Straßenbahnstrom.

Die größte Tagesabgabe mit 159 641 kWh blieb hinter der des Jahres 1929 (mit 213 100 kWh) um vieles zurück, ebenso die größte Gesamtbelastung mit 11 000 KW gegenüber 14 500 KW.

Für die Eigenerzeugung von 31 314 100 kWh wurden 157 422 t Dampf verbraucht und 21 061 t Kohlen verfeuert, d. h. je kWh 0,672 kg, während im Vorjahre für 37 068 700 kWh 24 975,2 t Kohlen verfeuert wurden, also 0,673 kg für 1 kWh.

Der mittlere Kohlenverbrauch für die nutzbar erzeugte kWh (bei mittlerem Heizwert von 7313 Wärmeeinheiten) betrug dagegen mit Hochheizen, Kesselreserven, Heizung und Bädern 0,746 kg ohne Hochheizen 0,678 kg. Die mittlere Jahresverdampfungsziffer mit Anheizen war 7,49, ohne Anheizen 8,04. Für die Turbine V (12 120 kW), die den Hauptteil der Eigenerzeugung zu leisten hatte, war der mittlere Dampfverbrauch 4,69 kg/kWh; die mittlere Maschinenbelastung war 5925 kW, somit der mittlere Belastungsfaktor 0,492.

Der Gesamtwärmeverbrauch für die Jahreseigenerzeugung von 31 314 100 kWh betrug 154 019 093 $\times$ $10^3$ Wärmeinheiten.

Der mittlere thermische Wirkungsgrad der Gesamtanlage einschließlich Bäder und Heizung betrug im Betriebsjahr 1930 also 17,5 v. H.

Der Umfang des elektrischen Leitungsnetzes und der übrigen Verteilungsanlagen für den elektrischen Strom hat im Berichtsjahr entsprechend der auch im übrigen gedrosselten Bautätigkeit nur wenig zugenommen. Verlegt wurden insgesamt 10,6 km Hochspannungskabel und 4,7 km Niederspannungsfreileitung, während 5 km Hochspannungsfreileitung niedergelegt wurden.

Die 20 kV-Freileitung nach Maxau, die in besonderem Maße Gewitterstörungen ausgesetzt war, wurde durch eine Erdkabelleitung ersetzt. Die Stromversorgung der Vororte Bulach und Rüppurr wurde durch Verlegen eins zweiten Hochspannungszuleitungskabels sichergestellt. Außerdem mußten im Niederspannungskabelnetz durch Verlegen einer Anzahl Schlußstücke die Spannungs- und Betriebsverhältnisse verbessert werden. Am 31. März 1931 betrug die Länge der Hochspannungskabelleitung 211,6 km, der Niederspannungskabelleitung 178,7 km, der Hochspannungsfreileitung 6,4 km, der Niederspannungsfreileitung 89,0 km. Das gesamte Leitungsnetz hatte somit eine Länge von 485,7 km. Niederspannungsanschlüsse waren 8866 vorhanden. Die Zahl der Schalthäuser betrug 3, die Zahl der Speisepunktstationen 12, die Zahl der Netztransformatorenstationen 145, die Zahl der Privat-Transformatorenstationen 137, die Zahl der Gleichrichter 10.

Neuerstellt wurden im Berichtsjahr 1 Speisepunkt und 7 Netztransformatorenstationen; verschiedene vorhandene Stationen wurden erweitert bzw. umgebaut.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die elektrische Straßenbeleuchtung wurde nur um weniges vermehrt; einige Bogenlampen wurden durch Glühlampen ersetzt, etliche Glühlampen kamen neu hinzu. Am 31. März 1931 wurden 119 Bogenlampen und 559 Glühlampen mit einer Gesamtleistung von 206 kW gezählt, ihr Stromverbrauch betrug 673 756 kWh.

Die Zahl der bei Abnehmern montierten Stromzähler stieg um 2178 Stück auf 42 890, also um 5,35 v. H. Davon waren 39 804 Zähler bei Kleinabnehmern montiert. Da die Zahl der Haushaltungen zu Beginn des Kalenderjahres 43 690 betrug, ist man also vom Sättigungszustand im Ausbau der Stromverteilungsanlagen nicht mehr weit entfernt, zumal ja alle Haushaltungen schon aus wirtschaftlichen Gründen für die Stromversorgung kaum in Frage kommen dürften.

Die Anzahl der eingebauten Treppenhausschaltuhren mehrte sich ebenfalls um über 5 v. H. auf 5485 Stück.

Geprüft, dabei im Bedarfsfalle jeweils instandgesetzt und neulackiert, wurden 8822 Zähler, das sind 247 Zähler mehr als im Vorjahr.

Abnahmen fanden 10 799 statt, Revisionen nur 517 gegenüber 949 im Geschäftsjahr 1929.

Die Zahl der allgemeinen Störungen mit 2489 sowie der Störungen an Treppenhausanlagen mit 3148 hat im Berichtsjahr abgenommen. An den Einrichtungen für die Gleichstromabgabe an die Straßenbahn hat sich nichts geändert, ebenso nicht an den Einrichtungen für die Übernahme von Fremdstrom.

## Wirtschaftliches.

Die Strombezugstarife sind im Berichtsjahr die gleichen geblieben wie im Vorjahr. Dagegen wurde zusammen mit der Wasserpreiserhöhung die monatliche Erhebung einer Stromzählermiete eingeführt, die für Zähler mit Meßbereich unter 1 kW 30 *Rpf*, von 1 bis unter 4 kW 50 *Rpf*, von 4 bis unter 10 kW 80 *Rpf* und von 10 bis unter 20 kW 120 *Rpf* betrug. Für größere Meßgeräte wird die Miete vom Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt von Fall zu Fall festgelegt.

Als Tarife bestanden:

Der allgemeine Tarif, nach dem bis zu einem Jahresbezug von 3000 kWh die kWh 40 *Rpf* kostet, der außerdem für größeren Bezug, für Heiz- und Kraftzwecke Verbilligung vorsieht. Der Strom, der in der Zeit von 11.30 Uhr bis 13.30 Uhr und von 20 Uhr bis 6 Uhr lediglich zum Betrieb von Kühlanlagen, Ladestellen, Warmwasserspeichern und dergl. bezogen und als solcher besonders gemessen wird, kostet 6 *Rpf* je kWh.

Der Grundgebührentarif und zwar der Haushaltstarif (für Haushaltungen und kleine Gewerbebetriebe) und der Gewerbetarif, bei denen das Entgelt (wie beim Gasgrundgebühren-Tarif) jeweils in eine Grundgebühr und eine Verbrauchsgebühr zerfällt. Die Grundgebühr wird beim Haushalt nach dem bisherigen Monatsdurchschnittsbezug, beim Gewerbetarif nach dem Anschlußwert berechnet. Die Verbrauchsgebühr beträgt beim Haushaltstarif 15 *Rpf* je kWh.

Für Treppenhausbeleuchtung und für Klingler ist der Pauschaltarif anwendbar; mit Abnehmern, die sich zu einer Jahresabnahme von mindestens 12 000 kWh Strom verpflichten und an das Hochspannungsnetz sich anschließen, können besondere Vereinbarungen getroffen werden.

Am Ende des Geschäftsjahres 1930 bezogen Strom nach dem Grundgebührentarif 4881 Abnehmer, Strom nach dem Gewerbetarif 836 Abnehmer, Strom nach dem Nachtstromtarif 355 Abnehmer von insgesamt 42 890 Abnehmern (Zählern), während z. B. im Vorjahr die entsprechenden Zahlen 3630, 762 und 253 waren.

Die Sondertarife, insbesondere natürlich der Grundgebührentarif, haben also auch im Berichtsjahr wieder reges Interesse und Zuspruch gefunden. Auch hierbei hat, ähnlich wie beim Gasbezug, der Durchschnittsverbrauch seit Einführung des Grundgebührentarifs stetig zugenommen. Ebenso ist aber auch der Durchschnittserlös seitdem etwas zurückgegangen.

Da der Hauptzweck dieser Tarife bei kommunalen Werken weniger die Erwirtschaftung einer möglichst großen Rente ist, als vielmehr darin besteht, daß die Verbreitung des elektrischen Stromes als Energieträger gefördert wird, kann man mit der Wirkung des Grundgebührentarifs zufrieden sein, zumal die wirtschaftlichen Ergebnisse aus dem Stromverkauf recht gute zu nennen sind.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Daß trotz der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse noch eine Zunahme des Stromverbrauchs bei den Kleinabnehmern zu verzeichnen war, ist außer den werbenden Tarifen auch auf eine rege Werbetätigkeit zurückzuführen. Durch persönliche Beratung der Abnehmer über Tarife, über Preis, Stromverbrauch und Handhabung der elektrischen Geräte suchte die Werbeabteilung das Interesse der Kunden an der Elektrizität als zweckmäßige und wirtschaftliche Energieform für den Haushalt zu gewinnen und zu erweitern. Wie auch in den übrigen Jahren, nur den Verhältnissen entsprechend in kleinerem Rahmen, nahm sich die Werbung im Berichtsjahr bestimmte Arbeitsgebiete vor, die dann mit besonderem Eifer und Gründlichkeit behandelt wurden.

So wurde durch fünf in Handwerkskreisen gehaltene Vorträge auf die Notwendigkeit zweckmäßiger Werkstätten- und Arbeitsplatzbeleuchtung hingewiesen. In einer gut besuchten Gärtnerversammlung empfahl man die Anwendung elektrischen Stromes für Frühbeetbeheizung und künstliche Beleuchtung in Treibhäusern. Im Verfolg dieser Anregung wurden zwei Versuche praktisch durchgeführt, die einen guten Dauererfolg versprachen. Ein öffentlicher Vortrag sollte über die jeweiligen Vorteile der einzelnen Stromtarife neuerdings aufklärend wirken. Gefördert wurde die Werbung durch das Teilzahlungsgeschäft, das ja den Abnehmern den Bezug von Elektrogeräten außerordentlich erleichtert und das auch dem Elektrizitätswerk jeweils einigen Vorteil bringt. So wurden im Berichtsjahr 224 Anträge mit 23 130 *RM* zu 10 Raten und 148 Anträge mit 19 866 *RM* zu 22 Raten, zusammen 372 Anträge mit 42 996 *RM* genehmigt.

Da die Gesamtabgabe um 10 v. H. gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist, mußten natürlich auch die Einnahmen aus dem Stromverkauf geringere sein, zumal die Tarife gleich geblieben waren. Doch haben sich die Einnahmen nicht in gleichem Maße wie die Stromabgabe vermindert, da die mit Beginn des Betriebsjahres eingeführte Zählermiete wieder einen Teil des Einnahmeausfalles auszugleichen vermochte. So betrugen die Gesamteinnahmen 4 731 401,49 *RM* gegenüber 4 834 871,33 *RM* im Jahre 1929. Die allgemeine Stromabgabe erbrachte 3 727 092 *RM*, die Abgabe an die Straßenbahn 316 720 *RM*, an den Rheinhafen 134 827 *RM*, an sonstige städtische Anstalten 202 949 *RM*; zusammen wurden 4 381 588 *RM* aus der Stromabgabe erzielt. Aus der Zählermiete wurden 210 803 *RM* erlöst. Die sonstigen Einnahmen ergaben 139 011 *RM*.

Die Ausgaben für Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung waren infolge der kleineren Erzeugung natürlich auch etwas geringer. Sie betrugen 2 112 449,42 *RM* gegen 2 266 275,25 *RM* im Vorjahr. Dagegen hat sich der Schuldendienst (Verzinsung und Tilgung) infolge erhöhter Anlagewerte (Kabelverlegung nach Bulach und Rüppurr, Gleichrichterstation Mörsch) von 559 900 *RM* auf 730 960 *RM* vermehrt. Auch die Rücklagen in den Erneuerungsfonds wurden etwas stärker dotiert mit 310 520 *RM* gegen 302 420 *RM* im Vorjahr; sie betrugen aber auch jetzt nur etwas über 30 v. H. der buchmäßigen Abschreibungen. Die Gesamtleistungen an die Stadthauptkasse waren trotz des Rückganges im Absatz um 9,9 v. H. mit 1 457 361,99 *RM* gegen 1 518 654,17 *RM* nur um 4,0 v. H. geringer als im Vorjahr. Von ihnen entfielen 420 400 *RM* auf die Werksmiete, 480 000 *RM* auf die Straßenbenützungsabgabe, 414 521,99 *RM* auf den Netto-Einnahmeüberschuß, 50 000 *RM* auf den Anteil am Hauptverwaltungsaufwand, 92 440 *RM* auf den Anteil am Aufwand der Stadt für Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung. Ferner wurden aus Wirtschaftsmitteln Werkserneuerungen im Betrage von 120 110,08 *RM* durchgeführt und elektrischer Strom für Zwecke der Straßenbeleuchtung im Werte von 87 588,28 *RM* kostenlos abgegeben.

In Anbetracht der Wirtschaftslage im Jahre 1930 kann das finanzielle Ergebnis des Elektrizitätswerkes als günstig bezeichnet werden.

Beim Elektrizitätswerk waren am 31. März 1931 47 technische und 5 Verwaltungsbeamte und 123 Arbeiter beschäftigt. Gegenüber dem Vorjahr verminderte sich die Zahl der technischen Beamten um 1, der Arbeiter um 3.

## 4. Straßenbahn und Autobusbetrieb.

Wie sämtliche Verkehrseinrichtungen, so wurde auch die Straßenbahn und der Omnibusbetrieb der Stadt Karlsruhe infolge der Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Verkehr im Berichtsjahre 1930 von der wirtschaftlichen Notlage sehr schwer betroffen. Da die Straßenbahnen in guten Zeiten von einem großen Teil der Fahrgäste nur aus Bequemlichkeit benutzt werden, so ist bei ihnen in Zeiten ungünstiger



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wirtschaftslage der Ausfall an beförderten Personen und damit an Einnahmen besonders hoch. Die Abführung der im Voranschlag vorgesehenen Sätze für den Kapitaldienst und für den Erneuerungsfonds war daher nach Lage der Verhältnisse nur dadurch möglich, daß die Stadthauptkasse einen Zuschuß in Höhe von 201 104 *RM* leistete.

Die Gesamteinnahmen aus dem Straßenbahn- und Autobusbetrieb fielen von 5 166 854,90 *RM* im Vorjahr auf 4 795 723,66 *RM*, d. s. 7,18 v. H., die Gesamteinnahmen einschließlich aller Nebeneinnahmen gingen um 7,37 v. H. zurück. Die Zahl der beförderten Personen sank von 38 668 181 auf 35 351 982; entsprechend dieser gesunkenen Personenzahl wurde die Verkehrsleistung, vornehmlich in dem Mitführen von Anhängewagen, herabgesetzt, da man an der Motorwagendichte Verschlechterungen nicht eintreten lassen wollte.

Der Rückgang in den Einnahmen zeigte sich in erheblichem Maße bei den Benützern der Fahrscheinhefte, da unter diesen hauptsächlich die Bequemlichkeitsfahrer zu suchen sind; der Ausfall beträgt hier 10,9 v. H. Der Hundertsatz der auf Einzelfahrscheine beförderten Personen ist gegenüber dem Vorjahr etwas gestiegen, von 33,21 v. H. auf 35,41 v. H. Das Verhältnis der Fahrgäste mit Einzelfahrscheinen und derjenigen mit Fahrscheinheften hat sich aber, gemessen an der Einnahme, gegenüber früheren Jahren stark verschoben. Im Jahre 1924 betrug der Erlös aus Einzelfahrscheinen noch 49 v. H., aus Fahrscheinheften 41,07 v. H., aus sonstigen Fahrtausweisen 9,93 v. H. der Gesamteinnahmen aus dem Personenverkehr, im Wirtschaftsjahr 1930 35,41 v. H. aus Einzelfahrscheinen, 51,7 v. H. aus Heftchen, 12,89 v. H. aus sonstigen Fahrtausweisen. Im letzten Jahre vor Kriegsausbruch machten die Einnahmen aus dem Barverkehr ohne Ermäßigung noch 71,9 v. H. der Fahrgeldeinnahmen aus.

In der Zahl und Führung der im Betriebe befindlichen Linien änderte sich im Berichtsjahre nichts, auch die Verkehrsdichte mit 7½ Minuten auf den Stadtlinien blieb bestehen.

Im Wirtschaftsjahre 1930 betrug die Zahl der gefahrenen Straßenbahn-Triebwagenkilometer 5 219 571 gegen 5 233 794 im Vorjahre. Die Abnahme belief sich auf 0,27 v. H. gegenüber 1929. Stärker in Erscheinung trat der Rückgang in der Zahl der gefahrenen Straßenbahn-Beiwagenkilometer mit 3 709 883 gegen 3 922 453 im Vorjahr = um 5,41 v. H. Autobus-Triebwagenkilometer nach Rüppurr wurden 285 777 gefahren, im Vorjahre 275 266, nach dem Weiherfeld 71 747 gegen 46 328 im Vorjahre. Nach Rüppurr war eine Steigerung der Fahrleistungen um 3,81 v. H., nach dem Weiherfeld um 54,86 v. H. zu verzeichnen.

Insgesamt legten Straßenbahn und Autobus im Wirtschaftsjahre 1930 9 286 978 km zurück, im Wirtschaftsjahre 1929 9 477 841 km. Der Rückgang des Jahres 1930 gegenüber 1929 betrug 2,01 v. H. In der Zahl der Rechnungskilometer, wobei ein Beiwagen zu ½ Triebwagen gerechnet wird, zeigte sich ein Rückgang von 7 516 609 km auf 7 432 036 km, also um 1,12 v. H.

Während Straßenbahntriebwagen und Beiwagen um 2,48 v. H. verminderte Betriebsleistungen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen hatten, stiegen diejenigen des Autobusbetriebs, sowohl nach Rüppurr wie nach dem Weiherfeld, um zusammen 11,17 v. H.

Die Betriebseinnahmen der Straßenbahn setzten sich zusammen aus Einnahmen für Fahrscheine, Fahrscheinhefte, Monatskarten, Jahreskarten, Schüler- und Lehrlingskarten, Zwickkarten für städtische Dienststellen und für Kriegsbeschädigte.

Die Einnahmen aus Fahrscheinen beliefen sich auf 1 603 200,13 *RM*, im Vorjahr auf 1 664 787,99 *RM*; der Rückgang macht 3,69 v. H. gegen das Vorjahr aus. Aus Fahrscheinheften wurden 2 442 599,40 *RM* erlöst, im Jahre 1929 2 741 562,50 *RM*; die Abnahme gegenüber dem Vorjahre beträgt hier 10,90 v. H. Aus Monatskarten wurden 357 295,50 *RM*, im Vorjahre 363 287,80 *RM* vereinnahmt. Der Mindererlös gegenüber 1929 ergibt 1,64 v. H. Aus Jahreskarten wurden 13 350 *RM*, im Vorjahr 13 460 *RM* erzielt, was eine Abnahme um 0,81 v. H. bedeutet. Auch bei den Einnahmen aus Schüler- und Lehrlingskarten ist ein beträchtlicher Rückgang eingetreten und zwar von 116 759,35 *RM* auf 107 818,25 *RM* = um 7,65 v. H. Zwickkarten für städtische Dienststellen erbrachten 55 909 *RM*, im Vorjahr 59 230,75 *RM*. Die Einnahmeminderung gegenüber dem Vorjahr beträgt hier 5,60 v. H. Aus der Abgabe von Zwickkarten für Kriegsbeschädigte erhöhten sich die Einnahmen von 13 237,50 *RM* auf 13 531,25 *RM* = um 2,21 v. H. Die Stellung von Sonderwagen ergab 26,13 *RM*, im Vorjahr 624,56 *RM*; der Rückgang belief sich hier auf 95,90 v. H. Aus dem Autobusbetrieb nach Rüppurr wurden 146 711,15 *RM* gegen 152 150,45 *RM* im



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Vorjahr erzielt; die Mindereinnahmen beliefen sich auf 3,57 v. H. Der Autobusbetrieb nach dem Weiherfeld erbrachte 42 430,85 RM gegen 28 260,40 RM im Vorjahr. Hier ließ sich eine Einnahmesteigerung von 50,14 v. H. ermitteln. Aus der Postgutbeförderung wurden 12 852 RM, im Vorjahre 13 493,60 RM erzielt, somit 4,75 v. H. weniger wie 1929. Die gesamten Betriebseinnahmen des Wirtschaftsjahres 1930 betrugen 4 795 723,66 RM gegen 5 166 854,90 RM im Wirtschaftsjahr 1929; die Gesamtverminderung beziffert sich auf 7,18 v. H. Im Tagesdurchschnitt waren 13 138,96 RM an Einnahmen zu verzeichnen, im Vorjahr 14 155,76 RM. Einschließlich aller Nebeneinnahmen betrugen die Gesamteinnahmen 4 837 542,54 RM gegen 5 219 476,98 RM im Vorjahr. Sämtliche Einnahmearten, mit Ausnahme des Erlöses aus Zwickkarten für Kriegsbeschädigte und aus dem Autobusbetrieb nach dem Weiherfeld hatten Rückgänge aufzuweisen, die, abgesehen von der Gestellung von Sonderwagen, bei den Fahrscheinheften mit 10,90 v. H. am stärksten in Erscheinung treten; dann folgt die Abnahme aus Schüler- und Lehrlingskarten mit 7,65 v. H., aus den Zwickkarten für städtische Stellen mit 5,60 v. H., aus Einzelfahrscheinen mit 3,69 v. H. Von den hauptsächlichsten Einnahmearten ist der Rückgang verhältnismäßig am geringsten bei den Monatskarten mit 1,64 v. H. Auffällig ist auch, daß trotz einer um 3,81 v. H. gegenüber dem Vorjahr erhöhten betrieblichen Leistung der Autobusse nach Rüppurr eine Verminderung in den Einnahmen um 3,57 v. H. eingetreten ist; auch bei dem Autobusbetrieb nach dem Weiherfeld blieben die Mehreinnahmen mit 50,14 v. H. hinter den betrieblichen Mehrleistungen mit 54,86 v. H. zurück. Die Straßenbahn hatte bei einer um 2,48 v. H. verminderten betrieblichen Leistung einen Einnahmerückgang um 7,63 v. H. aufzuweisen; die Verschlechterung der Betriebseinnahmen gegenüber dem Vorjahr unter Berücksichtigung der Betriebsleistungen betrug somit 5,15 v. H. Beim Autobusbetrieb trat bei einer Steigerung der betrieblichen Leistung um 11,17 v. H. eine Einnahmesteigerung um 4,84 v. H. ein; die Verschlechterung der Betriebseinnahmen im Verhältnis zu den Betriebsleistungen betrug 6,33 v. H.

Die reinen Betriebsausgaben betrugen 4 024 488 RM, die Gesamtausgaben einschließlich Kapitaldienstleistungen und Zuführungen zu den Erneuerungsfonds 5 038 638 RM gegen 5 213 137 RM im Vorjahr. Der Rückgang der Gesamtausgaben beläuft sich auf 3,35 v. H. gegenüber dem Vorjahr. Von den Gesamtausgaben nehmen 2 906 302 RM = 57,68 v. H. die Personalausgaben, 1 014 150 RM = 20,13 v. H. die Kapitaldienstleistungen und Zuführungen zu den Erneuerungsfonds, 195 948 RM = 3,89 v. H. die Steuern, 922 238 RM = 18,30 v. H. die sachlichen und sonstigen Ausgaben ein.

Befördert wurden auf der Straßenbahn im Wirtschaftsjahr 1930 33 905 257 Personen gegen 37 301 260 Personen im Vorjahr, mit dem Autobus nach Rüppurr 1 090 425 Personen gegen 1 126 720 Personen im Vorjahr, mit dem Autobus nach dem Weiherfeld 356 300 Personen gegen 240 201 Personen im Vorjahr. Die Beförderung mit der Straßenbahn ging um 9,10 v. H., mit dem Autobus nach Rüppurr um 3,22 v. H. zurück, während diejenige mit dem Autobus nach dem Weiherfeld um 48,33 v. H. anstieg. In der Gesamtbeförderung mittelst Straßenbahn und Autobus trat ein Rückgang von 38 668 181 Personen auf 35 351 982 Personen = um 8,57 v. H. ein. Der Rückgang in der Zahl der beförderten Personen mit 8,57 v. H. ist stärker als derjenige der Betriebseinnahmen mit 7,18 v. H., ohne daß eine Tariferhöhung stattgefunden hat, was auf eine Verschiebung in der Benützung der einzelnen Fahrtausweise zurückzuführen ist.

Pro beförderter Person ergab sich eine Betriebseinnahme von 13,56 Rpf, pro Wagenkilometer von 51,63 Rpf, pro Rechnungskilometer von 64,35 Rpf, pro km Betriebslänge von 117 715,35 RM, pro km Gleislänge von 61 326,38 RM.

Die Betriebsausgaben pro beförderter Person beliefen sich auf 11,38 Rpf, pro Wagenkilometer auf 43,33 Rpf, pro Rechnungskilometer auf 54,15 Rpf, pro km Betriebslänge auf 98 784,89 RM, pro km Gleislänge auf 51 464,15 RM.

Auf einen Einwohner entfielen im Wirtschaftsjahre 1930 226 Straßenbahnfahrten, im Vorjahr 249. Die Wagenkilometerbesetzung betrug 3,80 Personen gegen 4,08 im Vorjahr, die Rechnungskilometerbesetzung 4,75 Personen gegen 5,14 Personen im Vorjahr.

Die gesamte Gleisanlage hatte am 31. März 1931 eine Länge von 78,20 km, während sie am 31. März 1930 73,57 km betragen hatte; dagegen trat in der Betriebslänge mit 40,74 km gegenüber dem Vorjahr keine Änderung ein.

Die Verkehrsdichte (Wagenkilometer pro Betriebslänge) betrug 22 818 gegen 23 287 im Vorjahr.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

An Strom wurden 4 932 814 kWh verbraucht, im Vorjahr 4 950 991 kWh. Pro Rechnungskilometer wurden 0,66 kWh Strom verbraucht, im Vorjahr 0,65 kWh.

Das Anlagekapital hatte am 31. März 1931 einen Stand von 12 835 181 *RM* gegen 12 618 784 *RM* am Schlusse des vorhergehenden Wirtschaftsjahres.

Im Laufe des Wirtschaftsjahres ereigneten sich 48 Unfälle, 6 Zusammenstöße zwischen eigenen Betriebsmitteln, 110 Zusammenstöße mit fremden Kraftfahrzeugen (einschließlich Krafträdern), 23 Zusammenstöße mit anderen Fahrzeugen, 8 sonstige Betriebsunfälle.

Trotz allgemeiner Verkehrssteigerung und Zunahme der Unfälle im Straßenverkehr ist im Betriebe der Straßenbahn ein erfreulicher Rückgang der Zusammenstöße zu verzeichnen.

Der Personalstand auf 31. März 1931 betrug in der Verwaltung 27 Beamte gegen 28 im Vorjahr, in der Werkstätte (Wagenunterhaltung) 150 gegen 159 im Vorjahre, in der Bahnmeisterei (Gleisunterhaltung) 60 wie im Vorjahr, in der Stromzuführung (Oberleitung) 10 wie im Vorjahr, in der Fahrdienstausbildung (Fahrmeister) 2 wie im Vorjahr, Schaffner 336 gegen 363 im Vorjahr, Führer 175 gegen 178 im Vorjahr, zusammen 760 und 10 Lehrlinge gegen 836 und 10 Lehrlinge im Vorjahr.

Der Zwang, der gesunkenen Frequenz eine verminderte Verkehrsleistung gegenüber zu stellen, kommt in dem Rückgang des Personalstandes deutlich zum Ausdruck.

Im Fahrdienst waren zur Aushilfe noch 6 Mann aus anderen städtischen Betrieben tätig.

Im Berichtsjahr waren 281 Fahrbedienstete an insgesamt 9546 Tagen krank und dienstunfähig gegen 532 Fahrbedienstete an 11 995 Tagen im Vorjahr. Auf diese Zahlen waren die im Berichtsjahre eingetretenen Änderungen im Krankenversicherungswesen von Einfluß.

Betriebsmittel waren am 31. März 1931 vorhanden: 111 Motorwagen für Personenbeförderung, davon 8 meterspurig, 111 Anhängewagen für Personenbeförderung, davon 10 meterspurig, 2 Motorwagen für Postgutbeförderung, 4 Motorwagen für Bau- und Betriebsdienst, 40 Geräteanhängewagen auf Schienen laufend, 7 Autobusse, 2 Personenkraftwagen, 1 automobiler Turmwagen, 1 automobiler Hilfsgerätewagen, 1 automobiler Schnellastwagen, 1 automobiler Schlepper (Hanomag), 3 Anhängewagen für Schlepper.

Der Hilfsgerätewagen wurde neben seiner Verwendung im Bau- und Betriebsdienst zur Behebung von Unfällen und Störungen in 11 Fällen benötigt.

In den Werkstätten kamen 58 Motorwagen, 16 Anhängewagen für Normalspur, 3 Motor-, 3 Anhängewagen für Meterspur, ferner der Schienenschleifwagen und der Schienenreinigungswagen in Hauptrevision.

2 Anhängewagen für Normalspur wurden ganz umgebaut, der Radstand erweitert, die Wagenkasten mit Ventilationsaufbau (Oberlicht) und mit Klapptüren versehen. In Nebenrevision waren 126 Wagen.

35 Wagen wurden neu lackiert und 54 Wagen aufgefrischt; außerdem mußten an sämtlichen Wagen die Dächer gestrichen werden.

Um die Fahrgeschwindigkeit nach den Außenstrecken, vornehmlich nach dem Strandbad Rappenwört, zu erhöhen, wurden 16 Motore neu gewickelt und bei diesen das Übersetzungsverhältnis der Zahnräder geändert.

Die Autobusse 1, 2, 3 und 6 wurden nach einer durchschnittlichen Betriebsleistung von 67 000 km ganz überholt.

Die noch restlichen 40 Wagen sind im Berichtsjahr mit elektrischer Heizung ausgerüstet worden.

Neubeschafft wurden im Berichtsjahr: 1 Montageleiter für die Oberleitung, 1 kombinierte Bohr- und Sägemaschine für die Bahnmeisterei, 1 Personenauto für die Bauleitung.

Im Bahnbau wurden folgende Arbeiten vorgenommen: An der Endstation am Rheinhafen wurde, nach früher vergeblichen Verhandlungen mit beteiligten Dritten, eine Kehrschleife eingebaut, um das zeitraubende Rangieren zu vermeiden. Diese Maßnahme und die im Vorjahre eingestellten neuen



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Motorwagen mit schneller laufenden Motoren ermöglichten den Wegfall einer Zuggarnitur ohne Änderung im Fahrplan der Linie 1.

Um die eingleisigen Teile der Strecke Karlsruhe-Daxlanden—Strandbad Rappenwört schrittweise durch den Einbau eines zweiten Gleises zu vervollständigen und um damit eine flottere Betriebsweise zu erreichen, wurden die Ausweichen zwischen Daxlanden—Friedhof und Oberfeldstraße zweigleisig verbunden und die Ausweiche an der Eckenerstraße um 200 Meter verlängert.

Zum Zwecke der Gleisunterhaltung wurden die Kurven am Kaiserplatz, am Mühlburger Tor-Westendstraße, an der Westendstraße-Moltkestraße, beim städtischen Krankenhaus, die Abzweigungen in der Ettlinger Straße nach der Festhalle ausgewechselt. Auf den Strecken Rheinstraße, Karlstraße, Ettlinger Straße und Durlacher Landstraße wurden größere Gleisregulierungen vorgenommen.

Die Gesamtgleislänge betrug 78,2 km gegen 73,57 km im Vorjahr; auf Hauptgleise entfielen 71,9 km, im Vorjahr 67,4 km, auf Weichengleise auf den eingleisigen Strecken wie im Vorjahr 1,7 km, auf Verbindungs-, Aufstellungs- und Hallengleise wie im Vorjahr 4,6 km.

Die Gesamtzahl der Weichen belief sich auf 261 gegen 270 im Vorjahr.

Die Oberleitungsanlage wurde entsprechend den Gleiserweiterungen ergänzt.

Im Berichtsjahr konnte je eine Wartehalle an der Oberfeldstraße und an der Ecke Pfalz- und Durmersheimer Straße erstellt werden.

## 5. Kleinbahn Karlsruhe—Durmersheim.

Die Kleinbahn Karlsruhe—Durmersheim hat sich bei ihrem vorwiegenden Arbeiterberufsverkehr schon immer als genau anzeigendes Barometer der Wirtschaftslage gezeigt. Bei ihr ist unter den jetzigen Verhältnissen der Ausfall an Berufsfahrern daher ganz erheblich, wobei nicht zu übersehen ist, daß ein erheblicher Teil der früheren Fahrgäste zu dem jetzt so billig, mit bequemen Abschlagszahlungen zu erstehenden Fahrrad abgewandert ist. Begünstigt wird diese Abwanderung durch die Anlage idealer Radfahrwege längs der Kleinbahnlinie.

Wenn die Einnahmen aus der Personenbeförderung sich insgesamt nur um 2,87 v. H. gegenüber dem Vorjahr geändert haben, so ist das im Wesentlichen auf die Zunahme der Fahrgäste auf Einzelfahrkarten zurückzuführen, die sich durch die Elektrifizierung der Bahnstrecke und die seit dieser Zeit eingeführte Fahrplanverbesserung erklärt. Während sich im Vorjahre schon eine Einnahmevermehrung aus Einzelfahrkarten um 30,17 v. H. feststellen ließ, stieg sie im Berichtsjahre erfreulicherweise weiter um 33,10 v. H. Die Haupteinnahme der Bahn, die Einnahme aus Arbeiterkarten, die im Vorjahre um 7,61 v. H. gefallen war, verminderte sich weiter um 21,67 v. H.; im fast gleichen Verhältnis sanken die Einnahmen aus dem Güterverkehr, nämlich um 20,40 v. H.

In Zeiten normaler Wirtschaftslage würde sich die Kleinbahn nach ihrer Elektrifizierung zweifellos günstig entwickelt haben, brachte diese doch wesentliche Verbesserungen und zwar verkehrlich in ganz wesentlich erhöhter Zugszahl und betrieblich in einer Verkürzung der Fahrzeit um 25 v. H.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden 84 308 Lokomotivkilometer und 1 309 162 Wagenachskilometer zurückgelegt. Gegenüber dem Vorjahr betrug die Zunahme der Lokomotivkilometer 5,68 v. H., der Wagenachskilometer 1,21 v. H.

Die Einnahmen aus der Personenbeförderung verteilten sich auf Einnahmen aus gewöhnlichen Fahrkarten mit 87 967,25 *RM* gegen 66 087,15 *RM* im Vorjahr, Steigerung = 33,10 v. H., Einnahmen aus Arbeiterwochenkarten mit 97 159,40 *RM* gegen 124 052,10 *RM* im Vorjahr, Rückgang = 21,67 v. H.; Einnahmen aus Lehrlingswochenkarten 13 585,65 *RM* gegen 15 190,60 *RM* im Vorjahr, Rückgang = 10,56 v. H.; Einnahmen aus Schülerwochenkarten 1 260,05 *RM* gegen 532,70 *RM* im Vorjahr, Steigerung = 136,71 v. H.; sonstige Einnahmen aus der Personenbeförderung 689,10 *RM* gegen 739,75 *RM*, Rückgang = 6,85 v. H. Insgesamt wurden aus der Personenbeförderung 200 661,45 *RM* erlöst gegen 206 602,30 *RM* im Vorjahr. Die Abnahme der Einnahmen beträgt 2,87 v. H.

Befördert wurden auf gewöhnliche Fahrkarten 336 970 Personen gegen 234 854 im Vorjahr, mithin mehr 43,48 v. H., auf Arbeiterwochenkarten 423 044 Personen gegen 543 483 im Vorjahr, mithin



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

weniger 23,16 v. H., auf Lehrlings-Wochenkarten 116 004 Personen gegen 131 750 Personen im Vorjahr = 11,95 v. H. weniger, auf Schülerwochenkarten 15 398 Personen gegen 6480 im Vorjahr = 137,62 v. H. mehr, insgesamt 891 416 Personen gegen 916 567 Personen im Vorjahr = 2,74 v. H. weniger.

In der Zahl der beförderten Personen trat gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 2,74 v. H. ein, in der Höhe der Einnahmen um 2,87 v. H.

An Einnahmen aus dem Güterverkehr wurden erzielt für die Beförderung von Eil- und Expreßgut 561,60 *RM*, von Stückgut 8 280,30 *RM*, aus Überfuhrgebühren für Wagenladungen 14 039,30 *RM*, für die Beförderung von Vieh 103 *RM*, Nebengebühren aus dem Güterverkehr 7708,17 *RM*, insgesamt 30 692,37 *RM*. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahre betrug bei dem Eil- und Expreßgutverkehr 28,94 v. H., beim Stückgutverkehr 14,53 v. H., bei den Überfuhrgebühren 24,23 v. H., beim Vieh 58,28 v. H., bei den Nebengebühren 17,15 v. H., im Durchschnitt 20,40 v. H.

Neben den Einnahmen aus dem Personenverkehr mit 200 661,45 *RM* und dem Güterverkehr mit 30 692,37 *RM* fielen an sonstigen Einnahmen noch 6 749,99 *RM* an, sodaß die gesamten Betriebseinnahmen sich auf 238 103,81 *RM* beliefen gegen 250 609,57 *RM* im Vorjahr. Der Einnahmerückgang beträgt 4,99 v. H.

Die Betriebsausgaben betrugen 216 983,89 *RM* gegen 242 361,87 *RM* im Vorjahr. Trotz einer Steigerung der Betriebsleistungen war eine Verminderung der Betriebsausgaben um 10,47 v. H. möglich. Auf einen km Betriebslänge entfielen 14 601,87 *RM* Betriebsausgaben gegen 16 309,68 *RM* im Vorjahr. Ein geleisteter Lokomotivkilometer kostete 2,57 *RM* gegen 3,04 *RM* im Vorjahr.

Einschließlich des Kapitaldienstes und der Zuführungen zu dem Erneuerungsfonds beliefen sich die Ausgaben auf 341 193,89 *RM*; da die Betriebseinnahmen nur 238 103,81 *RM* erbrachten, war ein Zuschuß der Stadthauptkasse in Höhe von 103 090,08 *RM* erforderlich gegen 104 552,30 *RM* im Vorjahr.

Das Anlagekapital erhöhte sich im Laufe des Wirtschaftsjahres von 1 027 066 *RM* auf 1 197 003 *RM* = um 16,54 v. H. Die Betriebslänge der Bahn betrug 14,86 km.

Im Berichtsjahr ereignete sich ein tötlicher Unfall, dessen Ursache nicht einwandfrei geklärt werden konnte; ein Verschulden des Bahnpersonals wurde nicht festgestellt. Zusammenstöße leichterer Art mit fremden Fahrzeugen kamen 4 vor.

Der Personalstand der Kleinbahn betrug am 31. März 1931 21 Beamte und 16 Arbeiter gegen 24 Beamte und 22 Arbeiter im Vorjahr. Die Verringerung des Personals ist eine Folge der Elektrifizierung; u. a. werden die elektrischen Packwagenlokomotiven, deren Fahrschalter so eingerichtet sind, daß der Zug im Falle des Loslassens des Schalthebels automatisch gebremst wird, mit einem Mann Besatzung gefahren.

Die Betriebsmittel setzten sich am 31. März 1931 aus 4 zweiachsigen Dampflokomotiven, 3 vierachsigen elektrischen Packwagenlokomotiven, 33 vierachsigen Personenwagen, 1 Gepäckwagen, 3 Tafelwagen, 7 Güterwagen und 2 Schienentransportwagen zusammen. Im Laufe des Berichtsjahres wurden die 3 elektrischen Packwagenlokomotiven neu beschafft, 3 abgängige Dampflokomotiven und 4 Güterwagen verschrottet. Die Erlöse wurden dem Erneuerungsfonds gutgebracht.

## 6. Rheinhafen. *)

### Schiffahrtsverhältnisse.

Im Wirtschaftsjahr 1930 waren die Wasserstandsverhältnisse günstiger als in den Vorjahren. Schiffsleichterungen waren daher bei der Großschiffahrt nach dem Oberrhein verhältnismäßig selten. Leider konnten infolge der allgemein schlechten wirtschaftlichen Lage die günstigen Wasserverhältnisse von der Schiffahrt nicht ausgenützt werden. Im Mai 1930 war der Wasserstand des Rheins durch eine Hochwasserwelle gekennzeichnet, welche die Großschiffahrt nach und von Karlsruhe um die Mitte des Monats 4 Tage lang dadurch unterbrach, daß die Eisenbahnschiffsbrücke bei Maxau vom 16. bis 19. Mai für die Schiffahrt geschlossen war. Verhältnismäßig sehr hoch war auch der Wasserstand des Rheins im Oktober 1930, sodaß die Eisenbahnschiffbrücke bei Maxau vom 13. auf 14. Oktober erneut 25 Stunden geschlossen gehalten werden mußte, und dadurch der Verkehr auf dem Oberrhein wieder

*) Die statistischen Zahlen beziehen sich sämtliche auf das Kalenderjahr.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

außerordentlich beeinträchtigt wurde. Außer durch Hochwasser war die Schiffahrt in den Monaten November und Dezember des Berichtsjahres an einzelnen Tagen durch Nebel behindert. Der niedrigste Wasserstand am Maxauer Pegel mit 366 cm wurde am 3. April 1930, der höchste am 18. Mai 1930 mit 756 cm gemessen.

Die Personenschiffahrt von und nach Karlsruhe konnte das vorjährige Gesamtergebnis nicht erzielen, was auf eine weniger günstige Witterung und darauf zurückzuführen ist, daß 1930 die Fahrten der Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrts-Gesellschaft nach und von Karlsruhe erst am letzten Tage des Monats Mai 1930 aufgenommen wurden.

Durch den Besitzer des Motorbootes „Enderle von Ketsch" wurden Fernfahrten und sogenannte Rundfahrten ausgeführt, bei denen insgesamt 999 Personen gegenüber 4057 Personen im Jahr 1929 befördert wurden. Die Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrts-Gesellschaft führte in den Monaten Juni bis September sogenannte Kaffeefahrten, Abendfahrten und auch Fernfahrten, u. a. nach und von Speyer aus, bei denen insgesamt 10 873 Personen befördert wurden gegenüber 14 642 Personen in den Monaten Mai bis September 1929. Das städt. Motorboot „Karlsruhe" ist im Frühjahr 1930 auch für die Personenbeförderung ausgerüstet worden. Mit den städt. Motorboten „Rhein" und „Karlsruhe" wurden im Juni 1930 5226 Personen befördert, eine Monatsziffer, die seit Aufnahme der Personenbeförderung von Karlsruhe aus noch nicht erreicht worden ist. Insgesamt wurden mit den städt. Motorbooten in den Monaten März bis Oktober 1930 13 111 Personen (1929: 14 470), darunter 4147 Schüler (1929: 6124) befördert. Die gesamte Personenbeförderung im Karlsruher Hafen betrug im Berichtsjahr 24 983 Personen gegenüber 33 949 Personen im Jahre 1929.

## Entwicklung des Hafenverkehrs.

Der Hafenverkehr — einschließlich Nahverkehr — hat im Jahre 1930 2 200 356 t betragen gegenüber 2 331 221 t im Jahre 1929. Er ist demnach 1930 gegenüber dem Vorjahre um 130 865 t, d. s. 5,6 v. H., zurückgegangen; ein Ergebnis, das in Anbetracht der außerordentlich schlechten Wirtschaftslage immerhin noch als günstig bezeichnet werden muß.

Eine bemerkenswerte Zunahme von 32 321 t ist gegenüber 1929 bei der Zufuhr von Derivaten der Mineralöle eingetreten. Dagegen war eine Abnahme zu verzeichnen in der Zufuhr von Roheisen, Rohstahl um 16 412 t, von Steinen (rohe, einfach behauen) um 23 880 t, von Steinkohlen um 44 574 t, von Steinkohlenkoks um 16 309 t, von Braunkohlenbriketts um 26 464 t, in der Abfuhr von Bauholz, Schreinerholz usw. um 19 813 t, von Alteisen, Eisen- und Stahlbruch um 15 959 t.

Die gegenüber dem Jahre 1929 verminderte Zufuhr von Roheisen und Rohstahl ist hauptsächlich auf die geringere Beschäftigung der Eisen und Stahl verarbeitenden Industrie zurückzuführen. Die Steintransporte haben infolge der darniederliegenden Bautätigkeit abgenommen. Die außergewöhnliche Steigerung der Zufuhr von Derivaten der Mineralöle wurde durch die Inbetriebnahme der Großtankanlage der Firma Rhenania-Ossag, Mineralölwerke-A.G., verursacht. Bei Steinkohlen, Steinkohlenkoks und Braunkohlenbriketts ist eine geringere Zufuhr deshalb zu verzeichnen, weil die wirtschaftliche Lage der Industrie sich gegenüber dem Jahre 1929 wesentlich verschlechtert hat, und auch der Verbrauch für den Hausbrand infolge der mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse und einer verhältnismäßig milden Witterung erheblich zurückgegangen ist. Der Rückgang der Abfuhr von Holz ist vornehmlich mit den schwierigen Verhältnissen auf dem Holzmarkt zu erklären. Die Wirtschaftskrise hat überdies zu einer Einschränkung des Holzverbrauchs geführt, die man in holzwirtschaftlichen Kreisen für unmöglich gehalten hatte. Bei Alteisen, Eisen- und Stahlbruch hat die wirtschaftliche Lage, insbesondere die geringe Beschäftigung der Schwerindustrie, eine Abnahme der Zufuhr herbeigeführt. Im Wirtschaftsjahr 1930 ist eine weitere Verschlechterung der bisher schon unbefriedigenden Verhältnisse im Getreidehandel und in der Mühlenindustrie eingetreten. Die Maßnahmen der Reichsregierung zugunsten der körnerbauenden deutschen Landwirtschaft haben dazu beigetragen, daß in den Oberrheinhäfen der Umschlag und die Lagerung überseeischen Getreides zurückgegangen ist. Gegenüber 1929 ist eine Verringerung des Getreideverkehrs des Karlsruher Hafens von 38 756 t auf 28 428 t festzustellen. Die allgemeine Verkehrslage auf dem Rhein hat im Berichtsjahr keine Besserung erfahren. Die schlechten Frachten und die mangelhafte Beschäftigung in der Rheinschiffahrt hielten an, sodaß das Schiffsjahr 1930 zu den schlechtesten der letzten Jahre zählt.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Angekommen sind im Karlsruher Rheinhafen im Jahre 1930 3170 beladene Schiffe und 139 leere Schiffe, abgegangen sind 1293 beladene und 2020 leere Schiffe gegen eine Ankunft von 3183 beladenen und 145 leeren Schiffen und einen Abgang von 1160 beladenen und 2172 leeren Schiffen im Vorjahr.

## Eisenbahnverkehr des Karlsruher Hafens.

Der Eisenbahnverkehr des Karlsruher Hafens ist infolge des verringerten Hafenverkehrs im Berichtsjahr ebenfalls zurückgegangen.

Vom Bahnhof Karlsruhe-Hafen wurden im Versand 1 810 412 t gegen 1 976 996 t im Vorjahr, im Empfang 372 659 t gegen 413 934 t im Vorjahr abgefertigt.

Gegenüber dem Jahre 1929 ist ein Rückgang im Eisenbahnverkehr um 207 859 t, d. h. um rund 8,69 v. H. zu verzeichnen. Im Versand ist der Verkehr um rund 8,43 v. H. und im Empfang um rund 9,97 v. H. zurückgegangen. Im Vergleich zu dem Jahre 1913 hat der Eisenbahnverkehr um rund 56,91 v. H. zugenommen. Im Versand ist der Verkehr 1930 um rund 67,85 v. H. und im Empfang um rund 19,19 v. H. gegenüber dem Jahre 1913 gestiegen.

Die beförderten Gewichtsmengen (Empfang und Versand) verteilten sich im Jahre 1930 auf Kohlen mit 81,26 v. H., Eisen mit 1,39 v. H., Baustoffe mit 1,11 v. H., Getreide und Futtermittel mit 2,58 v. H., Holz mit 6,46 v. H., Öle mit 0,13 v. H., sonstige Güter mit 7,07 v. H. Gegenüber dem Vorjahre erhöhte sich der Anteil von Kohlen um 1,21 v. H. und von sonstigen Gütern um 1,73 v. H., während der Anteil von Eisen um 0,55 v. H., von Baustoffen um 0,85 v. H., von Getreide und Futtermitteln um 0,55 v. H., von Holz um 0,91 v. H. und von Ölen um 0,08 v. H. zurückging.

## Zollabfertigung im Hafengebiet.

Der Präsident des Landesfinanzamtes Karlsruhe hat im Einverständnis mit dem Reichskohlenkommissar in Berlin dem städt. Hafenamt Karlsruhe unter Vorbehalt des Widerrufs ein offenes Wirtschaftslager ohne amtlichen Mitverschluß für ausländische Kohlen der Tarifnummer 238 bewilligt.

Nachdem es schon im Jahre 1930 gelungen war, die Zollverwaltung zu zollgebührenfreiem Leichtern auf dem Rhein zu bewegen, hat nunmehr der Reichsminister der Finanzen Anfang des Jahres 1931 unter der Voraussetzung, daß eine unbillige Belastung der Zollverwaltung vermieden wird, sich versuchsweise und unter dem Vorbehalt des Widerrufs damit einverstanden erklärt, daß bis auf weiteres auch für Leichterungen von Rheinschiffen in den Rheinhäfen Zollgebühren nicht erhoben werden, insoweit nicht die Leichterung durch ein Verschulden des Schiffsführers notwendig geworden ist.

## Bautätigkeit im Hafengebiet.

Im Hinblick auf die schwierige Wirtschaftslage im Berichtsjahr war die Bautätigkeit im Hafengebiet außerordentlich beschränkt. Von den von der Stadt geschaffenen Einrichtungen sind zu erwähnen: die Herstellung einer Kehrschleife der Straßenbahn am Endpunkt der Linie 1 im Rheinhafengebiet, die am 25. Oktober 1930 in Betrieb genommen wurde, und die Herrichtung der Schüttböden im Getreidelagerhaus zur Lagerung von Sackgut. Von privaten Unternehmungen sind folgende wichtigere Bauten ausgeführt worden:

Die Deutsche Sinclair Petroleumgesellschaft errichtete auf dem Anwesen Südbeckenstraße Nr. 26 a eine unterirdische Tankanlage mit einem Fassungsvermögen von 60 000 Litern Benzin und die „Derop", Deutsche Vertriebsgesellschaft für Russische Öl-Produkte-A.G., erstellte eine unterirdische Tankanlage auf dem Anwesen Nordbeckenstraße Nr. 12 mit einem Fassungsvermögen von 95 000 Litern Benzin. Die Firma Winschermann, G.m.b.H., verlängerte auf ihrem Lagerplatz das vorhandene wasser- und landseitige Fundament der Kranbahn um 45 m. Für die Firma Rhenania-Ossag, Mineralölwerke-A.G., wurden 1 Lokomotivschuppen und 1 Drehwinkel für die Gleisanlage errichtet. Die Firma Erich Chorus erstellte auf ihrem Lagerplatz ein Bürogebäude und einen Lagerschuppen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Verwertung des Hafengeländes und des Industriegeländes außerhalb des Rheinhafen-Gebietes.

Bei der Verwertung von Hafen- und Industriegelände machte sich im Berichtsjahr die Wirtschaftskrise besonders bemerkbar. Es wurden 1360 qm Gelände verkauft und 802 qm vermietet; außerdem wurde ein von den Berlin-Karlsruher Industriewerken erworbener Shedbau in der Größe von 6881 qm zur Einrichtung und zum dauernden Betrieb eines Tabakgroßlagers verpachtet. Infolge der mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse war die Stadt im Berichtsjahr gezwungen, von einzelnen Firmen im Hafen- und Oberfeldgebiet Pachtgelände ganz oder teilweise zurückzunehmen. Das zurückgenommene Gelände umfaßt 30 438 qm.

Am 31. März 1931 waren 453 939 qm Hafengelände verkauft, 82 711 qm vermietet, 1785 qm in Erbpacht gegeben, zusammen 538 435 qm verwertet gegen 548 505 qm am 31. März 1930. Die vermietete Fläche nahm gegenüber dem Vorjahr um 10 070 qm ab.

## Organisation.

Die Zahl der beim städtischen Hafenamt beschäftigten Arbeiter betrug am 31. März 1931 123, ferner 9 Wohlfahrtsarbeiter, die Zahl der Beamten einschließlich eines Anwärters 34.

Der Verein zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen hat im Berichtsjahr in der Schutzhütte der Angelsportvereinigung Karlsruhe-Mühlburg am Vorhafen des Karlsruher Rheinhafens eine Fernsprechstelle einrichten lassen, die mit der Rufnummer 5054 und mit der Bezeichnung „Schiffahrtsstelle Karlsruhe-Vorhafen" an das Fernsprechnetz der Reichspostverwaltung angeschlossen ist. Diese Fernsprechstelle wird von einem Beauftragten des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen in der Zeit vor der ersten bis zur letzten planmäßigen Öffnung der Eisenbahnschiffbrücke Maxau bedient. Die Aufgabe des Beauftragten besteht darin, Gespräche von Hafen- und Schiffahrtsfirmen entgegenzunehmen und sie anweisungsgemäß so schnell wie möglich an die Kapitäne und Schiffer weiterzugeben, auf Verlangen Auskunft an Hafen- und Schiffahrtsfirmen über den Schiffsverkehr zu erteilen, Schiffern und sonstigen Personen gegen Vergütung zu gestatten, von der Fernsprechstelle aus Gespräche zu führen.

Der Betrieb der Fernsprechstelle „Schiffahrtsstelle Karlsruhe-Vorhafen" ist am 27. Oktober 1930 eröffnet worden. Die Rechnung für die Fernsprechstelle führt das Hafenamt.

Durch die Indienststellung des zweiten Hafenschleppbootes „Karlsruhe" und durch die Einrichtung einer Fernsprechstelle für die Schiffahrt am Karlsruher Vorhafen waren die Voraussetzungen weggefallen, die das Hafenamt s. Z. veranlaßt haben, Mannheimer Schiffahrtsunternehmern zu gestatten, Kähne, die sie mit ihren Booten in Karlsruhe angebracht haben oder abzuholen hatten, im Karlsruher Rheinhafengebiet zu verschleppen. Es wurden daher die mit den erwähnten Schiffahrtsunternehmern abgeschlossenen Verträge auf 31. Dezember 1930 gekündigt. Ab 1. Januar 1931 wurde der bisher von diesen Firmen besorgte Hafenschleppdienst vom Hafenamt selbst übernommen.

## Besondere Ereignisse im Hafengebiet.

Besondere Ereignisse im Hafengebiet waren im Wirtschaftsjahr 1930 nicht zu verzeichnen.

Am 2. November 1930 verstarb der Hafendirektor i. R. Jakob Sebold. Seit Eröffnung des Karlsruher Rheinhafens im Jahre 1901 bis zum Jahre 1927 war er als Vorstand des Hafenamtes tätig. Mit ihm ist eine Persönlichkeit aus dem Leben geschieden, die sich um den Aufbau und die Entwicklung des Karlsruher Rheinhafens in hervorragendem Maße verdient gemacht hat.

## Wirtschaftliche Ergebnisse des Hafenbetriebes.

Die Betriebseinnahmen und die Betriebsausgaben sind, wie in den früheren Jahren, auch im Berichtsjahr gestiegen. Die Kran-, Wiege- und Arbeitsgebühren gingen von 661 891,20 *RM* auf 654 901,09 *RM* zurück, dagegen erhöhten sich die Gebühren von sonstigen technischen Betriebseinrichtungen von 175 944,85 *RM* auf 301 543,73 *RM*. Die Einnahmen aus Gebäuden (Miete, Lagergeld, Heizung) blieben mit 98 054,26 *RM* gegen 98 879,91 *RM* fast unverändert, Miete und Platzgeld von Grundstücken brachten 95 127,22 *RM* gegen 91 848,42 *RM* im Vorjahr. Die Einnahmen aus dem Bootsbetrieb verminderten sich von 85 620,15 *RM* auf 64 150,50 *RM* und die sonstigen Einnahmen von 4 386,08 *RM* auf



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

3 543,81 RM. Die gesamten Betriebseinnahmen beliefen sich auf 1 217 320,61 RM gegen 1 118 570,61 RM im Vorjahr; ihre Steigerung betrug rund 8 v. H. Die Betriebsausgaben erhöhten sich von 1 130 265,05 RM auf 1 148 536,51 RM, somit um rund 1,6 v. H. Dem Erneuerungsfonds wurden im Wirtschaftsjahr 1930 17 970 RM zugeführt. Der Wirtschaftsüberschuß des Rheinhafens betrug 68 784 RM.

Nach dem Zähler des städt. Elektrizitätswerks wurden im Hafengebiet an Licht- und Kraftstrom im Wirtschaftsjahre 1930 3 621 971 kWh verbraucht gegen 4 015 523 kWh im Vorjahr.

Der Stromverbrauch hat im Vergleich zum Jahre 1929 um 393 552 kWh oder um 9,8 v. H. abgenommen.

### Vergleichende Hafenverkehrsziffern.

Nach einer Zusammenstellung „Der Rhein" hat im Jahre 1930 der Hafenverkehr in Basel (Rheinverkehr) 461 200 t, in Kehl 1 458 000 t, in Straßburg (Rheinverkehr) 5 763 600 t, in Karlsruhe 2 200 356 t, in Mannheim 5 797 900 t, in Ludwigshafen 2 905 900 t, in Worms 453 800 t, in Mainz 1 791 600 t, in Köln 2 521 600 t, in Neuß 802 200 t, in Düsseldorf 1 742 100 t, in den Duisburg-Ruhrorter Häfen 18 847 800 t, in Frankfurt a. M. 2 243 200 t betragen.

## 7. Schlacht- und Viehhof.

### Viehhof.

#### Viehmärkte.

Das verflossene Geschäftsjahr hat die Erwartungen, welche in dasselbe gesetzt waren, nicht erfüllt.

Die fortschreitende Entwicklung des Schlachtviehmarktes und der Fleischversorgung der Landeshauptstadt Karlsruhe wurde infolge der im Berichtsjahre eingetretenen weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage gehemmt durch einen dem verringerten Bedarf entsprechenden Rückgang der Marktzufuhren und — wie in allen deutschen Städten — durch eine Abnahme der Schlachtungen. Von dem Minderauftrieb wurden fast sämtliche Tiergattungen, mit Ausnnahme der Schafe, Kitzlein und Ferkel, betroffen.

Der Gesamtauftrieb an Schlachttieren zu den Märkten betrug im Wirtschaftsjahre 1930 106 563 Stück gegen 114 510 Stück im Vorjahre; er hat somit trotz der Exportschlachtungen um 7947 Stück = 6,94 v. H. abgenommen. Diese Abnahme ist — wie bereits erwähnt — auf den geringeren Absatz an Großvieh, Schweinen, Kälbern und Ziegen zurückzuführen, während die kleineren Tiergattungen wie Schafe, Kitzlein und Ferkel eine, wenn auch geringe Zunahme erfahren haben.

Der Auftrieb an Großvieh (ohne Pferde) hat von 16 402 auf 15 081 Stück, also um 1321 Stück = 8,05 v. H., an Schweinen von 73 921 auf 68 183 Stück, also um 5738 Stück = 7,76 v. H., an Kälbern von 21 310 auf 20 030 Stück, also um 1280 Stück = 6,01 v. H. abgenommen. Ferner ist eine Abnahme des Auftriebs an Ziegen um 5 Stück zu verzeichnen. Die Zufuhr von Schafen, Kitzlein und Ferkeln dagegen hat um 57 auf 1435 bzw. um 365 auf 1630 bzw. um 38 Stück auf 38 Stück zugenommen.

Bezüglich der Herkunft der den Märkten zugeführten Tiere ist festzustellen, daß für die Großviehmärkte (ohne Pferde) Baden 7607 Stück = 50,44 v. H., Württemberg 5343 Stück = 35,43 v. H., Bayern 1944 Stück = 12,89 v. H., die Rheinpfalz 187 Stück = 1,24 v. H., für die Kleinviehmärkte (ohne Schweine) Baden 17 056 Stück = 73,32 v. H., Württemberg 2845 Stück = 12,23 v. H., die Rheinpfalz 795 Stück = 3,42 v. H., Norddeutschland 2565 Stück = 11,03 v. H., für die Schweinemärkte Baden 8466 Stück = 12,41 v. H., Württemberg 292 Stück = 0,43 v. H., Norddeutschland 59 463 Stück = 87,16 v. H. der zugetriebenen Schlachttiere geliefert haben.

Übernachtungen in den Stallungen des Schlacht- und Viehhofes waren 106 578 zu verzeichnen, und zwar 28 516 Stück Großvieh, 2385 Stück Kleinvieh und 75 677 Stück Schweine.

Verendet in den Ställen und ankommenden Eisenbahnwagen sind bzw. waren 4 Kälber, 67 Schweine.

Der Tiertransportwagen wurde in 11 Fällen benutzt.

Im Bahnverkehr des Schlacht- und Viehhofes kamen 2332 Eisenbahnwagen an; abgegangen sind 572 Eisenbahnwagen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Ausfuhr.

Die Ausfuhr von Schlachtvieh aus dem Viehhofe hat gegenüber dem Vorjahre mit Ausnahme der Kälber abgenommen, und zwar ist die Ausfuhr an Großvieh um 480 Stück und an Schweinen um 8743 Stück zurückgegangen; dagegen hat sich die Ausfuhr an Kälbern um 499 Stück erhöht. Außerdem wurden im Berichtsjahre 29 Kitzlein ausgeführt.

Im ganzen wurden ausgeführt: 30 294 Stück (gegen 39 032 Stück im Vorjahr), und zwar 4451 Stück Großvieh, 1290 Stück Kälber, 24 524 Stück Schweine, 29 Stück Kitzlein.

Groß- und Kleinvieh wurde hauptsächlich nach den Bezirken Durlach, Bruchsal, Ettlingen, Rastatt, Baden-Baden, Bühl, Kehl—Straßburg, Neuburg—Basel und nach den Städten Mainz, Frankfurt a. M., Köln und Dresden, Schweine hauptsächlich nach dem Murgtal und dem Saargebiet, ferner nach den Städten Durlach, Bruchsal, Pforzheim, Rastatt, Offenburg, Freiburg und Stuttgart ausgeführt.

## Seuchenpolizei.

Bei Großvieh wurde im Berichtsjahre die Maul- und Klauenseuche siebenmal in den Schlacht- und Viehhof eingeschleppt, während bei den Schweinen die genannte Seuche viermal aufgetreten ist. Das kranke Großvieh stammte hauptsächlich aus München, Stuttgart und Schopfloch; die kranken Schweine aus Norddeutschland.

An Rotlauf waren 4 Schweine aus Norddeutschland erkrankt.

## Marktpreisnotierungen und Viehpreise.

Die Preise für Groß- und Kleinvieh weisen im Berichtsjahre einen niedrigeren Stand auf als im Vorjahre. Besonders die Schweinepreise sind gegenüber dem Jahre 1929 ganz bedeutend gefallen. Für 1 kg Lebendgewicht wurde im Jahresdurchschnitt bezahlt für Ochsen erster Qualität 107 Rpf, zweiter Qualität 101 Rpf, dritter Qualität 98 Rpf, für Kühe zweiter Qualität 57 Rpf, dritter Qualität 39 Rpf, für Rinder erster Qualität 111 Rpf, zweiter Qualität 95 Rpf, für Farren erster Qualität 100 Rpf, zweiter Qualität 94 Rpf, dritter Qualität 92 Rpf, für Schweine erster Qualität 130 Rpf, zweiter Qualität 128 Rpf, dritter Qualität 124 Rpf, für Hämmel (nur zweiter Qualität) 58 Rpf, für Kälber zweiter Qualität 148 Rpf, dritter Qualität 142 Rpf. Die Preiserniedrigung beträgt für das Kilo Lebendgewicht bei Ochsen 4,67 v. H., bei Kühen 12,73 v. H., bei Rindern 5,50 v. H., bei Kälbern 7,01 v. H., bei Schweinen 25,29 v. H. und bei Hämmeln 27,50 v. H., während der Preis für Farren gleich geblieben ist.

In ähnlicher Weise wie die Viehpreise — wenn auch nicht in demselben Umfange — haben sich die Fleischpreise ermäßigt und zwar nach der Veröffentlichungen der Metzgerinnung beim Rindfleisch für das Kilo von 252 Rpf auf 238 Rpf bzw. von 212 Rpf auf 198 Rpf, also um 14 Rpf = 6,03 v. H., beim Kuhfleisch von 173 Rpf auf 164 Rpf bzw. von 153 Rpf auf 144 Rpf, also um 9 Rpf = 5,52 v. H., beim Kalbfleisch von 285 Rpf auf 269 Rpf, also um 16 Rpf = 5,61 v. H., beim Schweinefleisch von 286 Rpf auf 239 Rpf bzw. von 265 Rpf auf 222 Rpf, also um durchschnittlich 45 Rpf = 16,30 v. H. und beim Hammelfleisch von 272 Rpf auf 257 Rpf bzw. von 232 Rpf auf 220 Rpf, also um durchschnittlich 13 Rpf = 5,16 v. H. Dagegen hat das zollfreie Gefrierfleisch, dessen Einfuhr übrigens ab 1. Oktober 1930 aufgehoben wurde, eine, wenn auch geringe Erhöhung von 2 Rpf pro Kilo von 150 Rpf auf 152 Rpf bzw. von 134 Rpf auf 136 Rpf erfahren.

## Futter- und Streumittel und Dung.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden 485 679 kg Heu, 36 065 kg Futtermehl, 22 397 kg Hafer, 139 015 kg Gerste, 11 710 kg Gelberüben, 129 220 kg Stroh und 169 960 kg Torf angeschafft. Abgegeben wurden 301 245 kg Heu, 27 380 kg Futtermehl, 17 172 kg Hafer, 97 943 kg Gerste, 11 710 kg Gelberüben, 101 290 kg Stroh und 125 510 kg Torf. Die Gesamtmenge des abgegebenen Dunges betrug 1 461 050 kg.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Schlachthof.

### Schlachtungen.

In gleicher Weise — wenn auch in etwas geringerem Maße — wie der Viehauftrieb zu den Märkten hat die Gesamtzahl der Schlachtungen abgenommen. Besonders die Großvieh- und Kälberschlachtungen haben einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen, während die Schweineschlachtungen, ohne Berücksichtigung der Exportschlachtungen, noch etwas zugenommen haben.

Die Gesamtschlachtungen betrugen im Berichtsjahre ohne die Exportschlachtungen mit 9324 Stück 73 720 Stück gegen 74 609 im Vorjahre. Die Abnahme beträgt somit 889 Stück = 1,19 v. H.

Geschlachtet wurden 861 Ochsen erster Schwere, 214 Ochsen zweiter Schwere, 28 Ochsen dritter Schwere, 245 Kühe erster Schwere, 441 Kühe zweiter Schwere, 215 Kühe dritter Schwere, 1419 Rinder erster Schwere, 3072 Rinder zweiter Schwere, 1115 Rinder dritter Schwere, 1275 Farren erster Schwere, 834 Farren zweiter Schwere, 326 Farren dritter Schwere, zusammen 10 045 Stück Großvieh. Außerdem wurden noch 76 Stück Großvieh für den Export nach dem Ausland geschlachtet, sodaß die Gesamtschlachtziffer für Großvieh 10 121 Stück betrug.

An Kleinvieh wurden 18 740 Kälber, 1435 Schafe, 168 Ziegen, 41 661 Schweine, 38 Ferkel, 1633 Kitzlein, zusammen 63 675 Stück Kleinvieh geschlachtet. Ferner wurden noch 9248 Schweineexportschlachtungen getätigt, sodaß die Gesamtschlachtziffer für Schweine 50 909 bzw. für Kleinvieh 72 923 Stück betrug.

Pferde wurden 282 Stück, Hunde 55 Stück geschlachtet.

Die Abnahme der Schlachtungen an Großvieh gegenüber dem Vorjahr betrug 1083 Stück = 9,73 v. H., an Kälbern 1776 Stück = 8,66 v. H.; ferner wurden 4 Ziegen weniger geschlachtet. Dagegen haben die Schlachtungen an Schweinen ohne die Exportschlachtungen (9248 Stück) um 1456 Stück = 3,62 v. H. zugenommen; ferner wurden im Berichtsjahre 64 Schafe, 416 Kitzlein und 38 Ferkel mehr geschlachtet als im Vorjahre.

### Fleischeinfuhr von auswärts.

Das aus dem Inland eingeführte und zur Beschau gestellte Fleisch belief sich auf 310 308 kg gegen 299 661 kg im Vorjahre und setzte sich zusammen aus 233 364 kg Rindfleisch, 12 747 kg Kalbfleisch, 25 748 kg Schweinefleisch, 23 327 kg Hammelfleisch, 15 122 kg Pferdefleisch.

Aus dem Ausland gelangten in den Untersuchungsstellen am Schlachthofe, Hauptzollamt und städtischen Rheinhafen im ganzen 34 803 Packstücke im Gesamtgewicht von 1 633 287 kg gegenüber 67 649 Packstücken im Gesamtgewicht von 2 554 848 kg im Vorjahre zur Untersuchung. Eingeführt wurden aus dem Ausland 53 962 kg gefrorenes Rindfleisch, 93 kg Schweineschinken, 4603 kg Schweinespeck, 1 400 863 kg Schweineschmalz, 125 195 kg Oleomargarine, 48 571 kg Därme.

### Fleischverbrauch.

Das Schlachtgewicht aller im Wirtschaftsjahr 1930 geschlachteten Tiere belief sich einschließlich der Geschlinge und der Nieren mit Nierenfett auf 7 336 246 kg. Zuzüglich des eingeführten Fleisches und des Fleisches aus den Hausschlachtungen in den Vororten nach Abrechnung des als genußuntauglich vernichteten Fleisches verblieben für den Konsum 7 774 857 kg Fleisch oder 49,78 kg pro Kopf der Einwohner gegen 52,96 kg im Vorjahre. Der Fleischverbrauch zeigt somit gegenüber dem Vorjahre eine weitere Abnahme von 3,18 kg pro Kopf.

### Freibank.

Der Umsatz auf der Freibank hat im Berichtsjahre eine Abnahme um 1606 kg = 3,81 v. H. erfahren. Der Verkauf an Freibankfleisch betrug 40 579 kg gegen 42 185 kg im Vorjahre.

An einzelnen Fleischsorten wurden verkauft: Ochsenfleisch 766 kg, Rindfleisch 3903 kg, Kuhfleisch 14 497 kg, Farrenfleisch 2002 kg, Kalbfleisch 481 kg, Schweinefleisch 18 684 kg, Hammelfleisch 110 kg, Ziegenfleisch 93 kg, Kitzlein 43 kg.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Kühlhaus und maschinelle Anlage.

Von den im Kühlhaus vorhandenen 154 Zellen mit einem Gesamtflächeninhalt von 614,18 qm waren 123 an hiesige, 5 an auswärtige Metzger und 1 an die Badische Fettschmelze, e.G.m.b.H., hier vermietet.

An einzelnen Haken wurden 6929 Stück vergeben. Außer zu den festgesetzten Stunden wurde das Kühlhaus gegen eine besondere Gebühr 4569 mal geöffnet.

Im Pökelraum waren 65 Zellen vergeben, und zwar 63 an hiesige, 1 an einen auswärtigen Metzger und 1 an die Viehverwertungszentrale Karlsruhe.

Von der Gefrieranlage für Wildbret und Geflügel waren 3 Zellen an hiesige Wildbrethändler und 1 an eine hiesige Firma zur Einlagerung von chinesischem Eigelb vergeben. Der übrige Fleischgefrierraum war an verschiedene Firmen zur Einlagerung von Butter, Eigelb usw. abgegeben. Ein weiterer abgetrennter Gefrierraum war an die Karlsruher Häute- und Fellverwertungsgenossenschaft abgetreten zur Einlagerung von Gefrierfleisch.

In der Fleischhackerei wurden im Berichtsjahre 5205 kg gehackt gegen 6861 kg im Vorjahre.

In der Eisfabrik wurden im Berichtsjahre 49 701 Ztr. Eis gegen 53 608 Ztr. im Vorjahre hergestellt und abgegeben. Zugeführt wurden 20 859 Ztr. den Abonnenten durch die Fuhrwerke des Schlachthofes, während 28 842 Ztr. an der Eisabgabestelle im Schlachthofe abgeholt wurden.

Die beiden Dampfmaschinen mit unmittelbar gekuppelten Kohlensäurekompressoren waren zusammen 3125 Stunden im Betrieb, der durch Elektromotor angetriebene Kompressor 3109 Stunden. Die 3 Einflammrohrdampfkessel hatten zusammen 6382 Betriebsstunden; hierbei wurden 983 860 kg Brennstoffe verheizt.

Der Verbrauch an städtischem Leitungswasser im Schlacht- und Viehhof betrug zusammen 117 908 cbm.

Vom städt. Elektrizitätswerk wurden 220 657 kWh für Licht und Kraft bezogen. Die eigene Stromerzeugungsanlage lieferte noch 52 880 kWh, sodaß im ganzen 273 537 kWh verbraucht wurden.

## Verschiedenes.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden verschiedene bauliche Unterhaltungsarbeiten und Verbesserungen der technischen Einrichtungen vorgenommen.

Obwohl das Land Baden die Einführung der Trichinenschau für das ganze Land nicht zwingend vorgeschrieben hat, vielmehr die Durchführung den einzelnen Städten überläßt, hat die Stadt Karlsruhe als erste Stadt Badens, noch vor der bekannten Trichinenepidemie in Stuttgart, die Einführung der obligatorischen Trichinenschau beschlossen und ab 1. April 1930 durchgeführt. Der bereits für die Auslandsbeschau vorhandene Trichinenraum wurde hierfür zweckentsprechend umgebaut und mit den neuesten Apparaten versehen. Zur Bedienung mußten 1 Obertrichinenschauer, 2 Probeentnehmer und 8 Trichinenschauerinnen — letztere nicht voll beschäftigt — mehr eingestellt werden. Außer den bereits genannten 8 Damen wurden 2 weitere Damen als Hilfstrichinenschauerinnen ausgebildet, um gegebenenfalls sofort Aushilfe leisten zu können. Die näheren Bestimmungen wurden durch ortspolizeiliche Vorschrift erlassen.

Auf Grund des Tuberkulosetilgungsverfahrens wurden im Berichtsjahre 37 Stück Großvieh geschlachtet und auf der Freibank verwertet bzw. unschädlich beseitigt. Die Tiere stammten in der Hauptsache aus den Bezirken Karlsruhe, Sinsheim a. E., Meßkirch, Buchen und Wertheim.

In diesem Jahre wurden nach längerer Pause wieder Exportschlachtungen von Großvieh und Schweinen durch die Viehverwertungszentrale Karlsruhe, G.m.b.H., vorgenommen. Im ganzen wurden 76 Stück Großvieh und 9248 Stück Schweine geschlachtet. Vermöge dieser Schlachtungen ist es gelungen, die durch den geringeren Fleischverbrauch hervorgerufenen Mindereinnahmen zum großen Teil auszugleichen.

Um den badischen Landwirten wertvolle Fingerzeige über Züchtung, Mästung und marktmäßige Behandlung ihrer Schlachtschweine zu geben, andererseits aber auch die Schweinemast in Baden zu heben — im Jahre 1930 stammten 87,16 v. H. der Marktschweine aus Norddeutschland — veranstaltete die Badische Landwirtschaftskammer im Verein mit dem Badischen Landesschweinezuchtverband am 16. und 17. Januar 1931 im städtischen Schlacht- und Viehhof in Karlsruhe die erste badische Mastschweineschau



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

mit Preiszuerkennung. Diese Veranstaltung hat ihren Zweck vollkommen erreicht, hat sie doch den Beweis erbracht, daß der badische Landwirt so gut wie der norddeutsche Mäster in der Lage ist, den heutigen Anforderungen der Verbraucherschaft durch Lieferung eines leichten Fleischschweines gerecht zu werden. Dieser Wettbewerb soll künftig möglichst jährlich wiederholt werden.

Unter Leitung des Obertierarztes fanden am hiesigen Schlachthofe zur Ausbildung von Fleischbeschauern zwei vierwöchige Unterrichtskurse statt, an welchen 8 Fleischbeschauer teilnahmen. Sämtliche Teilnehmer erhielten nach abgelegter Prüfung den Befähigungsnachweis als Fleischbeschauer.

Die Einrichtungen des Schlachthofes wurden wiederholt durch verschiedene Schlachthof- und Baukommissionen, den Schlachthofdirektor der Stadt Budapest und zwei Vertreter des Ackerbauministeriums von Ungarn, Innungsobermeister, Gewerkschaften verschiedener Richtungen, Schüler von Landwirtschafts-, Gewerbe-, Polizei- und Gendarmerieschulen, den Karlsruher Hausfrauenbund und sonstige Vereine besichtigt.

Der Gefrierfleischverbrauch ist auf das von der Reichsregierung für Karlsruhe zugelassene Kontingent (130 000 kg) beschränkt. Die Einfuhr von unverzolltem Gefrierfleisch wurde durch Reichsgesetz ursprünglich ab 1. Juli 1930 und dann nach Verlängerung mit Wirkung ab 1. Oktober 1930 verboten.

Der Umsatz an Gefrierfleisch im Berichtsjahre betrug 53 962 kg (vom 1. 4. bis 30. 9. 1930 gegen 138 224 kg im Vorjahre), d. s. 0,69 v. H. des Gesamtfleischverbrauchs oder pro Kopf der Bevölkerung 0,35 kg gegenüber 0,89 kg im Vorjahre.

Der Verkauf des Gefrierfleisches geschah unter den gleichen Bedingungen wie im Vorjahre. Ebenso wurde die Überwachung des Gefrierfleischverkaufs wieder durch das städtische Statistische Amt und das Schlacht- und Viehhofamt ausgeübt.

Der Großhandel mit frischem Fleisch hat im Berichtsjahre eine geringe Abnahme erfahren und zwar um 14 398 kg = 3,73 v. H. Der Umsatz betrug 372026 kg (gegen 386 424 kg im Vorjahre), also 4,78 v. H. des Gesamtfleischverbrauches bezw. 2,38 kg pro Kopf der Bevölkerung.

## Fleischbeschau.

Von 10 121 (einschließlich 76 Exportschlachtungen) im Wirtschaftsjahre 1930 im städt. Schlachthof geschlachteten und der Beschau unterstellten Großviehstücken wurden 92 Stück und 45 Viertel als nicht bankwürdig erklärt und der Freibank überwiesen. Als genußuntauglich dem Konsum gänzlich entzogen wurden 7 Stück. An einzelnen Organen wurden dem Konsum als genußuntauglich 2789 Stück entzogen.

Von 72 923 (einschließlich 9248 Schweineexportschlachtungen) im Wirtschaftsjahre 1930 geschlachteten Stück Kleinvieh wurden als nicht bankwürdig 294 Stück und 272 Viertel auf die Freibank verwiesen. Als genußuntauglich wurden 13 Stück der Abdeckerei übergeben. An einzelnen Organen wurden als genußuntauglich dem Konsum 12 532 Stück entzogen.

Von 282 Stück geschlachteten Pferden wurden 7 Stück als nicht bankwürdig auf die Freibank verwiesen. Als genußuntauglich wurden an die Abdeckerei 4 Stück abgegeben. An einzelnen Organen wurden 30 Stück vernichtet.

Von dem eingeführten und der Beschau unterstellten Fleisch wurden 11 288 kg (einschließlich eingeführter notgeschlachteter Tiere) als nicht bankwürdig der Freibank überwiesen. Als genußuntauglich wurden der Abdeckerei 925 kg zugeführt.

## Tuberkulosestatistik.

Zur Schlachtung gelangten 10 121 Stück Rindvieh, von denen 2108 Stück = 20,8 v. H. tuberkulös waren. Am relativ höchsten war der Hundertsatz der an der Tuberkulose erkrankten Tiere bei den Kühen mit 41,8 v. H., bei den Ochsen betrug er 22,2 v. H., bei den Rindern 16,4 v. H. und bei den Farren 22,2 v. H. Von den tuberkulösen Tieren war 1 Ochse und 1 Viertel eines Ochsen, 51 Kühe und 14 Viertel von Kühen, 8 Rinder und 29 Viertel von Rindern, 4 Farren und 1 Viertel eines Farren nicht bankwürdig. Genußuntauglich waren 2 Kühe.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Beim Großvieh hat der Hundertsatz der tuberkulösen Tiere gegenüber dem Vorjahre eine Abnahme um 4,5 v. H. zu verzeichnen.

Schweine wurden 50 909 geschlachtet. Von ihnen waren 699 = 1,4 v. H. tuberkulös. Als nicht bankwürdig wurden 135 Tiere und 266 Viertel, als genußuntauglich 2 Stück erklärt.

Bei den Schweinen zeigte die Tuberkulose einen gleichbleibenden Prozentsatz.

Ferner wurden 74 Kälber und 12 Ziegen mit Tuberkulose behaftet befunden.

## Finnenstatistik.

Unter dem im Wirtschaftsjahre 1930 geschlachteten Großvieh wurden als mit Finnen behaftet ermittelt: 57 Stück = 0,56 v. H., darunter 2 Ochsen, 4 Kühe, 37 Rinder, 14 Farren.

55 Tiere waren schwachfinnig und wurden nach 21tägiger Durchkühlung im Kühlhaus dem freien Verkehr übergeben.

2 Rinder mußten wegen starker Durchsetzung mit verkalkten Finnen auf der Freibank verkauft werden.

## Trichinenschau.

Im Berichtsjahre wurden von den hier geschlachteten Tieren 50 909 Schweine, 38 Ferkel, 56 Hunde, von dem aus dem Inland eingeführten Fleisch 92 ganze Schweine, 19 halbe Schweine, 68 Fleischstücke, 104 Speckstücke, 135 sonstige Fleischstücke, von dem aus dem Ausland eingeführten Fleisch 21 Schinken, 270 Speckseiten und 1 Wurst auf Trichinen untersucht. Trichinen wurden in keinem Falle festgestellt, dagegen wurden bei 20 Schweinen Miescher'sche Schläuche in größerer Anzahl gefunden.

## Tätigkeit des Laboratoriums.

Das Laboratorium wurde im Berichtsjahre in 109 Fällen benutzt.

Milzbrand wurde nicht festgestellt. Dagegen bestand bei 12 Schweinen Milzbrandverdacht (in der Hauptsache gerötete und geschwollene Gekrösdrüsen), der jedoch nicht bestätigt werden konnte.

Die beobachteten 12 Rotlauffälle wurden teils bakterioskopisch, teils durch die Kultur nachgewiesen. Letztere Methode empfiehlt sich namentlich in zweifelhaften Fällen wegen ihrer Sicherheit. 2 Fälle von Rotlaufverdacht konnten kulturell nicht bestätigt werden. Einigemale gelang der Nachweis von Rotlaufbazillen durch die Kultur in der Milz von mit Backsteinblattern behafteten Schweinen, die deshalb als bedingt tauglich erklärt wurden.

Die vollständige bakteriologische Fleischuntersuchung wurde bei 10 Rindern, 4 Kälbern und 3 Schweinen vorgenommen. Nur in einem Falle, nämlich bei einem Kalbe, fand sich ein Erreger der Paratyphusgruppe, der durch die Agglutination als Bazillus enteritidis Gärtner bestimmt werden konnte. Außerdem fand in zahlreichen Fällen die bakteriologische Untersuchung innerer Organe, namentlich der Milz, statt. Bei dieser Gelegenheit fanden sich bei Prüfung der Milz eines wegen Lungenentzündung geschlachteten Hammels auf der Gaßner-Platte gelb wachsende Keime, die jedoch durch keines der gebräuchlichen Seren agglutiniert werden konnten. Ein ähnliches Ergebnis hatte die Untersuchung des Darmes eines wegen Darmentzündung notgeschlachteten Schweines.

Zweimal wurden Würste auf gesundheitsschädliche Bakterien untersucht, da angeblich nach deren Genuß Menschen erkrankt waren, jedoch ohne daß der Nachweis von Bakterien der Paratyphusgruppe gelungen wäre.

In einem Falle fand die histologische Untersuchung einer geräucherten Lionerwurst auf ihre Bestandteile statt, weil von gewisser Seite Klagen über die minderwertige Beschaffenheit derselben eingelaufen waren. Auf Grund des mikroskopischen Befundes mußte die Beanstandung als richtig anerkannt werden. Die betr. Wurst wies einen abnorm hohen Gehalt an Sehnen und ähnlichen Bestandteilen auf.

In zweifelhaften Fällen wurde 3 mal (2 Kälber, 1 Rind) die Untersuchung auf Tuberkulose im Schnittpräparat vorgenommen, wobei sich 1 mal der Verdacht nicht bestätigte.

Kochproben wurden zahlreiche ausgeführt. Das Fleisch von 6 Binnenebern wies regelmäßig, wenn auch manchmal in geringem Grade, Geschlechtsgeruch auf. In 5 Fällen von Nephritis beim Schwein und



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

in 4 Fällen beim Rinde verlief die Kochprobe in Bezug auf Harngeruch negativ. Der bei Gelbsucht dann und wann wahrgenommene üble Geruch des Fleisches trat in den daraufhin geprüften 15 Proben (14 Schweine, 1 Schaf) nicht auf.

Von besonderen, pathologisch-anatomischen Befunden sind zu verzeichnen ein großes Fibrom des Herzbeutels beim Pferde und ein Adenom der Niere beim Schweine.

### Außerordentliche Fleischbeschau.

Im Laufe des Wirtschaftsjahres fanden 899 Ladenkontrollen und 2867 Marktrevisionen statt, wobei 187 Fleischstücke usw. wegen Fäulnis, Schmuggelns bezw. weil nicht gestempelt oder nicht der Trichinenschau unterworfen, konfisziert wurden.

### Fleischbeschau in den Vororten.

Durch die städtischen Tierärzte wurde die Fleischbeschau in den Vororten 15-mal vorgenommen, und zwar in Daxlanden bei 4 Notschlachtungen, in Rüppurr bei 2 Notschlachtungen, in Beiertheim bei 2 Notschlachtungen, in Bulach bei 5 Notschlachtungen, in Rintheim bei 2 Notschlachtungen.

### Behandlung der Tiere in den städtischen Betrieben.

Im Berichtsjahr betrugen die Besuche im Stadtgarten 129, wobei 310 mal tierärztlich behandelt wurde. Geheilt wurden 38 Fälle, zur Sektion gelangten 34 Tiere, von welchen 23 vorher nicht behandelt worden waren.

Um das Entweichen der Enten, speziell der Wildenten, zu verhüten, wurden bei den für die Stelzvogelwiese bestimmten Tieren Flügelamputationen vorgenommen.

Die Bekämpfung der Tuberkulose des Geflügels, einiger Fasanen und Flamingos geschah mittels Impfung mit Serum Friedmann.

Im städtischen Fuhrpark wurde bei 12 Besuchen 12 mal tierärztlich behandelt. Bei den Patienten wurde Heilung erzielt.

Der Schweinebestand des städtischen Krankenhauses wurde der Schutzimpfung gegen Rotlauf unterzogen, ebenso die neu eingestellten Tiere.

### Farren-, Ziegenbock- und Eberhaltung in den Vororten.

Der Stand der in den Vororten aufgestellten Zuchttiere war im Berichtsjahre folgender: In Beiertheim-Bulach 2 Zuchtfarren und 4 Zuchtböcke, in Daxlanden 2 Zuchtfarren, 7 Zuchtböcke, 2 Zuchteber, in Rintheim 1 Zuchtfarren, 2 Zuchtböcke, in Rüppurr 2 Zuchtfarren, 4 Zuchtböcke. Im Laufe des Wirtschaftsjahres wurden 4 Zuchtfarren, 6 Zuchtböcke und 1 Zuchteber abgegeben, neu angeschafft wurden 4 Zuchtfarren, 3 Zuchtböcke und 2 Zuchteber.

Die neu eingestellten Zuchtböcke wurden tätowiert. Ferner wurden 2 an Maul- und Klauenseuche erkrankte Farren und 1 erkrankter Eber tierärztlich behandelt und geheilt. Außerdem wurde der Gesundheitszustand, die Pflege, Fütterung, die Stallungen und Führung der Sprunglisten der Tierbestände öfters unvermutet kontrolliert.

Die Zuchttierhaltungen in den Vororten verursachten einen Aufwand von 28 661,80 *RM*, denen 5 515,92 *RM* an Einnahmen gegenüberstanden.

### Personalstand und finanzielle Ergebnisse.

Am 31. März 1931 waren beim Schlacht- und Viehhof 27 Beamte, 1 Anwärter und 36 Arbeiter beschäftigt.

Die Schlacht- und Beschaugebühren erbrachten 418 918,43 *RM*, die Marktgebühren 92 416,50 *RM*, sonstige Gebühren 34 839,09 *RM*. Aus dem Verkauf von Futter- und Streumitteln wurden 75 871,50 *RM*,



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

von Dung 10 548,25 *RM*, von Eis 53 150,35 *RM*, von Dampf, Gas, Wasser, Strom 8 847,65 *RM* erlöst. Die Mietzinsen aus Kühl- und Gefrieranlagen betrugen 53 692,91 *RM*, aus Wohn- und Geschäftsräumen 36 515,20 *RM*, die sonstigen Einnahmen 42 475,96 *RM*, die gesamten laufenden Einnahmen 827 275,84 *RM*. Die gesamten Ausgaben beliefen sich einschließlich von 198 550 *RM* Kapitaldienstleistungen und 12 870 *RM* Zuführungen zu dem Erneuerungsfonds auf 765 441,09 *RM*. Die Mehreinnahmen betrugen 61 834,75 *RM* gegen 57 134 *RM* im Vorjahr.

## 8. Märkte, Messen, Waagen.

Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Berichtsjahres drückten selbstverständlich auf den Absatz des Wochenmarktes. Sie führten andererseits zu einer Steigerung der Zufuhr, weil sie die Erzeuger zwingt, selbst kleinste Mengen auf den Markt zu bringen. Diese Zufuhrsteigerung ist aber auch eine Folge der Räumung der Pfalz, wo bisher Händler und Erzeuger ihre Ware an die französische Besatzung absetzen konnten. Infolge des starken Zugangs von Pfälzer Händlern und Gemüsebauern mußte sogar der Kinderspielplatz auf dem Stephansplatz für Marktzwecke in Anspruch genommen werden.

Während des Berichtsjahres ist auf dem Fliederplatz im Stadtteil Mühlburg ein neuer Markt eingerichtet worden, der dreimal in der Woche abgehalten wird.

Die Märkte am alten Bahnhof und auf dem Ludwigsplatz wurden durchschnittlich von je 40—50 Großhändlern, 300—340 Kleinhändlern und 180 Erzeugern beschickt. Der Markt auf dem Gutenbergplatz war durchschnittlich von etwa 130 Kleinhändlern und 60 Erzeugern, der Markt auf dem Werderplatz von etwa 120 Kleinhändlern und 50 Erzeugern, der Markt in der Oststadt von 100 Kleinhändlern und 40 Erzeugern und der Markt in Mühlburg von 10 Kleinhändlern und 4 Erzeugern beschickt.

Der Großmarkt war im allgemeinen gut beliefert. Insbesondere fand eine starke Zufuhr von Gemüsen und Pilzen statt, veranlaßt durch die nasse Witterung in den Monaten Juni bis Oktober. Doch bewirkte die schlechte inländische Obsternte eine starke Einfuhr von Kernobst aus dem Ausland. Hingegen hat die reichliche deutsche Kartoffelernte ein umfangreiches Angebot mit entsprechend niedrigen Preisen verursacht. Auch inländische Tafel- und Weintrauben sind zahlreich und billig auf den Markt gekommen. Die Belieferung des Marktes mit lebenden Fischen war im allgemeinen schwach, jedoch konnte stets eine reichliche Anlieferung von Seefischen festgestellt werden.

Infolge der starken Zufuhr sind höhere Einnahmen, als sie im Voranschlag vorgesehen waren, erzielt worden, nämlich 88 837 *RM* gegen voranschlagsmäßig 68 700 *RM*. Die Ausgaben beliefen sich auf 45 518 *RM*.

Trotz des schlechten Wetters, sowohl bei der Herbst- wie bei der Frühjahrsmesse, war deren Besuch ziemlich gut. Doch haben die Interessenten so schlechte Geschäfte gemacht, daß ihnen zum Teil die Platzmiete ermäßigt werden mußte. Bei den geschilderten Witterungsverhältnissen muß die reine Einnahme von 24 620 *RM* bei den Messen noch als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Der Bestand der Brückenwaagen war derselbe wie im Vorjahr, nämlich 12 Waggonwaagen und 15 Fuhrwerkswaagen. Sie erbrachten einen die Ausgaben übersteigenden Überschuß von 1698 *RM*.

## 9. Milchzentrale.

Im Wirtschaftsjahr 1930 sind irgendwelche grundlegende Änderungen in der Milchversorgung von Karlsruhe nicht eingetreten. Die bestehende Organisation ist beibehalten worden, und sie hat ihre Aufgabe in der gleichen Weise wie bisher wahrgenommen. Die Versuche, eine Vereinheitlichung der Milchversorgung zu erreichen, sind ohne Erfolg geblieben. Der von der Landwirtschaft immer verlangten zielbewußten Zusammenarbeit aller an der Milchversorgung unmittelbar beteiligten Kreise blieb die Unterstützung gerade der Landwirtschaft versagt. Die Stadtverwaltung hat ihre Bereitwilligkeit bewiesen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine den besten Verhältnissen ebenbürtige Milchversorgung zu schaffen, was ebensosehr im Interesse der Milchproduzenten als auch der Verbraucher liegt.

Der Gegensatz zwischen Milcherzeugung und Milchverbrauch trat im Berichtsjahre erwartungsgemäß stärker in Erscheinung. Während die Produktion von Milch eine weitere Zunahme zu verzeichnen hatte, ist der Milchverbrauch stetig zurückgegangen. Der Milchpreis wurde trotzdem in unveränderter Höhe gehalten,



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

um der Landwirtschaft eine Schonfrist zu gewähren, durch Herabsetzung der Produktions- und Absatzkosten eine schrittweise Senkung des Milchpreises zu ermöglichen.

Der Milcheingang bei der städtischen Milchzentrale hat sich im Berichtsjahr weiter vermindert. Er betrug 6 073 406 Liter gegen 6 658 052 Liter im Vorjahr. In den einzelnen Monaten wurden folgende Milchmengen angeliefert: im April 535 055 Liter, im Mai 567 007 Liter, im Juni 567 682 Liter, im Juli 566 565 Liter, im August 512 604 Liter, im September 491 950 Liter, im Oktober 501 584 Liter, im November 474 578 Liter, im Dezember 484 517 Liter, im Januar 480 466 Liter, im Februar 418 075 Liter, im März 473 323 Liter.

Von der Gesamtmenge kamen 5 536 746 Liter als Frischmilch in den Verkehr, während 397 551 Liter zur Herstellung von Butter, Joghurt, Quark usw. verbraucht wurden. Die frische Milch ist zum weitaus größten Teil als offene Milch durch den Milchhandel den Haushalten in die Wohnung zugestellt worden. Der Preis blieb während des ganzen Jahres unverändert und zwar 32 Rpf pro Liter. Die Nachfrage nach Flaschenmilch war, wie schon bisher, unbefriedigend. Der tägliche Bedarf belief sich auf durchschnittlich 830 Liter.

Neben dem Preis ist es besonders die Qualität der Milch, welche den Verbrauch stark beeinflußt. Leider läßt aber die Beschaffenheit der angelieferten Milch nach wie vor zu wünschen übrig. Es ist weniger die Zusammensetzung der Milch, die nicht befriedigt, als vielmehr die Sauberkeit bei der Gewinnung und Behandlung an den Produktionsstätten. Der Fettgehalt genügte in den allermeisten Fällen den zu stellenden Anforderungen. Die unbefriedigende Qualität äußerte sich dagegen in einem hohen Schmutzgehalte und dementsprechend in einem übergroßen Gehalt an Bakterien. Darauf ist besonders die geringe Haltbarkeit der Milch zurückzuführen. Nach den Bestimmungen des Milchregulativs der Stadt New-York darf pasteurisierte Milch, Grad A, vor der Pasteurisierung keine höhere Bakterienzahl als 100 000 je ccm aufweisen. Demgegenüber konnten am 10. Dezember 1930 in der Milch einer Liefergemeinde der Stadt Karlsruhe 10 Millionen Bakterien, einer anderen Liefergemeinde 9 400 000 und in einer weiteren Probe 9 800 000 Bakterien je ccm durch die Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg festgestellt werden. Wenn schon eine derartig hohe Bakterienzahl in der Milch während der kalten Jahreszeit enthalten ist, muß damit gerechnet werden, daß im Sommer die Keimzahl in der angelieferten Milch ganz bedeutend darüber hinausgehen und alsdann 20—30 Millionen Keime pro ccm Milch betragen wird. Es ist ein müßiges Beginnen, für eine Steigerung des Milchverbrauchs zu werben, solange in den landwirtschaftlichen Betrieben und in den Liefergemeinden keine Milch gewonnen und abgeliefert wird, die ohne weitere Behandlung den Verbrauchern in der Stadt zugeführt werden kann. Dadurch wäre aber auch eine Ermäßigung des Milchpreises möglich, was ebenfalls auf den Verbrauch günstig einwirken müßte.

Der Absatz von Milch in Schulen, Fabriken und sonstigen Arbeitsstätten ist trotz vermehrter Werbung unter dem Zwange der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse etwas zurückgegangen. Es sind insgesamt 485 502 Fläschchen Milch abgegeben worden gegenüber 640 000 Fläschchen im Vorjahre.

Die Zahl der Arbeitskräfte hat sich im Berichtsjahre nicht wesentlich geändert. Es waren beschäftigt: 2 Beamte, 3 Angestellte im Sinne der Angestelltensatzung, 3 sonstige Angestellte und 24 Arbeiter.

Die Aufwendungen für den Betrieb der Städtischen Milchzentrale wurden aus eigenen Mitteln bestritten. Ein Zuschuß war nicht erforderlich.

## 10. Gartenverwaltung.

### a. Gartenamt.

Im Aufgabenkreis und in der Organisation des Gartenamts trat im Wirtschaftsjahr 1930 keine Änderung ein. Am 31. März 1931 waren beim Gartenamt 10 Beamte, 1 Beamtenanwärter, 1 Angestellter im Sinne der Angestelltensatzung, 2 Aushelfer und 97 Arbeiter einschließlich 2 Lehrlingen (Gärtner) beschäftigt. Letztere verteilten sich auf die einzelnen Betriebszweige wie folgt: Gartenamt 9 Arbeiter, Stadtgärtnerei 17 Arbeiter, Stadtgarten 23 Arbeiter, Tiergarten 9 Arbeiter, Öffentliche Anlagen 36 Arbeiter, Krankenhaus 3 Arbeiter.

Zur Geschäftsvereinfachung wurde die seit November 1923 beim Gartenamt geführte Garten-, Bad- und Festhallekasse und die damit zusammenhängende Buchhaltung, die s. Zt. zur Entlastung der Stadt-



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

hauptkasse errichtet worden war, auf Schluß des Rechnungsjahre beim Gartenamt aufgehoben und wieder der Stadthauptkasse übertragen. Beim Gartenamt wird, wie früher, wieder eine Handkasse geführt.

Nach einer bezirkspolizeilichen Vorschrift über die Bekämpfung der Schnakenplage ist das Gartenamt mit der Überwachung der Durchführungsbestimmungen beauftragt. Im Winter 1930/31 wurde die Nachschau, die durch die ortspolizeilichen Vorschriften angeordnet wurde, in 9431 Häusern vorgenommen. Die Bekämpfungsmaßnahmen mußten wegen Vorhandenseins von überwinternden Schnaken in 4753 Häusern durchgeführt werden; dabei wurden in 5332 Räumen viele Schnaken und in 7139 Räumen wenig Schnaken vorgefunden. Die Beämpfungsmaßnahmen erstreckten sich somit im ganzen auf 12 471 Räume. Durch die Bekämpfung sind 7683,09 *RM* Unkosten entstanden, denen Einnahmen in Höhe von 3 741,30 *RM* gegenüberstehen.

### b. Stadtgärtnerei.

Der Betrieb der Stadtgärtnerei umfaßte — wie im Vorjahre — die Anzuchtgärtnerei, die Gewächshäuser und die Baumschule. In der Stadtgärtnerei, einschl. Baumschule, werden alle im Stadtgarten und in den anderen Betriebsabteilungen benötigten krautartigen Gewächse herangezogen. Die Baumschule dient der Anzucht und Vermehrung von Stauden und Gehölzen und in geringem Umfange auch der Anzucht von Gemüse und Futtermittel für die Tiere des Stadtgartens. In der Anzuchtgärtnerei im Stadtgarten werden jährlich etwa 180 000 Pflanzen und in der Baumschule jährlich etwa 20 000 Pflanzen gezüchtet. Der Inventarwert der Pflanzen in der Baumschule und in der Anzuchtgärtnerei betrug rund 100 000 *RM*.

Die Stadtgärtnerei arbeitete im Berichtsjahr ohne Zuschuß.

### c. Stadtgarten.

Für den Stadtgarten wurden im Berichtsjahre 356 888 Tageseintrittskarten (einschl. Eisbahnkarten), 13 671 Jahreskarten für Abonnenten und 684 Ferienkarten verkauft. Von den Jahreskarten entfielen 3031 auf Herrenkarten, 5376 auf Damenkarten, 2130 auf Schülerkarten, 1122 auf Studentenkarten, 1844 auf Rentnerkarten und 168 auf Kinderwärterinnenkarten. An Tageskarten wurden 134 432 Stück für Erwachsene zu 50 *Rpf*, 35 789 Stück für Kinder zu 20 *Rpf*, an Sonn- und Feiertagen vormittags 129 724 Stück für Erwachsene zu 20 *Rpf* und 26 803 Stück für Kinder zu 10 *Rpf*, an Sonn- und Werktagabenden ab 7 Uhr 22 643 Stück für Erwachsene zu 20 *Rpf* und 3706 Stück für Kinder zu 10 *Rpf*, ferner insgesamt 145 999 Stück zu Konzerten und besonderen Veranstaltungen ausgegeben.

Für die Benützung besonderer Einrichtungen im Stadtgarten wurden verabfolgt: 23 596 Bootskarten für werktags zu 20 *Rpf*, 24 155 Bootskarten für Sonntag vormittags zu 10 *Rpf*, 22 038 Bootskarten für Sonntag nachmittags zu 20 *Rpf*, 759 Stadtgartenführer zu 30 *Rpf*, 3030 Reitkarten zu 20 *Rpf*, 5333 Fahrkarten zu 10 *Rpf*, 3791 Eisbahnkarten, davon 1158 zu 30 *Rpf* und 2633 zu 20 *Rpf*.

An Konzertveranstaltungen fanden statt: 21 Frühkonzerte an Sonn- und Feiertagen, bei denen kein besonderer Musikzuschlag erhoben wurde; 23 Nachmittagskonzerte an Sonn- und Feiertagen, zu denen 25 264 Eintrittskarten für Nichtabonnenten-Erwachsene zu 70 *Rpf*, 2072 für Nichtabonnenten-Kinder zu 30 *Rpf*, 25 182 für Abonnenten-Erwachsene zu 20 *Rpf*, 2477 für Abonnenten-Kinder zu 10 *Rpf* ausgegeben wurden; 18 Sonntag-Abendkonzerte, die von 13 501 Nichtabonnenten-Erwachsenen mit Eintrittskarten zu 40 *Rpf*, 291 Nichtabonnenten-Kindern mit Eintrittskarten zu 20 *Rpf*, 10 041 Abonnenten-Erwachsenen mit Eintrittskarten zu 20 *Rpf* und 404 Abonnenten-Kindern mit Eintrittskarten zu 10 *Rpf* besucht waren; 31 Werktag-Nachmittagskonzerte, die von 7601 Nichtabonnenten-Erwachsenen mit Eintrittskarten zu 70 *Rpf*, 1080 Nichtabonnenten-Kindern mit Eintrittskarten zu 30 *Rpf*, 14 606 Abonnenten-Erwachsenen mit Eintrittskarten zu 20 *Rpf*, und 2169 Abonnenten-Kindern mit Eintrittskarten zu 10 *Rpf* besucht waren; 23 Werktag-Abendkonzerte, die einen Besuch von 20 330 Nichtabonnenten-Erwachsenen mit Eintrittskarten zu 40 *Rpf*, 375 Nichtabonnenten-Kindern mit Eintrittskarten zu 20 *Rpf*, 20 080 Abonnenten-Erwachsenen mit Eintrittskarten zu 20 *Rpf*, 526 Abonnenten-Kindern mit Eintrittskarten zu 10 *Rpf* aufzuweisen hatten.

Zu den 2 abgehaltenen besonderen Veranstaltungen wurden zusammen 7825 Karten für Nichtabonnenten-Erwachsene zu 80 *Rpf*, 403 Karten für Nichtabonnenten-Kinder zu 40 *Rpf*, 2490 Karten für Abonnenten-Erwachsene zu 60 *Rpf*, 283 Karten für Abonnenten-Kinder zu 30 *Rpf*, 284 Karten für



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Nichtabonnenten-Erwachsene zu 70 *Rpf*, 28 Karten für Nichtabonnenten-Kinder zu 30 *Rpf*, 522 Karten für Abonnenten-Erwachsene zu 60 *Rpf* und 27 Karten für Abonnenten-Kinder zu 10 *Rpf* verkauft.

Wie im vorigen Jahre beteiligten sich auch im Wirtschaftsjahre 1930 gemäß eines bestehenden Vertrages fünf Kapellen, nämlich die Kapelle des Musikvereins Harmonie, die Feuerwehrkapelle, die Kapelle der Badischen Polizeimusiker, die Kapelle des Musikvereins Karlsruhe und das Gemeinschaftsorchester, später „Philharmonisches Orchester" genannt, an den Konzerten auf Grund eines vom Gartenamt aufgestellten und vom Stadtrat genehmigten Konzertausteilers.

Die Eisbahn im Stadtgarten konnte während des Winters an drei Tagen benützt werden. Es wurden hierfür 1158 Karten zu 30 *Rpf* und 2633 Karten zu 20 *Rpf* ausgegeben.

In den einzelnen Monaten des Wirtschaftsjahres wurde der Stadtgarten mit Tageskarten und Karten für Konzerte oder besondere Veranstaltungen besucht: Im April 1930 von 49 610 Personen, im Mai 1930 von 63 340 Personen, im Juni 1930 von 137 527 Personen, im Juli 1930 von 75 044 Personen, im August 1930 von 100 766 Personen, im September 1930 von 38 636 Personen, im Oktober 1930 von 11 061 Personen, im November 1930 von 6598 Personen, im Dezember 1930 von 2870 Personen, im Januar 1931 von 5420 Personen, im Februar, 1931 von 35 48 Personen, im März 1931 von 8467 Personen, zusammen von 502 887 Personen.

Jahreskarten wurden gelöst: Im April 1930 9284 Stück, im Mai 1930 3038 Stück, im Juni 1930 911 Stück, im Juli 1930 227 Stück, im August 1930 129 Stück, im September 1930 47 Stück, im Oktober 1930 26 Stück, im November 1930 6 Stück, im Januar 1931 3 Stück, zusammen 13 617 Stück. Von den 684 Ferienkarten wurden 57 im Juli, 613 im August und 14 im September 1930 ausgegeben. Ferner wurde der Stadtgarten durch 9646 Schüler hiesiger Schulen und 8172 Schüler auswärtiger Schulen besucht.

Der Tierbestand setzte sich am 31. März 1931 aus 221 Säugetieren in 42 Arten, 900 Vögeln in 160 Arten, 56 Reptilien in 8 Arten, 220 Fischen in 7 Arten, insgesamt aus 1397 Tieren in 217 Arten zusammen.

Der Tierbestand im Stadtgarten enthält z. Z. fast alle Tierarten, die man in zoologischen Gärten zu sehen gewohnt ist. Es sind u. a. vorhanden: 1 Elefant, 3 Kamele, 2 Dromedare, 4 Lamas, 3 Yaks, 2 Chapmann Zebras, 3 Zwergzebus, 3 Shetland-Ponys, 2 Moufflons, 3 Kamerunschafe, 3 Bisons, 3 Eisbären, 5 Braunbären, 4 Löwen, 5 Leoparden, 1 Tiger, 3 Seelöwen, 3 Seehunde und eine artenreiche Sammlung von Hirschen. Dazu kommen noch auf der Stelzvogelwiese Flamingos, Kraniche in vier Arten, Störche, Pelikane in drei Arten, weiter von den straußartigen Vögeln 1 afrikanischer Strauß, 2 Helmkasuare und 2 Emus. Auf dem Schwanensee sind 3 Arten Schwäne und viele Enten vertreten. Ein besonderes Vogelhaus beherbergt eine reichhaltige Sammlung von Papageien, unter denen sehr schöne Araras erwähnt seien, Tukane, Turacos, Sittiche verschiedener Art, Webervögel u. a. m. Ebenso haben in diesem Hause 2 prächtige Alligatoren Unterkunft gefunden. Der Tierbestand wird noch vervollständigt durch ein Rudel Wildschweine, kleinere Raubtiere, 1 Ameisenbär, Fischottern und Biber.

Als Neuerwerbungen sind besonders zu erwähnen: 4 Lamas, 1 Bison, 2 Moufflons, 1 Edelhirsch, 1 Seelöwe, 2 Marabus.

Geboren wurden im Tierpark: 3 Leoparden, 1 Wapiti, 2 Esel, 1 Sikahirsch, 2 Damhirsche, 4 Löwen, 15 Wildschweine, 1 Zwergzebu, 10 Rattenfänger und eine Anzahl Meerschweinchen, Hasen und Mäuse.

Erbrütet wurden: 6 Schwäne, 3 Pfauen, 26 Fasanen, 140 verschiedene Enten, 70 Rassetauben und 36 Wellensittiche.

An den Tiergarten geschenkt wurden 1 Heidschnukenschaf, 1 Bunttukan und 1 Kapuzineraffe.

Die Verluste im Tierbestand bewegten sich in normalen Grenzen.

Zur Ergänzung des Tierbestandes standen 10 000 *RM* zur Verfügung.

Für Futter, Streu, tierärztliche Behandlung usw. wurden rund 46 200 *RM* aufgewendet. An Futtermitteln wurden im Jahre 1930 etwa 4500 Ztr. gebraucht. Diese Futtermittelmenge verteilte sich in der Hauptsache auf folgende Arten: Heu 800 Ztr., Stroh 350 Ztr., Hafer 450 Ztr., Weizen 180 Ztr., Gerste, Kleie, Mais usw. 485 Ztr., Runkelrüben 500 Ztr., Gelberüben 300 Ztr., Kartoffeln 200 Ztr., Kastanien und Eicheln 130 Ztr., Fleisch 435 Ztr., Fische 400 Ztr., Grünfutter 200 Ztr., Haferkerne, Erd-



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

nüsse, Hanfsamen usw. 32 Ztr., Garneelen 10 Ztr., Ameisenpuppen 1 Ztr., Spanische Fliegen 1 Ztr., Brot 140 Ztr., Zucker 1 Ztr., Obst 3 Ztr.; ferner wurden rund 4800 Liter Milch, 1000 Eier und 525 Liter Lebertran benötigt.

Die Kosten für Heizung, Beleuchtung und Wasser beliefen sich auf 10 200 *RM*.

Die unbedingt notwendigen Reparaturen an Tierhäusern erforderten einen Aufwand von 2600 *RM*. Dem Erneuerungsfonds für Erstellung eines Affenhauses wurde im Wirtschaftsjahr 1930 keine Rücklage zugeführt. Der Stand des Fonds betrug am 31. März 1930 75 000 *RM*. Als Neuanlage war lediglich die Erstellung einer Fischotter- und Biberanlage mit einem Aufwand von 2500 *RM* zu verzeichnen.

Die Einnahmen des Stadtgartens beliefen sich im Wirtschaftsjahre 1930 auf 227 194,19 *RM*, die Ausgaben auf 459 519,19 *RM*; ein Zuschuß war in Höhe von 232 325 *RM* erforderlich. Die Einnahmen aus der Stadtgarten- und Festhallewirtschaft erbrachten 14 178 *RM*.

Die im Laufe der Jahre notwendig gewordene Ausschlammung des Stadtgartensees wurde in diesem Jahre durchgeführt. Es wurden 2000 cbm Schlamm herausgefördert, was einen Kostenaufwand von 12 600 *RM* erforderte und etwa 35 Erwerbslosen Arbeitsgelegenheit für 5 Wochen bot.

Der Ludwigssee und die Stelzvogelwiese wurden mit einer neuen Wellengittereinfassung versehen, ebenso wurde um den Stadtgartensee, beim Wirtschaftsplatz, ein neues Geländer erstellt.

### d. Öffentliche Anlagen.

Im Berichtsjahre wurden vom städt. Gartenamt 2856 a Parkanlagen, 1137 a Schmuckanlagen, 172,5 a Kinderspielplätze, 565 a Krankenhausanlagen und 7960 Stück Straßenbäume unterhalten. Ferner waren 9 Schulgärten von zusammen 39 a vorhanden. Im Laufe des Wirtschaftsjahres wurden an öffentlichen Grünanlagen und Kinderspielplätzen neu ausgeführt: Die Ansaat von Rasenflächen im Strandbad Rappenwört, Fertigstellung der Kinderspielplätze im Beiertheimer Wäldchen und im Sallenwäldchen, Herrichtung des verlängerten Beiertheimer Wäldchens südlich der Ebertstraße als Grünanlage, Aufstellung eines Brunnens, den „Zwerg Nase" darstellend, auf dem Sonntagsplatz und entsprechende Anpassung der umgebenden Grünanlagen. Mit den Arbeiten für einfache gärtnerische Anlagen auf dem für spätere Bauzwecke vorgesehenen Platz am Ettlinger Tor sowie auf dem Gelände östlich und nördlich der Ausstellungshalle wurde begonnen. Desgleichen wird das bisher zu Kleingärten benützte Gelände zwischen der Neuen Bahnhofstraße, Schwarzwald- und Gutschstraße in eine einfache Grünanlage umgewandelt.

Die öffentlichen Anlagen erforderten im Berichtsjahre einen Zuschuß von 184 326,67 *RM*.

### e. Kleingärten.

An Kleingärten waren 2100 Einzelgärten im Ausmaß von 5324 a vorhanden. Die Kleingärten benötigen in diesem Jahre einen Zuschuß von 3 294,42 *RM*.

## 11. Rheinpark Rappenwört mit Vogelwarte.

Im Berichtsjahre wurde auf der Grundlage der ersten praktischen Erfahrungen des Jahres 1929 versucht, die Arbeiten planmäßig fortzuführen.

Die Lehrtätigkeit an der Vogelwarte hat insofern eine Unterbrechung erfahren, als Unterrichtskurse für die Lehrkräfte der Karlsruher Lehranstalten sowie für Forstleute und sonstige Interessenten nicht veranstaltet wurden. Dagegen haben die Lerngänge der Karlsruher Schulen, vor allem der Volksschulen, ein größeres Ausmaß angenommen. Die Lerngänge der Schulklassen standen zu einem Teil unter der Leitung des Stadtschulamts. Insgesamt haben 105 Karlsruher Schulklassen an den Lernausflügen teilgenommen und eine gute Unterstützung der Unterrichtsarbeit bei den lehrplanmäßigen Aufgaben in der Naturgeschichte zum Erfolg gehabt. 13 an den Bestrebungen der Karlsruher Vogelwarte Rappenwört interessierte hiesige Vereine sowie 13 auswärtige Schulklassen, Forstschulen und landwirtschaftliche Vereinigungen haben die Einrichtungen der Karlsruher Vogelwarte Rappenwört besichtigt. Die Zahl der Personen, die gegen Entgelt die Vogelwarte besuchten, betrug im Berichtsjahre 7380.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Eintrittspreis wurde mit 20 *Rpf* je Person unverändert beibehalten. Zur Einführung in die Aufgaben der Vogelwarte und zur Erleichterung der Besichtigung der Schaugehege wurde ein Führer durch die Vogelwarte in Form einer für die Stadt kostenlosen Sondernummer der „Karlsruher Wochenschau" mit einer Auflage von 2000 Stück in Druck gelegt. Im Berichtsjahre sind 246 Stück zum Preise von je 10 *Rpf* abgesetzt worden.

Eine beachtliche Erweiterung erfuhr die Vogelwarte durch die Angliederung einer Hechtbrutanstalt. Auf Ansuchen des Badischen Landesfischereiverbandes in Karlsruhe hat die Stadt an diesen einen Raum in der Vogelwarte zur Errichtung und zum Betrieb einer Hechtbrutanstalt vermietet. Die erforderliche Einrichtung hat der Verein beschafft, die Wartung und Bedienung sowie die Heizung und Wasserversorgung hat die Stadt übernommen.

Die Arbeiten im Rheinpark Rappenwört waren im Wirtschaftsjahr 1930 dem Forstamt Karlsruhe übertragen. Die rund 1000 künstlichen Nisthöhlen auf der Insel wurden laufend untersucht und gereinigt. Sie waren zu etwa 70 v. H. beflogen. Ihre Zahl wurde durch 50 künstliche Nisthöhlen für Wildenten vermehrt. Entlang des Altrheins und im Gebiet des Hedels wurden überdies auf Weidenkopfstämmen in möglichst natürlicher Weise Nester für Wildenten hergerichtet.

Die beiden letzteren Maßnahmen bezwecken die stärkere Ansiedlung von Wildenten auf der Rheininsel Rappenwört im Rahmen der biologischen Schnakenbekämpfungsbestrebungen. In diesem Zusammenhang ist die frühere Entnahmegrube des Auffüllmaterials für den Straßendamm auf Rappenwört zum Ententeich umgestaltet worden. Die Ufer wurden stückweise mit Weiden bepflanzt und ganz mit Stacheldraht eingezäunt. Auf dem See wurden drei schwimmende hochwassersichere Entennistplätze ausgesetzt. Nach entsprechender Angewöhnung sind auf dem See gegen 100 zum Teil im Stadtgarten großgezogene, zum Teil auswärts gefangene Wildenten in Freiheit gesetzt worden. Durch Fütterung gelang es, sie an Ort und Stelle zu halten. Ein Teil der Bruten ist gut durchgekommen, sodaß der Versuch etwa 100 Junge erbrachte.

Zum Schutze des auf der Insel gehegten Wildes vor Hochwasser ist im Laufe des Jahres eine Rettungsinsel angelegt worden; eine zweite wurde vorbereitet. Die Verbesserung der Wege auf der Insel, insbesondere des Randweges, hat weitere Fortschritte gemacht.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Schnakenplage haben eine besondere Förderung durch die umfangreiche Anlage von Entwässerungsgräben im Weg der Notstandsarbeit erfahren. Diese Drainage hat erreicht, daß nach Hochwassern bei fallendem Wasserstand keine Tümpel zurückbleiben, die der Entwicklung der Schnakenbrut Gelegenheit geben. Es ist beabsichtigt, die Drainage auch auf die benachbarten Gemarkungsteile auszudehnen.

Auf den Schluß des Berichtsjahres sind einschneidende Änderungen in der Organisation der Vogelwarte und des Rheinparks Rappenwört eingetreten. Der Stadtrat hat auf diesen Zeitpunkt das Dienst- und Mietverhältnis mit dem bisherigen Leiter der Vogelwarte, Professor Dr. Otto Fehringer, gekündigt. Die Vogelwarte selbst ist dem Stadtschulamt unterstellt worden und soll den Lehrzielen der Schulen noch mehr wie bisher nutzbar gemacht werden. Es ist auch daran gedacht, den Lehrsaal zum Mittelpunkt einer Waldschule, d. h. einer Unterrichtseinrichtung für erholungsbedürftige Kinder, zu machen. Die Verwaltung der Anstalt ist dem Hauptlehrer Josef Hauer im Nebenamt übertragen worden. Der neue Leiter ist an die Daxlander Volksschule versetzt und gibt dort ordnungsmäßige Deputatstunden. Sämtliche Arbeiten im Rheinpark Rappenwört bleiben dem Forstamt Karlsruhe verantwortlich übertragen.

Im Wirtschaftsjahr 1930 leistete die Stadthauptkasse für die Vogelwarte und den Rheinpark Rappenwört einen Zuschuß von 8 540 *RM* gegenüber 12 246 *RM* im Vorjahre.

## 12. Festhalle.

Die Festhalle wurde im Wirtschaftsjahr 1930 im ganzen 199 mal benützt. Der große Saal war zu 134, der kleine Saal zu 48, der große und kleine Saal zusammen zu 17 Veranstaltungen vermietet. Die Besucherzahl betrug im großen Saal 231 624, im kleinen Saal 13 260, im großen und kleinen Saal zusammen 37 400, insgesamt 282 284 Personen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Stiftungsfeste fanden 14 im großen, 1 im kleinen Saal statt, zu denen 18 450 bzw. 180 Personen erschienen waren. Vorträge wurden 10 im großen Saal mit 18 400 Besuchern, 2 im kleinen Saal mit 1300 Besuchern veranstaltet. Tagungen fanden 7 im großen Saal, 8 im kleinen Saal und 7 im großen und kleinen Saal zusammen statt. Sie waren von 9750 bzw. 2600 und 11 300 Personen besucht. Maskenbälle und Fremdensitzungen wurden 3 im großen Saal mit 5350 Besuchern, 2 im großen und kleinen Saal mit 4800 Besuchern abgehalten. Weihnachtsfeiern fanden 6 im großen Saal statt, die von 11 000 Personen und 1 im kleinen Saal, die von 450 Personen besucht waren. Neujahrsfeier wurde 1 im großen Saal mit 1400 Besuchern veranstaltet. Zu Konzerten wurde der große Saal 38 mal mit einem Besuch von 65 644 Personen, der kleine Saal 9 mal mit einem Besuch von 3780 Personen, der große und der kleine Saal zusammen 2 mal mit einem Besuch von 4000 Personen benützt. Versammlungen fanden 47 im großen Saal, 21 im kleinen Saal und 6 im großen und kleinen Saal zusammen statt. Die Besucherzahl betrug 85 280 im großen, 3600 im kleinen und 17 300 Personen im großen und kleinen Saal zusammen. Schauturnen wurden 3 im großen Saal mit einer Besucherzahl von 6800 Personen veranstaltet. Unterhaltungsabende fanden 3 im großen Saal mit 6400 Besuchern, 4 im kleinen Saal mit 830 Besuchern statt. Bazar wurde 1 im großen Saal abgehalten, der einen Besuch von 1350 Personen aufzuweisen hatte. Kommerse fanden 1 im großen Saal, 2 im kleinen Saal statt; sie waren von 1800 bzw. 520 Teilnehmern besucht.

Im Vorjahr hatte die Festhalle nur 246 759 Besucher zu verzeichnen. Während die Benützung der Festhalle zu musikalischen und gesellschaftlichen Veranstaltungen von 153 mit 216 676 Besuchern im Vorjahr auf 113 mit 156 404 im Berichtsjahr zurückging, erhöhte sich die Zahl der abgehaltenen Vorträge und Versammlungen von 38 mit 30 083 Besuchern im Vorjahr auf 86 mit 125 880 Besuchern im Berichtsjahr.

Die Verwaltung der Festhalle oblag, wie bisher, dem städtischen Gartenamt. Ein Zuschuß war in Höhe von 45 741,48 *RM* erforderlich gegen 46 163 *RM* im Vorjahr.

## 13. Konzerthaus.

Im Wirtschaftsjahr 1930 fanden im städtischen Konzerthaus 385 Veranstaltungen statt, die von 143 545 Personen besucht waren.

Von den größeren Veranstaltungen sind die 35 Vorstellungen des Badischen Landestheaters, zu denen sich 19 586 Personen eingefunden hatten, die 55 Vorstellungen der Sommeroperette, die 41 857 Besucher brachten und die 266 Filmvorführungen der Badischen Lichtspiele mit einem Besuch von 59 317 Personen zu nennen. Die Vorführungen der Sommeropperette fanden während der Ferien des Badischen Landestheaters in der Zeit vom 15. Juli bis 7. September 1930 statt. Die Leitung hatte Direktor Otto Hans Norden.

Das Konzerthaus wurde weiterhin benützt zur Abhaltung von 5 Tanzabenden, 1 Vortrag, 3 Kundgebungen, 1 Tagung (im kleinen Saal), 4 Wahlversammlungen und politischen Versammlungen (davon 1 gleichzeitig im kleinen Saal), 1 Werbeabend, 3 Filmvorführungen, 3 Filmvorträgen, 3 Komödien, 1 Aufklärungsvorführung, 3 Feierlichkeiten und Gottesdienste, die von zusammen 22 785 Personen besucht waren.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Besucherzahl des Konzerthauses um 38 984 vermindert; der Besuch der Vorstellungen des Landestheaters verbesserte sich zwar um 3414 Personen, die Sommeropperette hatte einen nahezu gleichen Besuch aufzuweisen, dagegen wurden die Filmvorführungen der Badischen Lichtspiele um 37 480 Personen weniger und die übrigen Veranstaltungen um 5013 Personen weniger wie im Vorjahre besucht.

Das Konzerthaus erforderte im Wirtschaftsjahr 1930 einen Zuschuß in Höhe von 48 796,04 *RM* gegen 51 223 *RM* im Vorjahr. Die Verwaltung des Konzerthauses wurde, wie bisher, von der Verwaltung des städtischen Verkehrswesens besorgt.

## 14. Ausstellungshalle.

Die Ausstellungshalle fand im Laufe des Wirtschaftsjahres 1930 zur Veranstaltung eines Jahrmarkts und von 6 Ausstellungen Benützung, die von insgesamt 65 809 Personen besucht waren.

Der in der Zeit vom 26. April bis 4. Mai abgehaltene „Jahrmarkt für Jung und Alt" zugunsten des Karlsruher Kindersolbades Donaueschingen brachte 22 260 Besucher; die aus Anlaß der Tagung des



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Reichsverbandes deutscher Feinkostkaufleute und der Edeka-Zentralorganisationen vom 21. bis 30. Juni veranstaltete Lebensmittelausstellung der Edeka Karlsruhe, e.G.m.b.H., wurde von 9380 Personen aufgesucht. In Verbindung mit dem Badischen Heimattag wurden 4 Ausstellungen in der Ausstellungshalle gezeigt. Die Ausstellung „Badener im Ausland", die vom Landesverband Baden des Vereins für das Deutschtum im Ausland in der Zeit vom 12. bis 20. Juli hier durchgeführt wurde, brachte einen Besuch von 2246 Personen, die von der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft in Karlsruhe in der Zeit vom 12. Juli bis 4. August abgehaltene Kolonial- und Marineausstellung hatte einen Besuch von 9613 Personen aufzuweisen; die in der Zeit vom 12. Juli bis 12. August von der Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin, veranstaltete Ausstellung „Deutscher Lebenswille", 10 Jahre Ringen um Wiederaufbau und Freiheit in der Deutschen Republik wurde von 3703 Personen aufgesucht. Vom 12. Juli bis 20. Oktober war die Ausstellung „Das Badische Kunstschaffen" vom Verein bildender Künstler, Karlsruhe, geöffnet. Sie wurde von 7861 Personen besucht. Die in Verbindung mit dem Badischen Heimattag veranstalteten 4 Ausstellungen erreichten zusammen eine Zahl von 23 423 Besuchern.

In der Zeit vom 27. September bis 5. Oktober hielt der Karlsruher Hausfrauenbund seine 4. Herbstausstellung „Die Hauswirtschaft" ab. Sie brachte 10 746 Besucher. Gegenüber dem Vorjahr blieb der Besuch der Ausstellungshalle auf ungefähr derselben Höhe.

Die Verwaltung der Ausstellungshalle oblag, wie bisher, der Verwaltung des städtischen Verkehrswesens. Im Wirtschaftsjahr 1930 war ein Zuschuß zur Ausstellungshalle in Höhe von 53 552,34 *RM* gegen 68 580 *RM* im Vorjahr erforderlich.

## 15. Badeanstalten.

Der Besuch der städtischen Badeanstalten ist im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr weiter zurückgegangen. Sehr merklich war der geringere Besuch im Vierordtbad mit 274 931 verabreichten Bädern gegen 306 831 im Vorjahr und im Sonnenbad beim Rheinhafen mit 29 701 gegen 46 500 im Vorjahr, während der Besuch des Friedrichsbades mit 219 048 gegen 219 661 im Vorjahr annähernd gleich blieb. Das Volksbad Beiertheim, das im Dezember 1929 in Betrieb genommen wurde, hatte im Wirtschaftsjahr 1930 11 299 Bäder verabreicht gegen 4069 in der Zeit vom Dezember 1929 bis Ende März 1930. Das Strandbad Rappenwört wurde von 247 318 Badegästen besucht. Im Vorjahr hatte es von seiner Eröffnung am 20. Juli 1929 an 226 733 Besucher aufzuweisen. Der rückläufige Badebesuch ist in erster Linie auf die schlechte wirtschaftliche Lage und die Zunahme der Hausbäder zurückzuführen, hinsichtlich der Freibäder auch auf die ungünstigen Witterungsverhältnisse im Sommer 1930, während der Sommer 1929 außerordentlich warm war.

Der Absatz von Bäderkarten zum ermäßigten Preis durch Volksbühne, Gewerkschaften usw. hat sich bedeutend vermehrt.

In den beiden Hallenbädern wurde während der Wintermonate unentgeltlicher Schwimmunterricht erteilt, zu dem sich 763 Teilnehmer gemeldet hatten, von denen rund 600 das Schwimmen erlernt haben. Außerdem wurden Kurse für Fortgeschrittene im Tauchen, Springen, Retten usw. eingerichtet. Da dabei rund 15 000 Badekarten abgesetzt und Dauergäste erworben wurden, ist eine Wiederholung der Kurse im nächsten Winter in Aussicht genommen.

### a. Vierordtbad.

Im Berichtsjahr wurde eine Reihe von Verbesserungen durchgeführt. Die beiden Brauseräume in der Schwimmhalle wurden endgültig mit 30 Globusbrausen versehen (früher 7). In der Schwimmhalle wurde ein Wärmeraum mit Gelegenheit zum Kopfwaschen und zum Selbstrasieren eingerichtet. Vibrationsmassage- und Fönapparate wurden aufgestellt. In provisorischer Weise wurden einige Wechselkabinen eingerichtet, um insbesondere in den Abendstunden das Anstehen auf Einzelkabinen zu vermeiden. Die Schwimmhalle erhielt anstelle eines Holzbrettes ein neues 3-Meter-Stahl-Sprungbrett als Stiftung der Firma Max Stern, A.G., Gelsenkirchen. Bei der Kesselheizung wurde zur Vermeidung von Rauch- und Rußbelästigung fast restlos zur Koksfeuerung übergegangen. Die Kessel erhielten Einbauten zur Erreichung von Brennstoffersparnis. Eine neue Massage, die sogenannte Unterwassermassage (subaquale Massage)



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wurde eingeführt und hat den Beifall der Ärzte und Badegäste gefunden. Kohlensäure-, Sauerstoff- und Heublumenbäder fanden guten Anklang.

Im einzelnen wurden im Berichtsjahre 189 198 Schwimmbäder, 61 882 Wannenbäder, 2411 Kohlensäurebäder, 450 Schaumbäder, 477 Kneippgüsse, 7742 Dampfbäder, 8187 elektrische Lichtbäder, 4584 verschiedene Kurbäder, zusammen 274 931 Bäder verabfolgt. Schüler nahmen 11 178, Rettungsschwimmer 3216, Mitglieder von Sportvereinen 22 335, Angehörige der Polizei 7507 an der Benützung des Schwimmbades teil. Schwimmfeste wurden 7 veranstaltet.

Am entgeltlichen Schwimmunterricht haben 63 Erwachsene und 96 Kinder teilgenommen. Von der Wäscheaufbewahrung wurde in 121 Fällen Gebrauch gemacht.

Der Brennstoffverbrauch betrug einschließlich der Winter- und Festhallenheizung 94 210 kg Kohlen, 1 113 301 kg Koks, 173 786 kg Abfall, 12 200 kg Bündelholz.

An elektrischem Strom wurden 214 524 kWh Drehstrom und 43 242 kWh Gleichstrom erzeugt. Der Drehstrom wurde an das städtische Netz abgegeben, der Gleichstrom zur Beleuchtung und zum Betrieb benötigt. Aus dem städtischen Netz wurden 1318 kWh Licht- und 10 157 kWh Kraftstrom bezogen.

Der Wasserverbrauch betrug 148 958 cbm. Hiervon wurden 133 000 cbm aus eigenen Brunnen, 15 958 cbm aus dem städtischen Wasserrohrnetz entnommen.

Beim Vierordtbad waren am 31. März 1931 13 Beamte, 1 Anwärter, 12 Arbeiter und 14 Arbeiterinnen beschäftigt.

Die Einnahmen des Vierordtbades betrugen 234 786,78 *RM*, die Ausgaben 270 247,79 *RM*; ein Zuschuß war in Höhe von 35 461,01 *RM* erforderlich gegen 6 862,35 *RM* im Vorjahr.

### b. Friedrichsbad.

Im Friedrichsbad wurde ebenfalls ein Wärmeraum für Kopfwaschen und Selbstrasieren eingebaut. Die Verbesserung des Brauseraumes wurde ebenso wie im Vierordtbad durchgeführt und 15 Brausen angebracht. Die Kurabteilung wurde erweitert. Ein Kessel mußte gründlich instandgesetzt werden. Die Freileitung zu den einzelnen Stromabnehmern wurde einer gründlichen Nachschau und Verbesserung unterzogen, sodaß der Spannungsabfall auf ein Minimum zurückgegangen ist. Neue Zähler zur Feststellung der eigenen Erzeugung und des eigenen Verbrauchs wurden eingebaut.

Abgegeben wurden im Berichtsjahr 117 570 Schwimmbäder, 91 433 Wannenbäder, 1150 Kohlensäurebäder, 193 Schaumbäder, 2701 Kneippgüsse, 1862 Fangobäder, 780 elektrische Lichtbäder, 3359 verschiedene Kurbäder, zusammen 219 048 Bäder. Unter den Besuchern des Schwimmbades befanden sich 9338 Schüler und 16 781 Angehörige von Sportvereinen.

Am entgeltlichen Schwimmunterricht beteiligten sich 119 Erwachsene und 47 Kinder. Von der Wäscheaufbewahrung wurde in 116 Fällen Gebrauch gemacht.

Im Friedrichsbad wurden im Wirtschaftsjahr 1930 260 186 kg Kohlen, 275 757 kg Koks und 2000 kg Bündelholz verfeuert. An elektrischem Strom wurden 165 880 kWh Drehstrom erzeugt, 65 692 kWh Strom aus dem städtischen Netz bezogen. An das städtische Netz abgegeben wurden 94 057 kWh, an private Stromabnehmer 83 182 kWh, der Eigenverbrauch betrug 41 305 kWh zum Antrieb von Maschinen, 12 800 kWh zur Beleuchtung und Abgabe an Private.

Wasser wurden 58 638 cbm benötigt, von denen 1238 cbm vom städtischen Wasserwerk geliefert, 57 400 cbm aus eigenem Brunnen entnommen wurden.

Am 31. März 1931 waren im Friedrichsbad 7 Beamte, 6 Arbeiter und 10 Arbeiterinnen beschäftigt.

Die Einnahmen betrugen 204 988,44 *RM*, die Ausgaben 202 035,40 *RM*. Mithin ergab sich ein Überschuß von 2953,04 *RM* gegen 11 024,21 *RM* Überschuß im Vorjahr.

### c. Schwimm- und Sonnenbad am Rheinhafen.

Hier wurden nur kleine Verbesserungen durchgeführt; je ein Ringtennisplatz wurde in der Sonnenbadabteilung für Herren und Damen angelegt. Badekarten für Freibäder wurden 29 701 ausgege-



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

ben. Der Stromverbrauch im Schwimm- und Sonnenbad betrug 5037 kWh, der Wasserverbrauch 554 958 cbm, von denen 4958 cbm aus dem Leitungsnetz des Wasserwerks, 550 000 cbm aus dem Rheinhafen entnommen wurden. Über die Badezeit waren 2 Arbeiter beschäftigt.

Die Einnahmen betrugen 7035,24 *RM*, die Ausgaben 18 848,66 *RM*. Ein Zuschuß war in Höhe von 11 813,42 *RM* erforderlich gegen 12 050,27 *RM* im Vorjahr.

### d. Rheinstrandbad Rappenwört.

Auch im Rheinstrandbad Rappenwört wurden im Laufe des Berichtsjahres wesentliche Verbesserungen vorgenommen. Hier hatte sich die Notwendigkeit herausgestellt, Garderobemöglichkeit für eine größere Zahl von Badegäste zu schaffen. Zu diesem Zweck wurde die Entfernung der Kleiderabgabestützen voneinander um einige Zentimeter verringert. Außerdem wurde in dem sogenannten Ringofen eine Garderobe für 501 Kleideraufbewahrungen angebracht und im Freien eine Notgarderobe für 1129 Garderobeaufbewahrungen eingerichtet. Im ganzen waren 154 Einzelkabinen, 62 Wechselkabinen, 4975 Garderobenaufbewahrungen, 370 Kleiderkästchen, eine Notgarderobe im Freien mit 1129 Haken und 1285 Kleiderhaken an der Umfassungswand (ohne Garantie) vorhanden.

Zur Durchführung von größeren schwimmsportlichen Veranstaltungen wurde eine 50 Meter-Kampfbahn mit 8 Startplätzen im Schwimmbecken aufgebaut. Ferner wurden 20 sogenannte Ruhekreuze zum Ausruhen von Schwimmern im Schwimmbecken verankert und 2 Signaleinrichtungen zum Alarmieren der im Strandbad als Rettungswache anwesenden Berufsfeuerwehrleute und zum Herbeirufen von Ärzten angelegt. Die Zahl der Ringtennisplätze wurde auf 34 erhöht. Eine Wintergarderobe mit Heizung und warmen Duschen wurde eingerichtet, die gleichzeitig zur Beheizung des Geschäftszimmers dient. Das Milchhäuschen erhielt einen größeren Ausgabeschalter, um dem gesteigerten Betrieb zu genügen. Zwei frühere Kassenhäuschen aus der Dammerstock-Bauausstellung wurden erworben und als Sanitäts- bezw. Sportgerätehaus verwendet. Die Kassenhäuschen wurden sämtliche nach der Damenseite verlegt, sodaß nur noch ein Zugang besteht. Sowohl auf der Herren- als auch auf der Damenseite wurden Triller-Ausgänge eingebaut.

Das Strandbad Rappenwört wurde im Sommer 1930 von 247 318 Personen besucht. Schwimmfeste wurden 2 veranstaltet. Entgeltlichen Schwimmunterricht nahm im Strandbad 1 Person. Der elektrische Stromverbrauch betrug im Strandbad 11 828 kWh, der Wasserverbrauch aus dem städtischen Leitungsnetz 14 000 cbm.

Beschäftigt wurden im Rheinstrandbad Rappenwört während der Badezeit 9 Beamte, 1 Angestellter, 9 Arbeiter und 9 Arbeiterinnen.

An Einnahmen wurden im Berichtsjahr 95 861,30 *RM* erzielt, an Ausgaben 142 799,34 *RM*. Ein Zuschuß wurde in Höhe von 46 938,04 *RM* erforderlich gegen 9 776,63 *RM* im Vorjahr.

### e. Volksbad Beiertheim.

Im Volksbad Beiertheim mußte eine Erneuerung der Brausen vorgenommen werden, um deren wiederholte Verstopfungen zu beseitigen. Da der Besuch des Bades wesentlich zurückging, wurden die Badezeiten eingeschränkt. Abgegeben wurden im Berichtsjahr 3940 Wannenbäder, 2463 Brausebäder und 4896 Schulbäder, zusammen 11 299 Bäder.

Die Einnahmen und Ausgaben des Volksbades Beiertheim sind im Vierordtbad mitenthalten.

### f. Rheinbad Maxau.

Das bereits im Vorjahr den neuen Pächtern überlassene Rheinbad Maxau wurde von diesen gut unterhalten. Der Betrieb ging ganz auf Rechnung der Pächter.

### g. Sonstige Bäder.

Das Luft- und Sonnenbad am Dammerstock war, wie seit Jahren, an den Naturheilverein verpachtet, das Schwimm- und Sonnenbad beim Kühlen Krug an den Karlsruher Schwimmverein.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## 16. Feuerlösch- und Rettungswesen, Krankentransport- und Dienstkraftwagen.

Der Feuerschutz der Stadt Karlsruhe wurde, wie in den Vorjahren, durch die Berufsfeuerwehr mit 60 Mann, die Freiwillige Feuerwehr Innenstadt mit 90 Mann, die Freiwillige Feuerwehr des Gaswerks-Ost mit 35 Mann und 6 Freiwillige Vorortfeuerwehren mit 722 Mann ausgeübt.

### a. Berufsfeuerwehr.

Für die der Berufsfeuerwehr übertragenen Aufgaben standen 1 Dienstkraftwagen für den Branddirektor, 1 Mannschafts- und Gerätewagen, 3 Motorspritzen, 2 Motorleitern, 3 Hilfskraftwagen, 5 Lafettenmotorspritzen, 3 Krankenwagen, 3 Personenwagen und 1 Arbeitswagen zur Verfügung. Bei einer Alarmierung rückte die Berufsfeuerwehr, je nach Erfordernis, mit 1, 2 oder 3 Löschzügen aus. An der Diensteinteilung der Berufsfeuerwehr trat im Berichtsjahr keine Änderung ein. Einem 24-stündigen Wachtdienst folgte eine 24-stündige Freizeit. Außerdem war von jedem Beamten monatlich viermal ein 12-stündiger Zusatzdienst zu leisten. Sämtliche Sicherheitswachen wurden von der Berufsfeuerwehr gestellt. Die Wachen im Landestheater in Stärke von 4 Mann und im Konzerthaus in Stärke von 1 bis 2 Mann wurden von diensthabenden Beamten versehen, die außerordentlichen Sicherheitswachen anläßlich der Messe, Zirkusaufführungen oder privater Veranstaltungen wurden von dienstfreien Beamten gegen Bezahlung ausgeführt.

Für den Rauch- und Gasschutzdienst waren an leichten Gasschutzgeräten (Filtergeräten) 50 Gasmasken, an schweren Gasschutzgeräten 3 König'sche Rauchhelme (Frischluft-Druckschlauchgerät, davon einer mit Berieselung und Feuerschutzanzug), 2 lungenautomatische HSS-Geräte, System Dräger, Modell 1924, 4 Dräger K. G. Dosierungsgeräte, Modell 1928, 2 lungenautomatische Dosierungsgeräte, System Audos, Modell 26 K, vorhanden. Mit den Geräten wurde regelmäßig geübt. Während der Badezeit wurden täglich zwei Beamte, die im Besitze des Grundscheins und des Prüfscheins der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft sein mußten, zur Dienstleitung als Rettungswache in das Rheinstrandbad Rappenwört entsandt. Zur Ermöglichung einer längeren Nachsuche unter Wasser stand den Beamten ein Dräger-Badetauchretter zur Verfügung, der jedoch am Ende des Berichtsjahres an die Badverwaltung abgegeben wurde, die in Zukunft das Rettungswesen in den städtischen Bädern mit eigenem Personal besorgt. Sämtliche Beamte der Berufsfeuerwehr sind Schwimmer, davon sind 23 Rettungsschwimmer.

Im Laufe des Berichtsjahres wurde an der staatlichen Majolikamanufaktur im Schloßbezirk eine Ernstfall-Übung abgehalten, die Klarheit über die Löschwasserversorgung schaffte. Für Vereine, Schulen, Verbände und einzelne Interessenten fanden Führungen durch die Wache statt, die durch kleine Vorträge des Branddirektors ergänzt und durch eine Übung am Steighaus abgeschlossen wurden.

Unter dem Personal der Berufsfeuerwehr waren am 31. März 1931 5 gelernte Schreiner, 1 Tapezier, 2 Sattler, 3 Schmiede, 15 Schlosser, 1 Schweißer, 5 Blechner und Installateure, 2 Dreher, 3 Zimmerleute, 2 Elektriker, 2 Maler, 1 Maurer, 6 Automechaniker, 1 Wagner, 1 Schuster, 1 Schneider, 1 Friseur, 1 Bäcker, 1 Kellner, 1 Landwirt, 1 Daubenhauer und 1 Kaufmann vertreten. Die an Wagen, Geräten, Ausrüstungsgegenständen und Kleidern erforderlichen laufenden Instandsetzungsarbeiten wurden in den eigenen Werkstätten durchgeführt.

Für die Wasserversorgung bei Bränden waren in hiesiger Stadt am 31. März 1931 203 Oberflurhydranten und 1771 Unterflurhydranten vorhanden. Hierunter befanden sich 16 Oberflurhydranten und 35 Unterflurhydranten, die an das Versorgungsnetz des früheren Hofwasserwerks angeschlossen sind.

Die Gesamtlänge der Druckschläuche betrug am 31. März 1931 7665 m, und zwar 440 m Hanfschläuche zu 75 mm, 3000 m zu 52 mm, 2075 m gummierte Schläuche zu 75 mm, 2150 m zu 52 mm. Ferner waren 16 Enden Saugschläuche zu 105 mm, 20 Enden Saugschläuche zu 75 mm, 4 Enden Saugschläuche zu 105 mm vorhanden.

Von den vorhandenen Geräten hielten die alten 75 mm Strahlrohre nur einen ungenügenden Strahl zusammen. Nach eigenen Entwürfen wurden von der Firma Metz 11 Strahlrohre angefertigt, die sich durch gute Wasserführung außerordentlich auszeichnen. Ferner wurden verschiedene neue Ausrüstungsstücke (Verteilungsstücke, Kupplungen, Übergangsstücke usw.) in Leichtmetall von der Firma Metz angefertigt. Der im Vorjahr schon fällige Schaumgenerator wurde im Berichtsjahr in neuester



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ausführung zu erheblich verringertem Preis von der Minimax Perkeo-A.G. geliefert. Zur Vervollständigung der Ausrüstung für Hilfeleistungen wurde ein tragbares autogenes Schneidegerät neu in Dienst gestellt.

Im Monat November 1930 wurden Maschinistenkurse und in den Monaten März und April 1931 Feuerwehrführerkurse für den Badischen Landesfeuerwehrverband an der Hauptfeuerwache Karlsruhe durch den städtischen Branddirektor abgehalten. Insgesamt nahmen an den Maschinistenkursen 60 Maschinisten und an den Führerkursen 115 Führer von Freiwilligen Orts- und Fabrikfeuerwehren teil. Die Maschinistenkurse dauerten je 2 Tage mit je 20 Teilnehmern. Die Dauer der Führerkurse wurde gegenüber früher aus finanziellen Gründen erheblich beschränkt. Die Kurse für kleine Gemeinden mit einfachen Geräten (mechanischen und Anstelleitern usw.) wurden in 2 Tagen, für mittlere Gemeinden mit Lafettenmotorspritzen und mechanischen Leitern in 3 Tagen und für große Gemeinden mit allen neuzeitlichen Geräten (Automobilspritzen, mechanischen Leitern usw.) in 3 bis 4 Tagen durchgeführt. Die Führerkurse waren durchschnittlich von je 15 Teilnehmern besucht. Sowohl bei den Maschinisten- als auch bei den Führerkursen wurde nach einem genau festgelegten Arbeitsplan mit Vorträgen, Instruktionen, praktischen Übungen und Besichtigungen verfahren. An den Maschinistenkursen haben auch die Maschinisten der hiesigen Freiwilligen Feuerwehren „Innenstadt" und „Gaswerk-Ost" teilgenommen.

Von verschiedenen Firmen wurden Modelle ihrer Fabrikate zu Lehrzwecken in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt, so u. a. eine D.K.W.-Lafettenmotorspritze und eine Metz-Kleinmotorspritze mit je 400 Liter pro Minute Förderleistung, eine Krupp-Tyfon-Signalanlage, Handfeuerlöscher aller Systeme, Gasschutzlehrtafeln und -lichtbilder usw. Die Kosten der Maschinisten- und Führerkurse wurden, wie bisher, durch die Bad. Gebäudeversicherungsanstalt gedeckt.

Zum Gebiet des vorbeugenden Feuerschutzes gehört die Begutachtung von Bauvorhaben in feuersicherheitlicher Beziehung, die von der Branddirektion ausgeübt wird. Es mußte jedoch festgestellt werden, daß die Durchführung der Auflagen sehr zu wünschen übrig ließ. Der städtische Branddirektor ist außerdem Mitglied der Ortsbaukommission und sichert durch seine Stimme in ihr die Durchführung vieler in feuersicherheitlicher Beziehung notwendigen Maßnahmen. Für Baupolizei und Bezirksamt wurde eine große Anzahl feuerpolizeilicher Gutachten abgegeben, die neben gewerblichen Neubauten besonders die Feuersicherheit in Warenhäusern, Kraftwagenhallen und Lagern feuergefährlicher Stoffe und Flüssigkeiten betrafen. In den Lichtspieltheatern wurden feuerpolizeiliche Besichtigungen durchgeführt, insbesondere wurden die Notlichtanlagen und Vorführungsräume im Interesse der Sicherheit von Zuschauer und Personal geprüft. Der Berufsfeuerwehr oblag Pflege und Instandsetzung sämtlicher Feuerlöscheinrichtungen städtischer Betriebe und Gebäude. Feuerlöscheinrichtungen größerer Industriewerke wurden auf deren Wunsch durch die Berufsfeuerwehr gebührenpflichtig überprüft und instandgesetzt.

Die Berufsfeuerwehr wurde im Berichtsjahr 156 mal alarmiert, wobei sich in einem Fall auf einen Sirenenalarm Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr „Innenstadt" und „Gaswerk-Ost" zum Dienst meldeten.

Die Alarme betrafen 14 Großfeuer, 11 Mittelfeuer, 44 Kleinfeuer, 17 Kaminbrände, 38 Hilfeleistungen, 20 blinde Alarme, 12 böswillige Alarme. Zur Bewältigung der 25 Groß- und Mittelfeuer wurden 12 Rohre 1 mal, 8 Rohre 1 mal, 7 Rohre 1 mal, 6 Rohre 1 mal, 4 Rohre 2 mal, 3 Rohre 2 mal, 2 Rohre 6 mal, 1 Rohr 8 mal, die Kübelspritze 2 mal eingesetzt. Von den 14 Großfeuern waren 2 Überlandfeuer und zwar in Weingarten und Neureut. Bei dem letzteren brauchte die Berufsfeuerwehr nicht mehr in Tätigkeit zu treten.

### Bemerkenswerte Brände und Hilfeleistungen ereigneten sich am:

2. April 1930, 5.30 Uhr: Überlandfeuer in Weingarten. Es brannte das Mühlengrundstück der Familie Langendörfer in vollem Umfang. Die Berufsfeuerwehr beschränkte in fünfstündiger Tätigkeit mit 2 A- und 2 B-Rohren das Feuer auf seinen eigenen Herd. Besonders interessant und schwierig gestaltete sich hier die im allgemeinsicherheitlichen Interesse erforderliche Niederlegung eines ca. 20 m hohen Schornsteines mit der 16 m hohen Feuerleiter der Weingartener Freiwilligen Feuerwehr. Mit Ausnahme des Inventars aus dem Obergeschoß des Wohngebäudes sind sämtlich Einrichtigungen dem Feuer zum Opfer gefallen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

18. Juni 1930, 17.45 Uhr: Hilfeleistung bei Gasvergiftung Knielinger Straße. Beim Graben eines ca. 12 m tiefen Brunnenschachtes erlitten 2 Menschen Gasvergiftungen. Bei Ankunft der Berufsfeuerwehr wurde sofort 1 Oberfeuerwehrmann mit einem Dräger-Sauerstoffgerät eingesetzt und die beiden Verunglückten zu Tage gefördert. Die angestrengten Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg, es konnte bei beiden Menschen lediglich der Tod festgestellt werden.

25. Juli 1930, 0,46 Uhr: Brand einer Schreinerei und Zigarrenfabrik in der Marienstraße. Die Berufsfeuerwehr löschte das Feuer in ½ Stunde mit 2 Rohren. Die Schreinerei ist vollständig ausgebrannt, da sie bereits bei Ankunft der Berufsfeuerwehr in hellen Flammen stand. Die durch lose gelagerten Tabak entstandene Rauchentwicklung gestaltete die Aufräumungsarbeiten äußerst schwierig.

4. August 1930, 22.15 Uhr: Explosion in der Autoreparaturwerkstätte Dahlhofer und Hummel. Die vermutlich durch Fahrlässigkeit verursachte Explosion entfachte ein großes Feuer, das in dem zahlreich gelagerten Benzin und Öl und den untergestellten Kraftwagen reichliche Nahrung fand; das Feuer wurde von der Berufsfeuerwehr mit 9 Rohren in 3½stündiger Tätigkeit gelöscht. Die 2½ Stein starke Mauer der Werkstätte war durch die heftige Explosion auf die Straße geschleudert worden. Durch das auf die Straße geschleuderte Mauerwerk wurde ein des Wegs gehendes Ehepaar erschlagen.

4. November 1930, 21.55 Uhr: Sägewerk und Holzhandlung Kraft. Bei Eintreffen der Berufsfeuerwehr stand die Sägehalle in hellen Flammen. Das Feuer wurde in einstündiger Tätigkeit mit 12 Rohren auf seinen Herd beschränkt. Die Sägehalle wurde völlig zerstört, während ein Exhaustor, ein kleines Wohngebäude und ein Lagerschuppen erhalten blieben. Die Brandursache konnte wegen völliger Zerstörung der Sägehalle nicht festgestellt werden.

9. Dezember 1930, 5.34 Uhr: Brand im städt. Altersheim, Zähringerstraße Nr. 4/6. Das ausgedehnte Feuer im Erdgeschoß des Altersheims wurde von der Berufsfeuerwehr mit 2 Rohren gelöscht. Das durch einen Entlüftungsschacht, der durch alle Geschosse gehend im Dachgeschoß endigte, in das Dachgeschoß übertragene Feuer mußte mit einem weiteren Rohr bekämpft werden. Der als Lesesaal, Musikzimmer usw. dienende Raum im Erdgeschoß ist restlos ausgebrannt.

2. März 1931, 22.54 Uhr: Schadenfeuer in der verlängerten Wolfartsweierer Straße. Es brannte der Lagerschuppen für Furnier- und Sperrholz der Firma Heinrich Dürr. Das Feuer, das durch den Inhalt des Schuppens reichlich gespeist wurde, war nach einstündiger Tätigkeit der Berufsfeuerwehr unter Vornahme von 8 Rohren auf seinen Herd beschränkt. Als Brandursache wurde die verbotswidrige Unterstellung eines Kraftwagens in dem Holzschuppen festgestellt.

15. März 1931, 7.45 Uhr: Holzkohlenlagerbrand Dürr in der verlängerten Wolfartsweierer Straße. Der 1. Löschzug der Berufsfeuerwehr fand bei seinem Eintreffen den Lagerschuppen für Holzkohlen der Firma K. Dürr lebhaft brennend vor. Das Feuer war mit 6 Rohren nach 2½stündiger Tätigkeit gelöscht. Beim Ablöschen der im Innern des Schuppens glühenden Kohlenhaufen leisteten die zum ersten Male praktisch verwendeten Kohlenlöschrohre hervorragende Dienste. Als Brandursache wird böswillige Brandstiftung angenommen.

28. März 1931, 7.01 Uhr: Zigarrenfabrik Dörrmann in Rüppurr. Beim Eintreffen der Berufsfeuerwehr brannte der Heiz- und Trockenraum der Zigarrenfabrik Dörrmann in der Lange Straße Nr. 2. Das Feuer wurde in einstündiger Tätigkeit mit 3 Rohren auf seinen Herd beschränkt. Als Brandursache ist das Heißlaufen eines Maschinenlagers und die Entzündung des feinen Tabakstaubes anzunehmen.

Von den 156 Alarmen waren 123 Tagesalarme (6—22 Uhr), 33 Nachtalarme (22—6 Uhr).

94 Alarme wurden durch Reichsfernsprecher, 37 durch öffentliche Feuermelder, 12 durch die Zentrale im Rathaus, 7 durch die Polizeiwachen, 6 mündlich auf der Wache übermittelt.

Die im Laufe des Berichtsjahres vorgekommenen 86 Brände betrafen folgende Örtlichkeiten: 14 Wohnungen, 7 Keller, 1 Gartenhütte, 8 gewerbliche Betriebe, 3 Lagerräume, 4 Industriebetriebe, 1 Laden, 2 Büros, 4 Dachstöcke, 3 Balken, 3 Scheunen und Schuppen, 7 Autos, 17 Kamine, 1 Garage, 6 mal das Freie, 1 Waldbrand, 4 Sonstiges, insgesamt 86.

Die Entstehungsursache der Brände war zu suchen in Brandstiftung in 1, in fehlerhafter Feuerungsanlage in 3, in Fahrlässigkeit beim Kochen und Heizen in 5, in Fahrlässigkeit beim Umgang mit offenem Licht in 4, in Fahrlässigkeit beim Hantieren mit feuergefährlichen Stoffen in 2, in allgemeiner Fahrlässig-



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

keit in 6, in Spielen mit Streichhölzern in 1, in Aufbewahrung von Brennmaterial in der Nähe von Feuerstätten in 2, in Funkenflug in 2, in elektrischen Apparaten in 1, in fehlerhafter Bauanlage in 7, in Überkochen von Teerkesseln in 3, in fehlerhafter Betriebsanlage in 2, in Vergaserbränden in 7, in Selbstentzündung in 1, in Fahrlässigkeit beim Rauchen in 6 Fällen, in Fahrlässigkeit durch Kinder in 1 Fall.

Durch den Betrieb entstanden 1 Schweißflamme, 17 Kaminbrände. Nicht ermittelt wurde die Ursache in 13 Fällen, in einem Fall war die Brandursache auf Ausfluß von Säure zurückzuführen.

Die 38 Hilfeleistungen betrafen: Abschleppen von Kraftwagen 4, Beseitigung von Verkehrshindernissen 4, Beseitigung umgestürzter Bäume 12, Beseitigung von Dachschäden 1, Gase im Brunnenschacht 1, Gasherdexplosion 1, Luftschifflandung 1, Pferdeheben 3, Befreiung von Tieren aus Notlage 1, Saugen 9 Fälle, Sonstiges 1 Fall.

Krankentransporte wurden im Berichtsjahr durch die Berufsfeuerwehr insgesamt 2594 ausgeführt, d. s. pro Tag 7,1. Die Krankenwagen legten insgesamt 27 804 km zurück. Die durchschnittliche Kilometerzahl betrug je Fahrt 11 km. Von den 2594 Transporten waren 202 auswärtige mit 7701 km, also je Fahrt 38,1 km im Durchschnitt. Die Beschaffung von Krankenwagen durch die Nachbarstädte Rastatt, Ettlingen, Durlach, Bretten usw. hat die Bestellung der hiesigen Krankenwagen nachteilig beeinflußt.

In den Krankentransportgebühren trat keine Änderung ein; bis 50 km wurden 1 *RM* je km, von 51 bis 100 km 0,80 *RM* je km, für jeden weiteren abgefahrenen km 0,60 *RM* berechnet.

Die stadteigenen Personenwagen legten in der Zeit vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 insgesamt 35 402 km zurück. Die Kosten dieses Betriebes wurden, wie im Vorjahr, auf die die Personenwagen benützen städtischen Dienststellen anteilsmäßig umgelegt.

### b. Freiwillige Feuerwehr.

#### Vorortfeuerwehren.

Die Vorortfeuerwehren hatten einen Mitgliederstand von 90 Mann in Bulach, 182 Mann in Daxlanden, 78 Mann in Grünwinkel, 152 Mann in Mühlburg, 80 Mann in Rintheim und 140 Mann in Rüppurr, zusammen 722 Mann.

Diese freiwillige Vorortfeuerwehren sind dem städtischen Branddirektor unterstellt. Die Ausrüstung mit Geräten und Uniformen wird durch die Branddirektion vorgenommen. Übungen wurden regelmäßig abgehalten.

#### Freiwillige Feuerwehr Innenstadt.

Die Freiwillige Feuerwehr „Innenstadt", bestehend aus den 2 Abteilungen „Gaswerk-Ost" und „Innenstadt", hatte eine Stärke von zusammen 125 Mann. Die Alarmbereitschaft der 1. Abteilung („Gaswerk-Ost") beträgt im Höchstfall 15 Minuten.

Im Berichtsjahr haben mit der Abteilung „Gaswerk-Ost" insgesamt 40 Übungen, mit der Abteilung „Innenstadt" zusammen 70 Übungen stattgefunden.

Die Abteilungen „Gaswerk-Ost" und „Innenstadt" sind im Berichtsjahr vollständig eingekleidet worden, d. h. es besitzt jeder Wehrmann eine komplette Ausrüstung, bestehend in Rock, Tuchhose, 1 Paar Langschäfte, Helm, Gurt und Beil.

Für die Führer der Wehren finden allmonatlich Führerbesprechungen an der Hauptfeuerwache statt.

Die Berufsfeuerwehr verursachte im Wirtschaftsjahr 1930 Ausgaben in Höhe von 307 088,39 *RM*, die Freiwillige Feuerwehr solche in Höhe von 17 378,91 *RM*, die Feuermeldeanlage in Höhe von 24 429,56 *RM*. An Einnahmen durch Ersatzleistungen waren 85 631,16 *RM* zu verzeichnen, sodaß der der Stadt zur Last bleibende Gesamtaufwand für das Feuerlöschwesen (Berufsfeuerwehr, Freiwillige Feuerwehr und Feuermeldeanlagen) 263 265,70 *RM* betrug. Für die Krankentransport- und Dienstkraftwagen entstanden an Ausgaben 52 604,34 *RM*, denen an Einnahmen 60 838,96 *RM* gegenüberstanden.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## 17. Bestattungswesen und Friedhöfe.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden in Karlsruhe und Vororten 1630 Bestattungen vorgenommen und zwar 1415 Erdbestattungen und 215 Feuerbestattungen. Außerdem sind noch 32 von auswärts übersandte Aschen hier beigesetzt worden.

Bestattet wurden 1374 Erwachsene im Alter von über 10 Jahren, 215 verstorbene Kinder unter 10 Jahren und 41 Totgeborene. Hiervon wurden 215 Erwachsene im Alter über 10 Jahren feuerbestattet.

Auf dem Karlsruher Hauptfriedhof wurden 911 Erwachsene über 10 Jahren, 165 Kinder unter 10 Jahren und 36 Totgeborene bestattet, ferner 215 Feuerbestattungen vorgenommen, insgesamt 1327 Bestattungen; auf dem Vorortfriedhof Beiertheim wurden 18 Erwachsene über 10 Jahren, 1 Kind unter 10 Jahren und 1 Totgeborenes, zusammen 20 Personen, beigesetzt, auf dem Vorortfriedhof Daxlanden wurden 42 Erwachsene über 10 Jahren und 13 Kinder unter 10 Jahren, zusammen 55 Verstorbene, auf dem Vorortfriedhof Grünwinkel 23 Erwachsene über 10 Jahren, 2 Kinder unter 10 Jahren und 1 Totgeborenes, zusammen 26 Personen bestattet, auf dem Vorortfriedhof Mühlburg wurden 98 Erwachsene über 10 Jahren, 24 Kinder unter 10 Jahren und 3 Totgeborene, zusammen 125 Personen beerdigt, auf dem Vorortfriedhof Rintheim 15 Erwachsene über 10 Jahren und 2 Kinder unter 10 Jahren, zusammen 17 Personen, auf dem Vorortfriedhof Rüppurr 40 Erwachsene über 10 Jahren und 6 Kinder unter 10 Jahren, zusammen 46 Verstorbene, auf dem Vorortfriedhof Bulach 12 Ewachsene über 10 Jahren und 2 Kinder unter 10 Jahren, zusammen 14 Verstorbene beigesetzt.

Von den Erdbestattungen fanden 293 in Rabattengrabstätten, 1122 in Reihengrabstätten statt. Von den Aschebestattungen wurden 53 in Rabattengrabstätten (Familiengräbern), 25 in Reihengrabstätten der allgemeinen Gräberfelder, 29 in Kaufgrabstätten in den besonderen Aschebestattungsanlagen, 20 in Aschereihengrabstätten des allgemeinen Aschegräberfeldes, 1 auf dem Israelitischen Friedhof vorgenommen; 14 Ascheurnen wurden den Angehörigen ausgehändigt, 70 Ascheurnen wurden nach auswärts gesandt, 2 Asche-überreste wurden auf dem Hauptfriedhof ausgestreut, in Aufbewahrung bei der Friedhofverwaltung blieb 1 Ascheüberrest.

In 667 Fällen (einschließlich Vororte) wurde gegen Aufzahlung ein besserer Sarg gewählt, während in den übrigen Fällen der kostenlose Sarg abgegeben worden ist.

Für die Ausschmückung der Trauerkapelle wurden insgesamt 3145 Pflanzen (in Kübeln) gestellt und 514 Kerzenleuchter verwendet. Orgel- und Harmoniumspiel wurde in 988 Fällen bestellt.

Am 31. März 1931 waren beim Bestattungswesen und den Friedhöfen 8 Beamte, 1 Aushelfer und 26 Arbeiter beschäftigt. Ferner waren in den Vororten Beiertheim, Bulach, Daxlanden, Grünwinkel und Rüppurr je ein Bestattungsordner (gleichzeitig als Totengräber) und 3 Bestattungsdiener, in Mühlburg 1 Bestattungsordner (gleichzeitig als Totengräber) und 4 Bestattungsdiener tätig.

An Ausgaben fielen 313 044,33 *RM* an, an Einnahmen 226 766,83 *RM*. Ein Zuschuß wurde benötigt in Höhe von 86 277,50 *RM* gegen 97 357 *RM* im Vorjahr.

## 18. Rebgut Istein.

Die Gutsverwaltung Istein hat die im Jahre 1927 begonnenen Verjüngungsarbeiten an den Rebanlagen auch im Berichtsjahre weitergeführt. Es wurden weitere 40 a neu angelegt. Im Ertrag standen wegen des durch die Verjüngungsarbeiten bedingten Ausfalls nur noch 2,5 ha. Das Weinerträgnis mit 195,19 hl kann den Verhältnissen entsprechend als gut bezeichnet werden. Der Wein wurde von der Regieweinkellerei zum Durchschnittspreis von 50 *Rpf* je Liter abgenommen.

Die Obstbaumanlage erfuhr eine Erweiterung um 260 Obstbäume verschiedener Art. Hierzu wurde eine 30 a große Fläche des sogenannten Weingartens, die für den Weinbau weniger geeignet ist, verwendet. Insgesamt sind nun 720 Obstbäume auf dem Gut, von denen 300 im Berichtsjahre im Ertrag standen, während die restlichen erst in den Jahren 1931, 1932 und 1933 tragbar werden. Durch besondere Pflege der Obstbäume (Bespritzen vor und nach der Blütezeit) und durch sachgemäße Düngung konnte trotz des allgemeinen schlechten Obstjahres annähernd die gleiche Einnahme aus dem Obstverkauf erzielt werden wie im letzten Jahre. Das Obst fand in der Hauptsache Abnahme auf den Basler Märkten.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zur Abdeckung eines bei der Fondskasse im Jahre 1924 aufgenommenen Darlehens leistete die Stadthauptkasse einen Zuschuß in Höhe von 2160 *RM*. Die Einnahmen des Jahres 1930 deckten im übrigen die Ausgaben. Es ist dies das erste Mal seit Wiedereinführung der festen Währung und darf deswegen besonders hervorgehoben werden.

## 19. Waldwirtschaft.

Der Stadtwald wurde im November 1930 von einem außerordentlichen Sturmschaden heimgesucht. Es fielen über 2000 fm Windfallholz an, deren Verwertung im Zeitpunkt der allgemeinen Baisse große Schwierigkeiten bereitete. Durch Ausformung von Handelssortimenten und rechtzeitige Verwertung gelang es, das Holz noch zu guten Marktpreisen zu verwerten, wie sich auch der Laubholzvorverkauf recht günstig für die Stadtkasse auswirkte.

Geschlagen wurden im Wirtschaftsjahr 1930 1423 fm Nutzholz, 2879 fm Brennderbholz, 648 fm Reisholz. Der Holzgelderlös betrug 37 422 *RM* für Nutzholz, im Durchschnitt 30,49 *RM* je fm, 31 689 *RM* für Brennderbholz, im Durchschnitt 11,01 *RM* je fm, 1050 *RM* für Reisholz (Schlagraum), im Durchschnitt 1,62 *RM* je fm. Die Nebennutzungen erbrachten 277 *RM*.

Für die Waldkultur wurden 7418 *RM*, für die Wegunterhaltung 3579 *RM*, für die Holzzurichtung 24 628 *RM*, für die Holzverwertung 162 *RM* verausgabt.

Insgesamt ergaben sich 70 438 *RM* Einnahmen und 35 787 *RM* Ausgaben der Waldwirtschaft.

Die Verwaltung der städtischen Waldungen war, wie bisher, dem Badischen Forstamt Karlsruhe übertragen. Für die Waldhut waren am 31. März 1931 2 Beamte und 1 probeweise Angestellter tätig.

## 20. Jagd und Fischerei.

Die jagdbare Fläche der Stadt hatte im Vorjahre durch die Eingemeindung von Bulach eine Vergrößerung um rund 372 ha erfahren. Der Pachtvertrag über diesen Jagdbezirk VII „Bulach" wurde bis zum Ablauf der übrigen Pachtverträge, den 31. Januar 1932, mit den bisherigen Jagdpächtern verlängert.

Zur Verwirklichung des für den Rheinpark Rappenwört wesentlichen Vogel- und Naturschutzes beschloß der Stadtrat, den bisherigen Jagdbezirk I „Rissnert" bei Rüppurr gegen den staatlichen Jagdbezirk „Kastenwört" südlich von Rappenwört nach Ablauf der Pachtzeit (31. I. 1932) zu tauschen. Aus dem gleichen Grund pachtete die Stadt den Distrikt „Aubügel" von der Gemeinde Forchheim für die Zeit vom 1. Februar 1931 bis 31. Januar 1938.

Der Erlös der städtischen Jagden betrug im Berichtsjahr 3034 *RM* gegenüber 3044 *RM* im Jahre 1929.

In den Fischereirechten der Stadt traten im Berichtsjahr keine Änderungen ein. Sie erbrachten eine Einnahme von 1279 *RM* gegen 1409 *RM* im Jahre vorher.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# VI. Schulen.

## A. Volksschulen.

### 1. Schulbetrieb.

Die Karlsruher Volksschule wurde zu Beginn des Schuljahres 1930/31 von 6892 Knaben in 173 Klassen und von 6942 Mädchen in 176 Klassen, zusammen von 13 834 Schulkindern in 349 Klassen besucht. In der Hilfsschule befanden sich am Anfang des Schuljahres 109 Knaben und 79 Mädchen, zusammen 188 Kinder in 12 Klassen. In der Schwerhörigen- und Sprachheilschule wurden zu Beginn des Schuljahres 80 Knaben und 49 Mädchen, zusammen 129 Schüler, in 7 Klassen unterrichtet. Insgesamt besuchten die Volksschule nebst Hilfsschule und Schwerhörigen- und Sprachheilschule zu Beginn des Schuljahres 7081 Knaben und 7070 Mädchen, zusammen 14 151 Schulkinder. Eingetreten sind im Laufe des Schuljahres in die Volksschule 802 Knaben und 713 Mädchen, ausgetreten 714 Knaben und 736 Mädchen, in die Hilfsschule eingetreten 16 Knaben und 11 Mädchen, ausgetreten 14 Knaben und 13 Mädchen, in die Schwerhörigen- und Sprachheilschule 3 Knaben und 6 Mädchen eingetreten, 6 Knaben und 5 Mädchen ausgetreten. Im Ende des Schuljahrs wurde die Volksschule von 6980 Knaben und 6919 Mädchen, die Hilfsschule von 111 Knaben und 77 Mädchen, die Schwerhörigen- und Sprachheilschule von 77 Knaben und 50 Mädchen, zusammen von 7168 Knaben und 7046 Mädchen oder 14 214 Schülern besucht.

Die Fortbildungsschule zählte zu Beginn des Schuljahres 659 Knaben in 32 Klassen und 1548 Mädchen in 94 Klassen. Im Laufe des Schuljahres traten 389 Knaben und 619 Mädchen ein, 353 Knaben und 698 Mädchen aus, sodaß die Fortbildungsschule am Ende des Schuljahres von 695 Knaben und 1471 Mädchen, zusammen von 2166 Schülern besucht wurde. Die Sophienschule (Frauenarbeitsschule) hatte zu Beginn des Schuljahres 326 Schülerinnen in 15 Klassen zu verzeichnen. Eingetreten sind 26 Schülerinnen, ausgetreten 85, sodaß am Ende des Schuljahres noch 267 Schülerinnen vorhanden waren. Sämtliche der Verwaltung der städtischen Volksschule unterstehenden Anstalten zusammen hatten am Ende des Schuljahrs 16 647 Schüler aufzuweisen. Hierbei sind jedoch die Schülerinnen der Fortbildungsschule, die gleichzeitig die Sophienschule besuchten, doppelt gezählt. Ihre Zahl betrug zu Beginn des Schuljahres 293, an dessen Ende 221.

Am Schluß des Schuljahres 1930/31 waren an der hiesigen Volksschule 28 Rektoren, 268 Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen, 3 Schulverwalter, 16 Hilfsschullehrer, Hilfsschullehrerinnen und Taubstummenlehrer, 59 Lehrer und Lehrerinnen, 2 Rektoren an der Fortbildungsschule, 32 Fortbildungsschullehrer und -lehrerinnen, 1 Turnlehrer, 55 Handarbeitslehrerinnen (mit 18 Sophienschullehrkräften), 21 Hilfslehrer und -lehrerinnen, zusammen 485 Lehrkräfte beschäftigt; davon waren 102 übergesetzlich, deren Besoldungsaufwand die Stadt tragen mußte.

Lernmittelfreiheit genossen im Schuljahr 1930/31 rund 8500 Volks- und Fortbildungsschüler mit einem Aufwand von 68 000 *RM*.

Die Horte in der Schillerschule, Uhlandschule und Mühlburgerschule waren durchschnittlich von je 40 Schülern besucht.

An Knaben wurden 37 549, an Mädchen 31 969 Schulbäder verabreicht.

Der Schulbetrieb war in seiner Organisation gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die Unterrichtung wurde in denselben Schulen und Schulgebäuden erteilt, lediglich die Gutenbergschule II erfuhr eine räumliche Erweiterung durch das Hinzumieten von Räumen in der früheren Dragonerkaserne, die am 7. Januar 1931 in Benützung genommen wurden. Die Verwaltung des Volksschulwesens in hiesiger Stadt oblag dem Stadtschulamt, bei dem am 31. März 1931 außer dem staatlichen Stadtoberschulrat und Stadtschulrat und 2 staatlichen Lehrersekretären einschließlich der Hausmeister 53 Beamte, 5 Angestellte im Sinne der Angestelltensatzung, 4 Aushelfer und 2 sonstige Angestellte beschäftigt waren.

Die übergesetzlichen Lehrkräfte erforderten im Schuljahr 1930/31 einen zu Lasten der Stadt gehenden Besoldungsaufwand von 651 157,58 *RM*. Für die 18 Lehrerinnen der Sophienschule, die als



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

städtische Privatschule betrachtet wird, entstand ein persönlicher Aufwand von 80 583,34 *RM*. Insgesamt verursachte das Volksschulwesen ohne die besonders zu behandelnde Stadtschularztstelle und Schulzahnklinik Ausgaben im Höhe von 2 076 143,05 *RM*. An Einnahmen fielen 85 530,97 *RM* an, sodaß ein Zuschuß der Stadt von 1 990 612,08 *RM* erforderlich wurde gegen 2 077 562,11 *RM* im Vorjahr.

## 2. Schulgesundheitspflege.

### a. Stadtschularztstelle.

Trotz der wirtschaftlichen Not, welche das ganze Berichtsjahr in verschärftem Maße zu verzeichnen war, bot die Schuljugend auch im abgelaufenen Schuljahr in Ernährung, Bekleidung, Reinlichkeit und allgemeiner Gesundheit kein schlechtes Aussehen.

Die Reihenuntersuchungen fanden, wie im Vorjahre, im Hause Steinstraße Nr. 20 statt, wohin jetzt auch die übrigen Diensträume der Stadtschularztstelle verlegt worden sind. Unterzogen wurden den Untersuchungen wieder die sämtlichen acht Jahrgänge der Volksschule und der 2. Jahrgang der Fortbildungsschule, und zwar in der Volksschule 6876 Knaben und 6794 Mädchen, zusammen 13 670 Schüler, in der Fortbildungsschule 212 Knaben und 500 Mädchen, zusammen 712 Schüler, in der Volksschule und in der Fortbildungsschule zusammen 14 382 Schüler. 2144 Schulanfänger wurden im ersten Vierteljahr des Schuljahres untersucht.

Anläßlich der Reihenuntersuchungen wurden auch die Harne sämtlicher Kinder begutachtet. Bei 441 Kindern, also bei 3,1 v. H., konnte Eiweißabsonderung festgestellt werden (Albuminurie).

Auch wurden bei den Reihenuntersuchungen von jedem Kind die Körpergröße und das Körpergewicht festgestellt. Die Ergebnisse wurden, wie in allen früheren Jahren, vom städt. statistischen Amt wissenschaftlich bearbeitet. Es hat sich dabei auch dieses Jahr wieder ergeben, daß Durchschnittsgröße und Durchschnittsgewicht bei Knaben und bei Mädchen gegenüber dem Vorjahr sich verbessert haben und zwar die Durchschnittsgröße bei Knaben um 0,51 (1929/30: 0,1) cm, bei Mädchen um 0,61 (1929/30: 0,2) cm, das Durchschnittsgewicht bei Knaben um 0,43 (1929/30: 0,2) kg, bei Mädchen um 0,56 (1929/30: 0,2) kg.

In die Hilfsschule mußten im Berichtsjahr 26 Schüler wegen angeborener oder erworbener Geistesschwäche überführt werden. Vom Schulbesuche um 1 Jahr zurückgestellt wurden 77 Kinder, davon 59 wegen allgemeiner Schwächlichkeit, 13 wegen Krankheiten oder krankhaften Veranlagungen, 2 wegen körperlicher Gebrechen, 3 wegen geistiger Defekte.

In die Erholungs- und Heilstättenfürsorge wurden 1170 Kinder eingewiesen und zwar nach Donaueschingen (Karlsruher Kindersolbad) 799 Kinder, nach Friedenweiler (Kindererholungsheim) 160 Kinder, nach Steinabad (Kindererholungsheim) 210 Kinder, nach Dürrheim (Heilstätte und Solbad des Badischen Frauenvereins) 1 Kind.

Von den zur Schülerkapelle angemeldeten 87 Schülern wurden nur 27 für tauglich erachtet. 60 Schüler mußten also zurückgewiesen werden.

Sprach- und hörgebrechliche Kinder werden nach dem Lehrplan der Normalschule in abgesonderten Klassen von besonders ausgebildeten Lehrern unterrichtet. Mit der ärztlichen Untersuchung der dieser Schulgattung zuzuführenden Kinder war auch im Berichtsjahr wieder Facharzt Dr. Eschle betraut. Auch lag ihm die ärztliche Überwachung der sprachgebrechlichen und schwerhörigen Schulkinder ob.

Die schulärztliche Sprechstunde wurde von 8385 (im Vorjahre 8037) Kindern beansprucht, darunter waren 2384 Nachuntersuchungen. 7011 Kinder erschienen in Begleitung der Eltern oder deren Stellvertreter. Durch die Lehrer wurden 379 Knaben und 496 Mädchen, zusammen 875 Kinder (im Vorjahre 954) eingewiesen; die übrigen 3858 Knaben und 3452 Mädchen, zusammen 7310 Kinder, waren teilweise einbestellt, teils auf eigenen Antrieb der Eltern gekommen.

Aus der Fortbildungsschule wurde die schulärztliche Sprechstunde von 22 Knaben und 94 Mädchen, zusammen von 116 Fortbildungsschülern, aufgesucht.

Aus den höheren Schulen besuchten im Berichtsjahre 131 Knaben und 131 Mädchen, zusammen 262 Schüler, die schulärztliche Sprechstunde.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

In den Sprechstunden wie auch bei den Reihenuntersuchungen wurden von den Schulärzten 16 683 Krankheitsfälle bei Knaben der Volksschule, 16 431 Krankheitsfälle bei Mädchen der Volksschule, zusammen 33 114 Krankheitsfälle in der Volksschule, 400 Krankheitsfälle bei Knaben der Fortbildungsschule, 1232 Krankheitsfälle bei Mädchen der Fortbildungsschule, zusammen 1632 Krankheitsfälle in der Fortbildungsschule, in der Volks- und Fortbildungsschule zusammen 34 746 Krankheitsfälle festgestellt.

Die vorbeugende Kropfbehandlung wurde, wie in früheren Jahren, in der ganzen Volksschule durchgeführt. Es wurden ihr nur solche Kinder unterzogen, welche vom Schularzt dazu ausgesucht und von ihren Eltern zugelassen waren. Jede Woche einmal bekamen die Schüler eine Tablette „Alival" (enthaltend 0,0008 Gramm Jod).

Das seit der Einführung dieser vorbeugenden Kropfbehandlung beobachtete Zurückgehen des Kropfes in der Karlsruher Volksschule, besonders in seinen höheren Stärken, hat auch im Berichtsjahr angehalten. Die höheren Kropfstärken, welche früher oft beobachtet wurden, sind so gut wie vollständig verschwunden.

Mit Kinderseuchen ist das Berichtsjahr durch ausgesprochene Epidemien an Diphterie und Scharlach und durch ein verhältnismäßig starkes Auftreten der spinalen Kinderlähmung belastet gewesen. Hierbei hat sich als ein Mangel in der Organisation erwiesen, daß die Stadtschularztstelle nicht auch in den höheren Schulen und in den Kindergärten eine Aufsicht über die wieder zum Unterricht zuzulassenden Schüler ausüben kann.

Im Schuljahr 1930/31 wurden durch das Bezirksamt Karlsruhe 63 Scharlacherkrankungen und 94 Diphtherieerkrankungen, 4 frische Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung, 1 Erkrankung an Genickstarre und 1 Erkrankung an Typhus von Volksschülern der Stadtschularztstelle mitgeteilt.

Die Zahl der Kinder, die einer regelmäßigen Überwachung bedurften, betrug im Berichtsjahr 346. Kinder mit Rückenschwäche bezw. Haltungsfehlern wurden auch im Berichtsjahr einem Sonderturnen zugeführt, welches unter der fachärztlichen Aufsicht des Professors Dr. Baisch stand. An den Sonderkursen nahmen 18 Knaben und 20 Mädchen teil. Die Ergebnisse waren befriedigend.

Kopfreinigungen mußten im Berichtsjahr 1572 (im Vorjahre 1814) vorgenommen werden. Eine Änderung im Betriebe der Kopfklinik gegenüber dem Vorjahre ist nicht eingetreten. Bei Vernachlässigungen der Kinder durch die Eltern genügte im allgemeinen die das Elternhaus beeinflussende Tätigkeit der Schulschwester. Immerhin bleibt die beachtenswerte Tatsache bestehen, daß es stets dieselben Familien sind, welche dauernde Läuseinfektionsherde für die Schule und somit auch für die ganze Stadt bilden, und es muß betont werden, daß mit geringen Ausnahmen nicht Armut und Wohnungsnot, sondern Trägheit und Nachlässigkeit gewissenloser Eltern die hauptsächlichste Ursache der Läuseplage sind. Die zwangsweise Vorführung verlauster Kinder in die Kopfklinik mußte nur in 9 Fällen durchgeführt werden.

Vom Ev. Jugend- und Wohlfahrtsamt, vom katholischen Caritasverband, von der Arbeiterwohlfahrt und vom israelitischen Wohlfahrtsbund wurden solche Kinder einer örtlichen Erholungsfürsorge im Hardtwald während der großen Ferien zugeführt, welche von der Stadtschularztstelle als besonders hierfür geeignet bezeichnet worden waren. So waren beim ev. Jugend- und Wohlfahrtsamt 550 Kinder, beim Caritasverband 760, bei der Arbeiterwohlfahrt 373 und beim isr. Wohlfahrtsbund 24 Kinder untergebracht.

Unter diesen 1707 Kindern befanden sich 263, welche nicht aus gesundheitlichen, sondern aus sozialen Gründen (große Kinderzahl bei geringem Einkommen u. dergl.) zur örtlichen Erholung zugelassen wurden.

An schwächliche und kränkliche Kinder, insbesondere an solche, in deren Familien die wirtschaftlichen Verhältnisse schwierig sind, wurden insgesamt 104 955 Milchfrühstücke verabreicht.

Alle tuberkulös verdächtigen Kinder wurden, wie in den Vorjahren, der Tuberkulose-Fürsorgestelle überwiesen. Die Einweisungen von Kindern in die Lungenheilstätten wurden restlos von der Tuberkulose-Fürsorgestelle vollzogen.

Diejenigen Kindergärten, welche von der Stadt eine finanzielle Unterstützung erhielten, unterstanden auch im Berichtsjahr der hygienischen Beaufsichtigung der Stadtschularztstelle. Auch im abgelaufenen Schuljahr wurden mit dem Jugendamt viele gemeinsame Angelegenheiten erledigt.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Auf Antrag des Stadtjugendamts wurden 191 männliche und weibliche Fürsorgezöglinge gemäß § 40 Vollzugsverordnung des Jugendwohlfahrtsgesetzes auf ihren Gesundheitszustand untersucht. In 66 Fällen wurden sonstige Berichte und Gutachten für das Stadtjugendamt erstattet.

Am 30. Juni 1930 trat der II. Schularzt, Stadt-Medizinalrat Dr. Reis, aus dem städt. Dienste aus. Die II. Schularztstelle wurde vorläufig nicht besetzt. Auf Beschluß des Stadtrates wurde Stadt-Obermedizinalrat Dr. Geißler und die Fürsorgeärztin Dr. Klostermann zur Dienstleistung bei der Stadtschularztstelle angewiesen.

Die Stadtschularztstelle war am 31. März 1931 mit 1 Stadtobermedizinalrat, 2 Verwaltungsbeamten, 1 Schulschwester, 2 Helferinnen, 1 Schwester vom Badischen Frauenverein und 1 Hausmeister besetzt. Ihre Ausgaben betrugen im Berichtsjahr 54 619,39 *RM* gegen 50 009,74 *RM* im Vorjahr.

### b. Schulzahnklinik.

In die planmäßige Überwachung der Zahnpflege wurden die 6., 7. und 8. Klassen der Volksschulen einbezogen. Untersucht wurden 2208 Schüler, von denen rund 90 v. H. behandlungsbedürftig waren. Behandelt wurden 1783 Schüler. Die vorgenommenen Handlungen betrafen 2208 Munduntersuchungen, 783 Konsultationen, 423 Nervbehandlungen, 1621 Wurzelbehandlungen, 727 Wurzelfüllungen, 35 Unterlagen, 1230 Verschlüsse, 792 Zahnfüllungen (Plomben), 1688 örtliche Betäubungen, 697 gezogene bleibende Zähne bzw. Wurzeln, 1611 gezogene Milchzähne bzw. Wurzeln, 8 Sitzungen zur Zahnregulierung, 179 Zahntrennungen, 24 Zahnsteinentfernungen, 6 kleinere operative Eingriffe, 1825 sonstige Behandlungen, zusammen 13 857 Handlungen.

Die Schulzahnklinik war besetzt mit einem Schulzahnarzt und einer Schwester des Badischen Frauenvereins. Der Aufwand betrug 15 911,70 *RM* gegen 15 805,73 *RM* im Vorjahr.

## B. Höhere Lehranstalten.

In der Zahl und der Organisation der Höheren Lehranstalten hiesiger Stadt traten im Berichtsjahr keine Änderungen ein. Es waren vorhanden an Anstalten für Knaben die Realgymnasien Goetheschule und Humboldtschule und die Oberrealschulen Helmholtzschule und Kantschule, an Anstalten für Mädchen die Mädchenrealschule Lessingschule mit Mädchengymnasium nebst realgymnasialen Abteilungen, die Mädchenrealschule mit Mädchenoberrealschule Fichteschule und die Mädchenrealschule Freiligrathschule.

### 1. Goetheschule.
(Realgymnasium).

Zu Beginn des Schuljahrs wurden 394 Schüler vom vorigen übernommen, 91 Schüler sind im Laufe des Schuljahrs eingetreten, 39 ausgetreten. Am Ende des Schuljahrs besuchten 446 Schüler, nur Knaben, in 17 Klassen die Anstalt.

Im volksschulpflichtigen Alter standen 212 Schüler der Klassen Sexta bis Obertertia. Die Oberprima wurde von 34 Schülern besucht, von denen sich 5 der Reifeprüfung in der Zeit vom 29. September bis 9. Oktober 1930 unterzogen; hierbei erhielten 3 das Reifezeugnis. Bei der ordentlichen Reifeprüfung in der Zeit vom 9. Februar bis 13. März 1931 erhielten 27 Schüler das Reifezeugnis, 3 Schüler wurden zurückgewiesen bzw. haben nicht bestanden.

Der seit Ostern 1924 stufenweise von Sexta an durchgeführte neue Lehrplan war bis Obersekunda in Anwendung, ab Unterprima galt noch der alte Lehrplan.

Der Lehrkörper umfaßte 1 Direktor, 21 Professoren, 2 Turnlehrer, 1 Zeichenlehrer, 1 Musiklehrer, 1 Lehramtsassessor, 1 nicht etatmäßigen Religionslehrer für evangelischen Religionsunterricht, 1 Anwärter für das künstlerische Lehramt im Zeichnen, 6 Lehramtsreferendare, 2 Anwärter für das künstlerische Lehramt, 3 Neben- und Hilfslehrer für israelitischen Religionsunterricht, 1 Nebenlehrer für altkatholischen Religionsunterricht.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Schulgeld betrug 200 *RM*. Schulgeldbefreiung wurde an 77 Schüler im Gesamtbetrag von 7816 *RM* gewährt. Die Goetheschule erforderte einen Zuschuß in Höhe von 130 861,40 *RM* gegen 163 423,24 *RM* im Vorjahr.

## 2. Humboldtschule.

(Realgymnasium).

Vom vorangehenden Schuljahr wurden zu Beginn des Schuljahres 1930/31 298 Schüler übernommen, eingetreten sind im Laufe des Schuljahres 96 Schüler, ausgetreten 24; am Ende des Schuljahrs besuchten 370 Schüler, nur Knaben, in 15 Klassen die Anstalt. Im volksschulpflichtigen Alter standen 154 Schüler der Klassen Sexta bis Untertertia. Die Oberprima wurde von 19 Schülern besucht, die sämtliche am Ende des Schuljahres das Reifezeugnis erhielten.

Der Lehrkörper bestand aus 1 Direktor, 19 Professoren, 2 Studienräten für Musik- und Zeichenunterricht, 1 Turnlehrer, 1 Lehramtsassessor, 1 Zeichenlehrkandidaten, 1 Lehrer, 4 Neben- und Hilfslehrern für den israelitischen Religionsunterricht.

Das Schulgeld betrug 200 *RM*. Schulgeldnachlaß erhielten 70 Schüler im Betrag von 6314 *RM*.

Die Humboldtschule benötigte einen Zuschuß von 115 891,39 *RM* gegen 138 773,89 *RM* im Vorjahr.

## 3. Helmholtzschule.

(Oberrealschule).

Zu Beginn des Schuljahrs 1930/31 zählte die Anstalt 544 Schüler, die vom vorigen Schuljahr übernommen wurden, neu eingetreten sind 10 Schüler, ausgetreten 41, sodaß am Ende des Schuljahrs 513 Schüler, nur Knaben, in 18 Klassen die Anstalt besuchten.

Volksschulpflichtig waren 331 Schüler der Klassen Sexta bis Obertertia. Die Oberprima zählte 24 Schüler, die sämtliche am Ende des Schuljahrs das Reifezeugnis erhielten.

Der Lehrkörper setzte sich aus 1 Direktor, 20 Professoren, 1 Zeichenlehrer, 1 Musiklehrer, 2 Turnlehrern, 1 Reallehrer, 4 Lehramtsassessoren, 1 Zeichenlehrkandidaten und 5 Lehramtsreferendaren zusammen.

Das Schulgeld betrug 200 *RM*. Schulgeldbefreiung wurde an 128 Schüler zum Gesamtbetrag von 10 383 *RM* bewilligt.

Der Stadt erwuchs ein ungedeckter Aufwand für die Helmholtzschule in Höhe von 113 225,47 *RM* gegen 152 949,16 *RM* im Vorjahr.

## 4. Kantschule.

(Oberrealschule).

Am Anfang des Schuljahrs 1930/31 zählte die Anstalt 393 Schüler, die vom vorhergehenden Schuljahr übernommen wurden; 98 Schüler traten im Laufe des Schuljahres ein, 34 aus. Am Ende des Schuljahrs hatte die Schule einen Besuch von 457 Schülern aufzuweisen in 18 Klassen. Im volksschulpflichtigen Alter standen 216 Schüler. Die Oberprima wurde von 31 Schülern besucht, von denen 28 am Ende des Schuljahrs die Reifeprüfung bestanden.

Als Lehrkörper waren 1 Direktor, 19 Professoren, 1 Musiklehrer, 1 Zeichenlehrer, 2 Turnlehrer, 4 Lehramtsassessoren, 6 Lehramtsreferendare und 2 Zeichenlehrkandidaten an der Anstalt tätig.

Das Schulgeld betrug 200 *RM*. 122 Schüler erhielten Schulgeldbefreiung im Gesamtbetrag von 10 403 *RM*. Die Kant-Oberrealschule bedingte 168 273,46 *RM* der Stadt zur Last bleibende Mehrausgaben gegen 247 005,31 *RM* im Vorjahr.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## 5. Lessingschule.

(Mädchenrealschule mit Mädchengymnasium und realgymn. Abteilungen).

In das Schuljahr 1930/31 wurden 525 Schülerinnen vom Vorjahr übernommen, neu aufgenommen wurden 153 Schülerinnen; die Gesamtzahl der Schülerinnen betrug 678, hiervon besuchten 422 die Mädchenrealschule, 256 das Gymnasium und Realgymnasium. Ausgetreten sind während des Schuljahrs 30 Schülerinnen, sodaß die Anstalt am Ende des Schuljahrs von 648 Schülerinnen in 24 Klassen besucht war. Im volksschulpflichtigen Alter standen 374 Schülerinnen. Von 36 Oberprimanerinnen erhielten 33 am Ende des Schuljahrs das Reifezeugnis, davon 17 im Gymnasium, 16 in der Realschulabteilung.

Der Lehrkörper umfaßte 1 Direktor, 16 Professoren, 4 Lehramtsassessoren, 1 Musiklehrer, 1 Zeichenlehrer, 10 Hauptlehrerinnen, 1 Handarbeitsinspektorin, 1 Turnlehrerin, 8 Nebenlehrer für Religionsunterricht, 1 Lehrerin.

Das Schulgeld betrug 200 *RM*. Schulgeldnachlaß wurde an 133 Schülerinnen im Gesamtbetrag von 14 116 *RM* gewährt. Die Lessingschule erforderte einen Zuschuß in Höhe von 128 775,12 *RM* gegen 145 705,09 *RM* im Vorjahr.

## 6. Fichteschule.

(Mädchenrealschule mit Mädchenoberrealschule).

Zu Beginn des Schuljahres 1930/31 zählte die Fichteschule 496 Schülerinnen, die vom Vorjahr übernommen worden waren; 215 Schülerinnen traten im Laufe des Schuljahrs neu ein. Austritte waren 50 zu verzeichnen, sodaß die Zahl der Schülerinnen am Ende des Schuljahres 661 in 23 Klassen betrug. Im volksschulpflichtigen Alter standen 240 Schülerinnen. Die Oberprima wurde von 22 Schülerinnen besucht, von denen 21 das Reifezeugnis erteilt werden konnte.

Im Laufe des Berichtsjahrs wurde die Einrichtung für den naturwissenschaftlichen Unterricht weiter vervollständigt. Das chemische Praktikum wurde zum ersten Mal in der Untersekunda der Mädchenoberrealschule durchgeführt. Im Lehrplan und in der Zahl der sonstigen Unterrichtsstunden trat keine Änderung ein.

Der Lehrkörper bestand aus 1 Direktor, 14 Professoren, 1 Reallehrer, 1 Zeichenlehrer, 8 Hauptlehrerinnen, 1 Handarbeitsinspektorin, 4 Lehramtsassessorinnen, 1 Handarbeitslehrerin, 1 Lehrerin, 1 Fortbildungsschullehrerin, 1 Musiklehrkandidaten, 6 Lehramtsreferendarinnen, 4 Zeichenlehrkandidaten, 11 Nebenlehrer für Religionsunterricht, 1 Ärztin und 1 Hauptlehrer als Nebenlehrer.

Das Schulgeld betrug 200 *RM*. Schulgeldnachlaß wurde an 96 Schülerinnen im Gesamtbetrag von 12 983 *RM* gewährt. Die Fichteschule erforderte einen Zuschuß in Höhe von 111 734,28 *RM* gegen 171 702,18 *RM* im Vorjahr.

## 7. Freiligrathschule.

(Mädchenrealschule).

Im Anfang des Schuljahrs wurden 195 Schülerinnen von dem vorhergehenden übernommen, neu eingetreten sind 61 Schülerinnen, ausgetreten sind 17 Schülerinnen. Am Ende des Schuljahres wurde die Anstalt von 239 Schülerinnen besucht, die sich auf 10 Klassen verteilten. Im volksschulpflichtigen Alter standen 175 Schülerinnen.

Dem Lehrkörper gehörten 1 Direktor, 4 Professoren, 1 Zeichenlehrerin, 5 Hauptlehrerinnen, 2 Handarbeitshauptlehrerinnen, 1 Lehramtsassessorin, 1 Musiklehrkandidat, 3 Nebenlehrer für Religionsunterricht und 1 Hauptlehrer als Nebenlehrer an.

Das Schulgeld betrug 200 *RM*. Schulgeldnachlaß wurde an 70 Schülerinnen im Gesamtbetrag von 8598 *RM* gewährt. Die Freiligrathschule benötigte einen Zuschuß von 48 123,44 *RM* gegen 51 961,52 *RM* im Vorjahr.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# C. Fachschulen.

## 1. Gewerbeschule.

Durch den außerordentlich umfangreich gewordenen Unterrichts- und Verwaltungsbetrieb sah sich das Ministerium des Kultus und Unterrichts veranlaßt, unterm 10. April 1930 auf Grund der §§ 15 und 38 der Verordnung des Staatsministeriums vom 18. April 1925 die Trennung der bisherigen Gewerbeschule in Karlsruhe in drei selbständige Gewerbeschulen mit selbständigen Direktoren zu bestimmen.

Die Gewerbeschule I umfaßte hauptsächlich die Fachgruppen der Stein und Holz verarbeitenden Gewerbe, z. B. der Maurer, Zementeure, Steinhauer, Zimmerleute, Bau- und Möbelschreiner, Wagner, Küfer u. ä., das Blechner- und Installateurgewerbe, das Maler- und Kaminfeger-, Ofensetzergewerbe und dergleichen. Außerdem wurden der Gewerbeschule I etwa in Betracht kommende Fachschulen mit Ganztagsunterricht (Höhere Gewerbeschulen) sowie Fachkurse und der Werkstattunterricht für die oben genannten Berufe unterstellt.

Mit der gesamten Leitung und Verwaltung der Gewerbeschule I wurde Direktor Karl Kuhn beauftragt.

Der Gewerbeschule II wurden hauptsächlich die Fachgruppen der metallverarbeitenden Gewerbe, z. B. Maschinenbauer, Elektrotechniker, Feinmechaniker, Optiker, Uhrmacher und dergleichen zugewiesen, Bauschlosser, Schmiede und dergl. nur dann, wenn die Schülerzahl der Gewerbeschule II wesentlich geringer war als jene der Gewerbeschule I. Daneben wurden der Gewerbeschule II etwa in Betracht kommende Fachschulen mit Ganztagsunterricht (Höhere Gewerbeschulen) sowie Fachkurse und der Werkstattunterricht für die oben genannten Berufe unterstellt.

Die gesamte Leitung und Verwaltung der Gewerbeschule II wurde dem Direktor Adolf Bender übertragen.

Die Gewerbeschule III erhielt die übrigen Fachgruppen zugewiesen, hauptsächlich die schmückenden Gewerbe ohne Maler, z. B. Bildhauer, Graveure, Keramiker, Photographen, Schriftsetzer, Buchdrucker, Buchbinder u. ä., das gesamte Bekleidungsgewerbe, Friseurgewerbe, Ausstattungsgewerbe wie Polsterer, Sattler u. ä., dann Gärtner und dergl. Der Gewerbeschule III wurden ebenfalls etwa in Betracht kommende Fachschulen mit Ganztagsunterricht (Höhere Gewerbeschulen) sowie Fachkurse und der Werkstätteunterricht für die oben genannten Berufe zugeteilt.

Mit der gesamten Leitung und Verwaltung der Gewerbeschule III wurde Direktor August Zimmermann betraut.

Der Direktor jeder Anstalt hat die aus der unmittelbaren Leitung und aus der Einrichtung der Schule erwachsenden Geschäfte zu besorgen und die schulordnungsmäßigen Anordnungen für die Lehrkräfte gemäß der bestehenden Schulordnung sowie der Dienstweisung für Lehrer und Schulleiter zu treffen.

Die Behandlung der das Gewerbeschulwesen in Karlsruhe berührenden Angelegenheiten geschieht in gemeinsamen, kollegialen Besprechungen der drei Direktionen.

Die Lehrkräfte wurden nach Vorlage der Stundenpläne für das Schuljahr 1930/31 den einzelnen der 3 Schulen vom Ministerium zugewiesen.

Auch die Sekretariats- und Registraturgeschäfte der drei Anstalten wurden von nun an getrennt geführt.

Die Rechtsverhältnisse der Gewerbeschulen wurden durch den Erlaß einer Gemeindesatzung, die unterm 21. Oktober 1930 die Zustimmung des Bürgerausschusses fand, neu geregelt. Gleichzeitig wurde die bisherige Satzung der Gewerbeschule vom 24. Mai 1909, die in der Zwischenzeit veraltet war, aufgehoben.

Der persönliche Aufwand der gewerblichen Fachschulen wird zwischen Land und Stadt nach Maßgabe des § 28 des Steuerverteilungsgesetzes vom 7. Juli 1926 hälftig geteilt, der gesamte sachliche Aufwand ist von der Stadt Karlsruhe zu bestreiten.

Die Gewerbeschule I wurde zu Beginn des Schuljahres 1930/31 von 962 Schülern besucht. Im Laufe des Schuljahres traten 60 Schüler ein, 87 Schüler aus, sodaß sich am Schluß des Schuljahres ein Stand von 935 Schülern ergab.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Gewerbeschule II hatte zu Beginn des Schuljahres 1138 Schüler. Eintritte im Laufe des Schuljahrs waren 76, Austritte 114 zu verzeichnen; am Ende des Schuljahrs war ein Stand von 1100 Schülern vorhanden, darunter 3 weibliche.

Die Gewerbeschule III hatte zu Beginn des Schuljahrs 991 Schüler, darunter 332 weibliche. Eingetreten im Laufe des Schuljahrs sind 64 männliche und 58 weibliche, ausgetreten 58 männliche und 52 weibliche Schüler. Am Ende des Schuljahrs besuchten noch 665 männliche und 338 weibliche, zusammen 1003 Schüler die Anstalt.

Zusammen hatten die Gewerbeschulen am Ende des Schuljahres einen Besuch von 2697 männlichen und 341 weiblichen Schülern, insgesamt 3038 Personen.

Kurse der Ganztagsfachschulen wurden im Laufe des Schuljahres abgehalten an der Gewerbeschule I für Blechner und Installateure, die im I. Semester 29, im II. Semester 27 Teilnehmer aufzuweisen hatten, ferner die Malerfachschule mit 13 Besuchern im I., 25 Besuchern im II. Semester.

An der Gewerbeschule II fand ein Kurs der Ganztagsfachschule für Elektrotechnik statt, der im I. Semester von 25, im II. Semester von 18 Personen besucht wurde.

An der Gewerbeschule III wurde ein Ganztagsfachkurs der Bildhauerfachschule im I. Semester mit 19 Teilnehmern abgehalten.

Weiterbildungskurse fanden statt an der Gewerbeschule I für Gehilfen mit 26 Teilnehmern, 3 Kurse zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung mit 54 Teilnehmern, 2 theoretische Fachkurse mit 29 Teilnehmern. An der Gewerbeschule II wurde ein Weiterbildungskurs für Gehilfen mit 21 Teilnehmern, 1 Vorbereitungskurs zur Aufnahme in das Staatstechnikum mit 23 Teilnehmern, 1 technischer Zeichenkurs mit 17 Teilnehmern, 2 theoretische Fachkurse mit 36 Teilnehmern und 1 praktischer Fachkurs mit 13 Teilnehmern abgehalten. An der Gewerbeschule III wurden 3 Weiterbildungskurse für Gehilfen mit 80 Schülern, 3 Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung mit 84 Schülern und 2 Aufbaukurse für Buchdrucker mit 52 Schülern durchgeführt. Die Gesamtzahl der Weiterbildungskurse betrug 20 mit 452 Teilnehmern.

Der Lehrkörper nach dem Stand vom 1. Mai 1930 umfaßte 14 planmäßige Lehrer an der Gewerbeschule I, 17 an der Gewerbeschule II, 14 an der Gewerbeschule III; 15 außerplanmäßige Lehrer an der Gewerbeschule I, 8 an der Gewerbeschule II, 7 an der Gewerbeschule III; 3 Praktikanten ohne Lehrauftrag an der Gewerbeschule I, 4 an der Gewerbeschule II, 4 an der Gewerbeschule III; 2 Nebenlehrer für Religionsunterricht an der Gewerbeschule I, 7 an der Gewerbeschule II, 20 an der Gewerbeschule III, 4 Nebenlehrer für Werkstattunterricht an der Gewerbeschule I, 2 an der Gewerbeschule II, 8 an der Gewerbeschule III. Die Gesamtzahl der Lehrkräfte betrug 38 an der Gewerbeschule I, 38 an der Gewerbeschule II, 53 an der Gewerbeschule III.

Für die Gewerbeschulen leistete die Stadt im Wirtschaftsjahr 1930 einen Zuschuß in Höhe von 468 031,67 *RM* gegen 521 166 *RM* im Vorjahr.

## 2. Handelsschulen.

Gleichzeitig mit dem Erlaß einer neuen Satzung über die Gewerbeschulen wurden auch die Rechtsverhältnisse der Handelsschulen in hiesiger Stadt einer Neuregelung unter Aufhebung der bisherigen Bestimmungen der Satzung vom 14./26. November 1913 unterzogen. Hiernach werden in hiesiger Stadt die Handelsschule I und die Handelsschule II unterhalten. Ihnen angeschlossen ist je eine Höhere Handelsschule mit einjährigem und mit zweijährigem Lehrgang. Der Handelsschule I ist ferner ein Jahreskurs (einjährige Handelsschule) angegliedert. Kurse zur Weiterbildung von Gehilfen und Angestellten sowie von selbständigen Handelstreibenden werden an beiden Anstalten nach Bedarf eingerichtet. In die Handelsschule I mit Höherer Handelsschule werden nur Knaben, in die Handelsschule II mit Höherer Handelsschule nur Mädchen aufgenommen. In die einjährige Handelsschule I können auch Mädchen aufgenommen werden, solange eine einjährige Handelsschule an der Handelsschule II nicht errichtet ist.

Der persönliche Aufwand für sämtliche kaufmännischen Fachschulen der Stadt Karlsruhe wird zwischen Land und Stadt nach Maßgabe des § 28 des Steuerverteilungsgesetzes vom 7. Juli 1926 hälftig geteilt, der sachliche Aufwand geht ganz zu Lasten der Stadt.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Handelsschule I wurde zu Beginn des Schuljahres von 663 männlichen und 11 weiblichen, zusammen von 674 Schülern in der dreijährigen Abteilung, 20 männlichen und 16 weiblichen, zusammen 36 Schülern in der einjährigen Abteilung, von 131 männlichen und 52 weiblichen, zusammen 183 Schülern in der Höheren Handelsschule besucht. Insgesamt betrug die Schülerzahl der Handelsschule I 893 zu Beginn des Schuljahrs. Im Laufe desselben traten in der 3-jährigen Abteilung 89 männliche und 2 weibliche Schüler ein, 133 männliche und 3 weibliche Schüler aus, sodaß sich am Ende des Schuljahrs ein Stand von 619 männlichen und 10 weiblichen, zusammen von 629 Schülern ergab. In der einjährigen Abteilung waren 4 Eintritte männlicher und 1 Eintritt weiblicher Schüler, 7 Austritte männlicher und 1 Austritt weiblicher Schüler zu verzeichnen. Am Ende des Schuljahres wurde die einjährige Abteilung von 17 Knaben und 16 Mädchen, zusammen 33 Schülern besucht. In der Höheren Handelsschule fanden Eintritte von 10 Knaben und 1 Mädchen, Austritte von 16 Knaben und 1 Mädchen statt. Am Ende des Schuljahrs waren 125 Knaben und 52 Mädchen, zusammen 177 Schüler vorhanden. Alle 3 Abteilungen der Handelsschule I zusammen zählten am Ende des Schuljahrs 839 Schüler. Die Trennung der beiden Handelsschulen in eine solche für Knaben und Mädchen, wie sie in der Satzung vorgesehen ist, war im Berichtsjahr noch nicht restlos durchgeführt, da die früheren gemischten Klassen weitergeführt wurden.

Die allgemeinen Fachkurse der Handelsschule I wurden im ersten Tertial von 57 männlichen und 190 weiblichen, im II. Tertial von 62 männlichen und 117 weiblichen, im dritten Tertial von 39 männlichen und 94 weiblichen, zusammen von 559 Teilnehmern besucht. Die Fachkurse für Drogisten hatten einen Besuch von 16 männlichen Teilnehmern aufzuweisen, sodaß sich ein Gesamtbesuch der Fachkurse von 575 Personen ergab.

Der Abschlußprüfung der Höheren Handelsschule unterzogen sich 50 Schüler und 52 Schülerinnen. Bestanden wurde die Prüfung mit Ausnahme eines Schülers von sämtlichen Teilnehmern.

Die Handelsschule II hatte zu Beginn des Schuljahrs einen Stand von 937 Schülerinnen in der dreijährigen Abteilung und 195 Schülerinnen in der Höheren Handelsschule, zusammen von 1132 Schülerinnen. Im Laufe des Schuljahres traten 146 Schülerinnen der dreijährigen Abteilung ein, 202 aus, 6 Schülerinnen der Höheren Handelsschule ein und 10 aus, sodaß sich am Ende des Schuljahres ein Stand von 881 Schülerinnen in der dreijährigen Abteilung und von 191 Schülerinnen in der Höheren Handelsschule, zusammen von 1072 Schülerinnen ergab.

Die an der Handelsschule II durchgeführten Fachkurse wurden von 48 männlichen und 421 weiblichen, zusammen von 469 Personen besucht.

Am Schluß des Schuljahres unterzogen sich 50 Schülerinnen der einjährigen Abteilung und 46 Schülerinnen der zweijährigen Höheren Handelsschule der Abschlußprüfung. Sämtliche Teilnehmerinnen der einjährigen Abteilung bestanden die Abschlußprüfung. Von den 46 Schülerinnen der zweijährigen Höheren Handelsschule erhielten 22 Schülerinnen, die bei ihrem Eintritt die Reife der Obertertia besaßen, die mittlere Reife zuerkannt.

Der Lehrkörper der beiden Handelsschulen setzte sich zusammen aus je 1 Direktor, 12 Studienräten an der Handelsschule I, 8 Studienräten an der Handelsschule II, je 1 Professor, je 1 Handelslehrer, je 6 Handelsschulassessoren, 3 Handelsschulreferendaren an der Handelsschule I, 2 an der Handelsschule II, 1 Religionslehrer an der Handelsschule I, je 3 Fachlehrern, 2 Handelslehrkandidaten an der Handelsschule II, 1 Nebenlehrer an der Handelsschule I, 6 Nebenlehrern an der Handelsschule II.

Der Besuch der Pflichthandelsschule war, wie bisher, auch im Berichtsjahr kostenlos. Lediglich auswärtige Schüler hatten ein Schulgeld von 66 *RM* zu entrichten. Für den Besuch der Höheren Handelsschule wurde ein Schulgeld von 200 *RM* erhoben.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurde ein Zuschuß zu den Handelsschulen in Höhe von 190 564,42 *RM* erforderlich gegen 217 161 *RM* im Vorjahr.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# VII. Kunst, Wissenschaft, Stadtgeschichte, Volksbildung.

## 1. Verwaltungsbücherei und Archiv.

Die städtische Verwaltungsbücherei wurde Anfangs September 1930 von Zähringerstraße Nr. 100 nach Karl-Friedrichstraße Nr. 21 verlegt. Durch die Erweiterung der städtischen Rechnungsabhörbehörde, der die bisherigen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden mußten, war der Umzug bedingt. In der Organisation der Bücherei haben sich außer kleinen Personalverschiebungen keine Änderungen ergeben. Die allgemein bekannte schwierige Wirtschaftslage gebot auch hier größte Sparsamkeit. So mußten außer den Einsparungen bei den Personalausgaben auch die sachlichen Ausgaben stark gedrosselt werden. Es konnten daher nur die für den Dienstgebrauch unbedingt notwendigen Bücher beschafft werden, die Erwerbung größerer Werke mußte teilweise zurückgestellt, teilweise ganz unterlassen werden. Für Bücher wurde im Berichtsjahre der Betrag von rund 2300 *RM* und für Zeitschriften und Zeitungen der Betrag von rund 2800 *RM* verausgabt.

Die Geldknappheit machte sich auch bei den Erwerbungen von Kunstgegenständen allgemein bemerkbar. So konnten für die stadtgeschichtlichen Sammlungen nur Gegenstände für den Betrag von 492 *RM* beschafft werden. Die Zahl der städtischen Kunstwerke wurde um 51 (42 Gemälde, 2 Aquarelle, 6 Plastiken und 1 Radierung) vermehrt. Die Ausgaben hierfür betrugen 25 447 *RM*. Die im Jahre 1930 in der städtischen Ausstellungshalle veranstaltete Ausstellung „Das Badische Kunstschaffen" bot Anlaß zum Ankauf von 21 Gemälden und 3 Plastiken hiesiger und auswärtiger Künstler. Leider mußte in vielen Fällen mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage auf den Ankauf verschiedener Werke bedeutender Künstler verzichtet werden. In der Unterbringung sowohl der stadtgeschichtlichen Sammlungen als auch der übrigen Kunstwerke haben sich gegenüber den Berichtsjahren 1928 und 1929 keine Änderungen ergeben.

## 2. Volksbücherei und Lesehalle.

Die freie und ungehemmte Entfaltung der Volksbücherei und Lesehalle, wie sie im Interesse der Allgemeinheit notwendig gewesen wäre, wurde durch die herrschende Notlage stark beeinträchtigt. Die immer noch wachsende Inanspruchnahme der Bücherei entschied die Frage ihres Bedürfnisses unzweideutig.

In der Ausleihe, die sich in einem völlig ungenügenden Raum von 22,5 qm abwickelte, gingen während der fünfstündigen Ausleihezeit täglich 250—300 Personen ein und aus. Das Ausleiheverfahren war noch trotz einem Bücherumsatz von 234 000 Bänden dasselbe wie im ersten Betriebsjahr mit rund 65 000 Entleihungen. Es konnte nicht geändert werden, weil zur Durchführung entsprechender Maßnahmen die notwendigen Räumlichkeiten fehlten.

Die Ausleihe war im Wirtschaftsjahr 1930 insgesamt 1242 Stunden geöffnet. Entliehen wurden 116 091 Bände. Davon waren ca. 85 v. H. aus der schönen, die übrigen 15 v. H. aus der belehrenden Literatur. Der Gesamtbücherumsatz betrug 234 304 Bände (118 213 zurückgegebene Bände). An Lesern war ein Zuwachs von 928 zu verzeichnen, sodaß die Gesamtleserzahl am 1. April 1931 11 344 betrug. Der feste Leserkreis dürfte aus etwa 9000 Personen bestehen.

Auf 1. September 1930 trat eine Gebührenerhöhung für die Ausstellung einer Leihkarte auf 50 *Rpf* anstatt bisher 30 *Rpf* ein; für Erwerbslose, Fürsorgeempfänger u. ä. wurde der alte Satz von 30 *Rpf* beibehalten.

Um den Lesesaal der Benützung eines weiteren Personenkreises zu erschließen, wurde ab 1. Januar 1931 erstmalig der Versuch gemacht, den Lesesaal um eine Stunde länger offen zu halten. Die Erwartung, daß er nunmehr von jenen Lesern, denen ein Besuch während der bisherigen Öffnungszeit nicht möglich war, benützt würde, erwies sich jedoch als trügerisch, sodaß nach Schluß des Wirtschaftsjahres wieder die früheren Öffnungszeiten Platz griffen (15 bis 19 Uhr).

Ähnlich wie im Ausleihezimmer waren auch im Lesesaal die Raumverhältnisse gleich ungünstig. Zuweilen hielten sich darin bis zu 55 Personen auf, während er nur 34 Sitzplätze hat. Der Lesesaal wurde von 19 704 männlichen und 924 weiblichen = 20 628 Lesern besucht.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Um die in einer Bücherei angesammelten Bücherschätze richtig auszuschöpfen, ist die Zuhilfenahme der Kataloge erforderlich. Diese sollen dem Büchereibeamten, aber auch dem suchenden Leser nach jeder Richtung hin die Möglichkeit geben, sich rasch und eindeutig über das, was in der Bibliothek vorhanden ist, zu unterrichten, einmal über einen Verfasser (alphab. Katalog) oder über einen bestimmten Interessenkreis (Stoffkreiskatalog) oder über eine bestimmte Person oder Sache (Personen- und Schlagwortkatalog). Hier zeigen sich in der städtischen Bücherei noch ganz erhebliche Lücken, die aus Personalmangel vorderhand nicht ausgefüllt werden können. Den einzigen Katalog, den die Bücherei für das Publikum heute besitzt, ist der alphabetische Druckkatalog für schöne Literatur.

Die Bestände der Bücherei haben im Wirtschaftsjahr 1930 einen Zuwachs von 3017 Bänden erfahren, worunter sich auch eine Anzahl Schenkungen befindet. Trotz der Ungunst der Verhältnisse war erfreulicherweise festzustellen, daß auch solche Spender nicht fehlen, die die Anstalt regelmäßig bedenken.

Auf 1. Juli 1931 wurde Stadtbibliothekar Dr. Wilhelm Teichmann infolge Erreichung der Altersgrenze zur Ruhe gesetzt. Gestützt auf seine langjährigen Erfahrungen an der Stadtbücherei in Straßburg hat er sich um Einrichtung und Ausbau der Bücherei besonders verdient gemacht. Die bisher getrennten Ämter Volksbücherei und Lesehalle sowie Archiv, Sammlungen und Verwaltungsbücherei wurden nunmehr unter Leitung des Stadtarchivrats Dr. Erwin Vischer vereinigt. Die übrige Besetzung erfuhr insofern eine Änderung, als anstelle einer Angestellten ein Beamtenanwärter zugewiesen wurde.

Die städtische Bücherei und Lesehalle erforderte im Wirtschaftsjahr 1930 einen Zuschuß von 52 015 *RM* gegen 55 872,79 *RM* im Vorjahr.

## 3. Badisches Landestheater.

Mit Wirkung vom 1. April 1930 trat eine neue Vereinbarung zwischen dem Badischen Staat und der Landeshauptstadt Karlsruhe über den Betrieb des Badischen Landestheaters in Kraft. Hiernach wird das Badische Landestheater als Staatsanstalt auf gemeinschaftliche Rechnung des Badischen Staates und der Stadt Karlsruhe betrieben und gemeinsam verwaltet. Leitung und Verwaltung des Landestheaters obliegt dem aus je 7 Vertretern des Staats und der Stadt gebildeten Verwaltungsrat, dessen Vorsitzender der Minister des Kultus und Unterrichts ist. Sein Stellvertreter im Vorsitz wird von der Stadt Karlsruhe gestellt. Vom ungedeckten Betriebsaufwand übernimmt der Staat $^4/_{10}$ und die Stadt $^6/_{10}$.

Im Laufe des Spieljahres 1930/31 führte das Badische Landestheater 388 Vorstellungen auf. Hiervon waren 147 Opernaufführungen, 167 Schauspielaufführungen, 39 Vorstellungen im Konzerthaus, 15 auswärtige Gastspiele, 9 Sinfoniekonzerte, 6 Fastnachtscabaretvorstellungen, 2 Volkssinfoniekonzerte, 1 Wiener Abend, 1 Volkstümliches Konzert, 1 Gedenkfeier. Als Uraufführungen gingen über die Bühne im September 1930: „Mississippi" von Kaiser, im November 1930: „Liebesprobe" von Mozart, „Meine Schwester und ich" von Benatzky, „Lamm des Armen" von Stefan Zweig, im Dezember 1930: „Der große Christoph" von von der Trenck, im Mai 1931: „Don Juan" von Gluck (Ballet), als Erstaufführungen im September 1930: „Die Prinzessin und der Eintänzer" von Engel-Grünwald, im Oktober 1930: „Wann kommst Du wieder" von Maugham, „Advokat Patelin" von Brueys-Palaprat, „Bork" von Menzel, im Dezember 1930: „Die Sache, die sich Liebe nennt" von Burke, „Das fünfte Gebot" von van de Velde, im Januar 1931: „Leben des Orest" von Krenek, „Elisabeth von England" von Bruckner, „Konto X" von Bernauer-Oesterreicher, „Wie werde ich reich und glücklich" von Spolianskv, „Der Mann, den sein Gewissen trieb" von Rostand, im Februar 1931: „Sturm im Wasserglas" von Bruno Frank, im März 1931: „Der Mantel", „Schwester Angelika" von Puccini, „Sylvia kauft sich einen Mann" von Engel, „Meine Frau, das Fräulein" von Beutten, „Das Reich Gottes in Böhmen" von Werfel, im April 1931: „Viktoria und ihr Husar" von Abraham, „Der Hauptmann von Köpenick" von Zuckmayr, „Ursache" von L. Frank, im Mai 1931: „Die geliebte Stimme" von Weinberger, „Voruntersuchung" von Alsberg-Hesse, im Juni 1931: „Über allen Zauber Liebe" von Calderon-Schulz, „Ständchen bei Nacht" von Leo Lenz, im Juli 1931: „Vor Sonnenaufgang" von Hauptmann, „Schwengels" von Buch.

Besucht wurden die Aufführungen des Badischen Landestheaters im Spieljahr 1930/31 von 240 515 Personen.

Der Personalstand des Badischen Landestheaters betrug 285 Personen. Gemäß den mit dem Badischen Staat getroffenen Vereinbarungen mußte die Stadt Karlsruhe im Wirtschaftsjahr 1930 einen Zuschuß von 783 734 *RM* an das Badische Landestheater leisten gegen 641 932,93 *RM* im Vorjahr.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## 4. Badische Hochschule und Konservatorium für Musik.

Die Badische Hochschule und Konservatorium für Musik wurde im Schuljahr 1930/31 von 1005 Studierenden, und zwar 453 männlichen und 552 weiblichen, besucht. Von ihnen waren 238 Auswärtige, 767 Hiesige.

Der Unterricht umfaßte Gesang, Instrumentalfächer, Musiktheorie, musikwissenschaftliche und pädagogische Vorlesungen, Kapellmeisterausbildung, Gymnastik.

Von den einzelnen Studienfächern waren Klavier von 682, Orgel von 76, Harmonium von 4, Violine von 221, Viola von 5, Violoncello von 17, Kontrabaß von 3, Flöte von 5, Oboe von 5, Klarinette von 12, Saxophon von 4, Fagott von 33, Horn von 1, Trompete von 6, Posaune von 3, Schlagzeug von 1, Sologesang von 126, Italienische Sprache von 3, Englische Sprache von 5, Partiturspiel und Dirigentenstudium von 31, Musiktheorie und Komposition von 37 Studierenden belegt. Am Lehrgang 1929/31 des Musiklehrseminars für das künstlerische Musiklehramt an Höheren Lehranstalten und Fachschulen nahmen 9 Studierende, an dem für die Jahre 1930/32 insgesamt 16 Studierende teil.

Neu gegründet wurde im Berichtsjahr das Institut für katholische Kirchenmusik, das die Aufgabe hat, die gesamte praktische, theoretische und musikwissenschaftliche Ausbildung katholischer Priester, Organisten und Chorleiter sowie von Kirchenmusikfreunden im Sinne der kirchlichen Vorschriften zu pflegen.

Die an die Anstalt als selbständige Einrichtung angegliederte Singschule wurde im Schuljahr 1930/31 von 998 Schülern und Schülerinnen besucht; eine weitere Singschulabteilung wurde im September 1930 im Vorort Rüppurr eingerichtet.

Die Zahl der Lehrkräfte betrug 41 für die Hochschule, 26 für das Konservatorium und 10 für die Singschule.

Konzerte wurden veranstaltet: „Kammermusik-Abend" am 3. Mai 1930 im Konzertsaal der Hochschule, „Kirchenkonzert" am 9. Mai 1930 in der Evangelischen Stadtkirche, „Musikalische Morgenfeier" am 13. Juli 1930 in der Badischen Kunsthalle, „Neue katholische Kirchenmusik" am 1. November 1930 im kleinen Saal der städtischen Festhalle, „Konradin Kreutzer-Gedächtnisfeier" am 18. November 1930 im Konzertsaal der Hochschule, „Violinkonzertabend" am 1. Dezember 1930 im Konzertsaal der Hochschule, „Alte und Neue Weihnachtsmusik" am 14. Dezember 1930 im großen Saale der städtischen Festhalle.

Ferner fanden drei Konzerte von Studierenden statt. Die öffentlichen Prüfungskonzerte der Studierenden wurden in der Zeit vom 4.—27. März 1931 im Konzertsaal der Hochschule, in der Evangelischen Stadtkirche und im großen Saal der städtischen Festhalle abgehalten.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# VIII. Wohlfahrtspflege.

## 1. Fürsorgeamt einschließlich Altersheim, Kriegsfolgenfürsorge, Jugendfürsorge (Jugendamt), Kinder- und Säuglingsheim.

### a. Allgemeines.

Die verschärfte Wirtschaftskrise, die im Berichtsjahr auf allen Gebieten verspürbar wurde, machte sich in verstärktem Maße im Fürsorgewesen bemerkbar. Die Gesamtzahl der Fürsorgeempfänger ist wiederum erheblich gestiegen. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen hat sich im Berichtsjahr von 1238 zu Beginn des Jahres auf 3142 am 31. März 1931 erhöht. Dieses Anwachsen auf das über 2½fache kennzeichnet die gesamte wirtschaftliche Lage und macht ohne weiteres verständlich, daß der im Voranschlag vorgesehene Aufwand wesentlich überschritten werden mußte.

Auch die Zahl der vom Fürsorgeamt betreuten, nicht mehr erwerbsfähigen und noch nicht erwerbsfähigen Personen und Kinder ist, entsprechend der Verschlechterung der Wirtschaftslage, ganz bedeutend angewachsen. Kleinhandwerker, Kleingewerbetreibende und Angehörige der freien Berufe mußten sich in immer größerer Zahl an das Fürsorgeamt wenden, da sie ihren Lebensunterhalt aus dem Ertrag ihrer eigenen Arbeit nicht mehr bestreiten konnten. Insgesamt standen am Schluß des Berichtsjahres 12 008 Fälle in laufender Fürsorge gegenüber 10 020 im Vorjahr. Dies ergibt eine Steigerung von 1988 Fällen oder 19,8 v. H.

In der allgemeinen Fürsorge wurden im April 1930 3487, im März 1931 4464 laufende Fälle gezählt. Die gehobene Fürsorge hatte im April 1930 652 Kriegsbeschädigte, 469 Kriegshinterbliebene, 1981 Sozialrentner, 782 Kleinrentner und 2487 Minderjährige, zusammen 10 218 laufende Fälle zu betreuen. Im März 1931 standen 752 Kriegsbeschädigte, 436 Kriegshinterbliebene, 2129 Sozialrentner, 804 Kleinrentner und 3423 Minderjährige, zusammen 12 008 Fälle laufend in der gehobenen Fürsorge. Die Zunahme der Fälle in der allgemeinen Fürsorge im Laufe des Wirtschaftsjahres gegenüber dem Stand vom März 1930 betrug 961 = 27,4 v. H. Die Zahl der laufend unterstützten Kriegsbeschädigten nahm um 108 = 16,8 v. H. zu, die der Kriegshinterbliebenen um 45 = 9,4 v. H. ab, die der Sozialrentner um 416 = 24,3 v. H., die der Kleinrentner um 20 = 2,6 v. H., die der Minderjährigen um 528 = 15,4 v. H. zu. Am weitaus stärksten haben die Fälle der allgemeinen Fürsorge mit 27,4 v. H. infolge des Anwachsens der Wolfahrtserwerbslosen zugenommen, während bei der gehobenen Fürsorge die Steigerung im Durchschnitt nur 15,8 v. H. betrug.

Einmalige Unterstützungsfälle wurden im Wirtschaftsjahr 1930 in der allgemeinen Fürsorge 682, in der gehobenen Fürsorge 4133, zusammen 4815 gezählt gegen 15 235 im Vorjahr.

Entsprechend der vermehrten Zahl laufender Unterstützungsfälle war ein Ansteigen des Unterstützungsaufwandes nicht zu vermeiden. Dieser erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr in der allgemeinen Fürsorge von 2 518 786 *RM* auf 2 984 383 *RM*, in der Kriegsbeschädigtenfürsorge von 307 713 *RM* auf 413 314 *RM*, in der Sozialrentnerfürsorge von 1 015 949 *RM* auf 1 046 751 *RM*, zusammen um 602 000 *RM*. Ermäßigungen traten ein in der Kriegshinterbliebenenfürsorge von 176 923 *RM* auf 162 928 *RM*, in der Kleinrentnerfürsorge von 617 887 *RM* auf 579 531 *RM*, in der Jugendfürsorge von 988 432 *RM* auf 959 169 *RM*, zusammen um 81 614 *RM*.

Der Erhöhung der Zahl der laufenden Unterstützungsfälle in der allgemeinen Fürsorge um 27,4 v. H. steht eine Steigerung des Unterstützungsaufwandes um 18,5 v. H. gegenüber, während in der gehobenen Fürsorge sich gegenüber dem Mehr an laufenden Unterstützungsfällen von 15,8 v. H. nur ein um 1,8 v. H. gestiegener Unterstützungsaufwand ergibt. In der Allgemeinen und Gehobenen Fürsorge zusammen betrug der Unterstützungsaufwand 6 146 078 *RM* gegen 5 625 690 *RM* im Vorjahr. Trotz der Vermehrung der laufenden Unterstützungsfälle um 19,8 v. H., war es möglich, mit einem um 9,3 v. H. erhöhten Unterstützungsaufwand auszukommen.

Im Voranschlag für 1930 war an das Fürsorgeamt einschließlich Nebenanstalten ein Zuschuß in Höhe von 4 479 320 *RM* (ohne Arbeitsfürsorge) vorgesehen. Nach dem Rechnungsergebnis war jedoch ein Zuschuß von 5 268 732 *RM* erforderlich. Der Voranschlag wurde somit um 789 412 *RM* gegen 377 395 *RM* im Vorjahr überschritten.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Für die Arbeitsfürsorge entstand ein weiterer, durch Zuschußleistungen zu deckender Aufwand von 324 099 *RM*.

Zur Krisenfürsorge mußte die Stadt einen Beitrag von 238 026 *RM* leisten gegenüber 152 185 *RM* im Vorjahr.

Der Umsatz aller der Wohlfahrtskasse angeschlossenen Verrechnungen betrug 20 326 000 *RM*. Hiervon wurden 12 334 000 *RM* im bargeldlosen Verkehr und 7 992 000 *RM* in bar entrichtet. Barunterstützungen wurden an 115 000 Einzelempfänger im Betrage von insgesamt 3 996 000 *RM* an der Kasse ausbezahlt, im bargeldlosen Wege an 97 000 Einzelempfänger 6 167 000 *RM*.

Die verwaltungstechnische Gliederung des Amtes erfuhr im Berichtsjahr keine Veränderung. Als Abteilungen bestanden, wie bisher, die Direktion des Fürsorgeamts für Zentralaufgaben und Leitung, das Fürsorgeamt A für die allgemeine Fürsorge, das Fürsorgeamt K für die Kriegsfolgenfürsorge und das Fürsorgeamt J für die Jugendfürsorge. Die Zahl der Arbeitskräfte, die am 31. März 1930 124 Beamte und Angestellte einschließlich Anwärter betragen hatte, belief sich am 31. März 1931 auf 126 Beamte und Angestellte. Im Außendienst waren 13 Jugendfürsorgerinnen und 10 Fürsorger beschäftigt. Die Erhöhung des Personalstandes ist demnach, verglichen mit dem Steigen des Aufwandes und der Tätigkeit des Amtes, eine kaum merkliche. Es ist in erster Linie dem verständnisvollen Zusammenarbeiten der Beamten und Angestellten des Amtes zuzuschreiben, daß eine stärkere Vermehrung des Personals nicht notwendig war.

Der neben dem Fürsorgeamt zur Beratung und Entscheidung wichtiger Fürsorgeangelegenheiten gebildete Fürsorgeausschuß trat im Berichtsjahr einmal zur Beratung des Voranschlages zusammen.

Für die einzelnen Sondergebiete waren, wie bisher, der Arbeitsausschuß für das Fürsorgeamt A, der Arbeitsausschuß für die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, der Arbeitsausschuß für die Kleinrentnerfürsorge, der Arbeitsausschuß für die Sozialrentnerfürsorge, der Arbeitsausschuß für die Schwerbeschädigtenfürsorge (für den Vermittlungsbezirk Karlsruhe), der Jugendamtsausschuß und der Ausschuß für Gefährdetenfürsorge tätig.

### b. Zentralaufgaben.

Die Direktion des Fürsorgeamtes bearbeitete, wie auch in den früheren Berichtsjahren, alle die Wohlfahrtspflege allgemein betreffenden Angelegenheiten. Weiterhin oblagen ihr die Leitung des Außendienstes, die allgemeine Aufsicht über die städtischen Fürsorgeanstalten, die Führung der Statistik, die Dienstgeschäfte der Zentralauskunftsstelle, der Rechtsauskunftsstelle, der Arbeitsfürsorge, der Lagerverwaltung, die allgemeine Verwaltung von Stiftungen und Schenkungen sowie die Behandlung von Rechtsfragen.

Die Fürsorgerichtsätze wurden in unveränderter Höhe wie im Vorjahre beibehalten, nämlich in der allgemeinen Fürsorge für alleinstehende Personen mit 38 *RM*, für Ehepaare mit 51 *RM*, für jedes weitere unterstützungsbedürftige Familienmitglied mit 13 *RM*; in der gehobenen Fürsorge für alleinstehende Personen mit 48 *RM*, für Ehepaare mit 64 *RM*, für jedes weitere unterstützungsbedürftige Familienmitglied mit 16 *RM*.

Außer den Unterstützungssätzen wurden den Fürsorgeempfängern im Bedarfsfalle noch weitere Leistungen bewilligt, wie ärztliche Behandlung, Zahnbehandlung, Arzneien, Bäder und Krankenhauspflege. Zur Behebung besonderer Notlage wurden in zahlreichen Fällen Mietunterstützungen, sowie Kleider, Schuhe, Schuhreparaturen, Hausrat und Lebensmittel zuerkannt. Die unterernährten schulpflichtigen Kinder nahmen nach Vorschlag der Schule an dem Schülerfrühstück teil. Es wurden hierfür im Laufe des Berichtsjahres insgesamt 104 955 Portionen ausgegeben. Dem Grundsatz der individuellen Behandlung des Einzelfalles entsprechend wurden, wie schon bisher, arbeitsscheue, trunksüchtige, sittenlose und andere asoziale Fürsorgeempfänger auf die zum Leben unbedingt notwendige Unterstützung beschränkt. In der Trinkerfürsorge sowie in Fällen unzweckmäßig verbrauchter Geldunterstützung wurde reine Naturalverpflegung sowie geschlossene Fürsorge durchgeführt.

#### Rechtsauskunftsstelle.

Die Rechtsauskunftsstelle wurde im Berichtsjahr von 850 Besuchern in Anspruch genommen. Es wurden insgesamt 1034 Auskünfte erteilt, die hauptsächlich Mietsstreitigkeiten, Familien- und Erbrecht,



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Dienst- und Werkvertrag sowie Fragen aus dem Zivilprozeß- und Strafrecht sowie der sozialen Versicherung betrafen.

### Zentralauskunftsstelle.

Die Kartei über sämtliche beim Fürsorgeamt oder Jugendamt behandelten Fälle zählte am 31. März 1931 insgesamt 20 110 Namen. Abgemeldet wurden bis zum Ende des Wirtschaftsjahres 5770 Fälle, sodaß am 31. März 1931 beim Fürsorgeamt und Jugendamt noch 14 340 Fälle anhängig waren. In die ruhende Kartei der Zentralauskunftsstelle waren am Ende des Berichtsjahres 8606 Fälle aufgenommen.

An Auskünften wurden insgesamt 1979 auf Grund schriftlicher Ersuchen gegeben, von denen 397 für städtische Stellen und 1582 für hiesige und auswärtige Behörden, insbesondere auswärtige Fürsorgeverbände, bestimmt waren. Außerdem wurden 8211 Ersuchen nach Feststellung in der Kartei den zuständigen Abteilungen des Fürsorgeamts zugeleitet.

Als Prüfungsstelle für Minderbemittelte hatte die Zentralauskunftsstelle während des Berichtsjahres 4920 Bedürftigkeitsbescheinigungen zu erteilen.

### Vorzugsrentenstelle.

Bei der Vorzugsrentenstelle gingen im Berichtsjahr insgesamt 24 Neuanträge ein. Die Gesamtzahl der vorbereiteten Vorzugsrentenfälle betrug am 31. März 1931 1663 gegenüber 1639 im Vorjahr. Der Ausschuß für Vorzugsrenten Karlsruhe-Stadt hielt im Berichtsjahr 4 Sitzungen ab, in denen bei 22 Anträgen die Voraussetzungen zur Gewährung der Vorzugsrente anerkannt, in 2 Fällen dagegen verneint wurden. Unter den bewilligten Anträgen befanden sich 4 von Personen, die in öffentlicher Fürsorge standen.

### Lagerverwaltung.

Das Warenlager des Fürsorgeamts hatte am 1. April 1930 einen Wert von 18 200 *RM*. Im Laufe des Berichtsjahres wurden Waren im Betrag von 90 675,22 *RM* zugekauft. Abgegeben wurden Waren im Einkaufspreis von 92 727,51 *RM*, sodaß der Warenwert des Lagers am 31. März 1931 16 147,71 *RM* betrug. Verabfolgt wurden im Laufe des Berichtsjahres 4558 Kleidungsstücke, 5272 Wäschestücke, 5700 Paar Schuhwerk, 1033 Strang Wolle, 2590 m Anzug- und Kleiderstoffe, 8317 m Wäschestoffe.

### Arbeitsfürsorge.

Die Abteilung Arbeitsfürsorge wurde im Berichtsjahr wesentlich ausgebaut, um möglichst viele Arbeitsgelegenheiten zu schaffen.

An Fürsorgearbeiten wurden im Berichtsjahr die Ausschlammung des Stadtgartensees, die Herrichtung von Industriegelände bei der Hansa (Rheinhafen), Entwässerungsarbeiten auf der Rheininsel Rappenwört, die Verlegung eines Wassergrabens im Weiherfeld, Erdarbeiten für die Straßen um die Diakonissenanstalt in Rüppurr und die Auffüllung der Daxlander Hohle durchgeführt.

Bei diesen Arbeiten wurden vor allen Dingen solche Fürsorgeempfänger berücksichtigt, welche schon mehrere Jahre aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet waren und kinderreiche Familien zu ernähren haben.

Im Wege der Notstandsarbeit wurde die Albverlegung durchgeführt. Bei dieser Arbeit wurden mit Einverständnis des Landesarbeitsamtes 60 v. H. Arbeitslosen- bzw. Krisenunterstützungsempfänger und 40 v. H. Fürsorgeempfänger beschäftigt.

In Pflichtarbeit waren in den Monaten April bis mit Oktober durchschnittlich je 320 Personen genommen, die in der Regel auf 6 Wochen bei einer Arbeitsdauer von wöchentlich 16 Stunden beschäftigt wurden. In den Monaten November bis mit März wurde die Pflichtarbeit im Freien eingestellt. In dieser Zeit wurden monatlich durchschnittlich nur 80 Personen in gedeckten Räumen beschäftigt. Die Arbeitsstellen für Pflichtarbeit waren, wie im Vorjahr, in der Hauptsache das städtische Gartenamt (für Instandhaltung der Anlagen), das städtische Strandbad Rappenwört nebst den anschließenden Parkan-



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

lagen (zur Durchführung leichter Rodungsarbeiten und Verschönerung und Instandhaltung der Anlagen), die Vogelwarte auf der Insel Rappenwört (zur Verbesserung der Wege und Sicherung des Wildes vor Hochwasser sowie zur Schnakenbekämpfung), das städtische Tiefbauamt (zur Verbesserung der Straßen und Böschungen zum Strandbad und der Vogelwarte), der städtische Friedhof und das Krankenhaus (zur Reinigung der Wege) sowie die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle (zur Durchführung von Holzzerkleinerungsarbeiten, insbesondere für die in der Wandererherberge aufgenommenen Durchwanderer). Weiter wurden im Wege der Pflichtarbeit auch im Hardtwald und Fasanengarten von der Forstverwaltung Reinigungsarbeiten leichter einfacher Art vorgenommen.

Für die weiblichen Pflichtarbeiterinnen ist ein laufender Nähkurs durchgeführt worden, in dem neue Kleidungsstücke für das Lager des Fürsorgeamts angefertigt, außerdem getragene Kleidungsstücke instandgesetzt wurden.

Zugewiesen wurden an städtische Betriebe 1087 männliche und 84 weibliche Fürsorge- bzw. Pflichtarbeiter, an die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle 73 männliche und 179 weibliche Fürsorge- bzw. Pflichtarbeiter, an die Privatindustrie 159 männliche und 7 weibliche, zusammen 1319 männliche und 270 weibliche Fürsorge- bzw. Pflichtarbeiter. Wegen Nichtantritts oder grundloser vorzeitiger Beendigung der Arbeit mußten in diesem Jahr nur ungefähr ¼ der zur Pflichtarbeit bestimmten Personen gegen ⅓ im Vorjahr erneut zur Pflichtarbeit zugeteilt werden. Ausgeschieden aus der Unterstützung wurden wegen Nichterscheinens oder unbegründeter Niederlegung der Arbeit 174 männliche und 90 weibliche Fürsorgeempfänger.

### Gefährdetenfürsorge.

Der Ausschuß für Gefährdetenfürsorge hielt im Berichtsjahr 2 Sitzungen ab, in denen 36 Fälle behandelt wurden. Hiervon mußte die größte Zahl wieder der Gesundheitsbehörde zurückgegeben werden, weil sich die fürsorgerische Betreuung der Betreffenden von vornherein als aussichtslos erwies. Die inzwischen eingetretene weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage macht die Fürsorge für Gefährdete besonders schwierig, da ihnen Arbeit nicht zugewiesen werden kann.

### Ärztliche Betreuung und vertrauensärztliche Untersuchung.

Mit dem 1. April 1930 trat ein neuer, zwischen dem Fürsorgeamt und dem Verein Karlsruher Ärzte abgeschlossener Vertrag über die ärztliche Versorgung Hilfsbedürftiger in Kraft. In dem Vertrag wurde an Stelle der Vergütung der Einzelleistung des Arztes eine Pauschale für ein Vierteljahr (7,20 *RM* Höchstbetrag) vereinbart. Gleichzeitig wurde eine Begrenzung bei Vielgeschäftigkeit und besonders starkem Besuch von Fürsorgeempfängern festgesetzt. Vertrauensärztliche Überprüfung und Begutachtung hielt das Fürsorgeamt bei 5853 Personen für angebracht. Leistungen irgendwelcher Art (Kur- und Erholungsaufenthalte, Anstalts- und Krankenhauseinweisungen, Zahnersatz, orthopädische Schuhe und Apparate, sonstige Leistungen) wurden in 4261 Fällen befürwortet, in 1558 Fällen abgelehnt.

Krankenscheine wurden im Berichtsjahr 13 259 gegenüber 16 120 im Vorjahr angefordert.

Da um die Ausstellung von Krankenscheinen vielfach nur zwecks Erlangung einer höheren Unterstützung oder Befreiung von Pflicht- und Lohnarbeit nachgesucht wird, mußte in verdächtigen Fällen eine Nachuntersuchung auf Arbeitsfähigkeit vom Vertrauensarzt angeordnet werden. Untersucht wurden 974 Personen. Von diesen wurden 124 fähig für Arbeiten jeglicher Art, 137 fähig für leichte und mittelschwere Arbeiten, 47 fähig für Arbeiten im eigenen Haushalt, 259 fähig für weibliche Lohnarbeiten, 361 für schonungsbedürftig und 46 für arbeitsunfähig befunden.

### Fürsorge für Nerven- und Geisteskranke.

Der Beratungs- und Fürsorgestelle für Nerven- und Geisteskranke, deren Arbeitsgebiet im Berichtsjahr eine Erweiterung erfuhr, obliegt die Betreuung der mit Rauschgiftsüchten (Alkoholismus, Morphinismus, Cocainismus), psychopathischen Zuständen, geistigen Schwächezuständen und Geisteskrankheiten behafteten Personen, ferner die Erziehungsberatung, die Eheberatung und die Beratung bei Selbstmordversuchen. Die Sprechstunden der Fürsorgestelle hatten im Berichtsjahr etwa 3000 Besucher aufzuweisen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Von der Möglichkeit, Krüppelkranke auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen, wurde auffallend wenig Gebrauch gemacht.

Rauschgiftkranke standen 1968 in Fürsorge. Zugänge waren 129 zu verzeichnen, davon 120 männliche und 9 weibliche. An Enthaltsamkeitsvereine wurden 45, in geschlossene Anstalten 40 Personen überwiesen. Verwarnungen mußten in 38 Fällen ausgesprochen werden. Anträge auf Entmündigung wurden insgesamt 24 gestellt. Vorläufige Vormundschaft wurde in 12 Fällen angeordnet. Aus der Fürsorge konnten als geheilt oder wesentlich gebessert 50 Personen entlassen werden.

In der Beratung und Fürsorge für Psychopathen, Schwachbegabte und Geisteskranke wurden folgende Krankheitsformen ermittelt: Psychopathische Konstitution 41, Debilität 41, Imbecilität 40, Idiotie 25, Neurasthenie 9, Hysterie 2, Epilepsie 13, Alkoholpsychose 8, manisch-depressives Irresein 1, Melancholie 4, Dementia paranoides 12, Dementia paralytica 1, Dementia senilis 3, Dementia traumatica 1, Commotio cerebri 1, Fractura cranii 1.

Bei den insgesamt 203 Fällen handelte es sich um 108 männliche und 95 weibliche Personen; 75 Fälle betrafen Erwachsene, 32 Fälle Jugendliche und 96 Fälle Kinder; Trunksucht der Eltern war nur bei 33 Personen nachzuweisen.

Die Eheberatung stand vor der schwierigen Aufgabe, unter Berücksichtigung etwaiger erblicher Belastung eugenische Bedenken einerseits auf das richtige Maß zurückzuführen und andererseits Schädigungen zu verhüten, die durch Entartungsvorgänge der Nachkommenschaft entstehen können. Aber auch Schwierigkeiten des ehelichen Lebens, bedingt durch krankhafte Störung eines oder beider Ehegatten, forderten oft genug eingehende Prüfung der Verhältnisse, um die Familie in sachgemäßer Weise zu beraten.

Neu aufgenommen wurde im Berichtsjahr die Beratung bei Selbstmordfällen. Soweit den städtischen Dienststellen Selbstmordversuche bekannt werden, tritt die Fürsorge in Tätigkeit, sofern nicht die Hilfe ausdrücklich abgelehnt wird. In den meisten Fällen wurde von dem Anerbieten dankbar Gebrauch gemacht. Mindestens 70 v. H. aller Selbstmorde sind auf geistige Störungen zurückzuführen.

## Trinkerfürsorge.

Neuzugewiesen wurden der Trinkerfürsorgestelle im Berichtsjahr 342 Fälle, davon 318 männliche und 24 weibliche. Diese Zahlen zeigen trotz der wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber dem Vorjahr eine beträchtliche Zunahme. Einschließlich der Neumeldungen wurden 986 Personen in laufender Fürsorge betreut. Sie erforderten 2480 Trinkerbesuche, 5363 Sprechstundenberatungen und 5467 Rücksprachen mit Angehörigen, sonstigen Personen und Behörden.

Der Trinkerfürsorgeausschuß trat zur Besprechung besonders schwieriger Fälle im Berichtsjahr 5 mal zusammen, um über 32 Fälle zu entscheiden. Ärztliche Untersuchungen wurden 68 veranlaßt. Auch im Berichtsjahr ließ sich die Unterbringung in Anstalten nicht vermeiden. Es handelte sich hierbei um 16 Fälle, die mit teilweise sehr gutem und teilweise gutem Erfolg in Renchen betreut wurden. In 21 Fällen kam die Unterbringung in einer geschlossenen Anstalt in Frage. Wegen Gefahr für die Person oder deren Vermögensverhältnisse wurde in 10 Fällen die vorläufige Vormundschaft angeregt, die auch vom Amtsgericht angeordnet wurde. Endmündigungungen wurden in 5 Fällen beantragt, welche ebenfalls durch das Amtsgericht ausgesprochen wurden. Durch die Fürsorgestelle selbst wurden 9 Vormundschaften neu übernommen, während 8 im Laufe des Berichtsjahres durch Tod oder Besserung wieder aufgehoben werden konnten, sodaß am 31. März 1931 37 Vormundschaften geführt wurden. Hierzu kamen noch 2 Pflegschaften.

In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres wurde der Trinkerfürsorgestelle auch die wirtschaftliche Fürsorge der bei ihr anhängigen Fälle übertragen, die mit Naturalversorgung durchgeführt wird.

Die Zusammenarbeit mit den hiesigen Enthaltsamkeitsvereinen war erfolgreich, sodaß es zur Abgabe von 36 Fällen zur weiteren Betreuung an diese Vereine kam.

Trotz der schwierigen Wirtschaftslage ist es in einigen Fällen gelungen, einzelnen Betreuten Arbeit zu verschaffen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

### Wandererfürsorge.

Die Wandererbewegung ist im Jahre 1930 weiter gestiegen. Wandererquartiere wurden 43 289 abgegeben gegen 39 400 im Vorjahr. Auf städtische Kosten wurden 27 648 Quartiere verabfolgt, wobei für 22 518 Quartiere Pflichtarbeit geleistet wurde.

Die Gesamtzahl der abgegebenen 43 289 Quartiere verteilt sich auf rund 34 000 männliche wandernde Personen, von denen 25 465 öffentliche Hilfe in Anspruch nahmen. Im Vorjahre waren von rund 31 000 Personen nur 17 000 Unterstützte.

Neben den männlichen Wanderern wurden in anderen Anstalten 1500 weibliche Wanderer gezählt; hiervon mußten 300 unentgeltlich verpflegt werden.

Insgesamt mußte in 25 765 Fällen durch öffentliche oder private Mittel geholfen werden.

### Bekämpfung des Bettelunwesens.

Die Bekämpfung des Bettelunwesens in Karlsruhe ist dem Verein gegen Haus- und Straßenbettel e. V. übertragen. Der Verein hat es im Berichtsjahr verstanden, das Bettelunwesen wenigstens in erträglichen Grenzen zu halten. Wenn gegen Ende des Berichtsjahres die Hausbettelei eine Verschärfung erfahren hat, so ist diese in erster Linie auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage zurückzuführen.

Für die Unterstützung hiesiger Wanderereinrichtungen wurden vom Verein im Berichtsjahr 2350 *RM* aufgewandt. Hiervon erhielten die Wandererherberge 1600 *RM*, das St. Notburgaheim, das die weiblichen Obdachlosen beherbergt, 300 *RM*, das Haus „Daheim" 100 *RM*, die Bahnhofsmission 300 *RM* und die Herberge zur Heimat 50 *RM*.

### c. Allgemeine Fürsorge (Fürsorgeamt A).

Im Aufgabenkreis der allgemeinen Fürsorge, der früheren Armenfürsorge, trat im Berichtsjahr keine Änderung ein.

Infolge der bereits erwähnten Vermehrung der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen war gerade in der allgemeinen Fürsorge gegenüber dem Vorjahr eine wesentliche Steigerung der Zahl der zu bearbeitenden Fälle zu verzeichnen.

Die Zahl der in Unterstützung stehenden Parteien (laufend und einmalig) betrug am Anfang des Berichtsjahres 3450 und stieg bis Ende des Berichtsjahres auf 4436. Es trat somit während des Berichtsjahres eine Zunahme von 986 Fällen ein.

Die Zahl der vorübergehenden Fälle schwankte zwischen 34 und 65 und betrug im Durchschnitt monatlich 45.

Durch die Erhöhung der Zahl der Unterstützungsfälle war auch eine Erhöhung des Gesamtaufwandes in der allgemeinen Fürsorge von 2 518 786 *RM* auf 2 975 183 *RM* bedingt.

Die Hilfsbedürftigkeit war in den meisten Fällen durch Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit verursacht. In weit zahlreicheren Fällen als im Vorjahre mußten Mietunterstützungen gewährt werden. Zur Aufrechterhaltung eines ordnungsmäßigen Verwaltungsbetriebes waren leider in mehreren Fällen Hausverbote und Anzeigen wegen Beamtenbeleidigungen und tätlicher Angriffe unvermeidlich.

### Offene Fürsorge.

In der offenen Fürsorge waren die gleichen Hauptgruppen von Hilfsbedürftigen wie im letzten Berichtsjahr zu unterstützen, nämlich Arbeitsunfähige und Kranke, denen Versicherungsleistungen und Renten nicht zustanden, weiterhin Arbeitslose, die keinen Anspruch mehr auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung hatten, ferner Empfänger von Arbeitslosenunterstützung oder Krisenfürsorge, die sich in außergewöhnlicher Notlage befanden.

Da bei einem großen Teil der Unterstützungsempfänger in Anbetracht des hohen Alters nicht mehr mit Erlangung von Arbeit gerechnet werden konnte, mußte in zahlreichen Fällen die Unterstützung auf Monate hinaus gewährt werden. Bei anderen Unterstützungsempfängern war eine laufende strenge Über-



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wachung angebracht, um die immer häufiger werdenden Versuche zur Erlangung ungerechtfertigter Bezüge zu verhindern.

Die Abfertigung von Hilfsbedürftigen umfaßte täglich durchschnittlich 435 Fälle, von denen jeder der 5 Abteilungen rund 87 Fälle täglich zufielen. Die Gesamtzahl der eingegangenen Poststücke belief sich monatlich auf durchschnittlich 5490. Weiterhin mußten monatlich durchschnittlich 7575 Rechnungen von Geschäftsleuten, Anstalten, Krankenhäusern, Ärzten und Apotheken bearbeitet werden, die sich in den auf den Vierteljahresabschluß folgenden Monaten bis auf 10 700 steigerten.

### Blindenfürsorge (Friedensblinde).

Die Zahl der fortlaufend unterstützten Blinden ist von 4 im Vorjahre auf 8 im Berichtsjahre gestiegen. Der gesamte Unterstützungsaufwand wuchs von 2300 *RM* im Vorjahr auf 7400 *RM* im Berichtsjahre an.

Für die Gewährung freier Straßenbahnfahrt an die in Arbeit stehenden Blinden wurden 4100 *RM* verausgabt.

### Tuberkulosefürsorge.

Die Organisation und Arbeitsweise der Tuberkulosefürsorge wurde auch im Berichtsjahr ohne wesentliche Änderung gegenüber dem Vorjahre beibehalten. Die Fürsorge des Amtes erstreckte sich zunächst auf die ausreichende Versorgung von tuberkulös gefährdeten Familien. Insbesondere wurde in allen in Frage kommenden Fällen über die normalen Richtlinien hinaus Lebens- und Stärkungsmittel, Milch usw. verabfolgt. Gleichzeitig wurde bei Vorliegen ungünstiger Wohnungsverhältnisse versucht, sonnige Wohnungen neu zu beschaffen. Auch wurden die hierfür erforderlichen Mieten übernommen. Im Zusammenwirken mit der Tuberkulosefürsorgestelle wurde weiter die erforderliche Wohnungseinrichtung beschafft und nötigenfalls die Desinfektion von Räumen veranlaßt. Auch wurden wieder im Einvernehmen mit dem Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose Heilkuren durchgeführt, deren Erfolge recht befriedigend waren.

### Anstaltsfürsorge.

Die Versorgung Hilfsbedürftiger in Anstalten (geschlossene Fürsorge) kostete im Berichtsjahr 295 302 *RM*. Die Gesamtzahl der untergebrachten Personen betrug 374. Von diesen wurden 125 in der Kreispflegeanstalt Hub verpflegt, 164 befanden sich in Irrenanstalten, und zwar 62 Personen in der Illenau, 59 Personen in Emmendingen, 10 in Wiesloch, 4 in Konstanz und 8 im Frauenheim Bretten.

In hiesige Altersheime privater Art waren 4 Personen der allgemeinen Fürsorge aufgenommen, 2 in dem Karl-Friedrich-Leopold- und Sofienstift und 2 in der Offensandt-Berkholz-Stiftung. Die Heilanstalt für Epileptiker in Kork hatte 12, die beiden Blindenanstalten in Freiburg und Mannheim 4, die beiden Anstalten für schwachsinnige Kinder usw. Mosbach und Herten 9 Hilfsbedürftige aus dem Bereich der allgemeinen Fürsorge in Verwahrung. In sonstigen Anstalten waren 30 Fürsorgeempfänger untergebracht.

Die Verpflegungssätze waren im Allgemeinen die gleichen wie im Vorjahr.

### Städtisches Altersheim.

Das städtische Altersheim war auch in diesem Jahre voll belegt, in zahlreichen Fällen mußten sogar Aufnahmegesuche infolge Platzmangels abgelehnt werden.

Die Zahl der Insassen betrug am 1. April 1930 40 Männer und 48 Frauen, zusammen 88 Personen. Im Laufe des Jahres waren an Neuzugängen 4 Männer und 7 Frauen zu verzeichnen. Ausgeschieden durch Tod sind 8 Männer und 10 Frauen. Am Schlusse des Berichtsjahres standen im Heim 36 Männer und 45 Frauen, zusammen 81 Insassen in Verpflegung. Hiervon waren 35 Sozialrentner, 20 Kleinrentner und 26 sonstige Hilfsbedürftige.

Im Alter von 60—70 Jahren befanden sich 6 Männer und 11 Frauen. Im Alter von mehr als 70 Jahren 30 Männer und 34 Frauen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Verpflegung verursachte einen Aufwand von 38 662 *RM*. Für Gehälter des Hausarztes, der Oberschwester und 5 Schwestern und für Löhne von 5 Dienstmädchen waren 23 693 *RM* notwendig, für bauliche Unterhaltung, Neuanschaffung von Wäsche usw. 39 243 *RM*. Der Gesamtaufwand betrug 101 598 *RM*. An Einnahmen standen den Ausgaben 78 384 *RM* Ersatzleistungen von Selbstzahlern oder sonstigen Verpflichteten gegenüber, sodaß ein ungedeckter Aufwand von 23 040 *RM* verblieb. Die Zahl der Verpflegungstage belief sich auf 30 236. Einschließlich des Verwaltungsaufwands kostete der Verpflegungstag 2,84 *RM*.

### Ergänzende Erwerbslosenfürsorge.

Als ergänzende Erwerbslosenfürsorge mußten im Berichtsjahr seitens der Stadtverwaltung für 631 Fälle 76 599 *RM* verausgabt werden gegen 66 756 *RM* im Vorjahr. Die ergänzende Erwerbslosenunterstützung tritt grundsätzlich nur bei Vorliegen besonderer Bedürftigkeit, wie Krankheit, Kinderreichtum, hoher Miete usw. ein. Sie umfaßt hauptsächlich die Gewährung von Mietbeihilfen zur Verhütung drohender Wohnungsräumung, von Lebensmittelscheinen, Eßkarten für die Volksküche, Milchbeihilfen, Kohlenbeihilfen, Medikamenten und Heilmitteln sowie von Kleidern, Schuhen, Wäsche und sonstigem Hausrat.

## d. Kriegsfolgenfürsorge (Fürsorgeamt K).

Der Aufgabenkreis des Fürsorgeamts K (Kriegsfolgenfürsorge) erstreckte sich auch im Berichtsjahr auf sämtliche Zweige der gehobenen Fürsorge mit Ausnahme der Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige.

Auch in der Kriegsfolgenfürsorge bedingten die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse ein stetes Anwachsen der Unterstützungsfälle.

Die Zahl der in laufender und einmaliger Fürsorge (einschließlich der vom Fürsorgeamt K in der allgemeinen Fürsorge) unterstützten Fälle betrug am 31. März 1930 4188 und stieg bis zum Ende des Berichtsjahres auf 4467.

Der Unterstützungsaufwand erhöhte sich von 2 118 472 *RM* auf 2 202 524 *RM*.

### Kriegbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Die Zahl der in laufender Unterstützung stehenden Parteien nahm bei den Kriegsbeschädigten im Laufe des Berichtsjahres von 644 auf 752 zu, bei den Kriegshinterbliebenen dagegen trat eine Abnahme von 481 auf 436 ein. Die Zahl der beim Fürsorgeamt K in allgemeiner Fürsorge stehenden Kriegsbeschädigten erhöhte sich von 53 auf 71. Insgesamt waren am Ende des Berichtsjahrs 1259 Parteien zu betreuen, von denen 1184 der offenen und 75 der geschlossenen Fürsorge angehörten.

Von den 823 Kriegsbeschädigten waren 305 Schwerbeschädigte, 451 Leichtbeschädigte, 58 Altrentner und Altveteranen, 9 neue Wehrmachtsangehörige. Unter den 436 Kriegshinterbliebenen befanden sich 83 Kriegerwitwen, 74 Halbwaisen, 27 Vollwaisen, 68 Elternpaare, 163 Elternteile, 21 Empfänger von Witwen- und Waisenbeihilfen.

Die Ursache für die Gewährung der Unterstützung lag in der Hauptsache in Arbeitslosigkeit, Krankheit, großer Kinderzahl und Erwerbsunfähigkeit wegen Alters. Die Unterstützung wurde in der Regel halbmonatlich, bei den Altveteranen monatlich bezahlt.

An Fahrtbegünstigungen auf der Straßenbahn wurden an 4 Kriegsbeschädigte 34 Zwickkarten zum vollen Preis, an 141 Kriegsbeschädigte 1008 Zwickkarten zum halben Preis, an 145 Kriegsbeschädigte 1106 Zwickkarten bzw. an 114 Kriegsbeschädigte 409 Marken für Dauerausweise unentgeltlich mit einem Gesamtaufwand für die Stadt von 26 203 *RM* gewährt.

Zur Erstkommunion bzw. Konfirmation wurden 66 Knaben und 47 Mädchen mit Barbeihilfen und Sachleistungen im Betrage von 3143 *RM* bedacht.

### Altveteranenfürsorge.

Die Zahl der in laufender Fürsorge stehenden Altveteranen von 1866 und 1870 bzw. deren Witwen ging von 42 im Vorjahre auf 31 im Berichtsjahr zurück.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Neben Gewährung von Beihilfen aus Altfondsmitteln des Reichs wurden sie von Seiten des Fürsorgeamtes mit laufenden und einmaligen Beihilfen, mit Kleidungsstücken, Brennmaterial und an Weihnachten mit besonderen Zuwendungen wie Kuchen, Wurst, Kaffee, Wein, Bier usw. bedacht.

### Berufsberatungsstelle.

Die Tätigkeit der Berufsberatungsstelle erstreckte sich, wie bisher, auf die Beurteilung der Möglichkeit der Unterbringung Schwerbeschädigter und auf die Begutachtung der Anträge auf Verleihung des Beamtenscheins.

Die der Berufsberatung zur Seite stehende Kommission aus Ärzten und beruflichen Sachverständigen trat im Berichtsjahr 12 mal zusammen, wobei 29 Anträge auf Verleihung eines Beamtenscheines, 55 Anträge auf Gleichstellung mit Schwerbeschädigten, 39 Anträge zwecks Feststellung der Arbeitsfähigkeit, 6 Anträge zwecks Berufsumschulung, sowie 21 Beratungen von Kriegerwaisen behandelt wurden.

### Schwerbeschädigtenabteilung.

Im Bezirk des Landeskommissärs für die Kreise Karlsruhe und Baden waren am Ende des Berichtsjahres 4851 Schwerbeschädigte wohnhaft. Davon waren 4208 Schwerkriegsbeschädigte, 324 Schwerunfallbeschädigte, 11 Friedensblinde und 122 gleichgestellte Schwererwerbsbeschränkte, 186 gleichgestellte Minderbeschädigte gemäß § 8 SBG. und zwar 170 Kriegsbeschädigte und 16 Unfallbeschädigte.

Während des Berichtsjahres befanden sich 7 Schwerbeschädigte in Berufsausbildung, 865 betrieben freie Gewerbe oder eine selbständige Landwirtschaft, 592 waren völlig arbeitsunfähig. Durch Tod, Wegzug usw. sind 90 ausgeschieden. Die Arbeitsvermittlungsstelle nahmen 976 Schwerbeschädigte in Anspruch, von denen 155 Arbeitsgelegenheiten vermittelt werden konnte. Nicht in Arbeitsstellen untergebracht waren am Schlusse des Berichtsjahres 347 Schwerbeschädigte. Ihre Zahl hat sich gegen diejenige des Vorjahres um 143 erhöht. Trotzdem waren noch 128 unbesetzte Stellen in einstellungspflichtigen Betrieben vorhanden, was dadurch zu erklären ist, daß eine Nachfrage nach bestimmten Facharbeitern herrschte, der kein genügendes Angebot an schwerbeschädigten Arbeitskräften gegenüberstand.

Der Verwaltungsaufwand für die Schwerbeschädigtenabteilung war, wie bisher, von den beteiligten Bezirksfürsorgeverbänden zu tragen.

### Vertretung vor dem Versorgungsgericht.

Vor dem Versorgungsgericht hatte das Fürsorgeamt insgesamt 135 Fälle zu vertreten. Davon wurde in 56 Fällen der Anspruch anerkannt, in 38 Fällen abgewiesen. Beweisbeschluß erging in 6 Fällen, während in 17 Fällen die Klage zurückgezogen und in weiteren 18 Fällen die Vertretung wegen Aussichtslosigkeit der Klage niedergelegt wurde.

### Kapitalabfindung, Darlehen, Rentenvorschüsse, Berufsausbildung von Kriegerwaisen.

Die vom Reich zur Gewährung von Kapitalabfindungen zur Verfügung gestellten Mittel waren im Berichtsjahr außerordentlich beschränkt. Es konnten nur wenige Fälle Berücksichtigung finden. Durch Vermittlung der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen konnten in 8 Fällen 6100 *RM* als Darlehen ausbezahlt werden. Ferner war möglich, in 25 Fällen zinslose Darlehen aus Mitteln des Landeskommissärs zu gewähren. In besonderen Notfällen wurde durch Rentenvorschüsse Hilfe geleistet. Für die Erziehung von Kriegerwaisen, die sich in Schul- oder Berufsausbildung befanden, wurden von den Versorgungsämtern größere Beträge zur Verfügung gestellt, die sich im Einzelfall bis auf 35 *RM* im Monat beliefen.

Vom Fürsorgeamt Karlsruhe wurden im Berichtsjahr 289 Anträge verbeschieden.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Zusatzrenten.

Die nach dem Reichsversorgungsgesetz bei vorliegender Bedürftigkeit an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene zu zahlende Zusatzrente wurde im Berichtsjahr monatlich in rund 1950 Fällen für 3092 Personen gewährt mit einem Gesamtaufwand von 619 173,80 *RM* gegen 642 244,98 *RM* im Vorjahr. Die Zusatzrenten werden ganz vom Reich getragen.

Der Arbeitsausschuß für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge hatte sich im Berichtsjahr in 9 Sitzungen mit 167 Fällen zu befassen.

## Sozialrentnerfürsorge.

Eine besonders starke Zunahme hatten die Fürsorgefälle in der Sozialrentnerfürsorge aufzuweisen. Diese stiegen im Laufe des Berichtsjahres von 1713 auf 2129 an. Von diesen standen 258 in geschlossener Fürsorge.

Da Beschäftigung in ältern Lebensjahren nur noch zu den Seltenheiten zählt, dürfte sich die Zahl der Fälle auch weiterhin in entsprechender Weise erhöhen. Rentenanträge werden heute vielfach mit Erfolg in einem Lebensalter gestellt, in dem früher nur dann ein solcher Schritt unternommen wurde, wenn infolge eingetretener vollkommener Arbeitsunfähigkeit Arbeit nicht mehr zu erhalten war. Die Ursache der vielen frühzeitigen Rentenanträge ist in dem starken verderblichen Einfluß der erzwungenen Arbeitsruhe auf die Gesundheit aller Arbeitswilligen und Arbeitsfähigen zu suchen. Auch der Rückgang der Unterhaltsfähigkeit der Arbeiterkinder infolge Arbeitslosigkeit führt immer weitere Sozialrentner der öffentlichen Fürsorge zu.

Mit der Zahl der Fälle stieg auch der Fürsorgeaufwand. Gegenüber 1 015 949 *RM* im Jahre 1929 mußten im Berichtsjahre 1 046 752 *RM* aufgewandt werden. In diesem Betrag sind rund 21 000 *RM* Winterbeihilfen für die Monate Dezember 1930 bis März 1931 enthalten, die im Voranschlag nicht vorgesehen waren.

Die Zahl der abgegebenen Krankenbehandlungsscheine betrug 2522 gegenüber 3130 im Vorjahr, die Zahl der ausgestellten Zahnbehandlungsscheine 188. In 25 Fällen mußte Hauspflege gewährt werden. In Erholungs-(einschließlich Tuberkulose-)Kuren waren 16 Sozialrentner mit insgesamt 923 Verpflegungstagen, in Krankenhäusern 274 Sozialrentner mit 11 749 Verpflegungstagen untergebracht.

Der Arbeitsausschuß für Sozialrentnerfürsorge tagte während des Berichtsjahres 11 mal und erledigte hierbei 210 Fälle.

## Kleinrentnerfürsorge.

Auch in der Kleinrentnerfürsorge war im Berichtsjahr ein Ansteigen der Fälle der laufenden Fürsorge von 784 auf 804 zu verzeichnen. Von der letzteren Zahl gehörten 621 der offenen, 183 der geschlossenen Fürsorge an.

Aus Reichsmitteln flossen der Stadt Karlsruhe 95 720 *RM* für die Kleinrentnerfürsorge zu. Mit diesem Betrag war es möglich, die auf Grund des § 15a der Reichsgrundsätze vorgenommenen Erhöhungen der Beihilfen sowie die allgemeine Richtsatzerhöhung in der Kleinrentnerfürsorge durchzuführen.

Die Richtsätze mußten, um den in der Kleinrentnerfürsorge herrschenden Verhältnissen Rechnung zu tragen, in vielen Fällen überschritten werden.

Ausgegeben und benutzt wurden 836 Krankenbehandlungsscheine und 125 Scheine für Zahnbehandlung. Zwecks Kohlenbeschaffung wurden 3196 *RM* vorschüßlich bezahlt und in 6 Monatsraten an der Beihilfe in Abzug gebracht. Für die Kohlenbeihilfe wurde ein Betrag von 1908 *RM* ausgegeben.

In Erholungsheimen wurden 15 Kleinrentner mit insgesamt 322 Verpflegungstagen, in Krankenhäusern 55 Kleinrentner mit 3126 Verpflegungstagen untergebracht.

Der Arbeitsausschuß für Kleinrentnerfürsorge hielt im Berichtsjahr 7 Sitzungen ab, in denen 99 Fälle erledigt wurden.

Der Aufwand für die Kleinrentnerfürsorge belief sich auf 579 531 *RM* gegen 617 887 *RM* im Vorjahr.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

### Hindenburgspende.

Von der Hindenburgspende wurden an Ostern 1930 nach den Vorschlägen des Fürsorgeamts 2 Kriegshinterbliebene und 1 Kriegsbeschädigter, im Oktober 1930 1 Kriegshinterbliebener und 3 Kriegsbeschädigte mit je 200 *RM* bedacht.

## e. Jugendfürsorge.

### (Jugendamt).

Der Aufgabenkreis des Jugendamtes umfaßte im Berichtsjahr, wie im Vorjahr, die Fürsorge für die Minderjährigen gemäß den §§ 3 und 4 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt.

Unterstützungen wurden in Fällen der Bedürftigkeit gewährt an verwaiste oder getrennt von den Eltern lebende Minderjährige, sowie an diejenigen, deren Eltern weder bei der allgemeinen Fürsorge noch bei der Kriegsfolgenfürsorge unterstützt werden konnten.

Im Laufe des Berichtsjahres fanden 24 Sitzungen des Beirates statt, in denen insgesamt 203 Fälle der Fürsorgeerziehung, gerichtlicher Schutzaufsicht, Volljährigkeitserklärung, Entziehung der elterlichen Sorgerechte u. a. m. beraten wurden.

### Pflegekinderwesen.

Der Andrang von Personen, die gegen Entgelt Kinder in Pflege nehmen wollen, war im Berichtsjahr verhältnismäßig stark. Obwohl das gewährte monatliche Pflegegeld bis zu 25 *RM* nur die Auslagen für das Kind deckt, sehen viele diesen Betrag als eine volle Einnahme an, da die Aufwendungen für das Kind im Laufe des Monats, in kleinen Geldbeträgen verausgabt, nicht so sehr spürbar sind, das am Monatsende eingehende Pflegegeld aber als willkommener Zuschuß zur Miete gebucht werden kann.

Die Erlaubnis zum Halten eines Pflegekindes wurde neu erteilt in 148 Fällen. Versagt wurde sie in 25 Fällen, in denen die Pflegestelle ungeeignet war. Verschiedentlich gaben sich die Antragsteller mit der Ablehnung nicht zufrieden, sodaß dem Beirat des Jugendamtes als Beschwerdestelle die Angelegenheit zur Entscheidung vorgelegt werden mußte. In allen Fällen wurde die Stellungnahme des Jugendamts gebilligt.

Am Schluß des Vorjahres waren insgesamt 561 Pflegestellen, am Ende des Berichtsjahres 684 vorhanden.

Unter Aufsicht des Jugendamtes standen insgesamt 1851 Pflegekinder, darunter 367 unter 2 Jahren. Bei der eigenen Mutter waren 1142 uneheliche Kinder untergebracht, bei der Großmutter befanden sich ohne die Mutter 266 Kinder.

Die Prüfung dieser Pflegestellen wurde im Stadtbezirk Karlsruhe nach den gleichen Richtlinien durchgeführt wie im Vorjahre. Die Pflegefrauen unterwarfen sich in der Regel der vom Amt für notwenig erachteten ärztlichen Untersuchung, die von dem städtischen Vertrauensarzt vorgenommen wurde.

Ein Wechsel in der Pflegestelle ließ sich nicht umgehen, wenn für ein Kind eine bessere Stelle gewählt werden sollte oder aber dem Antrag der Kindesmutter nachgegeben werden mußte, die persönlicher Gründe wegen mit den bisherigen Pflegeeltern nichts mehr zu tun haben wollte. Immerhin wurde in 1649 Fällen die Pflegestelle überhaupt nicht und in 154 Fällen nur einmal gewechselt; in nur 20 Fällen war eine 2malige und in nur 6 Fällen eine 3malige anderweitige Unterbringung erforderlich. Dem Beispiel anderer Jugendämter folgend, ist beabsichtigt, in Zukunft Antrag auf Entziehung der Sorgerechte zu stellen, wenn die Mutter persönlicher Streitigkeiten wegen gegen das Interesse des Kindes einen wiederholten Wechsel der Pflegestelle vornehmen will.

### Ärztliche Beratungsstellen für Säuglinge und Kleinkinder.

Die Überwachung der vielen Pflegekinder wurde wie in den Vorjahren durch die Beratungsstelle sehr erleichtert. Erfreulicherweise brachte das letzte Berichtsjahr eine erhebliche Vermehrung der Beratungsfälle, insbesondere durch die vorgeführten ehelichen Kinder, von denen rund 600 mehr den Beratungsärzten zugeführt wurden als im Vorjahre. Zum Teil ist das Anwachsen darauf zurückzuführen, daß



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

im Laufe des Monats Mai eine 8. Beratungsstelle in der Schule in Beiertheim eingerichtet wurde, um auch diesen Stadtteil und das seit 1929 eingemeindete Bulach zu versorgen.

### Amtsvormundschaft.

In der Zeit vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 wurden insgesamt 2828 Kinder lebend geboren (gegenüber 2888 im Vorjahre), davon waren 570 unehelich (1929: 579). Abzüglich der 142 Neugeborenen, deren Mütter von auswärts zur Entbindung nach Karlsruhe gekommen waren und wieder zurückkehrten und abzüglich der 52 außerehelichen Kinder, die im Lauf des Jahres starben, verblieben 376 als Zugang zur Amtsvormundschaft. Hierzu kamen 35 Fälle bestellter Amtsvormundschaft und 50 von auswärts zugezogene Minderjährige, bei denen die Übernahme der Amtsvormundschaft durch das Jugendamt in deren Interesse lag, sodaß ein Gesamtzugang von 461 Fällen bestand. Dem um 12 Fälle geringeren Zugang als im vergangenen Berichtsjahr stand ein Abgang mit 666 gegenüber 370 Mündeln im Vorjahr gegenüber. Er findet seine Erklärung darin, daß die Zahl der in Einzel- und Vereinsvormundschaft abgegebenen Mündel unter Berücksichtigung der einzelnen Verhältnisse so weit wie möglich gesteigert und Wert darauf gelegt wurde, möglichst nur solche Fälle in der Betreuung des Jugendamts zu belassen, in denen die Unterhaltsklagen gegen den Kindesvater und dessen Betreibung amtlicherseits durchgeführt werden muß. Durch die Abgabe der rund 300 Mündel in Einzelvormundschaft trat keine Entlastung der Amtsvormundschaft ein, da die Abteilung im gleichen Jahre die zum Teil sehr zeitraubenden 252 Fälle des § 1666 BGB. übernahm, die von der bisher damit betrauten Abteilung Schutzaufsicht und Fürsorgeerziehung infolge Abbau einer Beamtin nicht mehr durchgeführt werden konnten. Eine Vermehrung der Tätigkeit der Amtsvormundschaft war auch in der Aufnahme der Anerkennungsurkunden der Kindesväter durch das Jugendamt zu sehen; von 222 Anerkennungen wurden 144 gegen 97 im Vorjahre durch die Beamten des Jugendamtes entgegengenommen. 12 Mündel wurden im Laufe des Berichtsjahres an Kindesstatt abgegeben. An Unterhaltsrenten wurden durch die Kasse des Jugendamtes nur 184 302 *RM* vereinnahmt gegen 193 908 *RM* im Vorjahr. Seit über einem Jahrzehnt war es das erste Mal, daß die von den Kindervätern einkommenden Unterhaltsrenten abgenommen haben, ein deutliches Zeichen für die durch die allgemeine Arbeitslosigkeit hervorgerufenen schlechteren Einkommensverhältnisse der Kindesväter.

### Gemeindewaisenrat.

Auf Ersuchen des Amtsgerichts wurden 274 Pfleger und 128 Vormünder vorgeschlagen. In 311 Fällen wurden Erhebungen gemacht und Gutachten erstattet bezüglich Volljährigkeitserklärungen, Adoptionen, Ehescheidungen (226), Konkursen u. a. m. Die bisher geübte Nachschau bei Kindern in Fällen, in denen das Standesamt den Tod eines Elternteils oder dessen Wiederverheiratung meldete, wurde in diesem Jahr den Fürsorgeorganisationen übertragen, da die vermehrte Nachprüfung von Unterstützungsanträgen und andere dringliche Außendienstaufgaben die städtischen Fürsorgerinnen zu sehr belasteten.

### Schutzaufsicht.

Die 237 Fälle von Schutzaufsichten des Vorjahres haben sich nur um 22 vermehrt. Das Amt des Helfers wurde, wie in den Vorjahren, fast durchweg von ehrenamtlichen Kräften übernommen, die ihre Tätigkeit mit großer Aufopferung und Liebe zur Sache durchführten.

### Fürsorgeerziehung und Jugendgerichtshilfe.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden 40 Anträge auf Fürsorgeerziehung gestellt. Durch Erledigung und Aufhebung der Fürsorgeerziehung ging die Zahl der Fälle von 354 auf 300 zurück. Im Zusammenhang hiermit haben sich auch die Erhebungen, welche von den Jugendfürsorgeorganisationen für die Jugendgerichtshilfe gemacht wurden, um 53 vermindert. Aus dieser Verminderung der Fälle darf die Schlußfolgerung gezogen werden, daß, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage, in welcher die Familien durch die Arbeitslosigkeit der Väter und erwerbsfähigen Kinder geraten waren, eine Vermehrung der Verfehlungen Jugendlicher, insbesondere der Eigentumsdelikte, nicht zu verzeichnen war. Vergegenwärtigt man sich die Häufigkeit der Diebstähle Jugendlicher in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege, so



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

darf festgestellt werden, daß die Verwahrlosung der Jugend — trotzdem sie durch die schlechtere wirtschaftliche Lage der Jetztzeit stark in Mitleidenschaft gezogen ist — im Berichtsjahr einen Rückgang zu verzeichnen hat.

Wenn auf diesem Gebiet eine Abnahme der Tätigkeit des Amtes eingetreten ist, so machte die Unterbringung schulentlassener Minderjähriger in Arbeit und Beruf um so mehr Mühe. Die gute Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt konnte den Schützlingen des Jugendamtes leider keine Vermehrung der wenigen zur Verfügung stehenden Lehr- und Arbeitsstellen schaffen. Es mußte daher die Verwendung des ländlichen Nachrichtendienstes, die intensive Zusammenarbeit mit den Jugendfürsorgeorganisationen u. a. m. mithelfen, um für berufsreife Jugend Lehre und Arbeit zu verschaffen. Für die meist familienlosen Jugendlichen des Amtes wurde dies dadurch erschwert, daß in den letzten Jahren immer mehr Lehrstellen mit Unterkunft und Verpflegung verschwanden. Solche Lehrstellen sind aber für die Jugendämter notwendig, um dem heranwachsenden Minderjährigen das Einleben in eine geeignet befundene Familie zu ermöglichen, andererseits aber auch um dem Amt die teueren Verpflegungskosten eines Heimes zu ersparen. Bei der Vermittlung von anstaltsentlassenen Fürsorgezöglingen wirkten die Leitungen der Anstalten mit; diese übernahmen dann auch die Nachfürsorge, da die Zöglinge zumeist im Umkreis der Erziehungsheime untergebracht wurden.

Die Jugendwohlfahrtsorganisationen wirkten bei Ermittlungen für das Jugendgericht in 85 Fällen von Jugendlichen unter 18 Jahren und in 10 Fällen über 18 Jahren mit. Der Vereinfachung halber wurde die vom Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vorgeschriebene Anhörung des Jugendamtes in Fällen einfacher Art durch telephonische Rücksprache des Amtsgerichtes mit dem Jugendamt erledigt, im übrigen waren die Fälle Gegenstand der Entscheidung des Beirats.

## Freiwillige Aufgaben.

Zu den Aufgaben, die dem Jugendamt durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz nicht zur Pflicht gemacht, vielmehr in sein Ermessen gestellt wurden, gehört vor allem die Kinder- und Mütterspeisung. Im Berichtsjahr wurden 104 955 Portionen Milch und Brot als Frühstück an bedürftige Kinder in der Schule verabreicht. Rund 600 Liter Milch wurden an Schwangere und stillende Mütter abgegeben.

Die Erholungsfürsorge wurde, wie bisher, vom Verein Jugendhilfe durchgeführt. In Solbäder und Erholungsheime des Schwarzwaldes kamen 1170 Kinder; an der Walderholung der hiesigen Wohlfahrtsorganisationen nahmen insgesamt 1707 Kinder teil.

## Erziehungsberatungsstelle.

Die Erziehungsberatungsstelle hat auch im Berichtsjahr ihre Aufgabe, in schwierigen Erziehungsfragen aller Art unterstützend einzugreifen, weitgehend erfüllt. Sie war auch mit Erfolg bestrebt, die Eltern ihrer Schutzbefohlenen zur Mitarbeit zu erziehen und durch ihre Maßnahmen die Verantwortungsbereitschaft derselben systematisch zu stärken. Mit Rücksicht auf die sich verschlechternde Finanzlage der Stadt hat sie bewußt ihre Maßnahmen so getroffen, daß sie, soweit wie irgend möglich, offene Fürsorgemaßnahmen an Stelle der früher üblichen, teueren geschlossenen Anstaltserziehung durchgeführt hat.

Durch die heilpädagogische Erziehungsarbeit im Jugendhort, die, wie bisher, unter der Leitung von Professor Dr. Gregor stand, konnte das Fürsorgeamt wesentliche Einsparungen an Fürsorgeerziehungskosten machen. Rechtzeitig einsetzende vorbeugende Fürsorge konnte viel seelische und sittliche Not verhüten. Auch konnte in einigen Fällen eine frühere Entlassung von schulpflichtigen Fürsorgezöglingen aus Anstalten zu den Eltern stattfinden und die Nachfürsorge der Erziehungsberatungsstelle übertragen werden.

In den dem Jugendhort angegliederten Jugendabenden suchte die Erziehungsberatungsstelle ihre schulentlassenen Schützlinge über die Gefahren der Pubertätszeit zu führen und ihnen in schwierigen Stunden einen Halt zu bieten.

Die heilpädagogische Arbeit bestand hauptsächlich in der Einleitung oder Wiederherstellung des richtigen pädagogischen Verhältnisses der Kinder zu ihren Erziehern und zu ihrer Umwelt. Dabei handelte es sich vor allem um die Wegräumung seelischer Hindernisse, die in einer psychopathischen Natur oder in Fehlentwicklung lagen oder in der Berichtigung einer falschen Stellungnahme von Erziehern zu abwegigen Erscheinungen. Es war oft nicht leicht, über Delikte, Fehlleitungen und Berichte der Eltern hinweg die



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

letzten, oft dem Kinde ganz unbewußten, verborgenen Motive seines abwegigen Handels oder der Verwahrlosungserscheinungen aufzufinden, und so ein richtiges Zufassen zu ermöglichen.

Im ganzen wurde im Berichtsjahr die Beratungsstelle für 289 Kinder und Jugendliche in Anspruch genommen. Davon waren 150 Minderjährige männlichen Geschlechts, 139 Minderjährige weiblichen Geschlechts; 204 waren unter 14 Jahren und 85 über 14 Jahren.

In dauernder heilpädagogischer Überwachung und Beratung standen 235 Kinder und Jugendliche.

Die fachärztliche Diagnose lautete: bei 58 Fällen auf Neurasthenie, bei 95 Fällen auf Psychopathie, bei 2 Fällen auf Epilepsie, bei 62 Fällen auf Schwachsinn, bei 89 Fällen auf Entwicklungs- und Pubertätsstörungen, bei 28 Fällen auf auffallende Sexualität, bei 1 Fall auf Chorea und bei 3 Fällen auf postencephalitische Störungen, bei 151 Fällen auf Erziehungskrisen (Schulschwierigkeiten), bei 59 Fällen auf Verwahrlosung.

Zur Behebung der festgestellten Schwierigkeiten wurde vorgeschlagen und durchgeführt: bei 237 Fällen psychologische Beobachtung in der Erziehungsberatungsstelle, bei 204 Fällen fortlaufende heilpädagogische Beratung und Überwachung, bei 251 Fällen Beratung der Eltern und Erzieher, bei 189 Fällen Zusammenarbeit mit der Schule, bei 77 Fällen Beratung des Gerichts, bei 12 Fällen Anstaltsbeobachtung, bei 31 Fällen Erholungsaufenthalt, bei 46 Fällen Anstaltserziehung, bei 86 Fällen Milieuwechsel oder Lehrstellenunterbringung, bei 30 Fällen Überweisung in die Hilfsschule, bei 24 Fällen Überweisung in ärztliche oder fachärztliche Behandlung.

## Städtisches Kinder- und Säuglingsheim.

Im Berichtsjahr wurden 582 Kinder aufgenommen, von denen 92 wiederholt eingewiesen wurden. 267 waren Knaben und 223 Mädchen, 262 ehelicher und 228 unehelicher Geburt. Vertreten waren alle Altersstufen bis 15 Jahren. Die Kinder beanspruchten insgesamt 65 554 Verpflegungstage.

Bei der Aufnahme war der Ernährungszustand bei 91 gut, bei 240 mittelmäßig, bei 159 gering.

Unter den Säuglingen waren 8 Frühgeburten. Bis auf eine Frühgeburt gelang es, dieselben zur guten Entwicklung zu bringen. Fast alle wurden in den ersten Wochen durch die eigene Mutter gestillt. Im ganzen waren 28 Wöchnerinnen im Heim. Daneben kam eine größere Anzahl zum Stillen mehrere Male während des Tages in das Heim. Bei den neuaufgenommenen Kindern wurden im ganzen 470 Krankheitsfälle festgestellt, von denen 196 auf die Kinder unter 1 Jahr, 47 auf die Kinder von 1—2 Jahren, 62 auf die Kinder von 2—4 Jahren, 40 auf die Kinder von 4—6 Jahren und 125 auf die Kinder über 6 Jahren entfielen.

Todesfälle ereigneten sich im Berichtsjahr 3, und zwar starb ein Kind, das mit einer Ernährungsstörung aufgenommen war und dadurch geschwächt an einer Grippe mit Lungen- und Rippenfellentzündung erkrankte. Ein zweites Kind war eine Frühgeburt mit dem geringen Gewicht von 1400 Gramm, die an Atmungsstillstand zu Grunde ging. Das dritte Kind welches in sehr geringem Ernährungszustand und mit habituellem Erbrechen und exsudationDiathese ins Heim kam, erlag einer sog. Wanderpneumonie.

3 Fälle (mit Nierenbeckenentzündung, mit Osteomylitis und Menginitis) mußten in Krankenhäuser eingewiesen werden. Außerdem wurden mehrere Kinder der Krüppelfürsorge und verschiedenen Fachärzten zur Behandlung übergeben.

Bei den Schülerinnen der Säuglingspflegerinnenschule im Kinderheim ereigneten sich im Berichtsjahr 59 Erkrankungen. Besonders zahlreich waren Grippe (9), Angina (15), Bronchitis (5); 1 Scharlachfall und 1 Fall von Nierenentzündung wurden dem Krankenhaus überwiesen. In Folge nervöser Erschöpfung erkrankten 8 Schülerinnen.

Das Staatsexamen bestanden im Mai 25 und im Oktober 22 Schülerinnen. Davon erhielten 35 die Note „sehr gut" und 12 die Note „gut".

Der Verpflegungsaufwand betrug im Wirtschaftsjahr 1930 69 739 *RM*; für die Betriebsführung entstanden 118 167 *RM* Ausgaben, die Unterhaltung des Gebäudes und der Einrichtungen und Sonstiges erforderten 112 818 *RM*, zusammen 300 724 *RM*.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## 2. Tuberkulosefürsorgestelle.

Die Arbeit der Tuberkulosefürsorgestelle hat sich im Jahre 1930 in demselben Rahmen abgespielt wie in den Vorjahren. Hinsichtlich der Organisation sind wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Der Stand der Tuberkuloseerkrankungen, geschätzt nach der Zahl der Offentuberkulösen und deren Ab- und Zugängen, ist gleich geblieben wie im Vorjahre, die Zahl der Tuberkulosetodesfälle ebenfalls. Es gilt somit für Karlsruhe, was auch anderwärts vielfach festgestellt wurde, daß die seit 1924 ständige Abnahme der Tuberkulose aufgehört hat.

Bei der derzeitigen äußerst ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage und der Erwerbslosigkeit ist aber schon das Ausbleiben einer neuen Verschlechterung als ein erträgliches Ergebnis der Tuberkulosebekämpfungsmaßnahmen zu beurteilen und zu wünschen, daß es möglich sein möge, auch in Zukunft wenigstens eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung zu verhüten.

An Neuerungen im inneren Betriebe der Tuberkulosefürsorgestelle ist zu erwähnen, daß die Zahl der Röntgendurchleuchtungen nach Einführung einer Pauschalverrechnung mit dem städt. Krankenhause wesentlich gesteigert werden konnte. Dies bedeutet eine Verbesserung der Untersuchungsmethoden. Der Sprechstundenbetrieb konnte sich rascher abwickeln, damit wurde zum Teil mehrmaliges Kommen der Patienten entbehrlich. Hierdurch ist auch die Abnahme der Zahl der Sprechstundenberatungen bedingt.

Zu Ende des Berichtsjahres wurde eine Pauschalvergütung auch für die Vornahme von bakteriologischen und sonstigen Materialuntersuchungen, die in der Prosektur des städt. Krankenhauses vorgenommen werden, vereinbart. Dies wurde notwendig, weil die früher gegebene Möglichkeit unentgeltlicher Untersuchungen im staatlichen Untersuchungsamt Heidelberg im Laufe des Jahres in Wegfall kam.

Die Zusammenarbeit mit der Stadtschularztstelle wurde durch Verbesserung des gegenseitigen Meldesystems vermehrt und noch intensiver gestaltet als früher. Unter rund 14 000 Volksschulkindern waren im Berichtsjahre nur noch 3 schwere offene oder vorgeschrittene Lungentuberkulosefälle zu zählen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß darin eine günstige Auswirkung der doch schon recht umfassenden gesundheitlichen Jugendfürsorge zu erblicken ist.

Mit den Fürsorgeämtern, den caritativen Vereinen, der Ärzteschaft, dem Kreis Karlsruhe, dem Bezirksfürsorgeverband Karlsruhe, dem Bezirksamt, der Landesversicherungsanstalt Baden, der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, den Tuberkuloseheilstätten und dem Tuberkulosekrankenhaus Rohrbach vollzog sich der Verkehr in der bisherigen reibungslosen Weise.

An den Bad. Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose, der sich zusammen mit der Landesversicherungsanstalt Baden und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte an den Kosten der Fürsorgeleistungen beteiligt, sowie an die Reichsbahndirektion wurden im Laufe des Jahres bei allen Fällen, in denen es angezeigt erschien, Anträge um Kurkostenzuschüsse, Ernährungs-, Miet-, Wäsche- und Bettbeschaffungsbeihilfen sowie Beiträge zu den Überwachungskosten gestellt.

Es war angesichts der schwierigen Finanzlage des Staates und der Versicherungsträger vorauszusehen, daß im Vergleich zum Vorjahre die Zuschüsse geringer werden würden. Im Laufe des Jahres wurden durch den Bad. Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose für Heil- und Sanierungskuren 24 211,91 *RM*, für Ernährungsbeihilfen und sonstige Unterstützungen 17 566,34 *RM*, für Überwachungskosten 5006,25 *RM*, für Pneumothoraxfüllungen und Röntgenkosten 486,67 *RM*, zusammen 47 271,17 *RM* überwiesen gegen 63 026,36 *RM* im Vorjahr.

Die Leistungen der Reichsbahndirektion für Zwecke der Tuberkulosefürsorge, die sehr beträchtlich waren, wurden nicht ausgezählt, weil die Gelder nicht durch die Kasse der Tuberkulosefürsorgestelle liefen. Die Leistungen des Bad. Landesverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Reichsbahndirektion sind anzuerkennen.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden 8163 Sprechstundenberatungen durchgeführt; aus dem Vorjahre übernommen wurden 3324 Fälle, Neuaufnahmen fanden 1302 statt. Abgänge im Laufe des Jahres ergaben sich 805; die Zahl der Übernommenen und Neuaufnahmen nach Abzug des Abgangs betrug 3821. Unter den Neuaufnahmen befanden sich 354 Männer, 425 Frauen und 523 Kinder. Von den Ärzten eingewiesen wurden 293 Personen, von der Stadtschularztstelle 324 Personen, von den Fürsorgeämtern 88 Personen, von Krankenkassen, der Landesversicherungsanstalt und dem Bezirksamt 80 Personen, von



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Krankenhäusern und Heilstätten 29 Personen, von sonstigen Stellen 64 Personen. Durch die Fürsorgerinnen wurden 37 Fälle ermittelt, auf Einbestellung der Fürsorgestelle erschienen 133 Personen, selbst gemeldet haben sich 254 Personen. Von den Neuaufnahmen wurden 988 Familien betroffen.

Die ärztlich-klinischen Leistungen betrafen 6247 körperliche Untersuchungen und Beratungen durch Ärzte, 1916 Beratungen durch Fürsorgerinnen (Erledigung von Anträgen auf Beihilfen, Geldbeschaffung, Heilkuren usw.), 708 Auswurfuntersuchungen, 731 Röntgenaufnahmen, 1527 Röntgendurchleuchtungen, 392 Blutuntersuchungen.

An Fürsorgemaßnahmen wurden vorgenommen: 4093 Hausbesuche der Sonderfürsorgerinnen, 398 Hausbesuche der Bezirksfürsorgerinnen (Jugendpflegerinnen), zusammen 4491 Hausbesuche. In Heilstätten und ländlichen Krankenhäusern wurden von der Fürsorgestelle 120 Kuren eingeleitet. (Miteingezählt sind einige Kuren, die von den Versicherungsanstalten durchgeführt wurden, zu denen aber wegen ungenügender Versicherung Fürsorgeamt und Bad. Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose auf Antrag der Fürsorgestelle Beiträge geleistet haben). An den Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose wurden 460 Anträge auf Kurbeihilfe, Ernährungsbeihilfe und Überwachungskostenbeiträge gestellt (in der Zeit vom 1. 1. 30 bis 31. 12. 30), Wohnungsverbesserungen und Erweiterungen wurden in 8 Fällen durchgeführt, 6 Betten und 36 Liegestühle ausgeliehen.

Außerdem wurden Lebensmittelunterstützungen, die über das Mindestmaß der allgemeinen Fürsorge hinausgingen, beim Fürsorgeamt verschafft, Spuckflaschen und Spucknäpfe sowie Desinfektionsmittel abgegeben in allen Fällen, bei denen die Notwendigkeit vorlag. Auf Veranlassung der Fürsorgestelle hat das Fürsorgeamt in mehreren Fällen laufend Mietbeihilfen für die Ermietung einer größeren Wohnung bewilligt.

Am 1. April 1930 als Stichtag waren 448 Tuberkulosefälle mit nachgewiesenem positiven Bazillenbefund und noch nicht abgeheiltem Prozeß, 109 Ansteckungsfähige, zunächst ohne erbrachten Bazillennachweis, 29 sonstige ansteckungsfähige Tuberkulöse (und Lupusfälle), zusammen 586 Ansteckungsfähige bekannt.

Am 31. März 1931 betrug die Zahl der erfaßten Offentuberkulösen 436, der ansteckungsfähigen Lungentuberkulosefälle ohne Bazillennachweis 107, der sonstigen ansteckungsfähigen Tuberkulösen (offene Fisteln und dergl.) und Lupuskranken 38, die Zahl der Ansteckungsfähigen insgesamt 581. Im Laufe des Jahres sind 197 ansteckungsfähige Fälle abgegangen und 192 zugegangen. Auf 10 000 Einwohner entfielen am 31. März 1931 37,1 bekannte Offentuberkulöse.

Von den 108 vom 1. Januar 1930 bis 31. Dezember 1930 an Lungentuberkulose verstorbenen Ortsansässigen, amtlich Gemeldeten waren 102 = 94,4v. H. erfaßt.

Von den an Tuberkulose aller Art verstorbenen 126 Personen (ausschließlich der Auswärtigen) sind in Krankenhäusern verstorben 52 = 41,3 v. H.

Im Durchschnitt waren 70,5 = 12,13 v. H. von den ortsansässigen Ansteckungsfähigen in Krankenanstalten untergebracht (ausgezählt an jedem Monatsersten) gegen 12,5 v. H. im Vorjahr.

Nach dem Stand vom 1. Januar 1931 hatten 435 Offentuberkulöse und 108 Ansteckungsfähige ein Bett für sich allein, davon 210 Offentuberkulöse und 36 Ansteckungsfähige im eigenen Schlafzimmer. (Die Zahl der bekannten Offentuberkulösen war am 1. Januar 1931 = 435, die Zahl der bekannten Ansteckungsfähigen am gleichen Tage 108.)

An Tuberkulose aller Art starben in Karlsruhe in den einzelnen Monaten des Jahres 1930: Im Januar 13 (2) *), im Februar 7 (—), im März 12 (4), zusammen 32 im 1. Vierteljahr, im April 15 (1), im Mai 17 (1), im Juni 4 (1), zusammen 36 im 2. Vierteljahr, im Juli 9 (—), im August 6 (4), im September 12 (1), zusammen 27 im 3. Vierteljahr, im Oktober 6 (3), im November 12 (—), im Dezember 13 (2), zusammen 31 im 4. Vierteljahr, insgesamt 126 (19) Personen.

Von den an Tuberkulose aller Art Verstorbenen standen in einem Alter von unter 1 Jahr 1 (—), von 1 bis unter 5 Jahren 2 (2), von 5 bis unter 15 Jahren 2 (—), von 15 bis unter 20 Jahren 3 (—),

*) Die in Klammern angegebenen Zahlen stellen die in den ersten Zahlen noch nicht enthaltenen in Karlsruhe verstorbenen Ortsfremden dar.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

von 20 bis unter 30 Jahren 29 (8), von 30 bis unter 40 Jahren 28 (1), von 40 bis unter 50 Jahren 17 (2), von 50 bis unter 60 Jahren 20 (3), von 60 bis unter 70 Jahren 19 (3), von 70 bis unter 80 Jahren 4 (—), von 80 und darüber 1 (—); unter 30 Jahren zusammen 37 (10), von 30 Jahren und älter zusammen 89 (9), insgesamt 126 (19), davon waren 68 (10) männlichen und 58 (9) weiblichen Geschlechts.

Auf Lungentuberkulose entfielen mit den Ortsfremden 119 Todesfälle = 7,62 auf 10 000 Einwohner, auf sonstige Tuberkulose (einschließlich Miliartuberkulose) 26 Todesfälle = 1,67 auf 10 000 Einwohner, zusammen 145 Todesfälle = 9,29 auf 10 000 Einwohner. Ohne Ortsfremde verstarben 108 Personen = 6,92 von 10 000 Einwohnern an Lungentuberkulose, 18 = 1,15 von 10 000 Einwohnern an sonstiger Tuberkulose (einschl. Miliartuberkulose), zusammen 126 Personen = 8,07 auf 10 000 Einwohner.

Die 126 an Tuberkulose aller Art verstorbenen, hier ansässigen Personen gehörten mit 55 Personen dem Arbeiterstande, mit 13 Personen den selbständigen Gewerbetreibenden, mit 25 Personen den Angestellten, mit 13 Personen den unteren Beamten, mit 12 Personen den mittleren und höheren Beamten, mit 7 Personen den Berufslosen (Kleinrentnern usw.) an; 1 Verstorbene war Krankenschwester.

Die Tuberkulosefürsorgestelle war im Berichtsjahr mit 2 Ärzten, 3 Angestellten im Sinne der Angestelltensatzung und 1 Aushelfer besetzt.

Der von der Stadt zu tragende ungedeckte Aufwand der Tuberkulosefürsorgestelle betrug 32 275,55 *RM* gegen 32 293,61 *RM* im Vorjahr.

## 3. Krankenhaus einschließlich Desinfektionsanstalt.

### Allgemeines.

Im Berichtsjahr standen im städt. Krankenhaus 723 Krankenbetten zur Verfügung gegen 711 im Vorjahr. Neu eingerichtet wurden 12 Krankenbetten. Die medizinische Abteilung umfaßte 458 Betten, davon 378 für innere Krankheiten, 80 für Haut- und Geschlechtskranke, die chirurgische Abteilung 265, davon 208 für chirurgische Kranke, 39 für Wöchnerinnen und Säuglinge, 18 für Augenkranke.

Die im Jahr 1922 vom Ludwig-Wilhelm-Krankenheim übernommene Augenabteilung wurde auf Schluß des Wirtschaftsjahres 1930 wieder aufgegeben. Wegen der spezialärztlichen Behandlung der augenkranken Patienten des städt. Krankenhauses wurde ein Augenarzt als Konsiliararzt vertraglich verpflichtet.

Die Verpflegungsgebühren sind seit dem 1. April 1928 unverändert geblieben.

Im Personalstand trat im Berichtsjahr keine Änderung ein. Er setzte sich zusammen aus 22 Ärzten und Apothekern, darunter 4 im Beamtenverhältnis, 131 Personen im Warte-, Pflege- und Laboratoriumsdienst, davon 8 im Beamtenverhältnis, 2 Personen (Beamten) für die Desinfektionsanstalt, 86 Personen, darunter 9 Beamte für den Haus- und Wirtschaftsdienst, 11 Personen, darunter 8 Beamte für die Verwaltung, zusammen 252 Personen, davon 31 im Beamtenverhältnis.

Am 29. Dezember 1930 verschied nach kurzer Krankheit der Direktor des Städtischen Krankenhauses und Chefarzt der chirurgischen Abteilung, Geh. Hofrat, Professor Dr. Bernhard von Beck im 68. Lebensjahre. Seit 1. April 1897 stand er als Chefarzt der chirurgischen Abteilung vor, mit Wirkung vom 1. Januar 1898 an wurde er zum Direktor des Städtischen Krankenhauses ernannt.

Zu seinem Nachfolger als Direktor des Städtischen Krankenhauses wurde mit Beschluß des Stadtrats vom 8. Januar 1931 der Chefarzt der medizinischen Abteilung und bisherige Stellvertreter des Direktors, Professor Dr. Hugo Starck, bestellt.

Der Posten des Chefarztes der chirurgischen Abteilung des städtischen Krankenhauses wurde gemäß Stadtratsbeschlusses vom 12. März 1932 dem ersten Oberarzt an der chirurgischen Universitätsklinik München, Professor Dr. Paul Drevermann, übertragen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

## Krankenbewegung und Sterblichkeit.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden im ganzen 7204 Personen an 179 505 Tagen im Hause verpflegt gegen 7233 Personen an 174 260 Tagen im Vorjahr. Zugegangen sind 7133 Kranke, abgegangen 6967 Personen.

Der tägliche durchschnittliche Krankenstand betrug 491 (1929: 477). Der Krankenstand war am höchsten am 12. Februar mit 596 (1929: 512), am niedersten am 27. September mit 389 (1929: 373) Kranken. Im Durchschnitt waren 67,9 v. H. (1929: 67,1 v. H.), zur Zeit des höchsten Standes 82,4 v. H. (1929: 72 v. H.) der 723 (1929: 711) Krankenbetten belegt.

In der ersten Verpflegungsklasse waren 98 Patienten mit 1697 Verpflegungstagen, darunter 44 Auswärtige mit 697 Verpflegungstagen untergebracht, in der zweiten Verpflegungsklasse 463 Personen mit 9000 Verpflegungstagen, davone 144 Auswärtige mit 2525 Verpflegungstagen, in der dritten Verpflegungsklasse 6643 Personen mit 168 808 Verpflegungstagen, davon 1632 Auswärtige mit 24 805 Verpflegungstagen, zusammen 7204 Personen mit 179 505 Verpflegungstagen. Der durchschnittliche Aufenthalt betrug bei einem Patienten der ersten Klasse 17,32 Tage, bei einem Patienten der zweiten Klasse 19,44 Tage, bei einem Patienten der dritten Klasse 25,41 Tage oder im Durchschnitt sämtlicher Verpflegungsklassen zusammen 24,92 Tage.

Die Kosten wurden entrichtet für 1808 hiesige und 318 auswärtige Patienten mit 59 234 bzw. 8643 Verpflegungstagen vom Fürsorgeamt, für 2742 hiesige und 1096 auswärtige Kranke mit 66 778 bzw. 23 178 Verpflegungstagen von Kranken- und sonstigen Kassen, für 834 hiesige und 406 auswärtige Personen mit 14 634 bzw. 7038 Verpflegungstagen von Selbstzahlern.

Der Anteil des Fürsorgeamts an sämtlichen Verpflegungstagen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 29,78 auf 37,81 v. H. = um 8,03 v. H., während der Anteil der Krankenkassen von 53,87 auf 50,11 v. H. = um 3,76 v. H. und der Anteil der Selbstzahler von 16,35 auf 12,08 v. H. = um 4,27 v. H zurückging. Die steigende Verschlechterung der Wirtschaftslage im Jahre 1930 ist deutlich aus dem wachsenden Anteil des Fürsorgeamts und dem Rückgang der Selbstzahler zu erkennen.

Unter den 463 in der II. Klasse Verpflegten und unter den 1240 Selbstzahlern befanden sich 80 Kassenmitglieder mit 2313 Verpflegungstagen, welche den Unterschied zwischen der Gebühr der III. und II. Verpflegungsklasse selbst aufbezahlt haben.

Von den 6967 (1929: 6948) im Jahr 1930 abgegangenen Kranken sind 419 gestorben, 6548 wurden entlassen, und zwar als geheilt 1735 Erwachsene und 139 Kinder, zusammen 1874 Personen, als gebessert 4180 Erwachsene und 128 Kinder, zusammen 4308 Personen.

Ungeheilt verließen 366 Personen das Krankenhaus, die zum Teil in andere Anstalten überführt wurden, zum Teil das Haus gegen ärztlichen Rat verlassen haben.

Von den 419 Verstorbenen waren 250 männlichen und 169 weiblichen Geschlechts. Im Alter unter 2 Jahren verstarben 26 Personen, im Alter von 2—5 Jahren 2 Personen, im Alter von 5—15 Jahren 4 Personen, im Alter von 15—20 Jahren 12 Personen, im Alter von 20—30 Jahren 42 Personen, im Alter von 30—40 Jahren 37 Personen, im Alter von 40—50 Jahren 44 Personen, im Alter von 50—60 Jahren 93 Personen, im Alter von 60—70 Jahren 84 Personen, im Alter von 70—80 Jahren 58 Personen und im Alter von über 80 Jahren 17 Personen.

In der medizinischen Abteilung verstarben 275 Personen, davon 163 Männer und 112 Frauen, in der chirurgischen Abteilung 144 Personen, davon 65 Männer, 54 Frauen und 25 Kinder. Am höchsten war die Sterblichkeit im städtischen Krankenhaus im Monat Mai 1930 mit 56 Todesfällen, am niedrigsten im Monat Dezember mit 21.

## Betriebsergebnisse.

Aus der Verpflegung wurden 986 632,58 *RM* erlöst, aus der Röntgen-, Diathermie- und Höhensonnebehandlung 134 949,06 *RM*, aus der ambulanten Behandlung 28 661,65 *RM*. Die sonstigen Einnahmen erbrachten 96 900,52 *RM*. Die Einnahmen zusammen betrugen 1 247 143,81 *RM*. An Ausgaben für Gebäude und Einrichtungen fielen 537 881,61 *RM* an, für das Personal 607 354,09 *RM*, für Verpflegung und Heilung 415 943,99 *RM*, für Sonstiges 34 920,89 *RM*, zusammen 1 596 100,58 *RM*.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Zuschuß der Stadthauptkasse betrug 354 627,68 *RM*, davon 223 550 *RM* für Aufrechnung des Mietzinses. Im Vorjahr wurden 408 424,35 *RM* als Zuschuß benötigt.

Die Ausgaben für einen Krankenverpflegungstag betrugen nach Abzug der wieder zum Ersatz gelangten Ausgaben und der Röntgen- und Ambulanzgebühren 7,25 *RM* (1929: 8 *RM*), die reinen Betriebsausgaben ohne Berechnung des Nutzungswertes 6 *RM* (1929: 6,82 *RM*). An reinen Verpflegungsgebühren gingen für den Kopf und Tag eines Kranken 5,50 *RM* (1929: 5,61 *RM*) ein. Der Barzuschuß der Stadthauptkasse betrug für jeden Kranken täglich 73 *Rpf* (1929: 1,16 *RM*).

Für den Ankauf der Lebensmittel wurden 359 982 *RM* ausgegeben. Auf Fleisch- und Wurstwaren entfielen 96 318 *RM*, auf Fisch, Geflügel, Wildbret 13 063 *RM*, auf Fett, Öl, Essig 13 238 *RM*, auf Brot, Weck, Zwieback 39 181 *RM*, auf Eier 12 816 *RM*, auf Gemüse, Kartoffeln, Kolonialwaren 56 844 *RM*, auf Teigwaren und Mehl 10 835 *RM*, auf Milch 55 587 *RM*, auf Zucker 11 540 *RM*, auf Obst 16 437 *RM*, auf Kaffee, Tee, Kakao 17 741 *RM*, auf Wein und Bier 8151 *RM*, auf Sonstiges 8231 *RM*. Ein Verpflegungstag (einschl. derjenigen für Personal) kostete 144,8 *Rpf* gegen 167,9 *Rpf* im Vorjahr.

In der Krankenhausapotheke wurden 39 295 (1929: 38 450) Ordinationen angefertigt, und zwar durchschnittlich im Monat 3274 (1929: 3204), im Tag 107 (1929: 105) Rezepte.

Auf einen Kranken fielen im Durchschnitt von den für das Krankenhaus gefertigten Ordinationen 5,4 (1929: 5,3) und auf einen Krankenverpflegungstag 0,2 (1929: 0,2).

Der Gesamtaufwand für den Apothekenbetrieb betrug einschließlich der Gehalte aber ohne Aufrechnung des Mietzinses und der Kosten für Heizung und Beleuchtung 57 093,86 *RM* (1929: 54 265,11 *RM*) = 31,8 *Rpf* (1929: 31,1 *Rpf*) für einen Krankenverpflegungstag. Von diesem Betrag gingen die Einnahmen aus den besonderen Verabreichungen usw. der Apotheke mit 24 099 *RM* (1929: 23 032,03 *RM*) noch ab, sodaß die der Krankenhauskasse verbliebenen Ausgaben 32 994,86 *RM* (1929: 31 233,08 *RM*) oder für den Krankenverpflegungstag 18,38 *Rpf* (1929: 17,92 *Rpf*) betrugen.

In der Waschküche wurden an Wäsche für Kinder 100 697 Stück, für Erwachsene 414 021 Stück, für den ärztlichen und Wirtschaftsgebrauch 113 165 Stück, für das Personal 18 166 Stück, zusammen 646 049 Stück gegen 627 172 Stück im Vorjahr oder bei 301 Arbeitstagen täglich 2146 Stück (1929: 2083) gereinigt.

Für die Krankenpflege und den Wirtschaftsdienst wurden zusammen 627 883 (1929: 608 605) Stück Wäsche gereinigt. Auf einen Kranken entfielen für den Kopf und Tag 3,5 (1929: 3,5) Stück.

## Ärztlicher Bericht.

(Kalenderjahr 1930).

An Entwicklungskrankheiten wurden im Jahre 1930 32 Fälle behandelt, an Infektions- und parasitären Krankheiten 940 Fälle, an sonstigen allgemeinen Krankheiten 407 Fälle, an örtlichen Krankheiten 579 Fälle von Krankheiten des Nervensystems, 351 Fälle von Krankheiten der Atmungsorgane, 359 Fälle von Krankheiten der Kreislauforgane, 1586 Fälle von Krankheiten der Verdauungsorgane, 660 Fälle von Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane, 456 Fälle von Krankheiten der äußeren Bedeckungen, 413 Fälle von Krankheiten der Bewegungsorgane, 45 Fälle von Krankheiten des Ohres, 182 Fälle von Augenkrankheiten, 724 Fälle von Verletzungen, zusammen 5355 Fälle von örtlichen Krankheiten, 385 Fälle anderweitiger Krankheiten (Wöchnerinnen), insgesamt 7119 Krankheitsfälle.

Röntgenuntersuchungen (Durchleuchtungen und Aufnahmen) fanden 8145 statt, davon 2420 von stationären, 5725 von ambulanten Kranken. Auf die medizinische Abteilung entfielen 6733 Röntgenuntersuchungen, auf die chirurgische Abteilung 1412.

Außerdem wurden auf der medizinischen Abteilung für die städt. Tuberkulose-Fürsorgestelle noch 1528 Lungendurchleuchtungen vorgenommen.

Röntgenbestrahlungen fanden 517 statt, und zwar 99 bei stationären Kranken, 418 bei ambulanten Kranken.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ferner wurden 811 Diathermiesitzungen stationärer und 869 ambulanter Kranker, zusammen 1680 Diathermiesitzungen, 260 Höhensonnenbestrahlungen (Sitzungen) stationärer und 235 ambulanter Kranker, zusammen 495 Höhensonnenbestrahlungen, 5 Radiumbestrahlungen stationärer und 34 ambulanter Kranker, zusammen 39 Radiumbestrahlungen vorgenommen.

Medizinische Bäder, Inhalationen usw. wurden insgesamt 10 853 abgegeben.

An Personen aus der Stadt, die in Behandlung der Chefärzte standen, aber nicht im Krankenhaus untergebracht waren, wurden 171 Bäder verabfolgt.

### Prosektur.

Die Gesamtzahl der im Wirtschaftsj hr 1930 ausgeführten Sektionen betrug 224 (1929: 212).

Davon entfielen auf die chirurgische Abteilung 50, die medizinische Abteilung 104, außerhalb Verstorbene 70.

Der Tod der sezierten Kranken wurde in 17 Fällen durch Infektionskrankheiten, in 15 Fällen durch äußere Einwirkungen, in 45 Fällen durch bösartige Neubildungen, in 8 Fällen durch Krankheiten des Nervensystems, in 42 Fällen durch Krankheiten des Gefäßsystems, in 16 Fällen durch Erkrankungen der Respirationsorgane, in 38 Fällen durch Krankheiten der Verdauungsorgane, in 20 Fällen durch Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane, in 23 Fällen durch allgemeine Ernährungsstörungen und Verschiedenes herbeigeführt.

Für die klinischen Abteilungen des Krankenhauses, die Ärzte der Stadt und der Umgebung wurden im ganzen 9036 (1929: 8293) Untersuchungen ausgeführt.

Diese betrafen 971 histologische und mikroskopische Untersuchungen, 3229 bakteriologische Untersuchungen, 4836 serologische Untersuchungen.

### Desinfektionsanstalt.

In der städt. Desinfektionsanstalt wurden im Wirtschaftsjahr 1930 664 (1929: 520) Desinfektionen vorgenommen. Diese waren in 578 (1929: 408) Fällen amtlich vorgeschrieben, die übrigen 86 (1929: 112) wurden von Privatpersonen beantragt.

Von den Desinfektionen für Stadtbewohner fanden 211 wegen Diphterie, 2 wegen Genickstarre, 6 wegen Krebs, 4 wegen Kindbettfieber, 1 wegen Lupus, 1 wegen Angina, 4 wegen Ruhr, 15 wegen Kinderlähmung, 135 wegen Scharlach, 191 wegen Tuberkulose, 5 wegen Typhus, 3 wegen Paratyphus statt; bei 86 Desinfektionen war die Ursache unbekannt.

Der große Dampfapparat der Desinfektionsanstalt wurde 272 mal, der kleine Dampfapparat 2 mal, das Dampfkochfaß 42 mal beschickt.

Für das Krankenhaus selbst wurden außer den in den Apparaten desinfizierten Betten und Kleidungsstücken, welche nicht verzeichnet wurden 21 (1929: 30) Zimmer und Säle mit 2126,5 (1929: 3506) cbm Inhalt desinfiziert.

An Ausgaben für die Desinfektionsanstalt entstanden insgesamt 12 322,63 *RM*, welchen 4769,80 *RM* angesetzte Gebühren gegenüberstehen, von denen jedoch in 141 Fällen zusammen 1005,47 *RM* auf die Stadthauptkasse übernommen wurden.

## 4. Erholungsheim Baden-Baden.

Das Erholungsheim wurde am 16. April 1930 wieder eröffnet und am 1. Oktober 1930 für den Winter geschlossen. Im ganzen fanden 245 (1929: 245) Personen Aufnahme, die an zusammen 4369 (1929: 4768) Tagen verpflegt wurden. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer eines Pfleglings betrug demnach 17,8 (1929: 19,4) Tage, wobei Aufnahme- und Entlassungstag zusammen als 1 Tag gerechnet sind.

Der höchste monatliche Stand von Pfleglingen war im August 1930 mit 39 Personen, der niederste Stand im April mit 8 Personen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Von den 245 Pfleglingen waren 94 ledig, 97 verheiratet und 54 verwitwet. 223 Pfleglinge waren von Karlsruhe, 22 von auswärts. Unter den Pfleglingen waren 24 Ehepaare.

Die Verpflegungsgebühren wurden vone 235 Pfleglingen selbst bezahlt, für 8 Pfleglinge durch das Fürsorgeamt, für 2 Pfleglinge durch sonstige Kassen.

An Ausgaben waren im Wirtschaftsjahr 1930 31 345,65 *RM* (1929: 30 670,85 *RM*) entstanden. Durch die Einnahmen aus den Verpflegungsgebühren wurden 20 438,35 *RM* (1929: 21 415,50 *RM*) gedeckt. Ein Zuschuß der Stadthauptkasse war erforderlich in Höhe von 8386,52 *RM* (1929: 8190,98 *RM*).

Bei 5624 (1929: 5893) Verpflegungstagen (Pfleglinge: 4369 und Personal 1255) entfielen an Ausgaben für den Ankauf der Lebensmittel auf den Kopf und Tag 2,11 *RM* (1929: 2,22 *RM*).

Für den Verpflegungstag der Pfleglinge betrugen die Gesamtausgaben 7,17 *RM*, die Gesamteinnahmen ohne Zuschuß 5,25 *RM*, der Zuschuß der Stadt 1,92 *RM* gegen 1,72 *RM* im Vorjahr.

## 5. Förderung der Leibesübungen und Jugendpflege.

Im Oktober 1930 wurde vom Stadtausschuß für Leibesübungen und Jugendpflege und dem Stadtausschuß für Arbeitersport und Jugendpflege im Benehmen mit der hiesigen Sportärzteorganisation eine sportärztliche Beratungsstelle errichtet und in Betrieb genommen. Die Verwaltung wurde der Städt. Sportkommission übertragen, der die Räume der Stadtschularztstelle zur Verfügung gestellt wurden. Die Stelle erfreute sich eines regen Zuspruchs.

Für die Förderung der Leibesübungen und der Jugendpflege waren in den Voranschlag 1930 87 940 *RM* eingestellt. Hiervon entfielen 39 380 *RM* auf Barzuschüsse an Vereine, Jugendherbergen usw. Der Pachtwert von stadteigenem Gelände, das zu Spielplatzzwecken kostenlos abgegeben wurde, und der Wertanschlag für die unentgeltliche Überlassung der Turnhallen an Vereine wurde mit 24 860 *RM* angenommen. Zur Verbilligung der Bäder an Schüler und Vereine wurden 23 500 *RM* aufgewendet. Für die Errichtung und Unterhaltung von Schulspielplätzen, die in den Abendstunden gegen Miete an Vereine abgegeben werden, wurden 3600 *RM* in den Voranschlag eingesetzt.

## 6. Wohnungswesen.

### a. Förderung des Wohnungsbaues.

Infolge des Kapitalmangels mußte zur Anregung der Bautätigkeit, wie in den Vorjahren, so auch im Wirtschaftsjahr 1930 die II. Hypothek als öffentliches Baudarlehen von der Stadt gegeben und zur Ermöglichung erträglicher Mieten Zinsbeihilfen gewährt werden. Das Baudarlehen, die sogenannte Bauhypothek, dient der Kapitalbeschaffung insoweit, als der Bauaufwand nicht durch eine I. Hypothek und das Eigenkapital des Bauherrn (das mindestens 20 v. H. der Gesamtkosten betragen muß) gedeckt werden kann. Die Summe aus I. Hypothek und Bauhypothek darf 80 v. H. des Verkehrswerts des Neubaugrundstücks nicht überschreiten nud im übrigen die Bauhypothek äußerstenfalls 5500 *RM* je Wohnung betragen. Die Bauhypothek ist mit 1 v. H. über dem jeweiligen Zinssatz der städt. Spar- und Pfandleihkasse Karlsruhe für erststellige Hypotheken zu verzinsen. Da der Sparkassenzinsfuß vom 1. April bis 1. August 1930 8 v. H. und sodann 7½ v. H. betrug, ergab sich der Bauhypothekenzinsfuß für die gleichen Zeiträume von 9 v. H. bzw. 8½ v. H. Die Bauhypothek ist mit mindestens 1½ v. H. zuzüglich ersparter Zinsen zu tilgen; dies gilt jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die I. Hypothek ebenfalls mit mindestens 1½ v. H. abzuzahlen ist. Die weitaus meisten der I. Hypotheken auf Wohnungsneubauten wurden von der städt. Sparkasse gegeben, die bis auf weiteres auf Abzahlung verzichtet hat; infolgedessen wurde hier der normale Tilgungssatz der städt. Bauhypothek annähernd verdoppelt. Abgesehen von vertraglichen Zuwiderhandlungen kann von Seiten der Stadt die Bauhypothek frühestens auf 31. Dezember 1941 gekündigt werden. Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden an Bauhypotheken im ganzen 3 209 500 *RM* für 849 Wohnungen, also durchschnittlich 3780 *RM* je Wohnung bewilligt. Die Mittel für die Bauhypotheken wurden mit 1 133 000 *RM* aus dem städt. Wohnungsbauanteil am Gebäudesondersteueraufkommen, mit 1 786 000 *RM* aus Kommunaldarlehen des bad. Staates an die Stadt, mit 290 500 *RM* aus Kapitalheimzahlungen auf die in den Jahren 1919 bis 1929 gewährten Wohnungsbaudarlehen entnommen.

Die zur Minderung der Kapitalzinsen für den Wohnungsneubau und damit mittelbar zur Ermöglichung vertretbarer Mieten den Bauherren gewährten Zinsbeihilfen wurden auch im Berichtsjahr aus



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

dem sogenannten „Förderungsbetrag", der bei ausgesprochenen Kleinwohnungen ungefähr den Hausbaukosten gleichkommt, berechnet. Die Zinsbeihilfe betrug im Grenzfalle unter Zugrundelegung eines Sparkassenzinsfußes von 7½ v. H. 325 *RM*. Im ganzen wurden Zinsbeihilfen für 913 Wohnungen mit einem Gesamtförderungsbetrag von 8 201 000 *RM* bewilligt, also durchschnittlich 9680 *RM* Förderungsbetrag je Wohnung. Da Bauhypotheken nur für 849, aber Zinsbeihilfen für 913 Wohnungen bewilligt wurden, wurden 64 Wohnungen lediglich mit städt. Zinsbeihilfen, aber ohne städt. Kapitalhingabe erstellt. Außerdem wurden der Evangelischen Diakonissenanstalt für die Errichtung eines Schwesternheimes, dessen Baubeginn sich aber auf 1931 verschoben hat, und dem Umfang nach etwa 33 Kleinwohnungen gleichkommt, Zinsbeihilfen aus einem Förderungsbetrag von 325 000 *RM* zugesagt.

Um die im Herbst 1930 ziemlich zurückgegangene Bautätigkeit zu beleben, wurden vom Reich Sondermittel in der Weise zur Verfügung gestellt, daß den einzelnen Ländern Wohnungsbaudarlehen von zusammen 100 Millionen Reichsmark bewilligt wurden mit der Verpflichtung, sie den einzelnen Städten weiterzugeben, die ihrerseits wieder gehalten waren, damit sogenannte Kleinstwohnungen zu fördern. Diese Kleinstwohnungen sollten in der Hauptsache nur Wohnflächen von 45 qm, ausnahmsweise bis zu 60 qm erhalten; die Mietzinsen sollten nicht mehr als 40 *RM* monatlich für die 45 qm-Wohnung und nicht mehr als 50 *RM* für die 60 qm-Wohnung betragen. Um diese für Neubauten abnorm niedrigen Mieten zu ermöglichen, wurde der Zinsfuß für diese Darlehen auf nur 1 v. H. jährlich festgesetzt. Soweit trotzdem die jährlichen Selbstkosten der Mieten nicht auf die vorgeschriebene Grenze zu bringen waren, mußten noch Zinsbeihilfen gewährt werden. Der Stadt Karlsruhe wurden zu Durchführung dieses sogenannten zusätzlichen Reichswohnungsbauprogramms im ganzen 410 000 *RM* überwiesen, mit deren Hilfe 122 Wohnungen, hauptsächlich 2½-Zimmerwohnungen (2 Zimmer nebst einer kleinen Kammer), zur Ausführung kamen. Das durchschnittliche Reichsdarlehen betrug darnach 3360 *RM* je Wohnung. Dazu kamen verkürzte städtische Zinsbeihilfen aus einem Förderungsbetrag von 240 200 *RM* oder rund 2000 *RM* Förderungsbetrag je Wohnung. Diese neuen Kleinstwohnungen, welche im Laufe des Sommers 1931 fertiggestellt wurden, sind von den Mietern sehr günstig aufgenommen worden und zwar nicht nur deshalb, weil die Miete sehr niedrig ist, sondern auch, weil sie den Bedürfnissen und der Leistungsfähigkeit der minderbemittelten Bevölkerung entsprachen. Es hat sich allerdings gezeigt, daß das Maß von 45 qm für eine 2½-Zimmerwohnung etwas zu niedrig gegriffen ist; es wäre wünschenswert gewesen, es auf etwa 50—54 qm zu erhöhen.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurde der Bau von insgesamt 913 Wohnungen durch die Stadt gefördert. Hierunter befanden sich 14 Einzimmer-, 127 Zweizimmer-, 596 Dreizimmer-, 126 Vierzimmer-, 50 Fünf- und Mehrzimmerwohnungen. 575 Wohnungen wurden von privaten Bauherren, 338 von gemeinnützigen Bauvereinigungen erstellt. 531 Wohnungen privater Bauherren und 318 Wohnungen gemeinnütziger Bauvereinigungen, zusammen 849 Wohnungen, wurden mit Bauhypotheken und Zinsbeihilfen gefördert, 44 Wohnungen privater Bauherren und 20 Wohnungen gemeinnütziger Bauvereinigungen, zusammen 64 Wohnungen, lediglich mit Zinsbeihilfen.

In besonderen Fällen, wie zum Zwecke der Unterbringung von kinderreichen Familien und Kriegsbeschädigten, wurde außer der normalen Zinsbeihilfe noch für insgesamt 52 Wohnungen eine sogenannte Zusatzzinsbeihilfe bewilligt, die für eine Wohnung sich im Durchschnitt auf 180 *RM* jährlich belief.

Die Zahl der in den einzelnen Wirtschaftsjahren bezugsfertig gewordenen Wohnungen deckt sich nicht mit der im gleichen Jahr öffentlich geförderten Wohnugen. Es tritt jeweils eine zeitliche Verschiebung zwischen der Darlehenszusage und der Fertigstellung von ¾—1 Jahr ein.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden 210 Wohngebäude mit 972 Wohnungen fertiggestellt, die mit Unterstützung der Stadt gebaut worden waren, gegen 380 Wohngebäude mit 1242 Wohnungen im Wirtschaftsjahr 1929, 308 Wohngebäude mit 1048 Wohnungen im Wirtschaftsjahr 1928, 374 Wohngebäude mit 1163 Wohnungen im Wirtschaftsjahr 1927. Das Wirtschaftsjahr 1930 war das ungünstigste in Bezug auf die Fertigstellung von Wohnungen in den letzten vier Jahren. Gegenüber dem Vorjahr wurden im Wirtschaftsjahr 1930 270 Wohnungen, gegenüber dem Durchschnitt der letzten 4 Jahre 134 Wohnungen weniger gebaut.

Die im Wirtschaftsjahr 1930 erstellten 972 Wohnungen verteilen sich mit 12 = 1,2 v. H. auf Einzimmerwohnungen, mit 152 = 15,6 v. H. auf Zweizimmerwohnungen, mit 604 = 62,2 v. H. auf



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Dreizimmerwohnungen, mit 160 = 16,5 v. H. auf Vierzimmerwohnungen, mit 44 = 4,5 v. H. auf Fünf- und Mehrzimmerwohnungen. Gegenüber den Vorjahren blieb der Anteil der Zweizimmerwohnungen an den neu erstellten Wohnungen annähernd unverändert, dagegen erhöhte sich der Anteil der Dreizimmerwohnungen gegen 1928 und 1929 um rund 17 v. H., während der Anteil der Vierzimmerwohnungen um rund 13 v. H., der Fünf- und Mehrzimmerwohnungen um rund 4 v. H. zurückging.

Die deutsche Reichsstatistik und die Statistik des Deutschen Städtetags werden für den Zeitraum eines Kalenderjahres aufgestellt. Der Vergleichbarkeit wegen werden hier die Zahlen der in den letzten Kalenderjahren in hiesiger Stadt fertiggestellten Wohngebäuden und Wohnungen angegeben. Im Jahre 1930 wurden 195 Wohngebäude mit 969 Wohnungen erstellt gegen 401 Gebäude mit 1253 Wohnungen im Jahre 1929 und 327 Gebäude mit 1061 Wohnungen im Jahre 1928. Die für das Wirtschaftsjahr 1930 verzeichnete rückläufige Bewegung der Bautätigkeit trifft auch in gleicher Weise für das Kalenderjahr 1930 zu.

### b. Wohnungsmangelbekämpfung.

Seit Ende des letzten Berichtsjahres hat sich in der Durchführung der Wohnungsmangelvorschriften nichts geändert. Mit der Bearbeitung dieser Angelegenheiten war eine Abteilung der Stadtkanzlei mit der Bezeichnung „Wohnungsbüro" befaßt. Die Arbeit dieses Büros konnte bis zum Schluß des Berichtsjahres wesentlich vereinfacht werden, sodaß nur noch eine halbe Arbeitskraft für diese Stelle erforderlich war.

## 7. Gesundheitsbehörde.

Die Gesamttätigkeit der Gesundheitsbehörde erfuhr im Berichtsjahr eine geringe Vermehrung. Wesentliche Änderungen waren weder in der Organisation noch in der Gesetzgebung zu verzeichnen.

In fortlaufender Überwachung der Gesundheitsbehörde standen am 1. April 1930 147 weibliche Personen, dazu kamen bis 31. März 1931 52 Personen, während im gleichen Zeitraum 47 ausschieden. Am 31. März 1931 waren mithin 152 weibliche Personen der fortlaufenden Überwachung der Gesundheitsbehörde unterworfen. Außerdem mußte die Gesundheitsbehörde im Berichtsjahr noch bei 136 weiblichen Personen tätig werden, welche verdächtigt waren, häufig wechselnden Geschlechtsverkehr auszuüben.

In vorübergehender Überwachung der Gesundheitsbehörde befanden sich am 1. April 1930 12 weibliche und 32 männliche Personen. Der Zugang im Berichtsjahr betrug 66 weibliche und 102 männliche Personen, der Abgang 46 weibliche und 93 männliche Personen, sodaß am 31. März 1931 noch 42 weibliche und 41 männliche Personen in vorübergehender Überwachung standen.

Die Gesundheitsbehörde erforderte im Wirtschaftsjahr 1930 einen Aufwand von 5102 *RM*. Die Tätigkeit der Gesundheitsbehörde hat, trotz genügend scharfen Zugreifens, ebenso wie in früheren Jahren, noch nie einer betroffenen Person Veranlassung gegeben, die Entscheidung der Beschwerdeinstanz anzurufen. Es mag das als ein Beweis dafür angesehen werden, daß man mit Erfolg versucht hat, im Sinne des maßgebenden Reichsgesetzes zu handeln.

## 8. Betriebskrankenkasse.

(Geschäftsjahr: 1. Januar bis 31. Dezember).

Die städtische Betriebskrankenkasse, die bisher eine Abteilung der Stadthauptkasse bildete, wurde mit Wirkung vom 18. September 1930 zum Zwecke der Geschäftsvereinfachung dem städtischen Personalamt als besondere Abteilung angegliedert.

Der jeweilige Amtsvorstand des Personalamts übernimmt bei Behinderung des Vorsitzenden der Kasse dessen Stellvertretung.

Auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 mußten einschneidende Einschränkungen in der Krankenversicherung durchgeführt werden. Die Änderungen traten am 25. August und 1. September 1930 in Kraft.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Beitrag wurde zunächst mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 auf 5 v. H. des Grundlohnes festgesetzt. Vom gleichen Zeitpunkt ab wurden verschiedene Satzungsänderungen durchgeführt, die sich insbesondere auf das Kranken- und Hausgeld und die Familienhilfe bezogen.

In der Folge wurde die Satzung der Betriebskrankenkasse einer vollständigen Neubearbeitung unterzogen. In Verbindung mit dieser Neubearbeitung wurden weitere Satzungsänderungen, die sich als notwendig erwiesen hatten, durchgeführt und insbesondere ab 1. Dezember 1930 eine nochmalige Senkung der Beiträge beschlossen. Diese betragen z. Zt. allgemein 5 v. H., jedoch für die Mitglieder, die wegen Fortbezug des Arbeitsentgelts grundsätzlich dauernd vom Bezug von Kranken- und Hausgeld ausgeschlossen sind, nur 4 v. H. Unter den ermäßigten Beitragssatz von 4 v. H. fallen besonders die freiwilligen Mitglieder.

Die neu aufgestellte Satzung nebst Krankenordnung wurde in der Ausschußsitzung vom 8. Dezember 1930 beschlossen und durch das Oberversicherungsamt Karlsruhe am 23. Dezember 1930 genehmigt.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug im Geschäftsjahr 1930 1965 männliche und 520 weibliche, zusammen 2485 Versicherungspflichtige und 1123 männliche und 130 weibliche, zusammen 1253 freiwillig Versicherte, insgesamt 3738 Versicherte.

Krankheitsfälle ereigneten sich bei 931 männlichen und 148 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern und bei 844 männlichen und 51 weiblichen freiwilligen Mitgliedern, insgesamt bei 1974 Versicherten.

Die Zahl der Krankheitstage betrug 26 143 bei den männlichen, 5083 bei den weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern, 24 902 bei den männlichen und 2528 bei den weiblichen freiwilligen Mitgliedern, insgesamt 58 656.

Die Kasse gewährte Wochenhilfe für 13 Mitglieder und 112 Familienangehörige im Gesamtbetrag von 12 668,96 *RM*, Sterbegeld für 28 Mitglieder und 37 Familienangehörige im Gesamtbetrag von 4940 *RM*.

Die Gesamteinnahmen der Kasse betrugen 786 057,89 *RM*; hierunter sind 233 635, 09 *RM* Beiträge enthalten, die für Rechnung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Erwerbslosenfürsorge eingezogen wurden.

Von den Gesamtausgaben mit 784 511,75 *RM* wurden 124 962,80 *RM* für ärztliche Behandlung, 66 440,40 *RM* für Arznei und Heilmittel, 81 255,49 *RM* für Krankenhausverpflegung, 166 187,11 *RM* für Kranken- und Hausgelder, 11 239,76 *RM* zur Fürsorge für Genesende, 5878,62 *RM* zu allgemeinen Fürsorgezwecken und 233 635,09 *RM* zur Ablieferung an die Arbeitslosenversicherung (vorschüßlich erhobene Beiträge) verwendet.

Der Vermögensrücklage wurden 68 480,62 *RM* zugeführt. Das Gesamtvermögen erreichte am 31. Dezember 1930 einen Stand von 298 415,04 *RM*.

Die Vermögensvermehrung im Jahre 1930 betrug 52 416,47 *RM*. Die Kassengeschäfte wurden von 3 Beamten und 2 Angestellten im Sinne der Angestelltensatzung besorgt.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Dreizimmerwohnungen, mit 160 = 16,5 v. H. auf Vierzimmerwohnungen, mit 44 = 4,5 v. H. auf Fünf- und Mehrzimmerwohnungen. Gegenüber den Vorjahren blieb der Anteil der Zweizimmerwohnungen an den neu erstellten Wohnungen annähernd unverändert, dagegen erhöhte sich der Anteil der Dreizimmerwohnungen gegen 1928 und 1929 um rund 17 v. H., während der Anteil der Vierzimmerwohnungen um rund 13 v. H., der Fünf- und Mehrzimmerwohnungen um rund 4 v. H. zurückging.

Die deutsche Reichsstatistik und die Statistik des Deutschen Städtetags werden für den Zeitraum eines Kalenderjahres aufgestellt. Der Vergleichbarkeit wegen werden hier die Zahlen der in den letzten Kalenderjahren in hiesiger Stadt fertiggestellten Wohngebäuden und Wohnungen angegeben. Im Jahre 1930 wurden 195 Wohngebäude mit 969 Wohnungen erstellt gegen 401 Gebäude mit 1253 Wohnungen im Jahre 1929 und 327 Gebäude mit 1061 Wohnungen im Jahre 1928. Die für das Wirtschaftsjahr 1930 verzeichnete rückläufige Bewegung der Bautätigkeit trifft auch in gleicher Weise für das Kalenderjahr 1930 zu.

### b. Wohnungsmangelbekämpfung.

Seit Ende des letzten Berichtsjahres hat sich in der Durchführung der Wohnungsmangelvorschriften nichts geändert. Mit der Bearbeitung dieser Angelegenheiten war eine Abteilung der Stadtkanzlei mit der Bezeichnung „Wohnungsbüro" befaßt. Die Arbeit dieses Büros konnte bis zum Schluß des Berichtsjahres wesentlich vereinfacht werden, sodaß nur noch eine halbe Arbeitskraft für diese Stelle erforderlich war.

## 7. Gesundheitsbehörde.

Die Gesamttätigkeit der Gesundheitsbehörde erfuhr im Berichtsjahr eine geringe Vermehrung. Wesentliche Änderungen waren weder in der Organisation noch in der Gesetzgebung zu verzeichnen.

In fortlaufender Überwachung der Gesundheitsbehörde standen am 1. April 1930 147 weibliche Personen, dazu kamen bis 31. März 1931 52 Personen, während im gleichen Zeitraum 47 ausschieden. Am 31. März 1931 waren mithin 152 weibliche Personen der fortlaufenden Überwachung der Gesundheitsbehörde unterworfen. Außerdem mußte die Gesundheitsbehörde im Berichtsjahr noch bei 136 weiblichen Personen tätig werden, welche verdächtigt waren, häufig wechselnden Geschlechtsverkehr auszuüben.

In vorübergehender Überwachung der Gesundheitsbehörde befanden sich am 1. April 1930 12 weibliche und 32 männliche Personen. Der Zugang im Berichtsjahr betrug 66 weibliche und 102 männliche Personen, der Abgang 46 weibliche und 93 männliche Personen, sodaß am 31. März 1931 noch 42 weibliche und 41 männliche Personen in vorübergehender Überwachung standen.

Die Gesundheitsbehörde erforderte im Wirtschaftsjahr 1930 einen Aufwand von 5102 *RM*. Die Tätigkeit der Gesundheitsbehörde hat, trotz genügend scharfen Zugreifens, ebenso wie in früheren Jahren, noch nie einer betroffenen Person Veranlassung gegeben, die Entscheidung der Beschwerdeinstanz anzurufen. Es mag das als ein Beweis dafür angesehen werden, daß man mit Erfolg versucht hat, im Sinne des maßgebenden Reichsgesetzes zu handeln.

## 8. Betriebskrankenkasse.

(Geschäftsjahr: 1. Januar bis 31. Dezember).

Die städtische Betriebskrankenkasse, die bisher eine Abteilung der Stadthauptkasse bildete, wurde mit Wirkung vom 18. September 1930 zum Zwecke der Geschäftsvereinfachung dem städtischen Personalamt als besondere Abteilung angegliedert.

Der jeweilige Amtsvorstand des Personalamts übernimmt bei Behinderung des Vorsitzenden der Kasse dessen Stellvertretung.

Auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 mußten einschneidende Einschränkungen in der Krankenversicherung durchgeführt werden. Die Änderungen traten am 25. August und 1. September 1930 in Kraft.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Beitrag wurde zunächst mit Wirkung vom 1. Oktober 1930 auf 5 v. H. des Grundlohnes festgesetzt. Vom gleichen Zeitpunkt ab wurden verschiedene Satzungsänderungen durchgeführt, die sich insbesondere auf das Kranken- und Hausgeld und die Familienhilfe bezogen.

In der Folge wurde die Satzung der Betriebskrankenkasse einer vollständigen Neubearbeitung unterzogen. In Verbindung mit dieser Neubearbeitung wurden weitere Satzungsänderungen, die sich als notwendig erwiesen hatten, durchgeführt und insbesondere ab 1. Dezember 1930 eine nochmalige Senkung der Beiträge beschlossen. Diese betragen z. Zt. allgemein 5 v. H., jedoch für die Mitglieder, die wegen Fortbezug des Arbeitsentgelts grundsätzlich dauernd vom Bezug von Kranken- und Hausgeld ausgeschlossen sind, nur 4 v. H. Unter den ermäßigten Beitragssatz von 4 v. H. fallen besonders die freiwilligen Mitglieder.

Die neu aufgestellte Satzung nebst Krankenordnung wurde in der Ausschußsitzung vom 8. Dezember 1930 beschlossen und durch das Oberversicherungsamt Karlsruhe am 23. Dezember 1930 genehmigt.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug im Geschäftsjahr 1930 1965 männliche und 520 weibliche, zusammen 2485 Versicherungspflichtige und 1123 männliche und 130 weibliche, zusammen 1253 freiwillig Versicherte, insgesamt 3738 Versicherte.

Krankheitsfälle ereigneten sich bei 931 männlichen und 148 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern und bei 844 männlichen und 51 weiblichen freiwilligen Mitgliedern, insgesamt bei 1974 Versicherten.

Die Zahl der Krankheitstage betrug 26 143 bei den männlichen, 5083 bei den weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern, 24 902 bei den männlichen und 2528 bei den weiblichen freiwilligen Mitgliedern, insgesamt 58 656.

Die Kasse gewährte Wochenhilfe für 13 Mitglieder und 112 Familienangehörige im Gesamtbetrag von 12 668,96 *RM*, Sterbegeld für 28 Mitglieder und 37 Familienangehörige im Gesamtbetrag von 4940 *RM*.

Die Gesamteinnahmen der Kasse betrugen 786 057,89 *RM*; hierunter sind 233 635, 09 *RM* Beiträge enthalten, die für Rechnung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Erwerbslosenfürsorge eingezogen wurden.

Von den Gesamtausgaben mit 784 511,75 *RM* wurden 124 962,80 *RM* für ärztliche Behandlung, 66 440,40 *RM* für Arznei und Heilmittel, 81 255,49 *RM* für Krankenhausverpflegung, 166 187,11 *RM* für Kranken- und Hausgelder, 11 239,76 *RM* zur Fürsorge für Genesende, 5878,62 *RM* zu allgemeinen Fürsorgezwecken und 233 635,09 *RM* zur Ablieferung an die Arbeitslosenversicherung (vorschüßlich erhobene Beiträge) verwendet.

Der Vermögensrücklage wurden 68 480,62 *RM* zugeführt. Das Gesamtvermögen erreichte am 31. Dezember 1930 einen Stand von 298 415,04 *RM*.

Die Vermögensvermehrung im Jahre 1930 betrug 52 416,47 *RM*. Die Kassengeschäfte wurden von 3 Beamten und 2 Angestellten im Sinne der Angestelltensatzung besorgt.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# IX. Finanzverwaltung.

## 1. Finanzwesen.

### a. Voranschlag und Rechnung.

Die Aufstellung des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1930 war durch zwei Umstände in ganz besonderem Maße erschwert, einmal durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse und dann durch die vom badischen Staat in Verbindung mit dem Finanzgesetz für die Jahre 1930 und 1931 durchgeführten Änderungen des Finanzausgleichs zwischen Land und Gemeinden.

Die Einflüsse der schlechten Wirtschaftslage auf den städtischen Haushalt äußerten sich in doppelter Richtung. Zunächst ergab sich eine ganz wesentliche Erhöhung der Ausgaben und zwar auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege. Für das Fürsorgewesen mußten gegenüber dem Voranschlag 1929 400 000 *RM* mehr vorgesehen werden (1929 schon hatte im Vergleich zum Voranschlag der Mehraufwand für das Fürsorgewesen 377 395 *RM* betragen. In noch stärkerem Maße war die Einnahmeseite des Haushalts von der Verschlechterung der Wirtschaftslage in Mitleidenschaft gezogen. Es blieb nicht nur die in der Vorkriegszeit und in den Jahren 1924—1928 regelmäßig beobachtete jährliche Steigerung der Einnahmen aus den Steuern bei unverändertem Steuerfuß aus, vielmehr mußte mit einem recht bedeutenden Rückgang des Ertrags der Grunderwerbsteuer, der Wertzuwachssteuer und der Biersteuer sowie des Anteils an der Reichseinkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer gerechnet werden, zusammen im Betrage von rund 740 000 *RM*. Bei den städtischen Werken mußte eine Verlangsamung oder ein Wegfall der bisher jährlich eingetretenen Umsatzerhöhungen berücksichtigt werden, für die Straßenbahn wurde ein Rückgang der Einnahmen um annähernd 200 000 *RM* angenommen.

Die durch den Wegfall der 72 Millionen-Grenze bei der Verteilung der Reichsüberweisungssteuern zum Nachteil der Gemeinden eingetretene gesetzliche Änderung des badischen Finanzausgleichs bedeutete für Karlsruhe eine weitere Minderung des Anteils an diesen Steuern um rund 430 000 *RM*.

Zu diesen Einnahmeausfällen kam noch hinzu, daß im Gegensatz zum Vorjahr, für das ein Wirtschaftsüberschuß früherer Jahre in Höhe von 404 420 *RM* zur Verfügung stand, ein Wirtschaftsfehlbetrag des Rechnungsjahres 1928 von 116 780 *RM* in den Voranschlag für 1930 eingestellt werden mußte. Ferner bedingte der neue Vertrag mit dem badischen Staat über die gemeinschaftliche Führung des Landestheaters einen um 160 620 *RM* höheren Zuschuß, als er in dem Voranschlag 1929 vorgesehen war. Endlich war der Schuldendienst gegenüber 1929 mit Mehraufwendungen von 312 000 *RM* belastet.

Die gesamten Verschlechterungen betrugen 2 755 326 *RM*. Als Verbesserungen waren zu verzeichnen: Die Beteiligung der Stadt an dem Ertrag der neu eingeführten Reichsmineralwassersteuer mit schätzungsweise 80 000 *RM*; die Änderungen in der Gesetzgebung des Landes Baden, die eine Verminderung des Wohnungsbauanteils an dem Aufkommen der Gebäudesondersteuer, eine Erhöhung der Gebäudesondersteuer und die Ausdehnung der Gewerbeertragssteuerpflicht auf die freien Berufe brachte mit einer Einnahmesteigerung für die laufende Wirtschaft von voranschlagsmäßig 533 720 *RM*; durch eigene Maßnahmen der Stadt wurde eine Schulgelderhöhung bei den höheren Lehranstalten, eine Erhöhung des Wassergeldes und die Einführung einer Stromzählermiete mit einer Einnahmesteigerung von 774 000 *RM* vorgenommen. Insgesamt waren Verbesserungen von voranschlagsmäßig 1 407 720 *RM* zu erzielen. Die Verschlechterungen von restlich 1 347 606 *RM* wurden im wesentlichen ausgeglichen durch Senkung der Ausgaben. In Einnahmen und Ausgaben schloß der Voranschlag für 1930 mit 67 058 870 *RM* ab.

Die Entwicklung der Verhältnisse im Laufe des Wirtschaftsjahres führte trotz größter Sparsamkeit und weitgehender Ausgabendrosselung zu wesentlichen Abweichungen vom Voranschlag. Der Überschuß des Gaswerks konnte gegenüber dem Voranschlag um 54 000 *RM* erhöht werden, dagegen brachte das Elektrizitätswerk eine Verschlechterung von 164 000 *RM*. Bei der Straßenbahn, bei der im Voranschlag ein Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben vorgesehen war, ergab sich infolge des Einnahmerückgangs ein Fehlbetrag von 204 000 *RM*, bei der Kleinbahn Karlsruhe—Durmersheim war ein weiterer Zuschuß von 76 000 *RM* erforderlich. Rheinhafen und Schlachthof dagegen konnten die Rechnungsergebnisse gegenüber dem Voranschlag um 68 000 *RM* bzw. 33 000 *RM* verbessern.

Infolge der sich stets verschärfenden Wirtschaftskrise erhöhte sich der Zuschuß für die gesamte Wohlfahrtpflege, abzüglich einiger Verbesserungen, um 663 000 *RM*. Andererseits waren bei der Kapital- und



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Schuldenverwaltung infolge vorsichtiger Bemessung in der Höhe der Schuldzinsen bei Aufstellung des Voranschlags Ersparnisse von 368 000 *RM* möglich. Dagegen blieb der Anteil an den Reichsüberweisungssteuern um 318 000 *RM* hinter dem Voranschlag zurück, die übrigen Steuern hatten zusammen Ausfälle von 428 000 *RM* aufzuweisen. Verbesserungen brachten die Einnahmen aus der Grund- und Gewerbesteuer um 190 000 *RM*. Einen weiteren Ausgleich in Höhe von 333 000 *RM* brachte die während des Jahres aufgrund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 eingeführte Bürgersteuer.

Die Gesamteinnahmen der Wirtschaft blieben um 2 081 482 *RM* hinter dem Voranschlag zurück, die Gesamtausgaben nur um 1 977 910 *RM*, sodaß sich ein Wirtschaftsfehlbetrag für 1930 von 103 572 *RM* ergab.

### b. Steuern.

#### Reichssteuerüberweisungen.

Die bereits im Wirtschaftsjahre 1929 eingetretene rückläufige Bewegung in den Überweisungen an die Stadt aus dem Aufkommen der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer setzte sich im Wirtschaftsjahre 1930 im verstärkten Maße fort. Während der Rückgang im Vorjahr lediglich auf die verminderten Steuererträge infolge der schlechten Wirtschaftslage zurückzuführen war, nahm das Land Baden im Berichtsjahr noch eine Änderung in dem Verteilungsverhältnis der Überweisungssteuern zuungunsten der Gemeinden vor. Durch Artikel 17 des badischen Finanzgesetzes für die Jahre 1930 und 1931 vom 16. April 1930 wurden die §§ 18 und 20 des Steuerverteilungsgesetzes in der Weise geändert, daß der dem Land zukommende Gesamtanteil für jedes Rechnungsjahr in eine Landesmasse von 65 v. H. und in eine Gemeindemasse von 35 v. H. zerlegt wird. Aus dem Gemeindeanteil werden 500 000 *RM* zur Gewährung von Beihilfen an Gemeinden entnommen. Die Neuregelung brachte dadurch eine Benachteiligung der Gemeinden, daß bisher das Aufkommen an den Überweisungssteuern, sofern es 72 000 000 *RM* überstieg, zwischen Land und Gemeinden hälftig verteilt wurde, und die Zuweisung zu dem Gemeindeausgleichsstock nicht lediglich am Gemeindeanteil, sondern vorweg an der Gesamtüberweisung in Abzug gebracht wurde.

An das Land Baden wurden im Rechnungsjahr 1930 87 919 296,27 *RM* Anteile an den Reichssteuern bezahlt gegen 98 793 879 *RM* im Vorjahr. Die Verminderung, die ausschließlich auf die ungünstige Wirtschaftslage zurückzuführen ist, betrug gegenüber dem Vorjahr 10,9 v. H. Der Landesmasse fielen 57 147 542,58 *RM*, der Gemeindemasse nach Abzug des Anteils der Kreise mit 1 077 011,38 *RM* und des Gemeindeausgleichsstocks mit 500 000 *RM* noch restlich 29 194 742,31 *RM* zu, von denen der Gemeindegruppe mit über 9000 Einwohnern 66 v. H. = 19 268 529,92 *RM* zuzurechnen waren. Hiervon erhielt die Stadt Karlsruhe für das Rechnungsjahr 1930 einen Anteil von 3 282 480 *RM*. Der Mindereingang an Reichsüberweisungssteuern gegenüber dem Vorjahr beträgt für die Stadt Karlsruhe 874 960 *RM* = 21,1 v. H. Das Land Baden hat den geringeren Eingang an Überweisungssteuern in Höhe von 10,9 v. H. durch Änderung des Verteilungsverfahrens für sich auf einen Ausfall von 4,7 v. H. gegenüber dem Vorjahr zu beschränken gewußt. Umso krasser wirken sich diese Maßnahmen für die Gemeinden aus, wo an Stelle des durch das Aufkommen der Steuern bedingten Rückgangs von 10,9 v. H. ein Minderbetrag von 21,1 v. H. trat.

#### Grunderwerbsteuer.

Die Zahl der Steuerfälle wurde im Jahre 1930 nicht geringer gegenüber dem Vorjahr, dagegen war ein weiteres starkes Abgleiten der Veräußerungspreise seit dem Sommer 1930 festzustellen. Das Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer ging um 47 000 *RM* auf 347 630 *RM* zurück.

#### Mineralwassersteuer.

Durch Reichsgesetz vom 15. April 1930 wurde mit Wirkung vom 16. Mai 1930 die Einführung einer Mineralwassersteuer beschlossen. Die Verwaltung der Steuer obliegt den Hauptzollämtern. Das Aufkommen der Steuer wird vom Reich in voller Höhe nach Abzug von 4 v. H. Verwaltungskosten den Ländern überwiesen, die verpflichtet sind, ihre Anteile restlos den Gemeinden zukommen zu lassen. Nach dem badischen Finanzgesetz vom 15. April 1930 findet die Verteilung des Mineralwassersteueraufkommens unter den Gemeinden nach der Einwohnerzahl statt.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im Wirtschaftsjahr 1930 gelangten 29 612,60 *RM* aus der Mineralwassersteuer an die Stadthauptkasse zur Überweisung.

### Wandergewerbesteuer.

Die Wandergewerbesteuer erbrachte im Wirtschaftsjahre 1930 9062 *RM*. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr machte 1291 *RM* aus.

### Gemeindesteuer.

Nach der Veranlagung zur Gemeindesteuer für 1930 waren folgende Steuerwerte in hiesiger Stadt vorhanden:

| | |
|---|---|
| Unbebaute Grundstücke | 16 980 600 *RM*, |
| Gebäude | 330 101 100 *RM*, |
| Betriebsvermögen | 132 705 100 *RM*, |
| Gewerbeertrag bis zu 10 000 *RM* | 6 888 300 *RM*, |
| „ über 10 000 *RM* | 22 546 200 *RM*. |

Die Steuerwerte der unbebauten Grundstücke und des Gewerbeertrags hatten sich gegenüber dem Vorjahr etwas, die des Betriebsvermögens infolge Ausdehnung der Gewerbesteuerpflicht auf die freien Berufe bedeutender erhöht, während eine geringe Verminderung der Steuerwerte der Gebäude eingetreten ist. Die Steuergrundbeträge, wie sie für das Rechnungsjahr 1929 festgesetzt worden waren, wurden in unveränderter Höhe mit 58,5 *Rpf* für unbebaute Grundstücke, 40 *Rpf* für Gebäude, 23,5 *Rpf* für das Betriebsvermögen, 300 *Rpf* für den Gewerbeertrag bis zu 10 000 *RM*, 350 *Rpf* für den Gewerbeertrag über 10 000 *RM* für das Wirtschaftsjahr 1930 beibehalten. Auch in der Höhe der zur Deckung des entstehenden Fehlbetrags erforderlichen Hundertteile mit 133 und in den Steuerfüßen mit 77,5 *Rpf* für unbebaute Grundstücke, 53 *Rpf* für Gebäude, 31 *Rpf* für das Betriebsvermögen, 399 *Rpf* für den Gewerbeertrag bis zu 10 000 *RM* und 465 *Rpf* für den Gewerbeertrag über 10 000 *RM* hat sich gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung ergeben. Das gesamte Steuersoll betrug 3 608 074,90 *RM*, die Zahl der Steuerpflichtigen 11 210.

### Gebäudesondersteuer.

Artikel 16 des Bad. Finanzgesetzes vom 16. April 1930 brachte durch Einfügung des § 7 a in das Gebäudesondersteuergesetz eine Erhöhung der Gebäudesondersteuer für diejenigen Gebäude der Steuergruppe A und C, für die nicht gemäß § 8 a Abs. 1 Ziffer 1 und Abs. 2 des Gebäudesondersteuergesetzes eine Ermäßigung der Gebäudesondersteuer besteht, in dem Verhältnis, in dem die Friedensmiete 6 v. H. des Steuerwerts übersteigt.

Der allgemeinen Gebäudesondersteuer unterlagen in hiesiger Stadt nach der Veranlagung für 1930 und den im Laufe des Jahres vorgenommenen Steuerwertsberichtigungen 6962 Gebäude mit einem Gesamtsteuerwert von 419 772 700 *RM*; zur erhöhten Gebäudesondersteuer wurden 2614 Gebäude mit einem Gesamtsteuerwert von 161 884 200 *RM* herangezogen. Das Steuersoll betrug bei der allgemeinen Gebäudesondersteuer unter Berücksichtigung der im Laufe des Rechnungsjahres vorgenommenen Steuerwertsberichtigungen 8 715 518,04 *RM*. Nach Abzug von 20 v. H. für Steuerausfälle jeder Art und 5 v. H. für die Bewilligung von Mietunterstützungen (Fürsorgeanteil), verblieben für die Verteilung zwischen Land und Stadt 6 623 793,71 *RM*. Auf das Land entfielen 47 v. H. = 3 113 183,04 *RM*, auf die Stadt Karlsruhe 53 v. H. = 3 510 610,67 *RM*. Die Zuführungen zum Wohnungsbau aus dem auf die Stadt entfallenden Aufkommen der Gebäudesondersteuer, die bisher 55 v. H. des Anteils aus Steuergruppe A, 100 v. H. aus Steuergruppe B und 50 v. H. aus Steuergruppe C betragen hatten, wurden durch das badische Finanzgesetz vom 16. April 1930 gekürzt auf 50 v. H. des Anteils aus den Steuergruppen A und B und 45 v. H. des Anteils aus Steuergruppe C. Dem Wohnungsbau wurden in Verfolg der neuen Bestimmungen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Eingänge für das Rechnungsjahr 1930 1 686 647,05 *RM* zugeführt.

Zur erhöhten Gebäudesondersteuer wurden Gebäude mit einem Gesamtsteuerwert von 161 884 200 *RM* herangezogen. Das Steuersoll ergab 379 432,69 *RM*. Die Verteilung zwischen Land und Stadt war dieselbe wie bei der allgemeinen Gebäudesondersteuer. Auf das Land entfielen 142 666,68 *RM*, auf die Stadt 160 879,45 *RM*.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Diese Beträge sind vom Land und den Gemeinden in vollem Umfange für den allgemeinen Finanzbedarf zu verwenden.

Aufgrund der Vorschriften des Gebäudesondersteuergesetzes mußten im Wirtschaftsjahr 1930 für das laufende Rechnungsjahr 1985 Steuerpflichtigen Ermäßigungen an allgemeiner Gebäudesondersteuer aus Rechtsgründen im Betrag von 1 352 540,01 *RM* und 603 Steuerpflichtigen aus Billigkeitsgründen im Betrag von 149 438,34 *RM* zugestanden werden. Unter den Steuerermäßigungen aus Rechtsgründen spielen eine besondere Rolle die Nachlässe für die am 31. Dezember 1918 unbelasteten oder mit weniger als 50 v. H. ihres Friedenssteuerwerts dinglich belasteten Gebäude, sofern deren Erwerb nicht in die Inflationszeit fällt. Diese unbelasteten bzw. gering belasteten Gebäude machen etwa ¼ der gesamten gebäudesondersteuerpflichtigen Steuerwerte aus; der durch sie entstandene Ausfall beträgt etwa $^1/_6$ des Sollbetrags der Gebäudesondersteuer.

An Nachlässen und Ermäßigungen der erhöhten Gebäudesondersteuer wurden im Wirtschaftsjahr 1930 für das laufende Jahr in 91 Fällen 8271,40 *RM* bewilligt.

Ferner wurden nach § 11 des Gebäudesondersteuergesetzes 364 687,62 *RM* Mietunterstützungen aus dem Aufkommen der Gebäudesondersteuer an hilfsbedürftige Mieter gewährt.

## Bürgersteuer.

Neu eingeführt wurde im Wirtschaftsjahr 1930 auf Grund der Anordnung des Landeskommissärs vom 12. Januar 1931 die Bürgersteuer nach den Mindestsätzen der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930. Steuerpflichtig waren alle Personen, die am 10. Oktober 1930 in Karlsruhe wohnten und an diesem Tage über 20 Jahre alt waren. Die Steuersätze betrugen für einkommensteuerfreie Personen 3 *RM*, für Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 8000 *RM* 6 *RM*, für Personen mit höheren Einkommen in Staffelung 12 *RM* bis 1000 *RM*.

Für die Ehefrauen ermäßigte sich die Steuer, sofern die Ehegatten nicht dauernd voneinander getrennt lebten, auf die Hälfte des Steuerbetrages des Ehemannes. Die Steuer war je zur Hälfte auf 15. Februar und 20. März 1931 fällig. Sie wurde nicht erhoben von Personen, die am 10. Oktober 1930 vom Wahlrecht ausgeschlossen oder rechtlich in der Ausübung ihres Wahlrechts behindert waren, öffentliche Unterstützung, Sozialrente oder Zusatzrente nach dem Reichsversorgungsgesetz bezogen.

Die Veranlagung ergab 79 037 Steuerpflichtige. Hierunter sind alle Eheleute, die nicht dauernd voneinander getrennt lebten, nur einfach gerechnet; mitenthalten in dieser Zahl sind auch alle Personen, die aus den oben aufgeführten Gründen Anspruch auf Steuerbefreiung hatten.

Von den 79 037 Bürgersteuerpflichtigen waren 20 058 einkommensteuerfrei, 58 979 einkommensteuerpflichtig.

Das Gesamtsoll der Bürgersteuer für 1930 ergab 589 444 *RM*, von dem bis zum Schluß des Rechnungsjahres 312 991 *RM* bezahlt wurden.

Nach Abzug der Abgänge und Nachlässe mit 236 138 *RM* und der Verwaltungskosten mit 19 668 *RM* verblieb ein Reinertrag der Bürgersteuer von 333 638 *RM*.

## Hundesteuer.

In den Steuersätzen und der Erhebung der Hundesteuer trat im Berichtsjahr eine Änderung nicht ein. Zur Versteuerung gelangten 3810 Hunde. Steuerfrei kraft Gesetzes waren 92 Hunde, aus Billigkeitsgründen wurden 45 Hunde von der Steuer befreit. Die Gesamtzahl der in hiesiger Stadt ermittelten Hunde betrug 3947 gegen 4445 im Vorjahr. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse gaben somit zur Abschaffung zahlreicher Hunde Veranlassung.

Steuerermäßigungen wurden kraft Gesetzes für 68 Wachhunde und 1 Schäferhund, aus Billigkeitsgründen für 94 Hunde bewilligt.

Das Steueraufkommen der Hundesteuer betrug 136 459 *RM*; der Anteil des Staats belief sich auf 43 349 *RM*; der Stadt verblieben 93 110 *RM*. Die im Voranschlag vorgesehene Einnahme aus 4300 Hunden mit 105 780 *RM* konnte infolge des Rückgangs in der Hundehaltung nicht erreicht werden.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

### Biersteuer.

Aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 wurde durch Erlaß des Landeskommissärs vom 12. Januar 1931 eine Erhöhung der Biersteuer angeordnet, die am 1. März 1931 in Kraft trat. Erhoben wurden von diesem Zeitpunkt an für Bier mit einem Stammwürzgehalt von 11—14 v. H. (Lager- und Exportbier) 5 *RM* je hl, für Bier mit einem Stammwürzgehalt von mehr als 16 v. H. (Starkbier) 7,50 *RM* je hl. Die Einführung der neuen Steuersätze bedeutete eine Biersteuererhöhung um nahezu 100 v. H.

Zur Versteuerung gelangten im Wirtschaftsjahr 1930 76 986,49 hl Lagerbier, 78 282,22 hl Exportbier, 6 185,79 hl Stark- und Spezialbier, zusammen 161 454,50 hl Bier mit einem Steuerertrag von 445 998,65 *RM* gegen 204 533,15 hl Bier mit einem Ertrag von 497 801,08 *RM* im Vorjahr. Im Voranschlag waren 500 000 *RM* Aufkommen aus der Biersteuer vorgesehen. Die Einschränkung im Bierkonsum dürfte zunächst zu suchen sein in der Ungunst der Verhältnisse, dann aber auch in der Verbilligung des Weines und in der kalten Witterung während des Sommers 1930.

### Vergnügungssteuer.

Die Vorschriften über die Erhebung der Vergnügungssteuer erfuhren im Berichtsjahr 1930 keine Veränderung. Eingegangen sind an Vergnügungssteuer 240 078,45 *RM*. Es entfielen auf Theatervorstellungen 4524,14 *RM*, Vorträge 401,71 *RM*, Konzertveranstaltungen 5483,85 *RM*, Zirkusvorstellungen 844,73 *RM*, Gabenverlosungen 538,12 *RM*, Veranstaltungen auf der Messe 2783,22 *RM*, Konzerte in Wirtschaften und Kaffeehäusern 35 862,54 *RM*, Musikautomaten 3139 *RM*, Variétévorstellungen 14 114,38 *RM*, Tanzveranstaltungen 35 664,42 *RM*, Unterhaltungen ohne Tanz 7982,45 *RM*, sportliche Veranstaltungen 928,14 *RM*, Lichtspieltheater 127 811,75 *RM*.

Bei Aufstellung des Voranschlags wurde mit einem Steuereingang von 310 000 *RM* gerechnet; die Mindereinnahme beträgt 69 921,55 *RM*.

Bedeutende Steuerausfälle gegenüber dem Vorjahr waren zu verzeichnen bei den Faschingsveranstaltungen mit etwa 25 000 *RM*, bei Variété-Veranstaltungen mit rund 20 000 *RM*, bei Schaustellungen auf der Messe und Zirkusvorstellungen mit rund 11 000 *RM*, bei Konzertveranstaltungen in Kaffeehäusern und Wirtschaften mit rund 10 000 *RM*. Die Lichtspieltheater dagegen haben an Vergnügungssteuer fast ebensoviel erbracht wie im Vorjahr. Sie wurden somit von der ungünstigen Wirtschaftslage im Gegensatz zu den meisten übrigen Unternehmungen bisher kaum berührt.

### Wertzuwachssteuer.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden 103 Steuerbescheide mit einem Steuerbetrag von 159 234 *RM* erlassen. Infolge des geringen Umsatzes an steuerpflichtigen Grundstücken und der gesunkenen Grundstückspreise ging der Ertrag der Steuer auf rund die Hälfte des Vorjahres zurück.

## c. Vermögen und Schulden.

Das Vermögen der Stadt Karlsruhe erfuhr im Laufe des Wirtschaftsjahres 1930 eine Vermehrung um 2 205 916 *RM* auf 127 257 541 *RM*, der Schuldenstand erhöhte sich um 5 559 871 *RM* auf 61 913 956 *RM*, das Reinvermögen verminderte sich um 3 353 955 *RM* auf 65 343 585 *RM*. Die Vermögensminderung ist vorwiegend durch Abschreibungen an den Fahrnissen und den Rückgang der Vorräte an Materialien und Naturalien verursacht.

Unter dem Vermögen der Stadt befanden sich 4 159 091 *RM* Ansammlungen der städtischen Fondkasse, die nach dem Gemeindebeschluß vom 20. Dezember 1920 errichtet wurde zur Schaffung von Fonds für die einer Wertminderung ausgesetzten städtischen Anlagen und von Rücklagen für bestimmte Zwecke. Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden für Fondszwecke (Erneuerungen) 1 382 974 *RM* an die Fondskasse abgeliefert. Für Erneuerungen wurden im gleichen Zeitraum 763 250 *RM* entnommen. Die Einnahmen für die Rücklagen betrugen 39 948 *RM*, die Ausgaben 260 559 *RM*. Das Vermögen der Fondskasse erbrachte 171 651 *RM*.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die städtischen Schulden vone 61 913 956 *RM* setzen sich auf 31. März 1931 zusammen aus 39 254 537 *RM* Kapitalschulden der allgemeinen Finanzverwaltung, 18 796 252 *RM* Kapitalschulden des Wohnungsbaues und 3 863 167 *RM* Ausgaberückständen. Unter den Kapitalschulden der allgemeinen Finanzverwaltung nahmen die Valutaschulden aus den Jahren 1916—1918 13 164 762 *RM*, die Aufwertungsschulden 5 821 596 *RM*, die Restkaufpreise für Gebäude und Grundstücke 304 682 *RM*, die interne Verschuldung städtischer Kassen untereinander 3 352 693 *RM*, die seit 1924 aufgenommenen Anlehensschulden 16 610 804 *RM* ein. Von den Anlehensschulden der allgemeinen Finanzverwaltung und den Kapitalschulden des Wohnungsbaues mit zusammen 35 407 056 *RM* waren am 31. März 1931 22 807 056 *RM* langfristig und 12 600 000 *RM* kurzfristig.

In den Jahren 1924 bis einschließlich 1929 wurden an Anlehen insgesamt 35 324 778 *RM* aufgenommen, im Wirtschaftsjahre 1930 5 615 141 *RM*, sodaß die Gesamtanlehensaufnahme bis 31. März 1931 40 939 919 *RM* betrug. Von den Anlehensaufnahmen im Jahre 1930 im Betrage von 5 615 141 *RM* wurden 3 245 120 *RM* von der städtischen Fondskasse gegeben, bei fremden Geldgebern wurden nur 2 370 021 *RM* geliehen.

Außer den Anlehensaufnahmen flossen dem Anlehensfonds noch die Beiträge der Betriebe und Ämter zur Schuldentilgung und sonstige Einnahmen in Höhe von zusammen 1 283 869 *RM* im Wirtschaftsjahr 1929, von zusammen 808 853 *RM* im Wirtschaftsjahr 1930 zu, von denen 358 670 *RM* im Wirtschaftsjahr 1929 und 1 003 160 *RM* im Wirtschaftsjahr 1930 zur Schuldentilgung Verwendung fanden. Der Anlehensbestand auf 31. März 1931 betrug 41 670 811 *RM*.

Von den Anlehensmitteln waren bis 31. März 1930 7 462 906 *RM* für die Kämmereiverwaltung, 10 822 520 *RM* für die Betriebsverwaltungen, für den Wohnungsbau 18 176 073 *RM* verausgabt. Im Wirtschaftsjahr 1930 wurden 1 621 930 *RM* für die Kämmereiverwaltung, 1 696 438 *RM* für die Betriebsverwaltungen und 1 792 090 *RM* für den Wohnungsbau aus Anlehensmitteln aufgewendet. Die Gesamtverwendung bis 31. März 1931 betrug 41 571 957 *RM*, der Bestand des Anlehensfonds auf 31. März 1931 98 854 *RM*.

## 2. Rechnungsamt.

In dem Aufgabenkreis des Rechnungsamts trat insoweit eine Änderung ein, als im Dezember 1930 die mit der Aufstellung des Voranschlags zusammenhängenden Dienstgeschäfte, die in den letzten 2 Jahren von der Stadthauptkasse besorgt worden waren, wieder dem Rechnungsamt übertragen wurden. Gleichzeitig wurden zwei Beamte der Stadthauptkasse dem Rechnungsamt zugeteilt.

Im Rahmen der allgemeinen Aufsichts- und Kontrolltätigkeit nahm das Rechnungsamt während des Wirtschaftsjahres 1930 57 unvermutete Kassenstürze und Dienstvisitationen sowie die vorgeschriebenen Kassenstürze anläßlich des Jahresabschlusses vor. Zu Kontrollzwecken wurden auf Antrag des Rechnungsamts 6 Kassenbeamte vorübergehend versetzt. Die Zahl der vom Rechnungsamt im Laufe des Wirtschaftsjahres geprüften Kassenanweisungen und Belege beziffert sich auf rund 91 000 Stück, wozu noch rund 96 000 Unterstützungsanweisungen des Fürsorgeamts kommen.

Von der Abteilung „Gebäudesondersteuer" wurde zu Anfang des Berichtsjahres die Veranlagung der allgemeinen Gebäudesondersteuer für 1930 vorgenommen, die Gebäudesondersteuerliste aufgestellt und die Forderungszettel ausgegeben. Außerdem hatte die genannte Abteilung die durch Artikel 16 des Bad. Finanzgesetzes vom 16. April 1930 eingeführte erhöhte Gebäudesondersteuer zu veranlagen. Diese Veranlagung, die umfangreiche Vorarbeiten, Aufstellung eines besonderen Registers und Ausgabe besonderer Forderungszettel erforderte, gestaltete sich außerordentlich schwierig und zeitraubend. In den allermeisten Fällen wurde von den Steuerpflichtigen Einspruch gegen die von der Gebäudesondersteuerstelle festgesetzten Friedensmieten erhoben. Die Abteilung „Gebäudesondersteuer" hatte ferner rund 8600 Anträge auf Bewilligung von Mietunterstützungen an solche Mieter zu bearbeiten, die infolge ihrer Hilfsbedürftigkeit nicht in der Lage waren, die auf ihre Wohnung entfallende, in der Miete enthaltene Gebäudesondersteuer zu tragen.

Beschwerden an den Landeskommissär und Rekurs an den Minister des Innern gegen die Veranlagung und Erhebung der Gebäudesondersteuer waren im Wirtschaftsjahr 1930 in 45 Fällen zu bearbeiten. Außerdem wurde von einem Gebäudeeigentümer Klage wegen der Pflicht zur Entrichtung der Gebäude-



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

sondersteuer bei dem Bezirksrat erhoben; gegen das Urteil des Bezirksrats wurde Berufung beim Bad. Verwaltungsgerichtshof eingelegt.

Am 31. März 1931 war das Rechnungsamt einschließlich der Abteilung „Gebäudesondersteuer" mit 28 Beamten, 3 Angestellten im Sinne der Angestelltensatzung, 3 Anwärtern, 1 Lehrling und 7 Aushilfsangestellten besetzt.

## 3. Stadthauptkasse.

Im Berichtsjahre wurde, wie bereits erwähnt, die Aufstellung des Voranschlags, die seit 1928 der Vorstandsabteilung der Stadthauptkasse oblag, wieder vom Rechnungsamt übernommen, und die Betriebskrankenkasse, die bisher als selbständige Abteilung der Stadthauptkasse angegliedert war, mit dem Personalamt vereinigt. Ferner wurde zu Beginn des Jahres die Stundungsabteilung der Stadthauptkasse aufgelöst und deren Arbeiten mit denen der Betreibungsabteilung zusammengelegt.

Das seit 1927 bei der Buchhaltung eingeführte maschinelle Buchungsverfahren, das sich auch im Berichtsjahre bewährte, wurde beibehalten, ebenso die zentralistische Geldbewirtschaftung. Die durch Zentralisierung der städtischen Kassenbestände erzielte Ersparnis an Passivzinsen wird für das Wirtschaftsjahr 1930 auf mindestens 40 000 *RM* geschätzt.

Durch die Gebührenkasse der Stadthauptkasse wurden im Berichtsjahre 69 787 Posten im Gesamtbetrag von 2 219 131 *RM* eingezogen. Von anderen Dienststellen wurden 1 798 548 *RM* Gebühren erhoben und an die Stadthauptkasse abgeliefert.

Der Gesamtumsatz der Stadthauptkasse einschließlich der Nebenkassen betrug 339 341 030 *RM*. Hiervon entfielen 190 191 849 *RM* auf durchlaufende Posten innerhalb der Stadthauptkasse, geldlich vollzogen wurden 149 149 181 *RM* an Einnahmen und Ausgaben.

Bar umgesetzt wurden 39 114 871 *RM*, im bargeldlosen Verkehr 110 034 310 *RM*, und zwar 70 037 642 *RM* bei der Städtischen Sparkasse, 7 000 380 *RM* bei der Badischen Bank, 3 011 199 *RM* bei der Reichsbank, 21 712 936 *RM* beim Postscheckamt, 8 272 153 *RM* bei der Badischen Kommunalen Landesbank.

Für die Betreibungsabteilung brachte das Wirtschaftsjahr 1930 eine außerordentlich starke Geschäftsvermehrung, die zum kleineren Teil durch die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage und die Ausdehnung der Gewerbeertragssteuerpflicht auf die freien Berufe bedingt, in der Hauptsache aber auf die Zuweisung neuer Aufgaben zurückzuführen war. Zunächst wurden, wie bereits erwähnt, zu Beginn des Rechnungsjahres die Geschäfte der bisherigen Stundungsabteilung übernommen; gegen Ende des Jahres kam noch die Erhebung der aufgrund des § 7 a des Gebäudesondersteuergesetzes erhöhten Gebäudesondersteuer und der durch die Anordnung des Landeskommissärs vom 12. Januar 1931 eingeführten Bürgersteuer hinzu.

Der Eingang der Bürgersteuer stellte an die Betreibungsabteilung große Anforderungen. Durch ihre späte Einführung war es nicht möglich, die Bürgersteuer der Lohnsteuerpflichtigen — etwa 65 000 Personen — durch die Lohnsteuerkarten für 1931 bei den Arbeitgebern anzufordern und die Bürgersteuer der Einkommensteuerveranlagungspflichtigen durch das Finanzamt feststellen und erheben zu lassen. Die Stadthauptkasse mußte vielmehr in allen — fast 80 000 — Fällen die Steuer durch besondere Forderungszettel selbst anfordern und auch einzeln einziehen.

Infolge ungenügender Räume bei der Stadthauptkasse für die Abfertigung der großen Zahl von Steuerpflichtigen wurden die zufällig leerstehenden Ladenräume des Hauses Ritterstraße Nr. 5 für die Zeit vom 16. Februar bis 5. Mai 1931 gemietet und als Zahlstelle für die Bürgersteuer verwendet. Hier hat sich das Zahlgeschäft unter Benutzung von 2 Buchungsmaschinen glatt abgewickelt und der sonstige Verkehr mit den Steuerpflichtigen, die Anträge auf Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung persönlich stellen wollten, rasch und ohne Störung vollzogen. Von Mitte Februar bis Mitte April 1931 wurden durchschnittlich täglich 1200 Personen abgefertigt; an einzelnen Tagen waren über 2000 Steuerpflichtige zu bedienen.

Im übrigen sind wesentliche Änderungen gegen das Vorjahr nicht eingetreten. Im Laufe des Rechnungsjahres wurden die aufgrund der 1929er Steuerwerte festgestellten Vorauszahlungen auf die



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gemeinde- und Kreissteuer für 1930 eingezogen. Die Anforderung der Gemeinde- und Kreissteuer aus Gewerbeertrag von den für 1930 erstmals steuerpflichtig gewordenen Angehörigen der freien Berufe wurde im November 1930 durchgeführt. Die endgültige Veranlagung zur Gemeinde- und Kreissteuer für 1930 konnte erst gegen Ende des Rechnungsjahres vorgenommen werden; die Forderungszettel über die endgültige Steuerschuld für 1930 wurden zusammen mit den Forderungszetteln über die Vorauszahlungen für 1931 Ende Mai 1931 zugestellt.

Die Zahl der Gemeinde- und Kreissteuerpflichtigen erhöhte sich auf 11 210. Für die normale Gebäudesondersteuer waren 6756, für die erhöhte Gebäudesondersteuer 2614 Pflichtige zu bearbeiten. Zur Bürgersteuer waren 79 037 Pflichtige veranlagt.

Durch die Buchungsmaschinen der Abteilung liefen 149 940 Beträge über insgesamt 11,5 Millionen *RM* Zahlungen. Davon entfielen auf die Gemeinde-, Kreis- und Gebäudesondersteuer 100 829 Posten mit 11,2 Millionen *RM* gegenüber 141 608 Posten mit 11 Millionen *RM* im Vorjahre. Die Minderung der Maschinenbuchungen um rund 41 000 Posten konnte, obwohl die Erhebung der erhöhten Gebäudesondersteuer eigentlich eine Vermehrung der Buchungen gegenüber dem Vorjahr hätten zur Folge haben müssen, durch die tägliche Zusammenfassung aller gleichartigen Überweisungen erzielt werden, die eine wesentlich geringere Inanspruchnahme der Maschinen für den bargeldlosen Verkehr ermöglichte. Die Bürgersteuer erforderte 49 111 Buchungen über 313 000 *RM*.

Von den 11,5 Millionen *RM* wurden 3 643 000 *RM* an der Kasse bar bezahlt, 2 326 000 *RM* an der Kasse durch Schecks entrichtet, 5 531 000 *RM* im bargeldlosen Verkehr überwiesen.

Die Zahl der in eigener Zuständigkeit gewährten Stundungen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 1459 auf 2344.

Auf die Gemeindesteuer wurden 898 Abgänge (478 auf Weisung des Finanzamts und 420 auf Weisung des Stadtrats) durchgeführt. Gebäudesondersteuerabgänge waren monatlich rund 4000 auszutragen. Bei der Bürgersteuer waren bis zum Schluß des Rechnungsjahres 22 460 Abgänge (6045 zur Berichtigung der Veranlagung, 12 045 aus Rechtsgründen und 4370 aus Billigkeitsgründen) zu verrechnen.

Die Stadthauptkasse beschäftigte am 31. März 1931 55 Beamte, 2 probeweise Beschäftigte, 3 Anwärter, 2 Lehrlinge, 6 Angestellte im Sinne der Angestelltensatzung und 24 Aushelfer, zusammen 92 Personen.

## 4. Steueramt.

Dem Steueramt oblag auch im Berichtsjahr die Veranlagung, Erhebung und Betreibung der Hundesteuer, Biersteuer und Vergnügungssteuer.

Zur Hundesteuer veranlagt wurden im Berichtsjahr 1930, wie bereits erwähnt, 3810 Hunde. Erst nach Umlauf der gesetzlichen Anmeldefrist gelangten 1162 Fälle zur Anmeldung, 107 Fälle erst nach durchgeführter Kontrolle. Überhaupt nicht angemeldet und daher zwangsweise zur Steuer veranlagt wurden 140 Fälle. Stundungen und Teilzahlungen wurden in 577 Fällen bewilligt.

Die Verwaltung der Biersteuer erforderte die Veranlagung von 365 Steuerfällen. Zur Abgabe der Steueranmeldung mußte in 120 Fällen aufgefordert werden. An die Zahlung gemahnt wurde in 200 Fällen, 23 Steuerbeträge wurden eingezogen. Nach Wiederausfuhr von eingeführtem Bier wurde in 13 Fällen die Steuer rückerstattet.

Zwecks Vornahme der Kontrolle über die Vergnügungssteuer wurden rund 700 000 Eintrittskarten für steuerpflichtige Veranstaltungen vorgelegt. Aus den eigenen Beständen des Steueramts fand eine Kartenausgabe gegen Berechnung in 610 Fällen mit 287 400 Stück statt. An hiesige Lichtspieltheater wurden aus ihrem Vorrat in 846 Fällen 1 293 782 Karten verabfolgt. Infolge Rückgabe unbenützter Karten waren 1030 Abgangsverrechnungen von Steuerbeträgen und 81 Rückerstattungen vorgenommen worden. Ordnungsstrafen wegen nicht rechtzeitig ergangener Anmeldung wurden in 61 Fällen verhängt. Steuerbefreiungen wurden in 327 Fällen zugebilligt. Steuerermäßigungen wurden zugestanden für 245 Veranstaltungen mit überwiegend künstlerischem oder volksbildendem Charakter und 55 Wohltätigkeitsveranstaltungen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Steueramt war am 31. März 1931 mit 7 Beamten, 1 Lehrling und 1 satzungsmäßigen Angestellten besetzt.

## 5. Rechnungsabhörbehörde der Stadtverordneten.

(Revision).

In der Sitzung des Bürgerausschusses vom 6. Mai 1930 wurden 29 bereits im Vorjahre vorbereitete Abhörbescheide zu städtischen Rechnungen der Jahre 1925 bis 1927 erlassen.

Im Wirtschaftsjahr 1930 wurde die Verbescheidung von insgesamt 32 Rechnungen der Wirtschaftsjahre 1925 bis 1928 vorbereitet, darunter je 3 Rechnungen der auf 1. April 1929 einverleibten Gemeinde Bulach. Es entfielen 1 Rechnung auf 1925, 7 Rechnungen auf 1926, 21 Rechnungen auf 1927 und 3 Rechnungen auf 1928. Der Rechnungsprüfungsausschuß der Stadtverordneten hat die dem Bürgerausschuß vorzuschlagenden Entwürfe der Abhörbescheide in 3 Sitzungen beraten, die Verbescheidung durch den Bürgerausschuß konnte jedoch bis Ende des Wirtschaftsjahres nicht mehr herbeigeführt werden.

Die Zahl der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadtverordneten wurde in der Sitzung des neugewählten Bürgerausschusses vom 13. Januar 1931 auf 5 (bisher 11) festgesetzt und eine Neuwahl der Mitglieder vorgenommen. Zum Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses wurde unterm 9. Februar 1931 der Stadtverordnete Emil Rothweiler ernannt.

Für die Abhörgeschäfte standen bei Beginn des Wirtschaftsjahres 4 Revisionsbeamte und 1 Hilfsbeamter zur Verfügung. Da die vorhandenen Revisionsbeamten für die Bewältigung des Abhörgeschäfts nicht ausreichten, städtische Rechnungen aber nicht mehr, wie in den letzten Jahren, an nicht städtische Beamte zur Prüfung im Nebenamt übertragen werden, wurden der Abhörbehörde im Laufe des Jahres weitere 3 Beamte zugewiesen.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

# X. Sparkasse.

(Geschäftsjahr: 1. Januar bis 31. Dezember).

Die im Jahre 1930 sich stets weiter verschärfende Wirtschaftslage konnte nicht ohne Rückwirkung bleiben auf die Spartätigkeit der Bevölkerung. Schon zu Beginn des Jahres 1930 setzte eine Verminderung der Spareinlagen ein, doch war bis einschließlich Juni ein Überwiegen der Einlagen über die Abhebungen zu verzeichnen. Die zweite Hälfte des Jahres 1930 brachte jedoch in jedem Monat, mit Ausnahme vom November, einen Mehrabgang an Spargeldern. Während im ersten halben Jahr noch ein Mehrzugang an Spareinlagen von 2 491 005,75 *RM* vorhanden war, hatte das zweite halbe Jahr 1930 Mehrabhebungen in Höhe von 399 753,56 *RM* zu verzeichnen. Die Mitte des Jahres 1930 kann als ein Wendepunkt in der Entwicklung der städtischen Sparkasse bezeichnet werden. Die bereits seit 1928 anhaltende Wirtschaftskrise konnte sich in den Vorjahren auf die Spartätigkeit der Bevölkerung noch nicht auswirken; die steigende allgemeine Not im Jahre 1930 ließ jedoch manchen auf Spargroschen früherer Zeit zurückgreifen, die verminderten Lohn- und Gehaltszahlungen andererseits machten die Schaffung von Rücklagen in bisheriger Höhe unmöglich. Am 1. Januar 1930 hatte die Sparkasse einen Einlagenbestand von 35 261 017,08 *RM*. Im Jahre 1930 betrug der Mehrzugang an Spareinlagen insgesamt 2 091 252,19 *RM*, an Zinsen wurden 2 123 320,45 *RM* gutgeschrieben, sodaß die Einlagen am 31. Dezember 1931 39 475 589,72 *RM* betrugen. Mehreinzahlungen und Zinsgutschriften zusammen blieben hinter dem Vorjahr um rund die Hälfte zurück.

Die Zahl der Sparbücher erhöhte sich um 3563. Aufgelöst wurden 5243 bestehende Sparbücher, neu angelegt 8806. Am 31. Dezember 1930 waren 47 167 Sparbücher ausgegeben, von denen 10 880 über Beträge bis 20 *RM*, 8048 über Beträge von über 20 *RM* bis 100 *RM*, 12 270 über Beträge von über 100 *RM* bis 500 *RM*, 5775 über Beträge von über 500 *RM* bis 1000 *RM*, 7098 über Beträge von über 1000 *RM* bis 3000 *RM*, 1780 über Beträge von über 3000 *RM* bis 5000 *RM* und 1316 über Beträge von über 5000 *RM* lauteten. Das durchschnittliche Guthaben eines Sparbuchs betrug am 31. Dezember 1930 836,93 *RM*.

Im Besitze eines Sparbuchs waren 369 Landwirte und Gärtner, 1690 selbständige Handwerker und Gewerbetreibende, 262 selbständige Kaufleute, 12 158 Beamte, Angestellte und Lehrlinge, 5983 Arbeiter, 19 047 Personen ohne Berufsangabe, Rentner und Private, 3674 Hausangestellte, 1402 Angehörige freier Berufe, 653 Angehörige technischer Berufe, 1330 öffentliche und private Körperschaften und Vereine, 599 Mündel.

Im Sparverkehr wurden im Laufe des Jahres 190 246 Geschäftsvorfälle erledigt; hiervon betrafen 112 764 Einlagen mit 19 955 756,04 *RM*, 77 482 Rückzahlungen mit 17 864 503,85 *RM*.

Die Schulspareinlagen erhöhten sich im Berichtsjahr von 21 184,57 *RM* auf 23 319,64 *RM*. Den Einlagen mit 2615,88 *RM* standen Rückzahlungen von 1739,03 *RM* gegenüber; Zinsen wurden in Höhe von 1258,22 *RM* gutgeschrieben. Auch hinsichtlich der Schulspareinlagen zeigte sich die gleiche Erscheinung wie bei den gewöhnlichen Spareinlagen, daß Neueinlagen und Zinsgutschriften zusammen um ungefähr die Hälfte hinter den vorjährigen Ergebnissen zurückblieben.

Die Zahl der Schulsparbücher ging von 1471 auf 1413 zurück. Der Zugang von 31 Schulsparbüchern wurde durch einen Abgang von 89 überwogen.

Von den Schulsparbüchern hatten 125 einen Stand von unter 1 *RM*, 399 von über 1 *RM* bis 5 *RM*, 327 von über 5 *RM* bis 10 *RM*, 446 von über 10 *RM* bis 50 *RM*, 78 von über 50 *RM* bis 100 *RM*, 38 von über 100 *RM*. Im Durchschnitt betrug das Guthaben auf einem Schulsparbuch am Ende des Berichtsjahres 16,50 *RM*.

An die Kasse wurden durch die Sammler (Lehrer) aus verkauften Schulsparmarken insgesamt 1736,86 *RM* abgeliefert. Hefte zum Einkleben der Schulsparmarken wurden 55 ausgestellt.

Im Giroverkehr bezifferte sich der Einlagenbestand zu Anfang des Jahres auf 6 015 780,71 *RM*. Einlagen gingen 124 667 322,04 *RM* in 146 115 Posten zu, rückbezahlt wurden 124 166 614,40 *RM* in 241 641 Posten. An Zinsen wurden auf Jahresschluß 327 151,44 *RM* gutgeschrieben. Am Ende des Jahres ergab sich ein Guthaben von 6 843 639,79 *RM*.



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Zahl der Girokonten stieg im Laufe des Jahres von 4073 auf 4427 an.

Im Kontokorrent-Verkehr waren zu Beginn des Jahres 1930 6 028 630,01 *RM* ausgeliehen. Neuausleihungen fanden in Höhe von 19 473 355,29 *RM* in 59 309 Posten statt, Heimzahlungen in Höhe von 19 354 563,83 *RM* in 45 511 Posten. Ausgeliehen waren am Ende des Jahres 6 147 421,47 *RM*. Die Guthaben im Kontokorrentverkehr beliefen sich auf 545 482,84 *RM*.

Kontokorrentkonten waren am Anfang des Jahres 1177 vorhanden, am Ende des Jahres 1113.

Im Giro- und Kontokorrentverkehr wurden 118 690 Einzahlungen im Betrag von 108 201 391,50 *RM* und 204 104 Rückzahlungen im Betrage von 119 798 910,12 *RM* bargeldlos erledigt.

Bei der Hinterlegungsstelle waren Ende 1930 5117 Sparbücher und Wertpapiere im Betrag von 534 305,90 *RM* in 2754 Konten hinterlegt.

Die Pfandleihkasse hatte zu Beginn des Jahres 15 639 Pfänder im Betrag von 172 164 *RM* in Verwahrung. Eingesetzt wurden im Laufe des Jahres 39 032 Stück im Betrag von 321 601 *RM*, abgegangen sind durch Einlösung 36 416 Stück im Betrag von 281 773 *RM*, durch Versteigerung 2705 Stück im Betrag von 22 464 *RM*. Am Ende des Jahres waren 15 550 Stück im Betrag von 189 528 *RM* verpfändet. Erneuert wurden im Laufe des Jahres 5394 Pfänder im Betrag von 105 630 *RM*.

Zu Beginn des Jahres waren 26 947 482,55 *RM* der Spareinlagen in 1379 Posten als erststellige Hypotheken ausgeliehen. Am Ende des Berichtsjahrs betrugen die Ausleihungen als erststellige Hypotheken 32 047 023,49 *RM* in 1520 Posten. Während die Spareinlagen im Laufe des Jahres einen Zuwachs von rund 4,2 Millionen Reichsmark zu verzeichnen hatten, erhöhten sich die Hypothekenausleihungen um rund 5,1 Millionen Reichsmark. Infolgedessen stieg die Anlage in erststelligen Hypotheken von 76,42 v. H. der Spareinlagen am Ende des Jahres 1929 auf 81,18 v. H. am Ende des Jahres 1930.

Von den Ausleihungen an erststelligen Hypothen entfielen 22 857 488,15 *RM* = 71,32 v. H. auf Hypotheken zu Neubauzwecken, 9 189 535,34 *RM* = 28,68 v. H. auf sonstige Hypotheken.

Die zu Neubauzwecken gewährten Hypotheken wurden mit 15 251 263,15 *RM* = 66,72 v. H. an Private, mit 7 560 925 *RM* = 33,08 v. H. an Bauvereine und Baugenossenschaften, mit 45 300 *RM* = 0,20 v. H. an öffentlich-rechtliche Körperschaften ausgegeben.

Ferner hatte die Städtische Sparkasse am 31. Dezember 1930 zu Neubauzwecken weitere 2 635 190 *RM* an die eigene Garantiegemeinde und sonstige öffentlich-rechtlichen Körperschaften und weitere 40 000 *RM* als Beteiligung an der Volkswohnungs-G.m.b.H., insgesamt 25 532 678,15 *RM* zu Neubauzwecken zur Verfügung gestellt.

Im Nachtschalterbetrieb waren im Laufe des Jahres 20 neu zugegangene Kunden zu verzeichnen, 7 gingen ab; auf 31. Dezember 1930 war eine Teilnehmerzahl von 46 vorhanden.

Entleert wurden im Nachtschalterverkehr 2955 Kasetten mit 1 750 101,78 *RM*.

Bei den 5 Annahmestellen (Oststadt, Mühlburg, Südstadt, Südweststadt und Rüppurr) wurden im Jahre 1930 3593 Posten mit 560 380,95 *RM* erledigt.

Schließfächer wurden im Jahre 1930 88 Stück neu vermietet, 38 aufgegeben; am 31. Dezember waren 101 Schließfächer vermietet. Im Laufe des Jahres wurden die Schließfächer 756 mal benutzt. Größere Wertgegenstände wurden im Laufe des Jahres 7 Stück in Verwahrung genommen, 6 Stück wieder zurückgegeben; am 31. Dezember 1930 war noch ein Stück vorhanden.

Aufwertungssparguthaben wurden im Laufe des Jahres in Höhe von 581 073,48 *RM*, Zinsen in Höhe von 1,39 *RM* ausbezahlt. In der Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1930 wurden insgesamt 2 188 621,91 *RM* Kapital und 20 873,22 *RM* Zinsen rückbezahlt.

Aus Schulsammelzeichnungen und Anteilscheinen gelangten 196,89 *RM* und 16,19 *RM* Zinsen zur Auszahlung. Insgesamt wurden seit 1926 2054,65 *RM* Kapital und 46,68 *RM* Zinsen ausbezahlt.

Die Vermögensstandsdarstellung auf 31. Dezember 1930 schloß mit 49 263 300,91 *RM* ab. An Reingewinn wurden 175 270,66 *RM* erzielt.

Der Personalstand der Sparkasse betrug am Ende des Jahres 1930 39 Beamte, 26 Angestellte, 24 Tagegeldempfänger, 12 Lehrlinge und 5 Arbeiter (Putzfrauen).



BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Landesbibliothek
Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB Karlsruhe
41 21509 7 031

41 21509 7 031

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg